DUKE
UNIVERSITY

LIBRARY

Digitized by the Internet Archive
in 2018 with funding from
Duke University Libraries

https://archive.org/details/wennichderkaiser01clas_0

Daniel Frymann: Wenn ich der Kaiser wär' –

Daniel Frymann: Wenn ich der Kaiser wär'–politische Wahrheiten und Notwendigkeiten

Zweite Auflage
6. bis 10. Tausend

H. Class

Viel Feind' — viel Ehr'

Erschienen in Leipzig 1912 in der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Inselstraße 10

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

943.08
C 614 W

Meinem liebsten Weggenossen

zum Dank

für Treue und Wahrheit

Vorwort.

Als wir Kinder waren, spielten wir nicht selten ein Wunschspiel, das großen Reiz für uns hatte; es ging darum, was man tun würde, wenn man König, Papst, Kaiser wäre. So kindisch dies Spiel war, ich habe später doch oft gedacht, wie charakteristisch für die Teilnehmer die Wünsche waren, die sie sich ausgedacht hatten, wenn sie auf des Lebens Höhe gestellt würden.

„Wenn ich der Kaiser wär'", so nenne ich in Erinnerung an eine allzu ferne Jugend diese Schrift; sie aber ist kein Spiel der Gedanken und Wünsche, sondern der Niederschlag ernster Erfahrungen eines vielgestaltigen politischen Lebens; sie ist der Ausdruck von beklemmenden Sorgen um unser Vaterland; sie ist endlich die Zusammenfassung der Überzeugungen, die ich in einer mehr als ein Menschenalter langen politischen Selbsttätigkeit und Beobachtung gewonnen habe.

Vieles von dem, was auf den folgenden Blättern niedergelegt ist, wird in gleichgesinnten Seelen Anklang finden, manches ist bereits Gemeingut ungezählter Deutscher, die durch die politische Entwicklung, besonders durch das allgemeine Wahlrecht tatsächlich mundtot gemacht, jedenfalls im weiteren politischen Leben ausgeschaltet worden sind; das Meiste, darüber bin ich mir klar, wird den Zorn oder Hohn der Diener der Masse erwecken, und man wird die Ratschläge verachten, die ich zu geben unternehme.

Mag immerhin die Zustimmung der Massen mir versagt bleiben — ich folge der Pflicht und spreche meine Überzeugung aus; ich weiß, ich darf für den Augenblick auf Gehör, auf Wirkung nicht rechnen, aber ich bin sicher, daß die Entwicklung einer hoffentlich nicht zu fernen Zeit in der Hauptsache so gelenkt werden muß, wie ich es meine, wenn nicht das deutsche Volk nach innen und außen einen furchtbaren Zusammenbruch erleben soll.

Das sei gesagt — ich bin kein Parteimann, und mit Parteipolitik und -interessen hat diese Schrift nichts zu tun; die Angehörigen der Rechten werden mich des Mangels an Respekt vor der Obrigkeit zeihen und in manchem den Demokraten wittern; die der Linken mögen in mir den roten Reaktionär und unmodernen Junker erblicken — ich aber bin nichts als ein selbständiger Mann, der sein Urteil frei hält vom Parteibefehl; ich habe die Entwicklung seit der Gründung des Deutschen Reiches mit offenen Augen miterlebt, manchen Irrtum dieser 40 Jahre mitbegangen, manchen berichtigt, und sehe nun, daß wir an dem Punkte angekommen sind, wo nichts weniger als unsere ganze Zukunft in Frage gestellt ist. Ich sehe weiter, daß die Regierung nichts tut, um die Entwicklung entschlossen in gesunde Bahnen zurückzulenken, ja ich muß glauben, daß sie gar nicht weiß, was jetzt auf dem Spiele steht; die Volksvertretung ist nicht anders, und wo ein Abgeordneter etwa klarsehend genug ist, um „den Geist der Zeit" zu erkennen, da verbietet ihm das Parteiinteresse das offene Wort — denn von Volkes Gnaden ist er, was er ist, und die Partei schädigt, wer die Unfehlbarkeit der Masse anzweifelt.

Endlich sehe ich, daß die Fürsten des Reiches — wenn man sein Urteil nach ihrem Tun und Treiben bildet — nicht ahnen, wohin die Reise auf dem jetzt eingeschlagenen Wege führen muß; der erste und einflußreichste unter ihnen, der Deutsche Kaiser, wird zwar von seinen Verehrern ein moderner Herrscher genannt, aber ich fürchte, dies modern darf nicht so aufgefaßt werden, daß er die echten Forderungen der Zeit versteht, sondern daß er sich ihren Schwächen angepaßt hat.

In solcher Zeit, wie der unsrigen, die ganz allgemein als eine des Übergangs angesehen wird, ist ein starker Führer nötig, der den Schritt zur Genesung, zur inneren und äußeren Festigung erzwingt, der die Entwicklung zum Verfall hindert.

* * *

„Wenn ich der Kaiser wär'" — heiße dies Buch, und ich will damit sagen, was ich tun würde, wenn . . . . . ja, wenn! der Vermessene, der Eitle, der auch nur zu träumen wagte, er könne auf solcher Höhe stehen!

So ist es nicht gemeint; ich bin froh und zufrieden, ein schlichter Bürger unseres Reiches zu sein, und freue mich meiner Herkunft und meiner Unabhängigkeit nach allen Seiten. Es kann aber, meine ich, nur das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit stärken, wenn man sich in die Lage versetzt, wichtige Entscheidungen selbst treffen zu müssen — vielleicht aber kann es auch dazu dienen, das Verantwortlichkeitsgefühl der Hochgestellten zu vertiefen, wenn sie hören, wie einer die Dinge an ihrer Stelle betrachten und behandeln würde.

So ist's gemeint, wenn ich vor dies Buch den Titel setze:

Wenn ich der Kaiser wär'.

Ostern 1912.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort VII

Von den Schäden, Nöten und Gefahren 1

Politischer Tatbestand S. 1 — Die Unzufriedenheit und ihre Ursachen S. 3 — Schwäche und Erfolglosigkeit der äußeren Politik S. 5 — Die nachbismarckische Zeit; ihre Aufgaben, ihre Fehler S. 9 — Die serbische Krisis S. 10 — Marokko S. 12 — Weitere Ursachen der Verstimmung S. 16 — Bismarcks Nachfolger S. 17 — Wirtschaftliche Entwicklung S. 19 — Die Industrialisierung und ihre Schäden S. 20 — Das Großkapital S. 26 — Gefahren des Reichtums S. 29 — Die Juden S. 30 — Jüdischer Einfluß, jüdische Zersetzung S. 36 — Die Regierenden und die Fragen der Zeit S. 38.

Von der Reichsreform 40

Das allgemeine gleiche Wahlrecht S. 40 — Die Sozialdemokratie S. 41 — Wirkungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts S. 43 — Gegen das geltende Wahlrecht S. 45 — Wahlrechtsreform S. 46. — Bedenkliche Vorschläge S. 49 — Wahlrechtsänderung S. 52 — Übergang zum Parlamentarismus S. 55 — Pflichten der oberen Schichten S. 58 — Größt-Grundbesitz S. 59. — Größt-Industrie S. 60 Großbanken S. 62 — Warenhäuser S. 63 — Die Reichsreform als Ganzes S. 64 — Kampf gegen den Umsturz S. 64 — Reform des öffentlichen Lebens S. 68 — Schutz der Arbeitswilligen S. 69 — Die Presse S. 71 — Die Juden unter Fremdenrecht S. 74 — Die Zionisten S. 78 — Andere Volksfremde S. 79 — Die Polen S. 80 Das Reichsland S. 83 — Die Dänen S. 89 — Reichsfremde Volksfremde S. 90 — Agrarreform S. 94 — Bauernpolitik S. 95 — Landarbeiter S. 97 — Folgen der inneren Kolonisation S. 98 — Die Freizügigkeit 100 — Heer und Flotte S. 102 — Volksgesundheit S. 104 — Erziehung S. 106 — Staatsbürgerlicher Unterricht S. 108 — Universität und Bildung S. 110 — Bureaukratie S. 112 Kunstpolitik S. 114 — Das Theater S. 116 — Die Wohnungsfrage S. 116 — Die Frauenfrage S. 118 — Frauenpflichten S. 121 — Umdenken S. 122 — Aktive innere Politik S. 123 — Suum cuique S. 124 — Industrie und Landwirtschaft S. 126 — Amerikanisierung S. 128 — Rückkehr zum politischen Leben S. 130 — Sport und Spiel S. 130 — Gegen den Materialismus S. 131 — Deutscher Idealismus S. 132 — Innere Umkehr S. 133 — Volk und Herrscher S. 134.

Von den Grundzügen deutscher Machtpolitik 136

Unsere Lage S. 136 — Entweder, oder S. 138 — Die Möglichkeiten, allgemein S. 140 — Ausdehnung nach Südosteuropa

S. 142 — Überseeische Siedlung S. 143. — England S. 144 — Frankreich S. 149 — Belgien und die Niederlande S. 152 — Die Schweiz S. 157 — Österreich-Ungarn S. 157 — Aufgaben des nächsten Kaisers S. 160 — Die Deutschen und die Krone S. 162 — Deutschland und Österreich S. 165 — Rußland S. 168 — Die Türkei S. 171 — Rumänien S. 172. — Vorderasiatische Siedelungspläne S. 172 — Nordamerika S. 173 — Südamerika S. 176 — Japan S. 176 — Italien S. 177 — Auswärtiges Amt S. 179 — Äußere Politik und nationales Leben S. 181 — Krieg und Frieden S. 182 — Deutsche Machtpolitik und innere Wirkung S. 184 — Deutschtum und Menschheit S. 186.

Helfer und Gegner 189

Die Aufgabe S. 189 — Nationale Radikale S. 190 — Schrittmacher der Sozialdemokratie S. 192 — Das Zentrum S. 192 — Zentrum und Nationalpolitik S. 196 — Die Nationalliberalen S. 200 — Bassermann als Führer S. 202 — Zukunft der Partei S. 204 — Die Reichspartei S. 206 — Die Konservativen S. 207 — Volkstümlich-konservative Politik S. 209 — Krone, Regierung und konservative Partei S. 211 — Konservative Pflichten S. 213 — Die Antisemiten S. 214 — Bund der Landwirte S. 215 — Der Bauernbund S. 216 — Die nationale Presse S. 217 — Die Parteilosen S. 217 — Die Krone S. 219 — Der Kaiser S. 221 — Der Zustand S. 224 — Der Kronprinz S. 225 — Der Kaiser als Führer S. 227 — Die Helfer S. 227.

Wenn ich der Kaiser wär' 230

Herrscher und Volk S. 230 — Herrscher und Helfer S. 231 — Kaiserpflicht S. 232 — Absicht und Anlaß S. 233 — Die Schicksalsfrage S. 235.

Von den Schäden, Nöten und Gefahren

Politischer Tatbestand

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb zum vierzigsten Geburtstage des Deutschen Reiches voll tiefer Philosophie:

„Die Entwicklung eines Volkes ist Kampf und abermals Kampf, die Wirklichkeit hat keine letzten Lösungen, und ihre Blütenträume reifen nie zu Ende. Auch die Völker finden nur im Weiterschreiten ihr Glück. Nach eigenem Gefühl und Urteil mag jeder sich heute im einzelnen die Frage beantworten, ob die Entwicklung des Reichs, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Stellung, die das deutsche Volk in den letzten vier Jahrzehnten erreicht hat, die Hoffnungen jener Generation enttäuscht, erreicht oder übertroffen hat. Wer in berechtigter oder unberechtigter Unzufriedenheit mit irgendeiner Teilerscheinung den klaren und objektiven Blick für das Ganze nicht verloren hat, wird zugestehen müssen, daß noch nie ein Volk in so kurzer Spanne Zeit auf allen Gebieten so weit und energisch fortgeschritten ist, wie das deutsche. Diese Tatsache kann niemand leugnen, der Augen hat, das wachsende Volk bei der Arbeit zu sehen. Und doch ist sicherlich noch nie während einer Periode solcher Entwicklung so viel von dem Pessimismus, der weite Schichten des Volkes ergriffen haben soll, von Verärgerung über eine unerträgliche Reaktion die Rede gewesen. Diese Erscheinung ist zum Teil Mangel an Sinn für das Ganze und Mögliche, zum Teil Ausfluß einer dogmatischen Auffassung von dem Inhalt des Fortschritts, die mit dem Leben der Nation nichts zu tun hat. Wo sie weder das eine noch das andere ist, wird man auch in ihr eine Folge des steten Strebens zu sehen haben, das alle Teile des Volkes erfaßt hat, alle Stände treibt, sich emporzudrängen, Geltung und Einfluß zu erlangen

Mithin ist auch sie letzten Endes ein Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche."

Es ist der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nicht gelungen, mit dieser papiernen Weisheit die Unzufriedenheit einzudämmen, von der sie redet, und ziemlich genau ein Jahr nachdem sie also gesprochen, erhielt ihre Auftraggeberin, die Regierung, eine nicht mißzuverstehende Antwort durch den Ausfall der Reichstagswahlen dieses Januars: Einhundertundzehn Sozialdemokraten — über ein Viertel der Volksvertretung — zogen im Prunkbau am Königsplatz ein; dazu kam, daß in einer nicht unbedeutenden Zahl von Wahlkreisen die sozialistischen Kandidaten nur mit ganz geringen Mehrheiten geschlagen wurden, so daß damit gerechnet werden muß, daß bei der nächsten Gelegenheit auch diese Wahlkreise sozialistisch werden.

Kein Zweifel: die vier Millionen sozialdemokratischer Stimmen sind im Januar 1912 abgegeben worden von Leuten, die für sich und ihre Partei Geltung und Einfluß heischen — also wäre ihre Abstimmung, wenn man der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom Jahre zuvor folgen will, ein Zeichen der Stärke. Hier stock' ich schon — wie komm' ich weiter fort? Nun, wenn man die Offiziösen am Ende des letzten Wahlkampfes und nachher hat reden hören, so sieht man doch, daß jene über den Gewässern schwebende philosophische Betrachtung sich angesichts der Tatsachen in die Erkenntnis verwandelt hat, daß vier Millionen staats- und volksfeindliche Wähler weder nach innen, noch nach außen einen Kräftezuwachs bedeuten.

Und in der Tat ist man sich außerhalb der sozialdemokratischen Partei, des Freisinns und der mit ihm eigentlich identischen Jungliberalen darüber ganz klar, daß das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und die Verdoppelung der Machtstellung der Partei im Reichstage ein höchst bedenkliches Symptom in unserem nationalen und staatlichen Leben ist; es beweist eine Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden Zuständen, die nicht allein durch die

skrupellose Verhetzung der sozialistischen und der an einem Strange mit ihr ziehenden jüdischen Presse erklärt werden kann. Aber mindestens gerade so bedenklich, wie als Beweis des Massenmißmuts, ist das Anwachsen der Sozialdemokratie, wenn man die völlig ungenügende Abwehr der bürgerlichen Parteien und Gesellschaft ins Auge faßt und überzeugt ist, daß sie zum guten Teile auf die Verbitterung und den Unwillen der Gebildeten und Besitzenden zurückzuführen ist, die ihre Enttäuschung über die Regierungsergebnisse der nachbismarckischen Zeit durch Enthaltung vom politischen Leben zum Ausdruck bringen.

In der philosophischen Staatslehre verfährt man doktrinär, aber das Leben eines Volkes lehrt bei jeder Gelegenheit, daß Volksstimmungen auf die politische Gestaltung von allergrößtem Einfluß sind.

Volksstimmungen. Man darf nicht überhebend fragen, wer ist in solchem Falle das Volk? Das wäre zulässig, wenn da oder dort eine kleine Gruppe parlamentarisch oder publizistisch ihre Auffassung als diejenige der Gesamtheit hinzustellen versuchen wollte. So liegt die Sache aber nicht, und es muß offen und unzweideutig ausgesprochen werden, daß heute in der Tat das ganze Volk mit der Art unzufrieden ist, wie es regiert wird.

Die Unzufriedenheit und ihre Ursachen

Daß dies hinsichtlich der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Radikalen zutrifft, braucht nicht bewiesen zu werden; aber wer heute konservative und nationalliberale Zeitungen in die Hand nimmt oder politische Versammlungen dieser Parteien besucht, weiß, welche Verbitterung sich in diesen Kreisen angesammelt hat, ja, er erschrickt über deren Maß, wenn er Gelegenheit hat, führende Persönlichkeiten sich vertraulich über die Lage unseres Vaterlandes äußern zu hören.

Am wenigsten unzufrieden scheinen noch die Anhänger des Zentrums — ein Zeichen der Zeit —, aber auch sie sind pessimistisch; die politisch Geschulten unter ihnen, weil sie die besonderen Schäden unseres staatlichen Lebens mindestens zum Teil erkennen und sehen, daß die Regierung dagegen nichts tut, die Masse der Wähler, weil sie zum Mißtrauen gegen den Staat aus klerikalem Interesse erzogen ist.

Also, es ist so und muß ins Auge gefaßt werden: es gibt heute, abgesehen von erfolgreichen Strebern und nur an sich denkenden glücklichen Geschäftsleuten, abgesehen auch von den politisch Gleichgültigen, auf deutschem Boden von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken keinen politisch Zufriedenen — ein Ergebnis, das ohne schwerste Fehler der Regierung undenkbar wäre, und das allein schon eine furchtbare Anklage in sich schließt, wenn man es der Begeisterung gegenüberstellt, die das neubegründete Reich begrüßte, oder auch nur der Stimmung, die Bismarck im Kampf um das Septenat im Frühjahr 1887 hervorgerufen hat.

Das ist von vornherein klar, wenn die Gefolgschaft Heydebrands und Bebels gleich unzufrieden ist, müssen die Ursachen grundverschieden sein; aber die Entschuldigung, eine Regierung könne es nicht allen recht machen, zieht nicht, sobald feststeht, daß sie es keinem, aber auch keinem recht macht.

Prüft man die Ursachen der allgemeinen Unzufriedenheit, so ergeben sich solche allgemeiner und besonderer Art, die sich zum Teil wieder scheiden, je nachdem es sich um die oberen oder die unteren Volksschichten handelt. Dieser Unterschied kann und muß gemacht werden, und es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß wir eine obere und eine untere Schicht haben, wie immer auch die Umschmeichler der Masse dagegen wettern. Die Einteilung des alten Gneist nach „Bildung und Besitz" und diejenigen ohne Beides, hat noch immer ihren Wert, und entspricht auch dem sittlichen Bedürfnis; denn sie setzt die Bildung dem Besitze gleich und rechnet zur Oberschicht auch den Nichtbesitzenden, der sich Bil-

dung erarbeitet hat, und hält jedem den Eintritt in diesen Kreis frei, der sie sich erarbeitet.

Schwäche und Erfolglosigkeit der äußeren Politik

Als hauptsächlichste der allgemeinen Ursachen des Winters deutschen Mißvergnügens, der jetzt schon über 20 Jahre währt, ist ganz gewiß die Enttäuschung anzusehen, die alle Bevölkerungskreise, und zwar bis tief in die Sozialdemokratie hinein, über die Erfolglosigkeit und Unfruchtbarkeit der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches erfüllt. Alle Staaten um uns her in Europa, alle auf dieser Erdkugel, in denen der staatliche Lebensnerv, der Wille zur Macht noch nicht getötet ist, greifen um sich und erweitern ihr Einflußgebiet; es tun dies selbst Staaten, die innerlich so ungesund sind wie Frankreich und Rußland; es tun dies Staaten mit so unermeßlichem Besitz wie England und die nordamerikanische Union, endlich, es tut dies ein Staat, dessen Bevölkerung angefangen hat, zurückzugehen, wie Frankreich, wo also ganz gewiß ein Bedürfnis nach weiterem Kolonialboden nicht vorhanden ist. Alle greifen um sich, selbst das schwache Spanien wehrt sich seiner Haut und sucht in Marokko wiederzugewinnen, was es gegen die Vereinigten Staaten verloren hat — nur das Deutsche Reich ist „saturiert" und beeilt sich, sobald irgendwo in einem für den Einfluß der Kulturstaaten in Betracht kommenden Lande ein Konflikt ausbricht, sein „politisches Desinteressement" zu verkünden — wie es so schön heißt, und nur die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen zu verlangen.

Wenn aber irgendein Staat Anlaß hat, für die Vergrößerung seines Machtgebietes zu sorgen, so ist es das Deutsche Reich, denn seine Volkszahl vermehrt sich rasch, seine Industrie braucht neue Absatzgebiete, seine Gesamtwirtschaft den Boden zur Erzeugung tropischer und halbtropischer Produkte aller Art, deren Beschaffung uns

heute in unerträgliche Abhängigkeit von andern gebracht hat, wobei nur auf Baumwolle verwiesen sei.

Nach Stimmung und Erkenntnis ist die Ansicht heute doch allgemein verbreitet, daß die auswärtige Politik versagt hat gegenüber den Aufgaben, die sich hieraus ergeben; der Landzuwachs von den letzten kolonialen Erwerbungen Bismarcks an bis zum November 1911 beschränkt sich auf Helgoland, Kiautschau und die paar Inseln in der Südsee — was in der Zeit England und Frankreich erworben haben, um nur von diesen beiden zu reden, ist zu bekannt, als daß es hier wiederholt werden müßte.

Aber *wir* sind und bleiben saturiert, d. h. unsere Regierenden tun so, als ob wir es wären, und überlassen die Aufteilung der Erde den andern; unsere Diplomaten haben nur eine Aufgabe: den Frieden zu erhalten. Um gerecht zu sein, muß man zugeben, daß die zwar ruheselige, aber für ein wachsendes Volk grundverkehrte Auffassung von der deutschen Saturiertheit auf Bismarck zurückgeht, der das Schlagwort geprägt hat. Ihm kam es darauf an, die mißtrauischen Nachbarn nach den gewaltigen Ereignissen seiner drei siegreichen Kriege zu beruhigen und Zeit zum Ausbau seines Werkes zu gewinnen; er brauchte Ruhe nach außen, und unmittelbar nach 1871 bedurfte das deutsche Volk keiner Erweiterung seines Machtgebietes, denn der Reichsboden genügte für die Bevölkerung von 40 Millionen, und die Industrie befand sich, an der heutigen Entwicklung gemessen, erst im Entstehen. Das Schlagwort vom „saturierten" Deutschen Reiche war ursprünglich zu bestimmten politischen Zwecken geprägt, kein dauerndes Programm; es ist bedauerlich, daß Bismarck es mit fortschreitendem Alter aber zum Programm erhob, so daß seine trotzdem bewundernswerte auswärtige Politik rein defensiven Charakter annahm. Es muß bei aller Verehrung für Bismarck gesagt werden, daß spätestens am Ende der zwei Jahrzehnte seiner staatsmännischen Tätigkeit nach der Reichsgründung die Entwicklung unseres Volkes so fortgeschritten war, daß eine reine Verteidigungs-

politik unrichtig wurde und einen Verzicht auf die Sicherung der Zukunft in sich schloß. Daß ein Bismarck sich aber von einem Programm nicht gefesselt fühlte, zeigte sein Verhalten auf dem Gebiete der Kolonialpolitik; denn er hat alle die großen überseeischen Erwerbungen gemacht, die wir heute besitzen. Sonst aber war er friedfertig geworden, der geistige Urheber dreier Kriege, und er ließ sich selbst durch die stärksten Reizungen Frankreichs und Rußlands nicht aus seiner rein verteidigenden Politik herausbringen. Allein die stolze, offene Sprache, die er, wenn nötig, vor dem Reichstage über Fragen der auswärtigen Politik redete, erinnerte an den Löwen.

Wo sind die Zeiten hin, daß ein deutscher Minister zum Ausland Fraktur zu reden wußte? Nehmt die zahmen Reden eines Schön und Kiderlen, und ihr wißt, wohin wir gekommen sind — denkt daran, wie Bethmann Hollweg den Abgeordneten von Heydebrand schulmeisterte, als er im November 1911 über England so sprach, wie der Augenblick es verlangte.

Man sagt und beklagt es, daß Bismarck keine Schule gemacht habe; das ist nur zum Teile richtig. Denn er hat Schule gemacht, soweit die Schwächen seiner Politik in Betracht kommen, nicht aber für ihre Stärke. Alle die Mittelmäßigkeiten, die nach ihm kamen, haben das Wort vom gesättigten Deutschland nachgebetet und danach gehandelt, und vielleicht noch schädlicher war es, daß draußen im Lande alle, die an Bismarcks Autorität glaubten, das gleiche taten, so daß eine gedankenarme, lebensfremde Bureaukratie und die öffentliche Meinung allzu lange Hand in Hand gingen und nur eines predigten: Die Heiligkeit des Friedens. In jeder Thronrede, bei allen Erörterungen der äußeren Politik in und außerhalb des Parlaments und in der Presse, immer die Phrasen vom Frieden, bis sie einem Gesunden zum Ekel wurden.

Zur Ehre unseres Volkes sei es gesagt, daß in den denkenden, politisch geschulten Kreisen die Erkenntnis von der Unrichtigkeit der deutschen Sättigung bald nach Bismarcks Ausscheiden aus dem Dienste einsetzte, und nach und nach die

öffentliche Meinung erobert hat; der grüne Tisch aber glaubt noch daran — so langsam lebt die Bureaukratie, so schwer ist sie aus dem gewohnten Geleise zu bringen, so träge ist sie im Umdenken.

In einem Punkte sieht sie sich unterstützt von der konservativen Auffassung, die innerlich immer skeptisch gegen jede Überseepolitik war, weil sie meint, wir brauchten keinen kolonialen Gebietserwerb, da Deutschland nicht nur nicht übervölkert sei, sondern in weiten Teilen an Bevölkerungsmangel leide; die richtige Kolonialpolitik liege im Osten des Reiches. Das ist zweifellos richtig, aber kein zureichender Grund gegen überseeische Kolonien. Es heißt eines tun und das andere nicht lassen — die Regierung aber läßt beides.

Man muß doch ins Auge fassen, daß die Zwecke überseeischen Landerwerbs mannigfach sind, je nach den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen, denen sie dienen sollen: industrielle Absatzgebiete und Boden für industrielle Rohstoffe brauchen wir, und zwar schon *jetzt* und *unter allen Umständen* — daneben aber auch Land zur Ansiedlung Deutscher, für die *dereinst* das Vaterland wegen Übervölkerung keinen Raum mehr hat. Dieses Land aber muß schon *heute* erworben, aufgeschlossen und gesichert sein, wenn es auch erst in zwanzig oder dreißig Jahren größeren Zuzug bekommen wird, denn man kann nicht von heute auf morgen eine Kolonie zur Aufnahme größerer Einwandererscharen herrichten und bis zu dem Zeitpunkt, wo sie hierfür gebraucht wird, kann und wird sie den andern Zwecken bereits dienen.

Diese Erwägung hat in wachsendem Maße auch den mehr inneren Widerspruch der Konservativen gegen die Forderung einer planvollen und kräftigen Überseepolitik zum Schweigen gebracht, zumal diese Kreise durchaus der Meinung sind, daß uns kein größerer Verlust an nationaler Kraft mehr durch Auswanderung in fremde Staaten treffen darf.

Man kann also sagen, in unserer öffentlichen Meinung hat seit Bismarcks Abgang eine vollständige Wandlung sich vollzogen; das Wort von der deutschen Saturiertheit gilt nicht mehr; Entwicklung und Bedürfnis zeigen, daß wir wieder hungrig geworden sind, hungrig nach Land, und damit sind der deutschen Staatskunst Aufgaben gestellt, die über Bismarck hinausgehen. Es ist nun kein schlechtes Zeichen für die beginnende Politisierung unseres an sich unpolitischen Volkes, daß diese Wandlung zuerst und am entschlossensten gerade von den Kreisen durchdacht und vollzogen wurde, die Bismarcks treueste Gefolgschaft waren — nach seiner Entlassung und nach seinem Tode; das Wort des Meisters hat sie nicht gebunden, sein Geist, seine Gesinnung, sein Wille und Wesen war und ist ihnen richtunggebend — sein Handeln nach den Notwendigkeiten seiner Zeit, nicht seine Worte in den Jahren der von ihm aus guten Gründen gewünschten Ruhe.

Es sind nun Anzeichen dafür vorhanden, daß auch der grüne Tisch jetzt endlich, d. h. etwa im Anfang des Jahres 1911 mit der deutschen Sättigung brechen wollte, und damit komme ich auf die Marokkopolitik, deren Wirkungen auf die Volksseele mir besonders verhängnisvoll erscheinen.

Die „Volksseele" — wie kommt der Skeptiker dazu? Ich weiß, welch ein Mißbrauch mit diesem Worte getrieben wird; aber ich weiß auch, daß es ganz gewiß etwas wie eine „Volksseele" gibt, und ruhig antworte ich den Zweiflern: Ich glaube daran.

Wenn man die Enttäuschung über Kiderlens Kongosümpfe ganz verstehen will, muß man doch einen Blick werfen auf das Entstehen und Anwachsen der Verstimmung über unsere äußere Politik. Als Caprivi den russischen Draht zerriß und seinen prächtigen Sansibar-Vertrag schloß, fand er die Billigung der Nation bis auf einen engen Kreis, der abfällige Kritik übte, und der der Kern des Widerstandes gegen diese neue Staatskunst wurde. Auch der Delagoa-Vertrag Bülows fand noch

Bewunderer, obwohl man sich auf dunkle Andeutungen verlassen mußte, und allgemeinerer Unwille entstand erst durch die Haltung während des Burenkrieges. Was hatte aber die Regierung während dieser ersten zehn Jahre nach Bismarck schon alles eingesteckt von Russen, Franzosen, Engländern, Amerikanern, ja selbst von den Bundesgenossen Italien und Österreich? Man merkte, der Respekt war fort.

Und in dem zweiten Jahrzehnt ging es so weiter; jeder der im Wettbewerb mit uns stehenden Staaten gewann etwas, mancher viel — nur wir nicht, und das machte doch stutzig. Dazu kam König Eduards geheimnisvolle Tätigkeit, die von der Öffentlichkeit viel ernster genommen wurde, als sie es verdiente, und die offensichtliche Überhebung fremder Staatsmänner. Man fragte sich, wenn wir in Ost und West, in Nord und Süd nichts zu sagen haben und uns noch beglückwünschen, wenn bisherige Gegner die Reibungsflächen zwischen sich beseitigen — ja, für was brauchen wir dann eine Diplomatie, für was in solchem Umfang Heer und Flotte? Mit den Versicherungen der Minister, daß alles schön und gut sei, und der Bestätigung dessen durch die ihnen ergebene Presse war auf die Dauer nichts geschafft — kurz, es kamen Zweifel, sie verdichteten sich zum Mißbehagen und schlugen empor als nationaler Unwille, als die Ereignisse des Spätherbstes 1908 dartaten, in welchen Händen die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ruhte.

Die serbische Krisis

Ein Lichtblick — die Sache vom Auswärtigen Amte aus betrachtet — schien der Erfolg der deutschen Haltung in der serbischen Krisis des Frühjahrs 1909; kaltblütig und entschlossen stellte das Deutsche Reich sich im bosnischen Annexionsstreite neben Österreich, wie Kaiser Wilhelm später etwas hyperbolisch sagte „in schimmernder Wehr", wie Bülow sehr schief meinte, indem es „die Nibelungentreue bewies"

und in der Tat fielen die englisch-russisch-französischen Intrigen zusammen, und der Friede blieb erhalten. Bülow nahm das Lob entgegen, das ein anderer verdiente, und unsere öffentliche Meinung glaubte an einen großen Erfolg und begann sich schon wieder zu beruhigen. Diese Politik war für den neuen Kurs eine ganz anständige Leistung, und diejenigen, die um die Dinge wußten, waren berechtigt, in ihrem Träger eine neue Hoffnung zu erblicken. Dies war der Bukarester Gesandte, Alfred von Kiderlen-Waechter, der damals den stets erholungsbedürftigen Staatsmann Freiherrn von Schön im Auswärtigen Amte vertrat. Für ihn war klar, — das hat er mit schöner Offenheit seinen Vertrauten von der Presse dargelegt — daß Deutschland gar keine andere Option habe, als für Österreich, weil Bülows Tatlosigkeit und König Eduards Verbissenheit uns wirklich in eine wenig glänzende Vereinsamung gebracht hatte. Für die Feinde Österreichs konnte man aus hundert Gründen nicht optieren; jetzt neutral bleiben, ergab vielleicht den Krieg der anderen gegen Österreich, in den wir dann doch als Verbündete hineingezogen werden mußten — wir aber wollten keinen Krieg, so tat Kiderlen das einzig Richtige, nur scheinbar aus freiem Entschluß, und stellte sich in der Höhe der Krisis offen zu Österreich, in der Berechnung, vielleicht sogar in der über Bukarest erlangten Gewißheit, daß Rußland den Krieg nicht wolle. Das war saubere Arbeit, klare Politik, die Kiderlen da trieb, und man muß es ihm lassen, daß er sie durchsetzte ohne nervös zu werden oder zu schwanken. Im Reich atmete man förmlich auf; denn bisher war unser Auswärtiges Amt auf jeden fremden „Bluff" hineingefallen, diesmal aber leistete es sich selbst einen „Bluff", auf den die andern hineinfielen — das war es in der Tat, und erst recht von Kiderlens Standpunkt aus, der sich kriegerisch stellte, weil er keinen Krieg wollte.

Hier hatte also endlich wieder einmal einer Politik gemacht, und es war ein doppelter Erfolg, daß sie freiwillig erschien, obschon sie notgedrungen war; besonders in die Augen fallend und das deutsche Selbstbewußtsein hebend, war, daß

mit einem Schlage König Eduards Einkreisungsnetz zerrisse wurde; ein stimmungsmäßiger Nebenerfolg, der vielleicht real politisch ausgenutzt werden konnte, war die Begeisterung de Deutschen Österreichs und die Verbesserung ihrer Lage der Hause Habsburg gegenüber.

Wie gesagt, der Träger dieser brauchbaren Politik blie im Hintergrunde, Bülow tat auch diesmal fremden Ruhr ein, was immer die stärkste Seite seiner persönlichen Diplomati war, und Herr von Schön kehrte wieder in die Wilhelmstraß zurück — Kiderlen aber wurde eine Hoffnung, trotz seiner Ver gangenheit, und das unerfreuliche Februar-Abkommen m Frankreich, das er gleichfalls geschlossen, war man geneig als ein Zwischenspiel anzusehen, nicht als Lösung.

Marokko

Bülow ging und Bethmann Hollweg kam, ihm zur Sei blieb Schön, und die marokkanische Frage wurde dur Frankreichs planvoll gewalttätiges Vorgehen von neuem ur immer wieder brennend. Das Auswärtige Amt zeigte Gedul wich mutig zurück, bewies das berühmte kalte Blut und ließ si auch durch die zum größten Teile berechtigten alldeutschen An griffe nicht aus der Reserve bringen; es war aber doch stark Tabak, der da geboten wurde, die Gebrüder Mannesmann ver standen es, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten — un zwar in der Sache durchaus mit Recht — mobil zu mache und Frankreichs zahllose Verstöße gegen den Vertrag vo Algesiras wurden direkt als Herausforderung Deutschland empfunden.

Nun ging Herr von Schön als Botschafter nach Paris, un Kiderlen-Waechter wurde sein Nachfolger. Er schien in ei und der andern Frage aktive Politik zu betreiben, so daß da Vertrauen zu ihm allgemeiner wurde, aber in der marokkan schen Frage bewies er eine merkwürdige Zurückhaltung, d

Vorschußlorbeer wollte welken — da kam der erste Juli, und der Panther erschien vor Agadir.

Man mag es drehen und wenden wie man will, und ganz absehen von den Behauptungen des Alldeutschen Verbandes, der in der marokkanischen Frage offenbar ganz besonders aktiv war und seine guten Gründe dazu gehabt zu haben scheint — das muß jeder politisch Denkende zugeben: der Jubel, der in der ersten Zeit nach Agadir die Regierung umbrauste, war veranlaßt durch eine Maßnahme dieser selben Regierung und entsprang dem instinktiven Gefühl der Befreiung von dem Alpe der bisherigen Marokkopolitik, der Meinung, daß ein großer Schlag geführt werden solle, der Hoffnung, daß er gelingen werde.

Der Ruf nach einer deutschen Siedelungskolonie in Westmarokko ging laut und allgemein durch das Reich, mindestens das wertvolle Sus, das Hinterland von Agadir schien das Ziel der deutschen Politik. Die Herren von Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter bestreiten, jemals Landerwerb in Marokko angestrebt zu haben, obwohl dies die Regierungen Frankreichs und Englands ganz offenbar angenommen haben, und obwohl die öffentliche Meinung im Reiche durchweg das Erscheinen des Panthers vor Agadir so auffaßte.

Man kann es dahingestellt sein lassen, ob das Auswärtige Amt ursprünglich den Auftrag hatte, ein Stück Marokkos zu gewinnen oder nicht, und man braucht sich in den bis jetzt noch unentschiedenen Streit zwischen dem Alldeutschen Verbande und dem Auswärtigen Amte nicht einzumischen — das, was bleibt, ist genug, um die Entrüstung und Empörung jedes auf das Ansehen seines Vaterlandes blickenden Deutschen zu erregen.

Ging man nur nach Agadir, um Frankreich gegenüber „Acte de présence“ zu machen und ein Stück vom Kongo zu verlangen, so war dies eine psychologische und politische Kurzsichtigkeit ohnegleichen, für Leute, die an der Spitze eines Staates stehen, einfach eine Ungeheuerlichkeit.

Ging man nach Agadir, ohne sich darüber klar zu sein,

daß dieser Schritt den Krieg bedeute, falls nicht eine De
mütigung Frankreichs oder Deutschlands erfolge, so war die
ein Verrechnen in den Elementen der Politik, an das ma
nicht glauben kann.

Und schließlich genügt es zu wissen, daß auf dem Aus
wärtigen Amte den Männern, die man bearbeiten wollte, ei
Gebieterwerb von dem mehrfachen Umfange des später er
reichten als gewiß hingestellt wurde, um sich darüber klar z
sein, daß Deutschland zurückgewichen ist.

Maßgebend für das Urteil über diese Art, auswärtig
Politik zu treiben, scheinen mir diese Gesichtspunkte:

Die Preisgabe Marokkos an Frankreich ist a
sich eine politische Sünde wider die Zukunft un
seres Volkes.

War man zur Preisgabe entschlossen und ging nur na
Agadir, um eine Kompensation anderwärts zu erzwinge
so war dies ein politischer Frevel, da man für solchen Vortei
der recht besehen, immer ein Verlust war, die schwere Alte
native des Krieges oder einer diplomatischen Demütigu
heraufbeschwor.

Glaubte man, durch den Erwerb eines Stückes des fra
zösischen Kongos bei gleichzeitiger Preisgabe Marokkos d
deutsche Volk mit einem Schlage alle Mißerfolge der letzt
zwei Jahrzehnte vergessen machen zu können, und eine Z
nationaler Erhebung heraufzuführen, die über das inne
politische Elend hinausbringen sollte, so war man über d
Dynamik jedes Volkslebens, besonders aber des eigenen
beschämender Unkenntnis — und mir ist von Männern,
deren Verständnis und Zuverlässigkeit ich glauben muß, ve
sichert worden, daß dies wirklich der wahre Zweck der Übu
gewesen sei.

Und das Ergebnis!

Zweimal haben wir im Spätsommer 1911 unmittelb
vor dem Kriege gestanden, haben im internationalen Ve
kehr unerhörte Reden englischer und französischer Minis
über uns ergehen lassen müssen und sind in der Presse die

änder in ehrverletzender Weise behandelt worden; während es unerträglich widerwärtigen Kuhhandels um die „Kompensation" hat die deutsche offiziöse Presse einen Tiefstand in bezug auf Gewissen, Anstand, Ehrgefühl gezeigt, der zu schlimmen Schlüssen auf die moralischen und politischen Qualitäten ihrer Auftraggeber zwingt. Die Verhandlungen vor dem Reichstag und noch mehr in der Kommission haben dargetan, wie frevelhaft leichtfertig unser Auswärtiges Amt in dies Unternehmen hineingestürzt ist, wie unzulänglich es unterrichtet war, wie beleidigend selbstherrlich es gleichgeordnete Stellen der Reichsverwaltung zur Seite geschoben hat, und wie unzuverlässig endlich der Staatssekretär in seinen Angaben war. Ein groteskes Abenteuer, auslaufend in einen politischen und moralischen Zusammenbruch. Jedes Auftreten des Reichskanzlers und des Staatssekretärs brachte eine Niederlage — die Verhandlungen in der französischen Kammer und im englischen Parlament unterstrichen alle Fehler der deutschen Diplomatie, und es blieb nichts übrig, als der Erwerb der Kongosümpfe und der Ekel an dem ganzen Unternehmen, das gedacht war als der Anlaß neuer nationaler Erhebung.

Genug davon!

Aber wer wundert sich außerhalb der beiden schuldigen Ämter in der Wilhelmstraße darüber, daß dies im ganzen und in allen Einzelheiten einzig dastehende Satyrspiel verwüstend gewirkt hat?

Der Rest des Vertrauens ist dahin. Der Verlust an Autorität, den die oberste Bureaukratie hier erlitten hat, der Unwille über solche Führung der auswärtigen Geschäfte hat dem sozialistischen Wahlsiege das Feld bereitet — positiv durch die Verstimmung des Volkes, negativ durch die Schwächung des Abwehr- und Kampfeseifers der nationalen Wählerschaft. Wer dazu nimmt, was vor Agadir von Mißmut bereits vorhanden war, wundert sich über nichts.

Weitere Ursachen der Verstimmung

Besitz und Bildung fühlen sich politisch entrechtet, durch di Entscheidung der Massen mundtot gemacht. Die Unter nehmer, die nach der Entwicklung der letzten Jahrzehnte doc zu den Pfeilern unserer nationalen Wirtschaft geworden sind sehen sich der Willkür der sozialistisch verhetzten Arbeiter schaft ausgesetzt — jeder staatliche Schutz wird versagt.

Der circulus vitiosus der Lohnerhöhungen und Preis steigerungen trägt Unbehagen in jedes Haus.

Der sozialistischen Presse und den Parteiagitatoren ha man über zwanzig Jahre unbeschränkte Gelegenheit gewährt ihre zersetzende, verhetzende Tätigkeit auszuüben, und di urteilslosen Massen dem eigenen Volke und Staate abzu kehren.

Die Liberalen aller Schattierungen, abgesehen vom rechte Flügel der Nationalliberalen, betreiben unter der Führung de Hansabundes die selbstmörderische Steuerhetze und den Kamp gegen das Phantom des schwarzblauen Blocks; ihre Presse ihre Agitatoren arbeiten der Sozialdemokratie gewissenlos i die Hände.

Was kann das werden?

Es scheint eingetreten, was Heinrich von Treitschke a Schlusse eines Aufsatzes über das neue Reich einst schrie als die Anfänge der Entwicklung sich zeigten, deren Folge wir heute erleben: „Unter allen Übeln, die uns heim suchen können, wäre das ärgste eine schwach Reichsregierung."

Haben wir überhaupt eine Reichsregierung? Wir habe Behörden, mehr als genug. Aber haben wir eine Regierung Wir werden verwaltet, anständig und wohlwollend — abe regiert? Die Zügel der Zeit, des wild gewordenen Renner von dem Geibel gesprochen, sind den schwachen Händen en fallen — wohin geht sein Lauf?

Bismarcks Nachfolger

Man darf sich nicht verhehlen, daß die Tauglichkeit der Männer, denen nach Bismarcks Entlassung das Kanzleramt übertragen wurde, von Nachfolger zu Nachfolger gesunken ist — wer heute im alten Radziwillschen Palais wohnt, heißt wohl Reichskanzler, ist es aber mit nichten.

Caprivi, der gerade von den Nationalen am meisten Gescholtene, war noch der wertvollste; gerade was ihm am meisten Schuld gegeben wird, die Verfolgung Bismarcks und die Unterwürfigkeit unter jede Willensregung des Kaisers, geschieht zu Unrecht. Die unwürdige Behandlung seines großen Vorgängers geschah ohne sein Wissen, und ihre Urheber sind in der Richtung zu suchen, nach der der Kladderadatsch seinerzeit seine Pfeile schoß; Caprivi fand nur nicht den Entschluß, das Geschehene unter Opferung der Schuldigen gut zu machen. Und dem Kaiser gegenüber hat er seinen Mann gestanden — offen und ehrlich, und eine Sprache geredet, die deutlich war. An Charakter und Mut hat es ihm nicht gefehlt, auch nicht an Willen — seine Mängel, die groß genug waren, um ihn zu einem Amte untauglich zu machen, lagen in dem Fehlen politischer Schulung und des Blickes für Ursache und Wirkung.

Hohenlohe besaß diese Schulung, und er hatte sich in einer staatsmännischen Laufbahn Verdienste erworben — kein Zweifel, daß er ein von Bismarck geschätzter Gehilfe bei der Arbeit um die Reichsgründung gewesen war und daß er als bayrischer Ministerpräsident gegenüber dem vatikanischen Konzil sich als besserer Kenner und Beurteiler erwiesen hat, als Bismarck selbst. Aber er war ein alter, verbrauchter Mann, der körperlich die Last der Jahre schwer trug, der körperlich den Aufgaben der Kanzlerschaft nicht mehr gewachsen war und dessen Amtszeit daher durchaus senilen Charakter trägt; der körperlich gebrochene Mann konnte nicht mehr das Gefäß starken Willens sein.

Bülow brachte wie Hohenlohe diplomatische Gewandtheit und Erfahrung mit; aber er war und blieb immer

Diplomat — mehr nicht. Ihm fehlte vor allem der Charakter, und es fehlte jedes feste Ziel, auch jeder Fleiß und Ernst. Die Verlegenheiten des Tages mit einer gewissen Schlauheit und Gewandtheit zu beseitigen, verstand er wohl — eine über den armen Tagesbedarf hinausblickende Politik zu treiben, war er unfähig. Man kann, ohne ihm Unrecht zu tun, sagen, daß er nach Graf Taasses Programm und Rezept regierte: sich durchfretten, fortwursteln. Seine Hinterlassenschaft im Tohuwabohu der Finanzreform war ein außer- und innerpolitisches Trümmerfeld.

Seinem Erben Bethmann Hollweg mußte jeder Kenner der Bülowschen Mißwirtschaft das beneficium inventarii nach jeder Richtung zugestehen, und deshalb wartete man geduldig mit dem Urteil auf politische Taten, die in ihren Anlagen nicht auf den Vorgänger zurückgingen, sondern eigener Initiative entsprangen. Die elsaß-lothringische Verfassung war der erste Streich — wenn wir einen Staatsgerichtshof hätten, gehörte ihr Urheber dort zur Rechenschaft gezogen, womit alles gesagt ist. Der zweite war der Abbau der Polenpolitik, deren Verdienste übrigens nicht Bülow zukommen, sondern einem engen Kreise tüchtiger Geheimräte dreier Ressorts. Dann kam Marokko.

Was diesen Kanzler auszeichnet, ist treuester Fleiß und Ernst; er hat viel gelernt und weiß wirklich viel; er besitzt Charakter und verdient menschlich alle Achtung. Aber laßt alle Hoffnung fahren, sobald die Politik beginnt, denn ihm fehlt nicht weniger als jede Spur politischen Instinktes.

Nun ist leider das Amt des Reichskanzlers ein politisches, und aller Fleiß, alle Gewissenhaftigkeit vermögen den Mangel jeglicher politischer Veranlagung nicht zu ersetzen. Kein Wunder, daß die Desorganisation in den leitenden Stellen weiter frißt, kein Wunder auch, daß der menschlich achtungswerte Mann, um sich Haltung zu geben, sich in Besserwisserei und Überhebung verbissen hat, die ein Zusammenarbeiten eigentlich unmöglich machen.

Solch ein Mann hat nicht das Zeug in sich, der Not der Zeit zu steuern, so wenig oder weniger als seine Vorgänger, wobei man nur bedenken muß, daß die Probleme, die zu Bismarcks Zeit sich andeuteten, inzwischen auswuchsen, zum Teil ins Riesengroße, und daß ganz neue Probleme schwierigster Art dazu gekommen sind: man vergleiche nur die Reichsschuld des Jahres 1890 in Höhe von rund 1300 Millionen mit der heutigen von rund 4½ Milliarden, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen damals mit 1½ Millionen und heute über 4 Millionen; die Zahl der Volksfremden auf Reichsboden mit rund 430 000 damals gegen anderthalb Millionen heute.

Hier ist es nun angezeigt, einen Überblick zu geben über die wirtschaftliche Entwicklung etwa des letzten Menschenalters, soweit sie politische Folgen gehabt hat — dies Wort ganz allgemein genommen; damit gewinnt man gleichzeitig ein Bild der Schäden, Mängel und Gefahren unseres heutigen Volkslebens und bereitet die Erörterung der bei der Bekämpfung in Betracht kommenden Mittel vor.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Begründung des Deutschen Reiches war der Ausgangspunkt für einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn die kühnste Phantasie nicht für möglich gehalten hätte und die ihn in dieser stürmischen Schnelligkeit kein anderes Volk erlebt hat — wir haben hierin die Amerikaner über-amerikaniert. Zwar war schon vor der Reichsgründung im wesentlichen das heutige Reichsgebiet durch den deutschen Zollverein ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet geworden, so daß auch im Deutschen Bund schon die Grundlage eines intensiveren Wirtschaftslebens gegeben war, und es ist bekannt, welch segensreiche Folgen wirtschaftlich der Zollverein für die zu ihm gehörenden Staaten gehabt hat. Um sie mit einem Schlagwort zu umschreiben: die Deutschen begannen wohlhabend zu werden.

Zu dem vorhandenen einheitlichen Wirtschaftsgebiet fügte Bismarcks Schöpfung die gewaltige staatliche Macht des Reiches, die Impulse einer großen Zeit und die Mittel der französischen Kriegsentschädigung hinzu, und er tat dann, als trotzdem kein rechtes Gedeihen kommen wollte, genial und kühn den entscheidenden Schritt, indem er Ende der siebziger Jahre die Schutzzollgesetzgebung schuf. Alsbald setzte die Entwicklung ein, die zu den heutigen ungeheuren Ziffern des Gesamtjahreseinkommens, der Aus- und Einfuhr, der Bank- und Sparkassenguthaben und der deutschen Anlagen im Auslande geführt hat; Handel, Industrie, Land- und Seeverkehr — alles wuchs riesenhaft, geleitet von dem Willen tatkräftiger, durchweg besonnener Unternehmer, ausgeführt von dem Fleiße eines ganzen Volkes.

Und die Folge: wir machten den Schritt von der Wohlhabenheit zum Reichtum. Aber nicht ohne Einbuße zu leiden an Leib und Seele des Volkes.

Die Industrialisierung und ihre Schäden

Die gewaltige Entfaltung der Industrie zog nicht nur die am Sitze der einzelnen Unternehmungen vorhandenen Arbeitskräfte an sich, sondern das Land mußte solche in Massen abgeben, und verlockt von den Annehmlichkeiten des städtischen Lebens, dem leichteren Verdienste, der größeren Freiheit zogen Millionen und aber Millionen aus den Dörfern in die Städte, ohne zu bedenken, was sie aufgaben. Die beim Beginne dieser Entwicklung vorhandenen älteren industriellen Mittelpunkte wuchsen ungeheuer, Dörfer wurden Großstädte, Großstädte wurden Riesenstädte. Andrerseits sank manche alte Landstadt zum Dorf herab oder blieb stehen, ganze Provinzen gaben ihren Zuwachs ab und mußten froh sein, wenn ihre Bevölkerung nicht zurückging.

Die Landwirtschaft verlor in der Hauptsache an Arbeitern, was die Industrie gewann, und mußte, um ihren

Bedarf zu decken, fremdvölkische Ausländer heranziehen. Es ist klar, daß diese Entwicklung insbesondere den Osten schädigte, da das Vorkommen von Kohle und Eisen, das Vorhandensein dichterer Bevölkerung und besserer Verkehrsmittel und die Ansätze älterer Industrie den Westen begünstigten; die so entstehende Binnenwanderung von Osten nach Westen setzte Menschenmassen in Bewegung, gegen die etwa die Völkerwanderung ein Kinderspiel ist.

Aber was das flache Land der Heimat abzugeben hatte, genügte noch nicht, und es fluteten Massen industrieller Ausländer ein, wie bei der Landwirtschaft besonders polnischer Herkunft; die Verwendung im Dienste der Industrie brachte es mit sich, daß diese sich geschlossen ansiedelten, und so entstanden in Rheinland und Westfalen die besorgniserregenden polnischen Kolonien, die es wagen können, auf den politischen Kampfplatz zu treten. Inmitten der rassenmäßig-deutschesten Bevölkerung des Vaterlandes hat ein polnischer „Staat im Staate" sich gebildet.

Niemand, der diese Entwicklung historisch so betrachtet, wie sie gekommen ist, kann der Industrie, d. h. ihren führenden Köpfen einen Vorwurf machen, wenn den Lichtseiten solche des Schattens gegenüberstehen — auch nicht, wenn der Schatten sich immer weiter ausbreitet und das Licht zu verdunkeln beginnt. Und ebensowenig ist man berechtigt, die Landwirtschaft zu tadeln, wenn sie, der Macht der Not gehorchend, Polen ins Land holt, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Subjektiv sind — in der Hauptsache — beide frei von Schuld, objektiv aber ist unserm Volke schwerer Schaden zugefügt worden, der täglich wächst und uns um die Zukunft fürchten macht; das gibt jeder Industriekapitän und jeder Großgrundbesitzer zu, der über dem eigenen Vorteil das Ganze, sein Volk, die Zukunft nicht vergißt.

Die Schäden und Gefahren liegen auf moralischem, hygienischem, politischem und schließlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete.

Moralisch kommt in Betracht das Loslösen zahlloser

Menschen von der Scholle, was einem Verluste der Heimat gleichkommt, und bisher ansässige Elemente in eine ruhelos hin und her flutende, nirgends seßhaft werdende Masse verwandelt; daß damit der Verlust nicht gleichgültiger Gemütswerte verbunden ist, leuchtet ein. Das Leben in der Großstadt läßt kein Heimatgefühl aufkommen, wohl aber öffnet es mit all seinen Verführungen, dem größeren Verdienste, der größeren Freiheit sittlicher Verwilderung die Schranken und züchtet die materialistische Lebensauffassung, die dem Ungebildeten viel gefährlicher werden muß, als dem Gebildeten.

Denkt dazu an die großstädtische Presse, die solchen Entwurzelten in die Hände kommt, denkt an ihre Vergnügungsstätten, und es ist klar, daß zur Gefahr der moralischen Entartung diejenige des körperlichen Verfalls, des Raubbaus an Rassenkraft und Volksgesundheit tritt.

Diese ist an sich schon durch die industrielle Beschäftigung in manchen Betrieben gegeben, und das städtische Leben aller Berufe hat rascheren Kraftverbrauch, als das ländliche im Gefolge; die zuletzt geschilderten Umstände verschärfen die Gefahr nur.

Mir ist der Eindruck unvergeßlich, den ich vor Jahren in einer wichtigen Industriestadt Sachsens gehabt habe, als um die Mittagszeit Männer und Frauen die Fabriken verließen — ein klägliches Geschlecht, an dem nichts daran erinnerte, daß es auf deutschem Boden lebt, verkümmert, freudlos — dem Volksfreunde ein seelischer Schmerz.

Und vor kurzem habe ich in Westfalen im Vororte einer gewaltig angewachsenen Industriezentrale ein Bild gesehen, das mich erschüttert hat; da stand vor seiner Hütte ein Arbeiter, ein prächtiger Westfale mit blondem Haar und blauen Augen, hochgewachsen, hager, ein Sohn bester Rasse; auf dem Arme trug er ein jämmerliches Kind, und drei ältere Kinder spielten zu seinen Füßen — alle mit den traurigsten Zeichen der Rachitis; ein Bild jähen Rassenverbrauchs.

Öfter betrachte ich mir, wohin ich komme, nach Schulschluß die Kinder städtischer Unterrichtsanstalten aller Stufen,

und ich erschrecke immer von neuem, wie gering die Zahl der gut gewachsenen und gesund aussehenden unter ihnen ist.

Zwiefach ist die Gefahr des städtischen und industriellen Lebens: die Geburtenzahl sinkt, und was geboren wird, ist zum Teil rassenmäßig minderwertig — also mit einem Wort, weniger und unkräftigere Kinder.

Darüber darf der hohe Geburtenüberschuß nicht hinwegtäuschen, der in den letzten Jahren durchschnittlich nahe an 900000 Köpfe kam, denn die Geburtenzahl ist von 2097838 im Jahre 1901 auf 2038357 im Jahre 1909 gesunken, der Prozentsatz gar von 4,05 im Jahre 1878 auf 3,19 im Jahre 1909, und der hohe Überschuß wird aufrecht erhalten durch die Verlängerung der Lebensdauer, die an sich kein Zeichen von Volksgesundheit ist, sondern hauptsächlich eine Wirkung der sozialen Fürsorge.

Nun muß man bedenken, daß wir doch erst am Anfang der Periode großstädtischen und industriellen Lebens stehen, daß unsere ältesten Industriebezirke sich erst im dritten Menschenalter befinden, der Großteil im zweiten, einige noch im ersten. Und doch schon solche Folgen!

Wer wagt es auszudenken, wie unser Volk beschaffen sein wird, wenn erst einmal fünf oder sechs Menschenalter solchen Lebens hinter ihm liegen, *wenn der Raubbau an der Volkskraft weitergeht wie bisher.*

Nicht zu vergessen ist dabei die Gefahr der Rassenverschlechterung durch die Vermischung mit den volksfremden Industrie- und Landarbeitern aus dem Ausland, der unbedingt rechtzeitig gesteuert werden muß.

Es ist *wirtschaftlich* im höchsten Grade bedenklich, daß Landwirtschaft und Industrie in solchem Umfange auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind — einmal wird deren Lohn mindestens zum Teil der vaterländischen Volkswirtschaft entzogen, und außerdem werden wir vom guten Willen des oder der fremden Staaten abhängig, von denen wir in Massen Arbeiter beziehen; man muß sich in diesem Zusammenhange nur einmal vorstellen, was geschähe, wenn

unter den heutigen Umständen z. B. Rußland seine Grenzen schlösse und keine Untertanen mehr ins Deutsche Reich ließe. —

Die Rassenverschlechterung des eigenen Volkes und der Geburtenrückgang bergen, wenn man über den Tag hinaussieht, auch politisch schwerste Gefahren in sich, wobei man nur an die Wehrkraft zu denken braucht; nach dieser Richtung wirft das bekannte Wort des Prager Professors Dr. Hüppe ein Schlaglicht, daß Frankreich vom deutschen Volke endgültig nicht vor Sedan, Metz oder Paris, sondern nach dem großen Kriege im deutschen Ehebett besiegt worden sei.

Denken wir diesen Gedanken durch, so entsteht die Frage, ob nicht in gleicher Weise die Slawen uns besiegen werden, und als Menetekel stehe über der Zukunft, daß das Zweikindersystem anfängt, sich über unser Volk zu verbreiten.

Damit sind wir dazu gekommen, die politischen Folgen der gewaltigen Binnenwanderung von Ost nach West, vom Lande in die Stadt zu erörtern, die gleichzeitig solche des großstädtischen und industriellen Lebens sind.

Die Zusammenballung von Massen wenig besitzender und minder gebildeter Menschen an einem Orte liefert diese dem politischen Schlagwort aus, und wir haben es erlebt, daß eine Großstadt nach der andern, soweit die Wahlen zum Reichstag in Betracht kommen, der Sozialdemokratie verfallen ist — nur ganz wenige machen eine ehrenvolle Ausnahme, und diese bei der Fortdauer der heutigen Zustände wohl nur noch auf kurze Zeit. Der großstädtische Arbeiter ist — abgesehen von den Fällen, wo der kirchliche Einfluß noch nicht gebrochen ist — der Einwirkung der sozialistischen Verhetzung durch Wort und Schrift durchweg widerstandslos preisgegeben; er sieht Reichtum und Luxus und vergleicht damit seine eigene Lage, und folgt den Agitatoren, die ihm ein besseres Los im Zukunftsstaat versprechen. Die Massierung gibt dann dem verhetzten Arbeiterstande nicht ohne Grund das Gefühl der Stärke, das aufgestachelt und gesteigert wird zu dem der politischen Überlegenheit. Die Beispiele sozialdemokratischen Übermutes, der zum Terrorismus wurde,

ollten schrecken und zu bedenken geben, wie rasch der Schritt zur Anarchie getan werden kann.

Stellt man sich vor, daß eine schwere wirtschaftliche Krisis die Ernährung dieser städtischen Massen gefährden würde, oder daß durch irgendeinen Vorgang der inneren oder äußeren Politik die Staatsgewalt gelähmt wäre — was kann man von den Massen erwarten, die man jetzt zwei Jahrzehnte dem Einfluß der Sozialdemokratie ausgeliefert hat?

Im höchsten Grade gefährlich ist der Abzug ländlicher Volksmassen in die Städte auch politisch unter dem Gesichtspunkte der Schwächung der Volkskraft und des allmählichen Versiegens ihrer Quellen. Man mag zu dem Bauern und Landstädter stehen, wie man will, und kann zugeben, daß er durchschnittlich kein Engel ist — aber das ist unbestreitbar, daß das Land und die ländliche Bevölkerung das unentbehrliche Sammelbecken für das Ganze sind; die großstädtische Bevölkerung verbraucht sich nach genauen Forschungen in drei, höchstens vier Generationen — wo soll der Ersatz herkommen, wenn das weiter entvölkerte Land ihn nicht mehr liefern kann. Und wer füllt die Reihen unserer Regimenter, wenn es dazu käme? Es ist bewiesen — was aber von vornherein gar nicht erst hätte bewiesen zu werden brauchen —, daß das flache Land einschließlich der Landstädte in wesentlich höherem Grade zum Heeresdienst taugliche Menschen liefert, als die Städte; wo auch das Land jetzt schon versagt, liegen besonders ungünstige Verhältnisse vor, die rechtzeitig bekämpft werden müssen.

Man halte sich, um die Gefahren der großstädtischen Entwicklung ja recht klar zu sehen, vor Augen, wie beschämend niedrig die Zahl der Militärtauglichen in Berlin mit knapp 30% ist, gegenüber Ostpreußen, dem angeblichen Horte der Reaktion, mit über 63%.

Denkt weiter an die Möglichkeit, daß bei fortschreitender Entvölkerung des Landes rentable landwirtschaftliche Betriebe nicht aufrecht erhalten werden können, so daß wir in unserer Ernährung abhängig werden vom Auslande! Man weiß,

wie viel Kopfzerbrechens diese Frage den Engländern macht aber wie viel übler wären wir daran, da wir zwischen anderen in Europa eingekeilt sind und den Seeweg jeden Augenblick verlegt bekommen können.

Dabei ist noch nicht in Betracht gezogen, welche Einbuß unser Nationalvermögen durch die Entwertung des ländlichen Bodens erleiden würde, und welche verwüstende Wirkung die beeinträchtigte Kaufkraft der verbliebenen Landbevölkerung gerade auf alles städtische Wirtschaftsleben einschließlich der Industrie wird ausüben müssen.

Wiederum sei aber gesagt, wenn wir schon jetzt Schäden sehen, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen; das Beispiel Englands sollte mahnen, rechtzeitig Halt zu machen.

Nur um vollständig zu sein, sei an die Erscheinungen erinnert, die das Aufkommen jeder Industrie auf dem flachen Lande hervorbringt: das Auftreten der Sozialdemokratie und die Abziehung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte von der Landarbeit, sowie daran, daß schon ganze Landstriche dadurch politisch verdorben worden sind, daß die männliche Bevölkerung zeitweise in Städten arbeitet, dort sozialistisch vergiftet wird und ihre Gesinnung bei periodischem Aufenthalt in der ländlichen Heimat politisch betätigt.

Das Großkapital

Im engsten Zusammenhange mit dem Wachstum der Industrie, in Wechselwirkung es anregend und von ihm gefördert, steht die großkapitalistische Entwicklung der letzten Jahre; wie die Industrie auf die Hilfe des Kapitals angewiesen war, so war die Bildung großer und größter Kapitalien nur möglich durch die Überschüsse der industriellen Betriebe und so ging es weiter zur Bildung der heutigen Großbanken und großindustriellen Betriebe.

Das bei den Großbanken tätige Kapital ist eine ungeheure Macht; es hat aufgehört, nur wirtschaftliche Macht zu

ein, und ist bereits politische Macht geworden. Das ist das erste große Bedenken gegen das heute durch Kapitalhäufung entstandene Großbankwesen, und es kann die Beunruhigung des Patrioten nur vermehren, wenn er sieht, daß in der nächsten Umgebung des Monarchen — wohl König Eduards modernem Beispiel folgend — Leute der Höchstfinanz eine Rolle spielen, daß sie bei Prinzen und Ministern aus- und eingehen und diese bei sich zu Gaste sehen. Nicht daß man den Geldherren so vornehmen Verkehr mißgönnte, man fürchtet nicht ohne Grund die Infizierung dieser für das nationale Leben nun einmal nicht gleichgültigen Personen durch Angehörige des Großkapitals mit nur-kapitalistischen Gedankengängen, und damit die Verankerung kapitalistischen Einflusses an höchst wichtigen Stellen des Staates.

Für diese sollte es aber gerade jetzt heißen, wachsam zu sein, voller Mißtrauen das Gehaben der Großfinanz zu beobachten, jedem Übergriff auf das Gebiet politischen Einflusses entgegenzutreten.

Die Zeiten scheinen schon vorüber zu sein, wo das Großkapital wegen seiner Förderung der Industrie und des Handels in der Hauptsache Dank verdiente — die Kapitalmasse ist so groß geworden, daß nicht mehr geprüft wird, ob eine Anlage volkswirtschaftlich nützlich ist im Sinne der Allgemeinheit, sondern sie soll nur reiche Verzinsung einbringen. So werden Unternehmungen durch das Geld der Großbanken begründet und gefördert, die direkt schädlich sind — schädlich insofern, als sie unser Volksleben durch die Zerstörung tüchtiger Stände des Bürgertums untergraben, damit einige wenige Unternehmer bereichert werden; hierher gehört ganz gewiß das Warenhauswesen.

Nicht zu vergessen ist auch, daß unser Wirtschaftsleben durch die Großbanken geradezu mediatisiert wird; sie raffen Depots aus der Provinz bis ins fernste Dorf zusammen, bringen die Eigentümer dieser Werte unter ihren wirtschaftlichen Einfluß, ihre Leitung und benutzen deren Mittel zu ihren Zwecken. Mit fremdem Gelde machen die Großbanken

ihre Geschäfte; sie entziehen es dem Wirtschaftsleben d
engeren Heimat des Anlagesuchenden und zentralisieren d
verfügbaren Mittel an wenigen Stellen. Das mag zwe
mäßig sein für ihr Ziel raschen und großen Verdienstes -
der Allgemeinheit ist damit nicht gedient, und verfehlte Unte
nehmungen des Großkapitals werden ihre Wirkungen a
diese Weise im kleinsten Dorfe äußern können.

Das Großkapital ist seinem Wesen entsprechend profi
gierig, kann also in jedem Augenblicke gemeinschädlich werde

Eine schlimme Folge der Mediatisierung unseres Wir
schaftslebens ist die Notlage zahlloser Angehöriger des Mitte
standes, die als selbständige kleinere oder größere Unternehm
unter der Doppelwirkung leiden, daß das Großkapital zw
dem Großunternehmer Geld zur Verfügung stellt, dessen Ko
kurrenz dadurch übermächtig gemacht wird, nicht aber dem geli
bedürftigen kleineren Unternehmer, Handwerker, Händle
Ein fortschreitendes Umsichgreifen der Großen ist die Folg
während die Kleinen sich nicht halten können und zusamme
brechen; sie geraten in die wirtschaftliche Abhängigkeit vo
anderen, indem die bisher Selbständigen zu Angestellte
werden. Das liegt aber ganz gewiß nicht im Interesse de
Allgemeinheit, des Staates.

Großkapital, Großindustrie, Großhandel gefährden de
Mittelstand aufs schwerste, und es ist begreiflich, daß Ex
stenzen, die trotz allen Fleißes, aller Sparsamkeit in diese
Kampfe nicht voran kommen oder gar unterliegen, dem Staa
gram werden, der zugesehen hat, wie die größere Kapitalmac
sie erwürgt. Das einst als Inbegriff volkswirtschaftlicher Weis
heit verehrte „freie Spiel der Kräfte" hat sehr seine zwei Seite
und die schlimme Seite trägt ihr Teil der Schuld daran, da
heute die ehemals treuesten und zuverlässigsten Schichten de
Bevölkerung unzufrieden sind.

Gefahren des Reichtums

Oben ist gesagt worden, daß wir den Schritt von der Wohlhabenheit zum Reichtum gemacht haben; das gilt natürlich nur für die Spitzen im Wirtschaftsgetriebe, aber es ist ein Zweifel, daß niemals vorher die Allgemeinheit des Volkes leicht Geld verdient und so viel Geld in der Hand gehabt at wie jetzt, zumal selbst der Landarbeiter, nachdem die aturallöhne abgeschafft sind, die Gegenleistung für seine ätigkeit in barem Gelde erhält. Geldarm ist der kleingewerbliche Mittelstand, geldknapp die Landwirtschaft — sonst aber ollt das Geld, wie nie zuvor in der deutschen Geschichte.

Die Wirkungen des Reichtums zeigen sich leicht begreiflich überwiegend in den Städten, und hier wieder besonders n den Großstädten, wo die aus Industrie und Handel strömenden Geldquellen am ergiebigsten fließen. Üppigkeit und uxus sind in die Oberschichten eingedrungen; die Unterschichten haben sich daran gewöhnt, in den Tag hinein zu eben, und diese Neigung ist durch die soziale Gesetzgebung ach vielen Erfahrungen verstärkt worden, indem ihre Wohlaten das Verantwortlichkeitsgefühl der Sozial-Versicherten eschwächt haben.

Alle Stände, die über bares Geld verfügen, sind von iner Genußsucht ergriffen, die den Patrioten mit ernster orge erfüllt, und die eine sittliche Verwilderung nach den annigfachsten Richtungen im Gefolge hat. Vergnügen, Putz, lbwechslung, Sensationen erfüllen die Gedankengänge dieses eschlechtes, das innerlich ärmer geworden ist als je. Geld rmöglicht dies Leben für die Eindrücke des Augenblicks, eld verschafft Ansehen, Geld öffnet die Pforten der Gesellchaft — ja, es ist so weit, daß der Besitz großer Vermögen enügt, um in die Umgebung des Trägers der Kaiserkrone u bringen.

Wo Geld aber das Maß aller Dinge geworden ist, wo ie Leistung, der Dienst, die Tat als solche nicht mehr gewertet werden, sondern nur nach dem Ertrag, da muß eine Wandlung der Welt- und Lebensanschauung eintreten, die

auflösend und zersetzend wirkt. Der Tanz ums goldene Ka verwirrt die Begriffe; die Verwirrung steigert sich und wi allgemeiner, wenn der Anfänger in dieser Kunst die Erfolg des Geübteren sieht, und der Materialismus gewinnt Mac über die Seelen. Sein Reich breitet sich mit jedem Tag weiter aus, und unser Volk, dem man einst vorgeworfen ha daß es aus Idealismus weltfremd sei, sich im Reiche der G danken verliere und die Welt den andern überlasse, gerät i die Gefahr, einer dem deutschen Wesen durchaus fremde Lebensanschauung zu verfallen; der Drang nach Besitz wi der herrschende Trieb werden, der Erfolg im Streben nac Besitz der alleinige Gradmesser.

Die Juden

Hier nun muß der verhängnisvollen Rolle gedacht werden die in unserem Volksleben das Judentum spielt, seit dem ihm das Geschenk der Emanzipation in den Schoß ge worfen wurde, das durch keinerlei Leistungen verdient war sondern aus der Stimmung an sich schöner Menschlichkeit, aus der Idee der Gleichheit der Menschen heraus gewährt wurde

Nun sind Deutscher und Jude ihrem innersten Wese nach wie Feuer und Wasser; solange unser Volksleben mora lisch gesund war, gab es nichts Verschiedeneres als die deutsch und die jüdische Lebensauffassung. Der Deutsche steht übe dem Besitz, bleibt ihm gegenüber innerlich frei und beweis seine Freiheit, indem er sich ausleben will ohne Rücksicht au den wirtschaftlichen Erfolg. Ehre, Unabhängigkeit, Eigen willigkeit sind die Triebfedern seines Handelns, das oft un zweckmäßig sein mag, aber jedenfalls eine Gedankenrichtung beweist, die nicht allein „von dieser Welt" ist; der Jude aber stellt sein Leben unter die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit; der Erwerb, der Besitz sind ihm alles; ihnen gegenüber ist er unfrei; ihnen ordnet er seine ganze Persönlichkeit unter. Kein Wunder, daß Menschen mit solchen Eigenschaften, wenn

nen einmal gleiches Recht verliehen ist, im Wirtschaftsleben
nders ausgerüstet dastehen als die Deutschen, haben sie doch
lbst bei ungleichem Rechte verstanden, die Deutschen aus-
beuten und Reichtümer anzusammeln.

Nun aber waren die Schranken gefallen, und zwar etwa
ur selben Zeit, wo zunächst durch die Bildung des Zoll-
reins ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen war, das
nen Handel im größeren Stile begünstigte, wo dann durch
rfindungen aller Art rasch um sich greifende Industrien ent-
nden. Damit wuchs der Geldverkehr, das Geldbedürfnis
nd die Nachfrage nach der nutzbringenden Verwendung er-
orbenen Besitzes; es folgten die Gründung des Reiches
nd die Schutzzollgesetzgebung mit ihrem unerhörten wirt-
haftlichen Aufschwung auf allen Gebieten.

Durch alle diese Vorgänge und eine Fülle wirtschaftlicher
egleitumstände wurden die Erwerbsmöglichkeiten in unge-
hnter Weise gesteigert. Die Allgemeinheit der Deutschen
nd sich langsam in die neuen Verhältnisse, die zunächst
ur von denen verstanden und ausgenützt wurden, die bisher
hon in engeren Verhältnissen an der Spitze des wirtschaft-
chen Lebens gestanden hatten und den Vorteil der Erziehung
im kaufmännischen Berufe größeren Stiles für sich hatten
- daneben natürlich von einer Reihe kaufmännisch besonders
egabter; die Masse aber fand sich schwer und langsam zu-
cht, ja man kann sagen, daß ganze Schichten bis heute noch
icht den Anschluß gefunden haben, wobei man nur an den
eineren städtischen Mittelstand und fast die ganze Land-
irtschaft zu denken braucht.

Ganz anders die Juden, das geborene Volk des Geld-
nd Zwischenhandels, deren Instinkt und Geistesrichtung auf
n Erwerb geht; ihre hohe Zeit war gekommen, jetzt konnten
ihre Fähigkeiten entfalten. Nicht selbst Werte schaffend,
so arbeitend im schöpferischen Sinne, sondern vermittelnd,
ndelnd, und sie gewannen schnell im Geldwesen und im
andel eine führende Stellung. Das Glück der ansässigen
uden lockte ungezählte Scharen aus Rußland und Galizien

über die Grenzen, die Preußen harmlos offen ließ; sie stürzte sich in unser Erwerbsleben, und recht eigentlich diese moralisch und kulturell für uns ganz unverdaulichen Juden brachte nun mit ihrer Skrupellosigkeit, ihrer Habgier, ihrer Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht, Ehre und Unehre die Elemente der Hast, Rücksichtslosigkeit und moralischen Gefühllosigkeit in unser Wirtschaftsleben. Jetzt tobte das „freie Spiel der Kräfte" — der Jude hatte Erfolg, er gewann Geld, er wurde durch sein Geld ein großer Mann. Dies Beispiel lockte und verführte, und da nach der liberalen Auffassung der Zeit nichts geschehen durfte, um diesem freien Spiele der Kräfte zu wehren, gingen allzu viele Deutsche in die Schule der Juden und folgten ihrem Beispiel. So ist unser wirtschaftliches Leben verwildert, und die Teilnehmer am Tanz ums goldene Kalb, von dem oben berichtet ist, wurden, wenn man der Sache auf den Grund geht, moralisch, d. h. nach Gesinnung und Lebensauffassung zu Juden.

Die Träger und Lehrer des heute herrschenden Materialismus sind die Juden; seine deutsch geborenen Anhänger sind den angeborenen Instinkten entfremdete Verführte.

Zu wirtschaftlicher Macht gekommen, griffen diese volks- und rassenfremden Gäste auf deutschem Boden auf alle Gebiete des nationalen Lebens über — an sich ein tragikomischer Widerspruch in sich selbst — aber infolge des Geschehenlassens eine historische Tatsache. Publizistik, Theaterwesen, Journalistik wurden erobert; die Advokatur, die Hochschulprofessuren, die ärztliche Laufbahn wurden ein besonderes Feld jüdischer Betätigung und jüdischen Einflusses.

Und dem Gesetze seines Wesens entsprechend — keine Katze kann aus seiner Haut, das gilt auch für alles rassenmäßig Ererbte — ist der Jude in allem, was er angreift, Jude. Treibt er Politik, so kann er sie nur als Jude betreiben, d. h. ohne Sinn und Verständnis für das Sich-Einfügen, für Unterordnung, ohne Liebe für das geschichtlich und organisch Gewordene; wird er Anwalt, so wirkt er zersetzend, weil sein

ıngeborenen Rechtsbegriffe im Widerspruch stehen zu denen, ›ie dem geschriebenen deutschen Rechte innewohnen, und es ‹ommt zu jenen talmudistischen Praktiken, die Recht zu Un‹echt verdrehen wollen und umgekehrt; wirft er sich auf die Kunst, so fehlt ihm die Innerlichkeit, die doch der Mutterboden eder selbstschöpferischen Leistung ist. Man weiß, daß das sog. ›eutsche Theaterwesen heute fast völlig in jüdischen Händen ist; was das für die deutsche Produktion bedeutet, das machen sich nur die wenigen klar, die daran denken, daß die Aufführung neuer Werke vom Urteil der jüdischen Theaterleiter und ihrer Berater abhängt, die zu entscheiden haben, ob ein Stück „bühnenwirksam" ist; das Urteil, von Juden kommend, wird der jüdischen Auffassung von Bühnenwirksamkeit entsprechen, und man kann jedenfalls theoretisch behaupten, daß manches gute, deutschem Geiste entsprungene Bühnenwerk im Schreibtische des Dichters verstaubt, weil es von volksfremden Beurteilern nicht als bühnenfähig befunden wird. Sensation aber ist das Maß des Wirksamen, und der deutschgeborene Schriftsteller, der auf die Bühne will, muß umdenken, muß schreiben wie ein Jude.

Zieht man den Mangel jeder irgend beträchtlichen eigenen Leistung des Judentums auf diesem Gebiete in Betracht, so ist klar, daß durch den jüdischen Einfluß auf das Theater dieses für das geistige und moralische Leben der Nation so wichtige Kunstgebiet unter eine Vormundschaft gelangt ist, die einer unerträglichen Zwingherrschaft gleichkommt.

Viel schlimmer aber noch ist die Einwirkung durch die jüdische Presse, weil sie unmittelbar auf die Volksmassen erfolgt und dies zwar Tag für Tag; hier heißt es „steter Tropfen höhlt den Stein". Das Judentum hat die Hand auf die Presse gelegt, und man kann sagen, daß eigentlich nur die Zentrumspresse wenigstens in der Hauptsache sich seinem Einfluß entzieht — sonst aber, abgesehen von den wenigen antisemitischen Zeitungen, kein Blatt auf deutschem Boden, selbst nicht die Parteiblätter der äußersten Rechten. Wo eine Zeitung nicht direkt in jüdischem Besitze ist, oder wo die Redakteure

nicht Juden sind, da ist es der Anzeigenteil, durch den die Haltung des Blattes bestimmt wird — mindestens in allen Fragen, die das Judentum betreffen.

Tausende jüdischer Federn fabrizieren Tag für Tag unsere öffentliche Meinung, in Millionen von bedruckten Papierblättern gelangen ihre Äußerungen an deutsche Leser — und die Wirkung soll ausbleiben?

Von dem schamlosen Treiben jüdischer sog. Witzblätter, die vom Geschlechtlichen leben, und von der Verhöhnung der Ehe, des Thrones und alles dessen, was einst fest gestanden hat in der Geltung des Volkes, sei hier nur im Vorübergehen die Rede, um auf die planvolle Herabsetzung insbesondere der Ehe zu verweisen; viel schlimmer, weil weiter wirkend, ist der Einfluß der jüdischen Tagespresse: was wissen diese Leute von der deutschen Freiheit, die sich in der Beschränkung aus eigenem Willen ihre Grenzen setzt, was von der notwendigen Unterordnung eines Jeden? Was ist diesen Heimat- und Staatlosen Vaterland und Staat? Was kriegerische Zucht? Was die Monarchie?

Nirgends ist der Jude selbstschöpferisch — in dem, was man sich gewöhnt hat, Politik zu nennen, ist er unbedingt und völlig negativ; das weltgeschichtliche Examen in der Politik hat er nicht bestanden, denn er hat eine dauernde Staatengründung nicht zu Wege gebracht — ja, man muß bezweifeln, wenn man die Schicksale der Stämme, die in Palästina gelebt haben, kritisch betrachtet, ob jemals wirklich ein jüdischer Staat zustande gekommen ist.

In bezug auf die Erkenntnis der politischen und moralischen Einwirkung des jüdischen Bestandteils unter nichtjüdischen Gastvölkern hat Graf Gobineau letzteren, soweit sie noch leben und nicht zugrunde gerichtet sind, einen Dienst erwiesen, der, recht verstanden, eine rettende Tat sein müßte; man mag an der Methode und an den Einzelbehauptungen des normannischen Edelings vieles auszusetzen haben — das tut der Hauptsache keinen Eintrag. Mit wahrhaft genialer

Intuition hat dieser germanische Seher in die Vergangenheit geblickt und seinem Auge haben die wahren Ursachen des Verfalls der antiken Völker sich geoffenbart: die Zersetzung durch jüdisches Blut und jüdischen Geist.

Kein Deutschgeborener hat das Recht, die geistige Großtat dieses Großen überhebend zur Seite zu schieben — tut es doch einer, so hat er schon das Gift in sich aufgenommen. Der Ernst des Mahners heischt Gehör — wann hören ihn die Regierenden?

Ein anderer Nichtdeutscher, H. St. Chamberlain kommt zu ähnlichen Schlüssen wie Gobineau — ganz abgesehen von den großen Erkennern des Judentums aus deutschem Blut von Luther bis Treitschke. Es war seinerzeit denen, die den tiefsten Kern der Judenfrage erfaßt haben, eine freudige Kunde, daß Kaiser Wilhelm II. ein begeisterter Verehrer Chamberlains sei und dessen Grundlagen des 19. Jahrhunderts in Tausenden von Exemplaren habe verbreiten lassen. Nun und? Hat der Kaiser das Buch gelesen und begriffen? Wie ist es dann möglich, daß er gerade nachher ein Gönner der Juden geworden ist, wie selbst nicht sein instinktloser Oheim Eduard, indem er reichgewordene jüdische Unternehmer, Bankiers und Großhändler in seinen Verkehr zog, adelte und selbst ihren Rat einholte. Einer der Widersprüche dieses an solchen überreichen Lebens — wahrscheinlich der folgenreichste, schlimmste!

Darüber ist unter geschichtlich Gebildeten kein Wort zu verlieren — selbst wenn Gobineaus „Essai sur l'inégalité des races humaines" und Chamberlains „Grundlagen" nie geschrieben worden wären, daß der Jude zu allem taugen mag, nur nicht zum politischen Führer und Berater eines Gastvolkes.

Und nun ist es möglich, daß die Arglosigkeit desselben Volkes, das eben den unter ihm wohnenden Juden gleiche Rechte verliehen hatte, sich freiwillig unter jüdische Führung begibt. Es sei weniger Gewicht auf die Rolle gelegt, die so flache und unfruchtbare Pseudo-Deutsche wie Lasker und Bamberger in den ersten Jahren des neuen Reiches spielen konnten

— das waren verhältnismäßig noch die besten Zeiten jüdische Betätigung; aber wie jetzt mit ganz geringen Ausnahmen die nicht ultramontane und antisemitische Presse in jüdisch Hand oder jedenfalls unter jüdischen Einfluß kommen konnte ist das nicht eine Ungeheuerlichkeit?

Jüdischer Einfluß — jüdische Zersetzung

Wer hat den Mut zu bestreiten, daß unser ganzes politisches Leben unter jüdischem Einfluß steht? Gibt es eine intensivere Einwirkung als die durch die Presse? Kommen unsere deutschesten Politiker mit ihren Sorgen, Warnungen Ratschlägen an ihr Volk heran? Die Zeitungen, die ihnen zugänglich sind, werden in beschränktem Kreise der Gebildeten gelesen; die Bücher, die sie schreiben, wenn sie noch so erfolgreich sind, mögen in Tausenden verbreitet sein; was heißt das der Masse gegenüber, die das Judentum durch seine Tageszeitungen aller Richtungen am Gängelbande hat? Gibt es eigentlich etwas Tragischeres, als die Rolle der heutigen Regierenden? Zwischen ihnen und dem Volke steht ein Mittler — der Jude — und er läßt nur durch, was ihm gefällt. Einst, als das römische Priestertum sich zwischen den deutschen Christen und seinem Gott als Mittler gedrängt hatte, erstand aus unserm Volk der Mann, der die Herrschaft über die Seelen zerschlug — nun wir politisch mediatisiert sind, wo ist der Retter?

Ich glaube, wenn man einmal so weit von unserer Zeit entfernt ist, daß die Nachlebenden eine Periode von zwanzig dreißig Jahren als Einheit überschauen können, daß dann der Vorwurf gegen Bismarck erhoben wird, er habe trotz der Fülle seiner Macht nichts gegen die Folgen der Judenemanzipation getan, ja der judengegnerischen Bewegung seiner Zeit entgegengearbeitet.

Was kann da werden: dem politisch ungeschulten Volke

wird das allgemeine, gleiche Wahlrecht gegeben, und die Juden reißen die Presse an sich!

Wer diese beiden Tatsachen zusammen betrachtet, der wundert sich über nichts; er nimmt seinen Gobineau in die Hand und findet in der Geschichte an anderen Völkern wieder, was er heute an seinem eigenen erlebt, und wenn er eine starke Seele und Vertrauen auf sein Volk besitzt, dann tröstet er sich, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen. Aber er weiß auch, daß die Entwicklung sich heute unvergleichlich viel schneller vollziehen wird, als bei der Vernichtung der alten Völker, weil die Einwirkungsmöglichkeiten durch die politische Technik der Zeit vervielfacht und gesteigert sind, wobei wieder auf die Presse verwiesen werden muß.

Es gibt nun Deutsche, die der Judenfrage auf den Grund gegangen sind, die im Ernste behaupten, daß die Juden planvoll und absichtlich die moralische und politische Zersetzung des deutschen Volkes betrieben — das ist gewiß ein Irrtum. Der Anschein des Planvollen kommt von selbst, indem Tausende jüdischer Menschen nach ihrem Wesen, ihren Instinkten arbeiten; es ist ganz klar, daß der Einheitlichkeit des Wesens so vieler Handelnder der Erfolg entsprechen muß. Und dieser Erfolg heißt: Verwüstung und Korruption unseres öffentlichen Lebens.

Nimmt man die Parteien als dessen Organe, so wird es von niemand, der die Verhältnisse, auch die Personen kennt, bestritten werden, daß die Sozialdemokraten und die Freisinnigen schlechthin die Werkzeuge des Judentums sind, natürlich nicht bewußt, sondern aus fehlendem Instinkt, fehlender Erkenntnis. Dasselbe gilt unbedingt vom linken Flügel der Nationalliberalen und den sog. Jungliberalen, und erst recht von dem Hansabund, der allerdings nicht Partei ist. Das germanische Unterbewußtsein wird erst wirksam bei den Rechts-Nationalliberalen und verstärkt sich je weiter nach rechts — aber es bleibt Unterbewußtsein, abgesehen von den schwachen antisemitischen Gruppen, und von einer durchgreifenden Erkenntnis der Judengefahr sind diese Parteien noch weit ent-

fernt. Dasselbe gilt vom Zentrum, das wie gebannt auf die angebliche Imparität der Katholiken und der katholischen Kirche starrt, ja, soweit es demokratisch ist, um der Gleichheit willen geneigt ist, die Juden in Schutz zu nehmen, weil es ihre Religion angegriffen wähnt, ein Irrtum, den die Juden geflissentlich aufrecht erhalten.

Das A und O der Maßregeln gegen die jüdische Zersetzung lautet aber: Die Rasse ist der Quell der Gefahren — die Religion spielt keine andere Rolle, als daß sie ein Ausfluß der Rasse ist.

Der Hof, die auf ihn blickende Regierung, die gouvernementalen Bestandteile der Konservativen sind mit dem Judentum ein Herz und eine Seele — mit der Blindheit geschlagen, die den Todfeind nicht erkennt.

Wer diese Ursachen nicht ergründet hat, dem ist das politische Tohuwabohu der letzten Jahre unverständlich — dem will es nicht in den Kopf, wie das blöde Schlagwort vom „schwarz-blauen Block" länger als eine Woche leben konnte, dem ist es unfaßbar, wie zwei Parteien von den Verdiensten der nationalliberalen und konservativen zu tötlichem Haß entzweit werden konnten. Lest die Zeitungen, fragt wer sie schreibt oder in wessen Auftrag sie schreiben, und euch ist alles klar: Hier habt ihr ein Fieber, das die Krankheit andeutet — die Krankheit aber heißt das Chaos.

Die Regierenden und die Fragen der Zeit

Können wir noch auf Genesung hoffen? Sollen wir tun, was irgend möglich ist, um die Krisis herbeizuführen? Ja, wer soll, wer kann das tun?

Als der Reichskanzler diesem Reichstag — den der Volksmund der Rechtsstehenden mit rechtem Instinkt das Ergebnis der „Judenwahlen" nennt — zuerst entgegentrat, sprach er von der Sehnsucht des Volkes nach großen Zielen.

Die ist da, Herr Kanzler, ganz allgemein, sie war da,

als man sich für ein deutsches Marokko erregte. Aber, wo sind die großen Ziele der Regierung?

Wer hat aus dem Munde des Herrn von Bethmann Hollweg, des Herrn von Kiderlen-Waechter, des Herrn Delbrück etwas gehört, was nach Größe klang! Haben sie ein Wort gesprochen, das darauf schließen läßt, daß sie die wahre Not der Zeit erfaßt haben und sich das Hirn zermartern, wie ihr gesteuert werden kann?

Der Kanzler beschwert sich über die Zerrissenheit und Unfruchtbarkeit des politischen Lebens mit seinem Parteihader — ihm ist nicht klar, daß er selbst die letzte Möglichkeit, nationale Politik zu treiben in seiner Instinktlosigkeit vernichtet hat.

Alles spricht dafür, daß, wie jetzt die Dinge liegen, erst eine Katastrophe den Boden wieder bereiten kann für das, was man nationale Politik wird nennen können; sie aber darf nicht lange auf sich warten lassen, sonst wirkt „das Ferment der Dekomposition", von dem der Philosemit Mommsen gesprochen hat, so, daß kein Arzt mehr helfen kann.

Alle, die heute an der Regierung mitwirken, die Krone, die Minister, die Parlamentarier sind blind gegenüber dem Urgrund des Übels — nur die wenigen „Stillen im Lande" sehen klar und fürchten sich nicht vor dem Erkennen und dem Erkannten.

Können sie darauf rechnen, Gehör zu finden? Will der sie hören, dessen echteste Freunde sie sind, der Träger der Krone mit den Seinen?

In dieser Frage liegt das Schicksal.

Von der Reichs-Reform.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht

Wenn man den Dingen auf den Grund geht, wird man sagen müssen, daß in dem Augenblicke, wo das Sozialistengesetz nicht wieder erneuert wurde, die Axt an die Wurzel des allgemeinen gleichen Wahlrechts gelegt wurde. Denn dies demokratischste Wahlrecht ist politisch nur möglich, wenn die Gesamtheit der Wähler erfüllt ist von der gleichen National- und Staatsgesinnung, wenn alle einig sind über die Grundlagen des staatlichen Lebens wie Volkstum, Monarchie, Eigentum, und wenn die Auffassungen nur auseinandergehen in Fragen der Abstufung des Maßes der Rechtsverteilung zwischen der Gesamtheit (dem Staate) und dem einzelnen, sowie in Fragen der staatlichen Zweckmäßigkeiten. Sobald eine stärkere Wählergruppe die Grundlagen des staatlichen und nationalen Lebens verwirft, ist das allgemeine Wahlrecht in Frage gestellt, und es wird unmöglich, wo Wählermassen dasselbe tun.

Damit wird der Staat verneint, und der Staat verneint sich selbst, wenn er die Mitentscheidung über sein Schicksal solchen Wählern und ihren Vertretern überläßt, die ihn verneinen.

Von dieser grundsätzlichen Betrachtung ausgehend, wird man sagen müssen, daß das Bismarcksche Sozialistengesetz das Palladium des allgemeinen gleichen Wahlrechts war. Wie ist denn die Entwicklung bis zum Jahre 1878 gewesen?

Das allgemeine gleiche Wahlrecht war eine alte Forderung jener Parteien, die den von dem Frevler Rousseau propagierten Gleichheitsgedanken unbedingt vertraten; dies waren nicht die Liberalen schlechthin, sondern eigentlich ihr linker Flügel, die sog. Demokraten. In der Stunde der Entscheidung

uf Leben und Tod zwischen Preußen und Österreich holte
ismarck diese Forderung aus der politischen Rüstkammer
rvor, um in und außerhalb Preußens einen Stimmungs-
mschwung für seine Politik zu erreichen — ein verzweifeltes
ittel, dessen Notwendigkeit man um so weniger anerkennen
ird, als damals der erhoffte Erfolg ausblieb. Nachdem der
reußisch-österreichische Konflikt gelöst war, konnte dem Nord-
utschen Bunde dies Wahlrecht nicht vorenthalten werden,
nd so erbte es das neugegründete Deutsche Reich — ein Ge-
henk der bösen Fee, die mit an seiner Wiege gestanden hat.

Man mag es bedauern, daß Bismarck diesen verhängnis-
llen Schritt getan, aber man hat nicht das Recht, ihn als
nbedingt unstaatsmännisch zu verurteilen; denn das brauchte
eser Meister nicht in Rechnung zu stellen, daß Hunderttausende
nd später Millionen Deutscher dem eigenen Staate, dem
aterlande, dem Königtum absagen würden, die gerade für die
irtschaftlich Schwachen gesorgt haben, wie nie zuvor und
eichzeitig eine staatliche Gemeinschaft. Zudem war Bis-
arck, der den preußischen Verfassungskampf siegreich bestanden
tte, der Mann, der ein durch die Schuld der Wähler zur
olitischen Unmöglichkeit gewordenes Wahlrecht beseitigt haben
ürde, und man kann es heute als erwiesen annehmen, daß
am Ende seiner staatsmännischen Laufbahn dazu entschlossen
wesen ist. Jedenfalls hat er, als er wahrnahm, daß die
aats- und gesellschaftsfeindliche Sozialdemokratie Massen-
lauf gewann, dieses „freie Spiel der Kräfte" nicht sich selbst
berlassen, sondern durch das Sozialistengesetz von 1878 einen
amm gezogen.

ie Sozialdemokratie

Die Erneuerung wurde ihm, wie er sie für brauchbar ge-
halten hatte, durch die Abstimmung des Reichstags vom
5. Januar 1890 versagt, und die darauf folgenden Wahlen
m 20. Februar brachten fast anderthalb Millionen sozialisti-

scher Stimmen, gegen die letzte Wahl vorher (1887) fast ein Verdoppelung.

Einen Monat später schied Fürst Bismarck aus seine Ämtern; die Bekämpfung der Sozialdemokratie übernahm d Kaiser persönlich, der erklärt hatte, mit ihr allein fertig z werden, während auch unter den liberalen Parteien die Redens art von der „geistigen Überwindung" und von der „B kämpfung durch private Tätigkeit" vermehrte Anhänger fan

Statt aus der Wahl von 1890 die Lehre zu ziehen, da die bisherigen Abwehrmaßregeln nicht genügten und vielleic auch psychologisch nicht richtig wirkten, gab man jeden Wide stand auf und überließ die Masse der städtischen Bevölkerun der sozialistischen Agitation, die sich nun schrankenlos en falten konnte. Es wird einst der schwerste Vorwu gegen die Regierung Wilhelms II. und seine Kanzler nach Bismarck sein, daß sie dieser Pflic der Abwehr nicht genügt haben; so ist die Partei Bebe zur stärksten des deutschen Reichstags geworden und hat üb vier Millionen Wähler hinter sich.

Der billige Trost, daß die meisten unter diesen gar nic wüßten, was die Sozialdemokratie will, und daß sie we davon entfernt wären, sich mit ihren Zielen zu identifiziere ändert daran gar nichts, sondern schließt eigentlich, wenn richtig wäre, einen weiteren Vorwurf in sich: diese Mitläuf wählen so, weil die Spitzen des Staates der Sozialdemokrat gegenüber keinen Ernst zeigen. Aber wer hat denn das Rec zu sagen, von den vier Millionen sind soundsoviele gar kei Sozialdemokraten — wie will man das beweisen?

Die kaiserliche Politik der Überwindung durch die kaise liche Person ist von vornherein gescheitert; der geistige Kam den Massen gegenüber ist und bleibt ein Wahn; die B kämpfung durch „private Tätigkeit" ist gar nicht versuc worden. Bleibt noch die Hoffnung auf die sog. „Mauserung die bei jeder Gelegenheit von den sozialistischen Führern selb mit Spott und Hohn abgetan wird.

Wer zu der Sozialistengefahr für das Reich die richti

tellung gewinnen will, muß sich darüber klar sein, daß die assenvergiftung deutscher Wähler ohne die Mitwirkung des udentums gar nicht möglich gewesen wäre, daß die wahren ührer Juden sind, daß auch diejenigen, auf denen die Hoff= ung der Mauserung ruht, diesem Volke angehören; die „deut= hen" Sozialdemokraten machen wie die österreichischen unter idischer Führung Ernst mit ihrem Internationalismus, wäh= end z. B. die französischen, italienischen, tschechischen gar icht daran denken, dies zu tun.

Die Reichsverfassung ist von den Sozialdemokraten ernst= ch bedroht — dürfen sie sich darüber wundern, wenn auf nderer Seite der Gedanke auftaucht, diese Verfassung zu ndern, wenn auch in anderer Richtung, als die Anbeter der lasse es verlangen?

Virkungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts

Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist immer eine Unwahr= heit gewesen, da es eine Gleichheit der Menschen voraus= tzt, die sich niemals verwirklichen lassen wird. Es ist un= oralisch, indem es den Würdigen, Fähigen, Reifen genau behandelt, wie den Unwürdigen, Unfähigen, Unreifen. Es t endlich ungerecht, indem es tatsächlich durch die Gewalt er Masse, die Massenstimmenzahl, die Gebildeten und Be= tzenden entrechtet. Es war nur so lange erträglich, als die ationale und staatliche Gesinnung auch der Nichtbesitzenden nd Ungebildeten die in ihm ruhenden Gegensätze ausglich; is dahin konnte man sagen, die Vaterlandsliebe hielt die efahren im Zaume; mit dem Massenabfall vom Vaterlande t das ausgleichende Moment beseitigt, und das allgemeine leiche Wahlrecht wirkt unverhüllt zerstörend egen den Staat, entrechtend gegenüber allen, die hn verteidigen wollen.

Der Reichstag ist nun das Produkt dieses Wahlrechts; eine Stellung im Verfassungsleben ist abhängig gewesen von

dessen Wirkungen; die Volksvertretung muß praktisch verliere
wenn die Zahl der Staatsfeinde in ihr wächst; sie muß
moralischem Gewicht verlieren, wenn die Erkorenen der Mass
einseitige Vertreter der Ungebildeten und Nichtbesitzenden u
ihrer Interessen, in einer Zahl auftreten, die die nationa
Entwicklung gefährden kann.

Seit 1890 mußte es klar sein, daß der Reichstag
wachsendem Maße dem Ansturm der Sozialdemokratie au
gesetzt sein werde; mochte man immerhin den Kaiser seine
Versöhnungsversuch machen lassen, mochten auch Caprivi u
Hohenlohe zunächst der Entwicklung ihren Lauf lassen, scho
um die liberalen Bedenken gegen die gesetzgeberische Bekäm
fung der Sozialdemokratie durch die Tatsache ihres Überfluten
ad absurdum zu führen — daß seitdem nichts geschah, ist u
verantwortlich, und geradezu frevelhaft ist die Haltung Bülow
gewesen.

Wollte man der Sozialdemokratie noch nicht direkt dur
staatliche Kampfmaßregeln entgegentreten, so mußte doch alle
geschehen, um die aristokratischen Elemente der Verfassun
zu stärken, mindestens zu erhalten, damit ein Gegengewic
gegen die Radikalisierung da sei.

Bülow tat das Gegenteil; er gewährte dem Reichsta
Diäten und beeinflußte damit die Personenauswahl für di
bürgerlichen Kandidaturen in ungünstiger Weise; die Diäte
verlocken manchen, bei dem es dazu reicht, im Wahlkreis ein
Rolle zu spielen, zu dem Streben, Abgeordneter zu werden
das Niveau der Volksvertretung sinkt, und damit werden di
Abgeordneten auf der bürgerlichen Seite untauglicher, de
Kampf gegen eine unfähige Regierung und gegen die staats
gefährliche Sozialdemokratie zu führen. Heute ist kein Zweif
mehr möglich, daß der Reichstag keine Volksvertretung ist, de
die Achtung der staatserhaltenden Kreise des Volkes zufälli
Die Auslese auf der bürgerlichen Seite hat so gelitten, da
die politischen Köpfe zu zählen sind, womit das parlamenta
rische Tohuwabohu erklärt ist.

Gegen das geltende Wahlrecht

Es ist möglich, daß Herr von Bethmann Hollweg trotzdem und trotz der 110 Sozialdemokraten mit diesem Reichstag ertig wird und fortwurstelt; man hat sich daran gewöhnt, so twas „Regieren" zu nennen. Das wird aber alle, die nicht infach in den Tag hinein leben, nicht darüber täuschen, aß wir uns in einer politischen Zersetzung befinden, die um Zusammenbruche führt, falls nicht endlich dagegen ankämpft wird.

Was kann geschehen?

Der englische Staatsmann und Philosoph Lord Bolingroke führt in seinem Essay „über den Geist des Patriotismus" eine Bemerkung des Sokrates an:

„Wiewohl kein Mensch ein Geschäft, und sei es das niedrigste, anfängt, von dem er nichts versteht, so hält sich doch edermann für befähigt zu dem schwierigsten aller Geschäfte, dem des Regierens." —

Dies trockene Wort des alten Griechen enthält ein treffendes Urteil über das allgemeine gleiche Wahlrecht, das in den Staaten mit Massenbevölkerung nichts anderes ist, als die Form der Teilnahme des einzelnen an der Regierung durch beauftragte Vertrauensmänner.

Nicht nur hält ein jeder sich für befähigt, durch die Abgabe seiner Stimme an der Regierung mitzuwirken — die Reichsverfassung geht viel weiter und erklärt jeden Deutschen über 25 Jahre, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist, hierzu für befugt, indem sie stillschweigend die Fiktion der Fähigkeit aufstellt.

Allein schon das widerstandlose Sichbeugen unter die üdisch-sozialistischen Volksverführer hat diese Fiktion zerstört. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist nicht die Form, durch die eine Volksvertretung geschaffen wird, wie sie ein großes Volk in schwierigster Lage braucht. Deshalb muß grundsätzlich die Forderung erhoben werden, dies Wahlrecht zu beseitigen; wer die Dringlichkeit und Richtigkeit dieser Forde-

rung anerkennt, wird bereit sein, den Kampf darum auf zunehmen und diejenigen, die ihn führen, in jeder Weis zu unterstützen.

Zunächst sei erörtert, welches Wahlrecht an die Stelle de gleichen und allgemeinen gesetzt werden könnte.

Wahlrechtsreform

Mir scheint, daß das allgemeine Wahlrecht nicht woh mehr beseitigt werden kann, zumal ihm die Funktion die man dem heutigen Rechte beilegt, das „Ventil" der öffent lichen Meinung zu sein, nicht abzusprechen ist. Das an Stell des bisherigen tretende Wahlrecht würde also zwar all gemein bleiben, aber ungleich werden müssen.

Es ist nun die Frage, ob man ein Klassenwahlrech oder ein Mehrstimmenrecht einführen will.

Mich schreckt der Haß gar nicht, den der bürgerlich Radikalismus und die Sozialdemokratie gegen das preußisch Dreiklassensystem hegen; mag Bismarck es immerhin aus be sonderem Anlaß das elendeste aller Wahlrechte genannt haben es ist doch viel besser als sein Ruf, und man wird erwägen, ob nicht ein Mehrklassensystem sich schaffen läßt, das den roh plutokratischen Charakter vermeidet und neben dem Besitz die Bildung und die Werte schaffende Arbeit zur Geltung kommen läßt; die in der dritten Klasse wählenden Minister, denen der reiche Spekulant als Mann der ersten Klasse stolz gegenübersteht, würden dann verschwinden.

Ich wüßte nicht, weshalb die Zahl der Klassen nicht ver mehrt werden könnte, ja ich nehme an, daß dies entsprechend der weiter entwickelten Differenzierung unserer gesellschaftlichen Zustände nötig wäre, und würde fünf Klassen für richtig halten. Als Hauptmerkmal käme nach wie vor die Steuer leistung in Betracht; unabhängig davon würden z. B. in eine höhere Klasse, als sie ihrer Steuerleistung entspricht, eintreten:

Männer von gesteigerter Verantwortlichkeit, wie kaufmännische und technische Leiter von Unternehmungen, die eine größere Zahl von Angestellten zu betreuen haben;

ländliche Grundbesitzer entsprechend der Größe ihres Besitzes und der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter;

ehrenamtlich in der Selbstverwaltung tätige Bürger;

höhere Beamte und akademisch Gebildete, entsprechend ihrem Wirkungskreise und der Zahl der ihnen Unterstellten;

Gewerbetreibende mit fremden Arbeitskräften usw.

Nur um Beispiele zu geben, wie ich mir die Einreihung denke, sei gesagt, daß auch der kleinste Meister, sobald er einen Gesellen hat, also über seine Familie hinaus sorgen muß, trotz geringster Steuerleistung in die zweitunterste Klasse käme; daß Minister und die Leiter großer Betriebe (Werfte, Fabriken, Bergwerke, Handelsfirmen) in der ersten Klasse wählen würden, auch wenn ihr Einkommen sie nicht dahin verweist. Die Zwischenstufen werden sich nach dem Gedanken der Verantwortlichkeit bestimmen lassen.

Ein Umstand, der vielleicht diese Klassenbildung für das Reichstagswahlrecht erschwert, liegt darin, daß die für die Klassenbildung zugrunde zu legende Steuerleistung durch Landesrecht bestimmt ist und Verschiedenheiten aufweist; aber bei dem großen Spielraum vom niedersten bis zum Millioneneinkommen wird es sich verantworten lassen, schematisch fünf Steuerklassen zu bilden für das ganze Reich ohne Rücksicht auf die Klassen der einzelstaatlichen Gesetzgebung. Darauf sollte bestanden werden, daß, wer gar keine Steuern zahlt, auch kein Wahlrecht hat. Die Ableistung des Heeresdienstes allein begründet noch keinen Anspruch auf das Wahlrecht, da sie das Entgelt für den Schutz darstellt, den der Staat dem einzelnen gewährt.

Die technischen Schwierigkeiten der Klassenbildung werden sich leicht überwinden lassen, diejenigen der Qualifikation für eine höhere Klasse bei zweckmäßigem Vorgehen desgleichen. Nehmen wir an, es steht eine Wahl bevor und die Aufstellung der Wahllisten ist angeordnet, so erfolgt diese wie bisher; der

Wähler wird durch ein Formular benachrichtigt, daß er in
Liste aufgenommen worden sei und aufgefordert, binnen e
kurzen Frist das Formular beantwortet zurückzuschicken. D
finden sich die Fragen, die sich auf die Qualifikationsmom
beziehen, und die unter Versicherung der Richtigkeit an Ei
statt zu erledigen sind. Nur um Beispiele zu geben, s
einige Fragen erwähnt:

Beschäftigen Sie nicht zur Familie gehörige Arbe
kräfte und wie viele?

Sind Sie ehrenamtlich in der Selbstverwaltung tät

Haben Sie Grundbesitz? Von welchem Umfang?

Die Beantwortung könnte durch Verwaltungsstrafen
zwungen werden, und die beantworteten Formulare wer
nun von einem nicht aus Subalternen zusammengesetzten A
schuß von etwa drei Personen — ein Verwaltungsbeam
ein in der Selbstverwaltung gegen Entgelt und ein ehrena
lich Tätiger — durchgearbeitet; die sich ergebenden Qualif
tionsmomente kommen durch Versetzung in die höhere Wäh
klasse zum Ausdruck, die neben dem Namen des betreffen
Wählers vermerkt würde. Nach Feststellung der Klasse erh
jeder Wähler eine kurze Mitteilung, und es steht ihm innerh
kurzer Frist ein Beschwerderecht zu, über das der erwäh
Ausschuß endgültig entscheidet.

Welches bureaukratische Hin und Her!

Wer jedoch weiß, was allein in Steuersachen hin u
her geschrieben wird, den schreckt das durchsichtige Verfah
nicht, das der zweckmäßigen Verteilung des für Staat u
Gesellschaft schließlich doch wichtigsten Rechtes dienen s

Dabei wäre zu erwägen, ob nicht gleichzeitig die Wa
pflicht einzuführen wäre.

In Betracht käme auch ein Mehrstimmenrecht, d
dem meistberechtigten Wähler fünf Stimmen verliehe;
Verleihung und Festsetzung der Zusatzstimmen wäre entsp
chend dem Vorschlage für das Fünfklassenwahlrecht zu v
fahren, wobei die Steuerleistung zunächst die Stimmenz
festlegen würde und außerdem noch andere Qualifikatio

ıomente für die Zusatzstimmen einzuführen wären. Das Lehrstimmenrecht bietet den Vorteil, daß man bei der Wahl lbst eine einheitliche Wählermasse hat, deren stärkeres oder hwächeres Recht nur durch den Stimmzettel zum Ausdruck ommt, während bei der Mehrklassenwahl getrennte Wählerruppen auftreten.

Man wird die psychologischen Vorteile und Nachteile eider Systeme prüfen und danach entscheiden; im Hinblick uf die Steigerung des nationalpolitischen Lebens halte ich e Einheitlichkeit der Wählermasse bei der Wahlhandlung ir erwünscht, während die Klassen den organischen Gedanken nes so beschaffenen Wahlrechts nach Steuerleistung, Verenst und Verantwortlichkeit schärfer zum Ausdruck bringen.

Bedenkliche Vorschläge

In diesem Zusammenhange sei verschiedener Vorschläge und Verlangen gedacht, die von verschiedenen Parteien bezug auf das jetzige Wahlrecht gestellt werden.

Die Sozialdemokraten und bürgerlichen Radikalen beehen auf Änderung der Wahlkreise, indem sie auf e Bevölkerungsverschiebung seit Schaffung der jetzigen Verssung, und insbesondere auf das ungeheure Anwachsen der tädte hinweisen; die städtische Wählerschaft soll mehr Wahleise erhalten, die der ländlichen genommen werden sollen.

Dieses Verlangen zeigt die ganze formalistisch-materiatische Auffassung, von der diese Parteien erfüllt sind; sie ersehen mehreres. Zunächst besteht ein Staat nicht nur is Menschen, wesentlich ist ihm auch das Territorium, der oden; beide gehören zusammen, beide sollen entsprechend rer Bedeutung berücksichtigt werden. Der Abgeordnete vertritt nicht nur die Menschen seines Wahlkreises, sondern auch s Stück des Staatsgebiets, das sie bewohnen — wobei an daran denken mag, von welch ungeheurer Bedeutung rund und Boden für eine weitausschauende inländische Kolo-

nialpolitik werden muß. Die Fragen der Ernährung, d
Volksgesundheit, des Volksnachwuchses lassen das Land d
Stadt mindestens gleichwertig erscheinen, und es hat de
Blick fürs Ganze verloren, wer ein paar Quadratkilomet
städtischen Gebietes einem Vielfachen des flachen Landes glei
stellen will, weil ersteres dichter bewohnt ist. Der Hinwe
auf die größere Steuerleistung kann auch nicht den Ausschlu
zugunsten der Städte geben, da ihm die größere Leistun
des Landes für die Landesverteidigung gegenübersteht. M
einem Worte, man darf sich nicht darauf beschränken, d
Köpfe zu zählen, sondern man muß ins Auge fassen, wo
Menschen und Boden zusammen nach jeder Richtung hin fü
den Staatsorganismus bedeuten. Dann kommt man zur Ab
lehnung des Verlangens nach Vermehrung der städtische
Wahlkreise zum Schaden der ländlichen.

Die Verhältniswahl, die von manchen Seiten a
Heilmittel gegen die heutigen Übel vorgeschlagen wird, schei
mir ganz ungeeignet, denn sie geht der Krankheit nicht auf d
Grund, der Unsittlichkeit und Ungerechtigkeit des allgemeine
und gleichen Wahlrechts, das sie natürlich beibehalten wi
Sie ist, wie meine Vorschläge, nur durch entsprechende Änd
rung der Verfassung einzuführen — wenn man aber an ei
solche denkt oder dazu bereit ist, soll man doch eine Umgesta
tung ins Auge fassen, die wirklich Gesundheit bringt.

Von rechtsstehenden Politikern ist mehrfach vorgeschlage
worden, die Fiktion der heutigen Verfassung aufzugeben, da
jeder Abgeordnete das ganze Volk vertrete, und entschlosse
zum berufsständischen Parlament überzugehen. Dies
Vorschlag hat manches für — aber ein wesentliches Bedenke
gegen sich: die Verewigung der Interessenkämpfe der einzelne
Stände und ihre Erhebung zur Grundlage des politische
Lebens der Nation. Was uns not tut, das ist die Überwindun
der Interessengegensätze der einzelnen Stände und Berufe dur
den nationalen Gedanken; unser politisches Leben soll gehobe
werden, auf daß wieder nationale Politik getrieben werde
kann. Die berufsständische Vertretung aber würde es nic

ur in den Niederungen des Vorteils einzelner Gruppen
alten, sondern das Volk dauernd in solche Gruppen spalten.
Wir sind ein Volk, brauchen eine Volksvertretung, die diesem
edanken entspricht, und lehnen daher ein System ab, das eine
eue Art von Ständevertretung bedeuten würde.

Wiederum die Sozialdemokraten und bürgerlichen Radi-
alen verlangen die Verleihung des Wahlrechts an
ie Frauen, selbstverständlich nicht nur bei Fortbestand des
llgemeinen gleichen Wahlrechts, sondern unter Vermehrung
er städtischen Wahlkreise. Diese Forderung ist für den, der
en Staat als einen lebendigen Organismus betrachtet, ganz
ndiskutierbar. Sie zu erfüllen, hieße nichts weniger, als
ie sozialistischen Stimmen mindestens verdoppeln, also den
influß der Nichtbesitzenden und Ungebildeten steigern und
erewigen.

Mit der sog. Frauenfrage, d. h. ihrem sozialen und
irtschaftlich berechtigten Inhalte, hat diese Wahnidee nichts
u tun; sie ist eine Ausgeburt des Machthungers der Radikali-
erten und schon genügend gekennzeichnet nach denen, die
e erheben; eine weitere Charakterisierung erhält sie noch
adurch, daß in der Hauptsache Juden und Jüdinnen, sei es
n der Presse oder durch Agitation dafür eintreten. Ich weiß
hr wohl, daß auch deutsche Frauen von unbezweifeltem
ationalgefühl sich für das Frauenstimmrecht einsetzen —
ei aller Achtung vor ihnen muß ihnen offen gesagt werden,
aß sie einen verhängnisvollen Fehler begehen und die Gefahr
eraufbeschwören, wenn ihr Streben Erfolg hätte, nicht
ur sich selbst politisch zu entrechten, trotz des
cheinbar erworbenen politischen Rechtes, son-
ern auch die politische Stellung ihrer männ-
ichen Angehörigen weiter unheilbar zu ver-
chlechtern.

Dabei will ich die moralischen und gesellschaftlichen Folgen
er „Politisierung" der Frauen gar nicht erörtern, sie würden
ergestalt sein, daß jede gebildete Frau mit unzerstörten weib-
ichen Instinkten den Ekel bekommen würde.

Es wird Sache der zur Mitarbeit an der Rettung unser Volkes entschlossenen Männer sein, mit den deutschen Frau zusammenzuwirken, damit die Frauenfrage sozial und wi schaftlich gelöst wird — aber den politischen Wünschen gege über müssen sie mit allem Ernste darauf beharren: „Vestig terrent."

In einer Zeit, wo alle über den Tag hinaus Denkend sich darüber klar sind, daß die männliche Bevölkerung d Deutschen Reiches politisch längst noch nicht reif ist für d vernünftige Ausübung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, es ungereimt dessen Ausdehnung auf die Frauen zu t treiben, zumal niemand den Mut haben wird zu behaupte daß gerade die Frauen für die vernünftige Ausübung bess vorbereitet seien als die Männer.

Wahlrechtsänderung

Im vollen Bewußtsein dessen, was damit gesa wird, behaupte ich gerade in diesem Zusan menhang, daß unter vier Augen kein politisch G schulter von den Rechtsnationalliberalen bis z den Deutsch-Konservativen einschließlich der nich demokratischen Zentrumsleute das jetzige Wah recht verteidigt; alle erklären seine Beseitigur für unbedingt geboten — wohl verstanden, unter s oder unter vier Augen, vor den Wählern aber klingt es ander denn die Rücksicht auf das Mandat verleiht ihnen „gekrümm Zungen", wie die Indianer sagten.

Unsere „Realpolitiker" nun in der Regierung, dem Parl ment und der Presse, die mit Bülow unter Realpolitik ve stehen, was man bequem erreichen kann, schlimmstenfalls na einigem Kuhhandel, werden jeden Vorschlag, der nicht ei Vermehrung der Rechte der Masse bringt, als „Utopie" ve werfen, und erneut auf den „geistigen Kampf" oder die „priva Tätigkeit" verweisen. Der minder bequeme, dafür seiner Ve

ntwortung aber um so mehr Bewußte wird ihnen antworten, aß einst der Wunsch nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht benso utopisch war, wie die Sehnsucht nach dem Deutschen leiche, daß noch Ende der neunziger Jahre eine Flotte, wie ir sie heute haben, für eine Utopie erklärt worden wäre, wenn an daran zu denken gewagt hätte. Der Vorwurf der Utopie ird einen geschichtlich Geschulten überhaupt nicht schrecken — s gilt nur die Frage, ob eine Änderung des bestehenden Zu- ands politisch notwendig und sittlich gerechtfertigt ist; wird e bejaht, so muß die Änderung um jeden Preis betrieben nd durchgesetzt werden.

Um jeden Preis — auch den des Konflikts oder es Staatsstreichs?

Um jeden Preis. Das klingt frivol und gewalttätig, ist s aber ebensowenig, wie wenn ein Vater sich entschließt, an inem geliebten Kinde, um sein Leben zu retten, eine schwere Operation vornehmen zu lassen. Unser Volk ist politisch terbenskrank; um es zu retten ist eine Verfassungsänderung nötig; erwünscht ist es selbstverständlich aus den mannigfachsten Rücksichten, daß sie verfassungsmäßig zustande kommt — geht ies nicht, weil die Volksvertretung sich weigert, so muß es och geschehen, wie auch der Vater gegen den Willen des sich träubenden Kindes die Ärzte ihr Werk verrichten lassen wird.

Nicht ausgeschlossen erscheint das Dazwischentreten auswärtiger Verwicklungen; wie die Weltlage sich jetzt gestaltet hat, steht der Friede dauernd auf des Messers Schneide. Englands Neid, Frankreichs Rachsucht und unser eigenes Bedürfnis nach Machterweiterung schaffen Gegensätze, die sich nicht beseitigen lassen, wenn wir nicht als Großmacht durch Preisgabe unseres Selbstbestimmungsrechts abdanken wollen. Wer nun sein Volk liebt und die Krisis der jetzigen Krankheit beschleunigen möchte, wird den Krieg herbeisehnen als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke — und wenn die Fachleute der Heeres- und Flottenverwaltung unsere Rüstung noch nicht für ganz vollendet erklären, wird er mit allen

Mitteln dafür wirken, daß wir zu diesem Kampfe, der üb
unsere ganze Zukunft als Staat und Volk entscheidend sei
wird, so gut wie es nur irgend möglich ist, gerüstet sind. Da
wir alle, aber auch alle Hilfsmittel anwenden, um diesen Krie
siegreich zu bestehen.

Was uns bevorsteht, ist ja kein kurzer Kampf mit leichte
Niederwerfen des Gegners, sondern ein schwerer Krieg gege
eine wahrscheinlich bedeutende Übermacht der Feinde, der d
ganze Kraft des deutschen Volkes in Anspruch nehmen wird

Siegen wir, was ich hoffe, so wird eine Erhebung de
Seelen eintreten, wie der große Krieg gegen Frankreich sie
gebracht hat, und sie wird politisch in ähnlicher Weise zu
Ausdruck kommen wie damals: ein Reichstag mit nationale
Mehrheit wird gewählt werden. Man täusche sich nicht, die
Stimmung wird vorübergehend sein, und sie muß ausgenütz
werden. Dann muß die Änderung der Verfassung im Sinn
der Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts betrie
ben werden; dabei soll die Masse nicht sagen können, da
die Krone und die oberen Schichten ohne Gegenleistung ein
Erweiterung ihrer politischen Rechte erlangt hätten — von de
Opfern, die beide zu bringen haben, sei später die Rede.

Werden wir besiegt — welche Möglichkeit den Tapfer
nicht schrecken wird, da ein Volk von über 65 Millionen nich
niedergekämpft werden kann; es würde sich also nur um ei
vorübergehendes Unglück handeln — so wird die heutige inner
Zerrissenheit sich zum Chaos steigern, *das nur durch de
machtvollen Willen eines Diktators zur Ord
nung zurückgebracht werden kann.* Die Diktatu
wird, gestützt auf das Heer und die Zustimmung aller Staats
treuen, die notwendige Verfassungsreform durchführen, wobe
gleichfalls die Krone und die oberen Schichten ihre politischer
Opfer auf dem Altar des Vaterlandes bringen müssen.

Will kein Krieg werden, so darf die Reform nicht ver
schoben werden. Die Regierung und ihre Bundesgenossen
unter den Parteien und sonst im Lande müssen sich offen zu
ihrer Absicht bekennen, einen fertigen Vorschlag einbringen

und den verfassungsmäßigen Kampf dafür aufnehmen. Wenn alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft sind, dann heißt es durchhalten, und der Staatsstreich muß helfen.

Das wäre unerwünscht im höchsten Grade — aber als letztes Mittel, wenn kein andres mehr verfangen will, notwendig; da die Krone durch den Staatsstreich auch sich selbst weitgehende Opfer auferlegen würde, könnte von einer „Revolution von oben" im hergebrachten Sinne nicht gesprochen werden.

Dem Ängstlichen, der nicht weiß, daß Selbstbehauptung die erste Pflicht des Staates ist und daß alles hierzu Notwendige, gerechtfertigt erscheint, sei gesagt, daß sittlich und politisch der Bruch des geschriebenen formellen Rechtes noch immer durch das Urteil der Geschichte gutgeheißen worden ist, wenn das Notwendige ausgeführt worden ist, im Sinne des Staates das materiell Rechte. Zudem, ihr Zaghaften, spielt nicht die jüdisch-sozialistische Propaganda jahraus jahrein mit dem Gedanken der Revolution, die für alle Zeit das deutsche Volk vernichten müßte, wenn sie gelänge. Sollen die Verteidiger des Staates sich nicht darüber klar werden dürfen, daß der Staat zur endgültigen Abwehr des Zerfalls im äußersten Notfall zum Staatsstreich berechtigt ist?

Übergang zum Parlamentarismus

Wiederholt war die Rede von den Opfern, die von der Krone und den oberen Schichten als Gegenleistung für die Verfassungsreform gebracht werden sollten; wie ist das gedacht?

Die Krone kann, wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht durch ein solches im Sinne der obigen Vorschläge ersetzt wird, den Übergang zur parlamentarischen Verfassungsform zugestehen.

Der Streit um die beste Staatsform war immer müßig, da Männer nach Treitschkes ewigwahrem Wort Geschichte machen; heute ist er es erst recht. Aber die theoretische Unter-

suchung wird feststellen, daß die Rückkehr zum absoluten Staat unmöglich ist; die Höchstleistung dieser Staatsform wurd mit Friedrich dem Großen erreicht, und selbst die Kraft dieses politischen Genies genügte gerade, um die Maschine im Gang zu halten, sie reichte aber nicht dazu aus, den Staat vor de Erstarrung zu bewahren. Darüber ist man sich klar: im absoluten Staate hängt alles von der Tüchtigkeit der obersten Leitung ab. Wenn es aber physisch unmöglich wird, sei es durch die Größe eines Staates oder die Kompliziertheit seiner Verhältnisse oder beides, daß die oberste Leitung alles selbst lenken und überwachen kann, so ist die Zeit für den Absolutismus vorüber. Das gilt für alle modernen Staatswesen längst und natürlich auch für das Deutsche Reich.

Unser heutiger Konstitutionalismus ist eigener Art, wie er der starken Stellung der preußischen Krone gemäß den tatsächlichen Leistungen ihrer großen Träger entsprach, und zuletzt auf die Persönlichkeiten Wilhelms des Ersten und Bismarcks zugeschnitten war, wiederum ihren Verdiensten entsprechend. Nun scheint es mir von niemand bestritten zu werden, daß im neuen Kurs sowohl die Stellung der Krone, wie die des Reichskanzlers nicht gewahrt worden ist; es sei dahingestellt, ob dies auf die Dauer überhaupt möglich war angesichts der Vergrößerung und Vermehrung der Aufgaben des Kaisers und des Reichskanzlers — jedenfalls hat die nicht glückliche Gesamtwirksamkeit Wilhelms des Zweiten und die Unzulänglichkeit seiner Berater es herbeigeführt, daß die derzeitige Regierungsform als unerträglich empfunden wird; das geben ganz rechts stehende Politiker zu, die aus ihrer Erkenntnis die Folgerungen nur im Hinblick auf das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht zu ziehen wagen. Männer bedeuten im Staatsleben alles — und gerade die Berufung und Entlassung der höchsten Beamten, im Reiche des einzigen verantwortlichen Ministers, steht allein im Willen des Kaisers, manchmal schien es, in seiner Willkür. Es ist gleichgültig, ob das Parlament Vertrauen zu seinen Beratern hat, ob es ihre Handlungen mißbilligt oder billigt —

sind die Vertrauensmänner der Krone und bleiben oder
gehen, wie der Herrscher es will. Das führt auf die Dauer,
besonders bei gehäuften Fehlern und Mißerfolgen, dazu, daß
alle Unzufriedenheit, die den Beratern gilt, sich gegen die
Krone wendet — zum Schaden ihrer Autorität. Die un-
erhörten Pflichtwidrigkeiten oberster Stellen, wie sie die sog.
„schwarze Woche" im Spätherbst 1908 zutage förderte, und
jetzt der Zusammenbruch der Marokkopolitik Bethmann Holl-
wegs und Kiderlen-Waechters haben die Frage in Fluß ge-
bracht, ob nicht der Übergang zur parlamentarischen Regierung
notwendig geworden sei. Die Stimmen dafür mehren sich,
und ich glaube, man wird die Bedenken dagegen ganz fallen
lassen, wenn durch gleichzeitige Änderung des Wahl-
rechts ein Parlament gesichert wird, in dem Bildung
und Besitz den gebührenden Einfluß haben; ein solches Parla-
ment wird zur Mehrheitsbildung fähig sein und Männer in
sich haben, die zur obersten Staatsleitung fähig sind. Dadurch
wird der hohen Bureaukratie wieder Leben eingeflößt, das
sie aus der jetzigen Erstarrung herausreißt, wenn anders man
das Versagen in den nationalen Lebensfragen als solche
auffaßt.

Wohlgemerkt: Hand in Hand müssen beide Ver-
fassungsänderungen gehen; eine Volksvertretung auf
Grund des jetzigen Wahlrechts ist zur parlamentarischen Re-
gierung nicht tauglich — die Beseitigung des allgemeinen
gleichen Wahlrechts ohne den Übergang zum Parlamentaris-
mus kann der Krone nach den Übelständen der letzten zwei
Jahrzehnte nicht zugestanden werden.

Wird diese Reform vollzogen, so ist es klar, daß ein
verantwortliches Reichsministerium geschaffen werden muß,
und die dazu notwendigen Änderungen der Reichsverfassung
werden mit den Einzelstaaten ohne zu große Schwierigkeiten
vereinbart werden können.

Pflichten der oberen Schichten

Die politische Geltung der Besitzenden und G
bildeten wird durch die vorgeschlagene Refor
nach zwei Richtungen gehoben werden: Der Ma
gegenüber durch die Änderung des Wahlrechts, der Kro
gegenüber durch den Übergang zur parlamentarischen Staat
form; sie werden dem Staate und der Gesamtheit dafür Gege
leistungen zu machen haben, durch die ihr Erwerb höher
Rechte von vornherein seine sittlich-politische Berechtigur
vertieft.

Zunächst muß von ihnen verlangt werden, daß sie mi
ihrer Person in viel höherem Maße als bisher
der Gesamtheit dienen. Sicherlich haben sie, wo s
bisher in der Selbstverwaltung tätig waren, ihre Pflicht i
verwaltungstechnischen Sinne getan, d. h. sauber und ehrli
mit verwalten helfen — aber darüber hinaus ist es schlec
bestellt mit ihren Verdiensten. Führer des Volkes zu werden
haben sie gar nicht versucht. Es ist die Rede davon gewesen
daß gerade die Gebildeten und Besitzenden sich von unserem
öffentlichen Leben zurückgezogen haben, und es sind auch di
Ursachen dieser unbestreitbaren Erscheinung erörtert worden
wobei zugegeben wurde, daß diese Kreise Anlaß genug haben
über die politische Entwicklung in unserem Vaterlande ver
stimmt zu sein. Aber ein Gefühl der Verstimmung darf das
Verhalten des Mannes in den öffentlichen Dingen nicht re
gieren, für ihn gebe es nur einen Maßstab, den der Pflicht
Man kann doch auch die Frage aufwerfen, ob die Zustände,
die jene verstimmt haben, nicht erst dadurch möglich geworden
sind, daß sie schon vorher nicht das Ihrige getan haben, um
unser öffentliches Leben in gesunden Bahnen zu erhalten?
Und weiter, ist es nicht so, daß viele sich schon bei den An-
fängen der Unerfreulichkeiten verärgert zurückgezogen haben?
Ist es nicht so, daß der fehlende Widerstand dann die Ent-
wicklung zum Ungünstigen erst recht ermöglicht hat? Dabei
ist von den Bequemen, von den Gleichgültigen, und von allen
denen noch gar nicht die Rede, die ihre Kraft nur dem wirt-

schaftlichen Fortkommen gewidmet haben, ohne an die Pflichten gegen die Allgemeinheit zu denken.

Alles in allem wird man nicht einen Augenblick zweifeln dürfen, daß ein großer Teil der heute beklagten Erscheinungen auf allen Gebieten des nationalen Lebens der ungenügenden Mitarbeit oder Gegenwehr der Besitzenden und Gebildeten belastet werden muß, und wenn man ihnen jetzt die Möglichkeit verstärkter Wirksamkeit gewährt, so muß verlangt werden, daß sie davon Gebrauch machen und sich dem Vaterlande zur Verfügung stellen. Sie mögen sich vor Augen halten, daß jedes politische Recht verpflichtet.

Größt-Grundbesitz

Die oberste Schicht des großen Grundbesitzes, die Inhaber der Latifundien werden sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Rücksicht auf das gemeine Wohl es nötig machen wird, daß ihr Land zum Teile öffentlichen Zwecken zur Verfügung gestellt werde, um die unaufschiebbare Agrarpolitik und innere Kolonisation zu betreiben, von denen später die Rede sein wird. Die Formen und Bedingungen, in denen solche Abtretung liegenschaftlichen Eigentums sich vollziehen läßt, werden sich zwischen dem Staate und einer nationalbewußten Aristokratie ohne Schwierigkeiten feststellen lassen. Das sollte aber für die Zukunft gerade in bezug auf die Dringlichkeit und dauernde Wichtigkeit der inneren Kolonisation bestimmt werden, daß ein Höchstmaß des Grundbesitzes eingeführt wird, und daß neue Fideikommisse nicht mehr zugelassen werden.

Gewiß liegt hierin eine Beschränkung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit, aber sie rechtfertigt sich daraus, daß Grund und Boden nur einmal vorhanden sind und mit allem Fleiß, so lange die Reichsgrenzen nicht erweitert worden sind, nicht größer gemacht werden können.

Man wird sagen können, daß den wirklichen „Latifundien" gegenüber eine auf geschichtliche Erfahrungen gestützte einheitliche Meinung vorhanden ist, die ein dem Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechendes Verhalten des Staates gutheißt, obwohl nicht zugegeben werden kann, daß die Latifundienwirtschaft unter allen Umständen schädlich ist; für die Bewirtschaftung größter Forsten z. B. ist sie geradezu die gegebene Form. Staatliches Eingreifen ist auch gegenüber den allergrößten industriellen Betrieben angeregt worden, die viele Tausende von Arbeitern und ein Mehrfaches ihrer Angehörigen ernähren; sie sind für alle diese Menschen zu einer Macht geworden, die den staatlichen Einfluß mehr oder weniger auszuschalten scheint, gleichzeitig haben sie aber auch durch das Schwergewicht ihres Bestehens und ihrer gewaltigen Überlegenheit gegenüber kleineren Betrieben oder etwa neugegründeten eine monopolistische Stellung inne. Was diese riesenhaften großgewerblichen und industriellen Unternehmen betrifft, deren einheitliche Leitung durch eine verantwortliche Persönlichkeit nicht mehr möglich ist, so wird man zu untersuchen haben, ob hier nicht im Interesse der Allgemeinheit eine Schranke geschaffen werden soll; Kurt Breysig hat Derartiges angeregt, und zwar unter dem Gesichtspunkte der Persönlichkeit: was ein Mann nicht mehr übersehen kann, wo die Einwirkung seiner Person auf die Mitarbeiter im weitesten Sinne ausgeschlossen ist, sei nicht haltbar.

So groß nun die Bedenken nach dieser Richtung gegen die Riesenbetriebe sind, es handelt sich doch dabei um wirklich organisch Gewordenes, das man nicht spalten, nicht zurückschrauben kann. Nehmen wir einen Betrieb wie Krupp, die großen Werfte von Blohm & Voß, Schichau u. a. — wie will man sich da eine Zerlegung denken? Solche lebendige Organismen mit eigenem großartigem Leben sind etwas anderes als Latifundien, die sich im Notfalle in kleinere landwirtschaftliche Betriebe zerlegen lassen. Sie dienen der Volksgesamtheit, sie sind, nachdem sie einmal entstehen konnten,

nentbehrlich. Derartig organisch Gewordenes trägt seine Daseinsrechtfertigung in sich; man rühre deshalb nicht daran.

Etwas anderes ist es, ob man solchen Unternehmungen ie weitere Vergrößerung im allgemeinen untersagen und nur nn gestatten will, wenn ein öffentliches Interesse dafür räche; dahin würde auch das Verbot von Vereinigungen, g. „Fusionen" gehören. Der für solche Beschränkungen rechende Grund wäre die Begünstigung der Bildung neuer lbständiger Unternehmungen, der Antrieb dazu — dagegen ber spricht der gewaltsame Eingriff in die Lebensbetätigung nes wirtschaftlichen Körpers, dessen organische Entstehung nd Entwicklung bis zum heutigen Stande man anerkennen uß. Entscheidend scheint mir diese letztere Erwägung, und an wird vertrauen können, daß nur der gesunde wirtschaftiche Organismus weiter wachsen kann.

Eine bedauerliche Folge der Nichtbeschränkung der Großetriebe wird es sein, daß, wie bisher, die sog. Industrie-Kapitäne dem politischen Leben fern bleiben werden, da hre ganze Kraft in ihren Unternehmungen gebraucht wird; as ist ein Übelstand, dessen Größe man erst ganz erkennt, wenn man weiß, wie viel Charakter, Tatkraft, Fleiß und Erfahrungen ort vorhanden sind. Diese Herren beschweren sich mit Recht arüber, daß in den Parlamenten kaum Männer zu finden eien, die wirklich etwas von der Industrie und ihren Bedürfnissen verstehen; fordert man sie auf, selbst zu kandidieren, so lautet die Antwort regelmäßig, man sei im Werke unabkömmlich, es gehe mit dem besten Willen nicht. Es ist bekannt, daß die konservative Partei, um der rheinisch-westfälischen Großindustrie ihren guten Willen zu beweisen, sichere agrarische Wahlkreise für Kandidaten dieser Industrie zur Verfügung gestellt hat — aber es fand sich niemand, der kandidieren wollte. Wie anders war dies zur Zeit der industriellen Anfänge; es sei nur des alten Harkort gedacht, dessen parlamentarischer Tätigkeit man sich gern erinnern wird.

Es ist ein dringendes Bedürfnis unseres öffentlichen Lebens, daß die Industriekapitäne mit ihren Erfahrungen

zur Teilnahme gewonnen werden; möglich, daß die Refor des Wahlrechts und die dadurch herbeigeführte Hebung d parlamentarischen Niveaus diesen Führern unseres Wir schaftslebens die Mitwirkung wieder erwünschter erscheine läßt.

Großbanken

Ganz anders, als mit den selbst Werte schaffenden Groß betrieben liegt die Sache mit den Großbanken; hie liegt kein öffentliches Interesse vor, um diese gewaltigen Kapital massen in einer Hand zu lassen, auch nicht das der Geld beschaffung im Kriegsfalle. Mir scheint es richtig, ein Begrenzung des Kapitals der großen Banken her beizuführen und ein Verbot der Kapitalvergrößerung zu erlassen. Soweit der Stand dieser Banken die Grenze übersteigt, wird eine Betriebsteilung in mehrere selb ständige Banken sich durchführen lassen, wobei der äußere Rahmen als durch die Zweigstellen der einzelnen Großbanken gegeben betrachtet werden kann.

Bei dieser Gelegenheit müßte auch die Umgestaltung der Reichsbank zu einer wirklichen Staatsbank größten Stiles erfolgen.

Die sog. Fusion von Banken, deren Kapital zusammen die Grenze überschreiten würde, müßte verboten sein.

Das öffentliche Interesse sollte bei jeder Privatbank von einiger Größe durch Staatskommissare überwacht werden, deren Aufgabe es z. B. besonders wäre, die Liquidität der Bank zu sichern und zu verhindern, daß inländisches Geld durch Bankvermittlung an unsolide ausländische Unternehmungen abgegeben wird.

Warenhäuser

In diesem Zusammenhange seien auch die Warenhäuser erwähnt, die der Ruin für die mittleren und kleineren Spezialgeschäfte geworden sind, also die gefährlichsten Feinde des Mittelstandes.

Wer es im allgemeinen Interesse für geboten hält, daß der Mittelstand sich erhalte, sich wieder bilde und kräftige, der wird ein unbedingter Gegner der Warenhäuser sein und vor einer Maßregel zurückschrecken, die den Mittelstand von diesem Würgengel befreit.

Ich halte die völlige Unterdrückung der Warenhäuser für nötig und glaube, daß sie durchführbar ist.

Die Einrede, daß Ausnahmegesetze im Rechtsstaate vermieden werden sollten, verfängt Notständen gegenüber nicht — und die Notlage des Mittelstandes rechtfertigt jede Maßregel, die zu seiner Rettung dienen kann; diesem „freien Spiel der Kräfte" muß ein Ende bereitet werden; die mehrfach vorgeschlagene hohe Umsatzsteuer genügt für diesen Zweck nicht.

Man muß das vollständige Verbot der Warenhäuser verlangen, d. h. die Schließung der bestehenden innerhalb einer bestimmten Frist, und Neugründungen untersagen; für das Verbot müßten offene Verkaufsgeschäfte und Versandhäuser ins Auge gefaßt werden, die Waren mehrerer — die Zahl wäre durch Gutachten der in Betracht kommenden mittelständischen Interessenvertretungen zu ermitteln — nicht verwandter Produktionszweige zum Verkauf stellen und ein Verkaufspersonal haben, das eine bestimmte, wiederum geeignet festzusetzende Zahl übersteigt. Das wären also die wesentlichen Merkmale: Das Übergreifen auf verschiedenartigste, gar nicht verwandte Warengattungen und der Umfang, letzterer gemessen an der Zahl der Verkaufsgehilfen.

Bei dieser entschlossenen Rettungsaktion für den Mittelstand müßten auch Vorkehrungen getroffen werden, die dem Unwesen der Filialen und dem Wettbewerb der Konsumvereine Einhalt gebieten.

Die Reichsreform als Ganzes

Die letzten Erörterungen bezüglich der Großbanken u Warenhäuser haben schon in Einzelfragen hineingefüh die mit den grundsätzlich bei der Reichsreform gefordert Gegenleistungen der Gebildeten und Besitzenden an sich ursä lich nichts zu tun haben, die aber aus Zweckmäßigkeit an die Stelle mit erledigt werden konnten; zusammenfassend sei da auf hingewiesen, daß mein Reformvorschlag ein ei heitliches Ganzes ist, das dahin umschrieben werd kann:

> Ersatz des allgemeinen gleichen Wah rechts durch ein geeignetes Klassen- oder Meh stimmenwahlrecht bei gleichzeitigem Übergan zum parlamentarischen System unter persön lichen Gegenleistungen der Gebildeten und B sitzenden auf dem Gebiete der politischen A beit.

Mir scheint es nicht zweifelhaft, daß durch eine solc Reform die Grundlage für ein gesundes politisches Leben d Nation geschaffen werden kann; der Ekel, der ihm die ernsteste und wertvollsten Kräfte entfremdet hat, wird verschwinde und wir werden es wieder erleben, daß Männer von groß Auffassung und tiefer Kenntnis des deutschen Volkes un seiner Bedürfnisse sich dem Vaterlande für die politische A beit zur Verfügung stellen. Während die vorgeschlagenen Ver fassungsänderungen durch gesetzliche Maßnahmen eingefüh und gesichert werden, läßt die politische Mitarbeit sich nic gesetzlich erzwingen, aber man wird darauf bauen dürfe daß sie gerne geleistet wird, wenn erst die Möglichkeit ersprieß lichen Schaffens sich wieder zeigt.

Kampf gegen den Umsturz

Damit wäre also das politische Leben gesundet — aber, wi man sofort bemerken wird, nur soweit es sich parlamen tarisch abspielt; das öffentliche Leben außerhalb des Parla

entes würde sich kaum ändern, vielleicht sogar noch mehr erwildern, indem die Sozialdemokratie durch das Schlagort von der Entrechtung des Volkes die Massen weiter verhetzen würde; wer denkt nicht an die Möglichkeit revolutionärer Erhebungen?

Deshalb ist es unter allen Umständen nötig, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, die den volks- und staatsverräterischen Hetzern das Handwerk gründlich legen.

Die erste Antwort auf diese Forderung ist wieder der Schreckensschrei über das verlangte Ausnahmegesetz. Demgegenüber sei ganz allgemein ausgesprochen, daß es nichts Bequemeres gibt, um die Untätigkeit gegenüber einem gefahrvollen Zustande zu rechtfertigen, als die Berufung auf derartige Maximen, daß Ausnahmegesetze mit dem Rechtsstaate unvereinbar seien; das sind im Grunde nichts anderes als Phrasen, die den Mangel an Mut, oder Gewissen oder Erkenntnisfähigkeit verschleiern sollen. Der Rechtsstaat ist und bleibt Staat; seinem Zwecke und Wesen nach muß er sich selbst erhalten und behaupten; er muß alles tun, was zur Erfüllung dieser seiner Uraufgabe notwendig ist; weil er Rechtsstaat ist, darf dies nicht geschehen durch willkürliche Anordnungen des Staatsoberhauptes oder durch willkürliche Handlungen der Verwaltung (Polizei), sondern auf Grund gesetzlicher, allgemein gültiger Bestimmungen.

Solche Bestimmungen widersprechen dem Wesen des Rechtsstaats ebensowenig, wie etwa das Strafgesetzbuch, das man mit dem gleichen Unrecht ein Ausnahmegesetz nennen könnte, wie das frühere Sozialistengesetz, dessen Folgen doch nur der Bürger fühlen mußte, der sich gegen die Sicherheit des Reiches vergangen hatte.

So wie bisher, kann und darf es mit dem Gewährenlassen der Sozialdemokratie gegenüber nicht weitergehen — darüber sind alle ernsten Patrioten einig.

Über zwanzig Jahre lang hat man den Teil unseres

Volkes, der infolge geringerer Bildung und Einsicht gegen die Schlagworte der Sozialdemokratie geistig und moralisch nicht zum Widerstande fähig ist, der Agitation durch Presse und Versammlungsredner ausgesetzt; was das heißt, beurteilt man nur richtig, wenn man den Ton dieser Zeitungen kennt und es erlebt hat, mit welchen Mitteln die Agitatoren in Versammlungen arbeiten. Angesichts dieser Volksvergiftung ist es eigentlich zu verwundern, daß wir die offene Revolution noch nicht haben. Die besseren Instinkte sind noch nicht völlig ertötet, der Sinn für Ordnung noch nicht ganz zerstört. Aber wie lange wird es dauern, bis die Zügellosigkeit alle Anhänger der Sozialdemokratie ergriffen hat?

Wie sehr der Respekt vor der Staatsgewalt und die Achtung vor fremdem Rechte erschüttert sind, zeigen die Vorgänge jedes Streiks und mancher offene Aufruhr in Großstädten.

Das Übel darf sich nicht einfressen, und es ist die unbedingte Pflicht des Staates, rücksichtslos der weiteren Verhetzung zu wehren; die bürgerliche Gesellschaft wird ihn dabei unterstützen müssen, wenn sie nicht Selbstmord begehen will.

Aber was soll man tun?

Man greife zurück auf den Entwurf des Sozialistengesetzes, den Bismarck im Jahre 1878 dem Reichstag vorgelegt hat und lasse ihn Gesetz werden ohne die Verwässerungen, die damals vom Parlament beliebt wurden. Danach wäre zu verbieten alles, was Bestrebungen dient, die darauf ausgehen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben oder solches befürchten lassen; also Versammlungen, Vereine, Zeitungen, Zeitschriften solcher Tendenz werden nicht geduldet, im übrigen müssen alle die Vorbeugungsmaßregeln eingeführt werden, die der Entwurf vom September 1878 vorsah.

Aber man muß einen Schritt weitergehen.

Eine radikale Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Staates, der Nation, der Monarchie steht, kann unser öffentliches Leben verdauen, vielleicht sogar ganz gut gebrauchen,

im die Gewissen gegenüber jeder Hinneigung zu einer „Bourgeoispolitik" nötigenfalls zu wecken — nicht aber eine dem Anarchismus zutreibende Vertretung der Massen, die dem eigenen Volke, dem eigenen Vaterlande die Absage erteilt hat.

Eine Mauserung der Sozialdemokratie unter jüdischer Führung ist ausgeschlossen, auch eine langsame Abwendung vom Internationalismus. Es heißt deshalb, der Masse die Gelegenheit zur Umkehr oder zum Haltmachen dadurch zu bereiten, daß man sie von der jetzigen Führerschaft befreit, indem alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Parteibeamten, alle Herausgeber, Verleger, Redakteure sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften, alle sozialistischen Gewerkschaftsführer — kurz alle im Dienste der sozialistischen Propaganda Stehenden aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen werden; dasselbe gilt natürlich auch für alle Anarchisten.

Man wird nicht sentimental sein dürfen, wo die Befreiung des Volkes von den Treibern in die Verwilderung verlangt wird; wer sich selbst für volklos erklärt — etwas anderes ist der „internationale" Sozialdemokrat nicht —, wer sich darin gefällt, immer wieder die unversöhnliche Feindschaft gegen Staat, Gesellschaft und Monarchie zu verkünden, der darf sich nicht darüber wundern, wenn diese endlich die Geduld verlieren. Ein solcher Feind seines Vaterlandes hatte längst das Recht verwirkt, als gleichberechtigter Bürger mit allen Rechtsgarantien behandelt zu werden und dabei unter dem Schutze der Gesetze seine zerstörende Arbeit der Volksverhetzung verrichten zu können. Wenn ihm jetzt die Türe des verhaßten Vaterlandes gewiesen wird, so geschieht ihm ja nach seiner Meinung gar nichts Schlimmes; er mag in den gepriesenen Ländern der angeblich echten Freiheit sein Glück versuchen — vom Deutschen Reiche sei er ausgestoßen, wie er sich von ihm geschieden hat.

Wird der sozialistischen Bewegung so durch Ausweisung

der Führer und durch Unterdrückung der Presse die geistig Leitung entzogen, wenn man das Wort geistig in diesem Zusammenhange nicht für entweiht hält, so muß natürlich damit gerechnet werden, daß damit der Sozialismus keineswegs to ist. Der Kampf ist aufgenommen und beginnt, und der Staa muß entschlossen sein, von den Verteidigungsmitteln Gebrauch zu machen, die das neue „Umsturzgesetz" ihm verleiht: jeder neu auftretende Führer muß sofort des Landes verwiesen werden, wenn er revolutionär wirkt; jede parteilos gegründete Zeitung, die Miene macht, sozialistisch im Sinne der Staatsfeindlichkeit zu werden, muß unterdrückt werden; jede Versammlung ist aufzulösen, die im Sinne der sozialistischen Propaganda mißbraucht zu werden droht. Man muß auch mit bewaffnetem Widerstande rechnen, der unbedingt niederzuschlagen wäre, indem man daran denkt, daß entschlossenes und rasches Eingreifen im Ergebnis viel weniger grausam ist, als das zaghafte und zögernde, das den Übermut der Gesetzlosen nur reizt.

Reform des öffentlichen Lebens

Aber auf diese Abwehrmaßregeln darf man sich nicht beschränken; sie liegen dem Staate ob; gleichzeitig muß die Gesellschaft alles tun, um die Massen dem Vaterlande zurückzugewinnen. Gemeinnützige Gesellschaften werden die Herausgabe billigster Tageszeitungen in die Wege leiten, um das Volk mit unvergiftetem Lesestoff zu versorgen, und damit die Lücke schließen, die durch die Unterdrückung der sozialistischen Presse entstanden ist; eine großzügige nationale Versammlungstätigkeit muß einsetzen, wobei die Besten aller Stände und Berufe an der Versöhnung mitarbeiten werden; vaterländische Festfeiern für das Volk sind zu veranstalten — kurz, es ist nachzuholen, was in den Jahren ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Reichsgründung, und nachher in den Jahren der Erbitterung versäumt worden ist: wir müssen

den „Kampf um die Seele des Volkes" aufnehmen, wie man es mit einem schönen Schlagwort umschrieben hat. Die Heeresverwaltung wird die bürgerliche Gesellschaft in diesem Bemühen unterstützen und Gelegenheit bieten, daß den Soldaten Vorträge aus der deutschen Geschichte gehalten werden — kurz, die zu solchem Ehrendienst Fähigen und Berufenen in Stadt und Land werden ihr Bestes daran setzen, um die Gegensätze auszugleichen, die man mit bösem Willen bis zur Feindseligkeit verschärft hat.

Möglich, ja wahrscheinlich, daß uns bei solchem Vorgehen gegen die Sozialistengefahr einige schlimme, ruhelose Jahre bevorstehen — das hilft nichts und wir müssen hindurch. Aber das wollen wir doch abwarten, ob nicht Friede und Eintracht in deutschen Gauen wiederkehrt, wenn erst einmal die Erreger der Zwietracht beseitigt sind und ferngehalten werden. Aber, wenn man den Kampf aufnehmen will, muß man sich darüber klar sein: keine Halbheit, keine Schwäche, keine Sentimentalität — ganze Arbeit mit festem, hartem Willen. Denkt daran: wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft käme, würde sie sentimental verfahren? Es läuft mancher auf deutschem Boden herum, der ein „kleiner Robespierre in statu nascendi" ist.

Schutz der Arbeitswilligen

In dem anzustrebenden Sozialistengesetz, wenn man will, der neuen „Umsturzvorlage" muß unbedingt auch der Schutz Arbeitswilliger gegen Angriffe und Behelligungen durch die Streikenden in Ausstandszeiten ausgiebig geregelt werden; es war nicht zuviel gesagt, wenn jetzt im Herrenhause die bisherige Passivität des Staates nach dem Scheitern der früheren, allerdings höchst unglücklichen Umsturzvorlage als „Bankerott der Staatsgewalt" bezeichnet worden ist.

Es wird zweckmäßig sein, den Schutz Arbeitswilliger nicht nur durch Bestrafung der Zuwiderhandelnden zu sichern,

sondern auch nach Möglichkeit strafbaren Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften vorzubeugen; das liegt recht eigentlich im Interesse der Streikenden selbst, die dadurch vor strafbaren Handlungen bewahrt werden.

Ich denke an ein Verfahren, das in der Konsequenz der caution of misdemeanour des englischen common law liegt: steht ein Streik bevor, so soll der dadurch betroffene Arbeitgeber — bei mehreren alle zusammen und jeder einzelne — befugt sein, den geographischen Bezirk, in dem sein Betrieb liegt, unter Streikschutz zu stellen; die Verwaltungsbehörde würde dann den Befehl erlassen, daß im Umkreis von soundsoviel Kilometern (dessen Umfang nach dem Schutzzwecke im einzelnen Falle festzusetzen sein wird) von dem oder den betroffenen Betrieben jede Ansammlung von Personen, jedes Aufstellen von sog. Streikposten, jedes Anreden Arbeitswilliger durch Angehörige der Streikpartei an sich verboten wird. Wer gegen dies Verbot verstößt, ohne sich sonst einer strafbaren Handlung schuldig zu machen, kann in Sicherungshaft genommen werden, und die Verwaltungsbehörde hat das Recht je nach der größeren oder geringeren Gespanntheit der Lage im Streikgebiet diese Haft auf die ganze Dauer des Streiks auszudehnen. Streikgebiet kann also sowohl eine einzelne Fabrik sein mit dem Umkreis, der eine Belästigung und Überwachung der Arbeitswilligen beim Ab- und Zugang unmöglich macht, aber auch ein großer Bezirk, wie z. B. das ganze Kohlenrevier.

Die Haft ist Sicherungshaft und dieser ihr Charakter müßte streng aufrecht erhalten werden; sie darf keinesfalls als Strafhaft behandelt werden; dagegen müßte es zugelassen werden, daß die von der Haft Betroffenen außerhalb des Streikgebiets untergebracht würden, ja dies könnte unter Umständen geradezu unbedingt nötig werden.

Das Verfahren ist summarisch; es muß nur festgestellt werden, daß der Betroffene den Streikschutz verletzt hat; ist dies der Fall, so folgt der Ausspruch der Behörde, und zwar nicht kollegial und ohne Begründung; Beschwerde an die

unterste kollegiale Verwaltungsinstanz ist zulässig, aber kein weiterer Rekurs.

Ein derartiges Verfahren bietet gegenüber den Abstufungen des Belagerungszustands den Vorteil größerer Elastizität; es wird vorbeugend wirken, wobei natürlich vorausgesetzt wird, daß eine zu jedermanns Kenntnis kommende Bekanntmachung vorgegangen sein muß.

Soweit gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit einem derartigen Streikschutz im Wege stehen, müßte natürlich entsprechende Änderung vorgenommen werden.

Die Presse

Schon wiederholt ist der Rolle gedacht worden, die die Presse, d. h. die jüdisch-sozialistische und jüdisch-pseudoliberale Presse als Mitveranlasserin der mannigfachen Schäden spielt, an denen jetzt unser Volksleben leidet, und zuletzt ist darauf hingewiesen worden, daß zur wirkungsvollen Bekämpfung der Sozialdemokratie die vollständige Unterdrückung ihrer Parteipresse notwendig ist.

Aber damit sind die Übel nicht beseitigt, die von der Presse kommen, da auch außerhalb der sozialistischen manche Quelle des Unheils fließt. Man denke nur an die verwüstende Tätigkeit der Berliner jüdisch-radikal-demokratischen Zeitungen vom „Berliner Tageblatt" bis zur „Welt am Montag", und man weiß, daß fast in jeder größeren Stadt ähnliche Blätter erscheinen, die, ohne sich zum Sozialismus zu bekennen, durch ihre zersetzende Publizistik schließlich geradeso schädlich wirken, wie die anarcho-sozialistischen. Nichts steht solchen Blättern fest, nichts ist ihnen heilig; ohne Ehrfurcht und Scheu wird mit flacher Afterlogik alles Bestehende vor den Richterstuhl der sog. Vernunft gezogen; nur eines ist sicher vor ihren Angriffen, das unantastbare Judentum. Die Redakteure sind Juden oder durch ihre Schule gegangen, von ihnen ab-

hängig, und was sie schreiben, entfließt jüdischer Gesinnu
oder entspricht jüdischer Auffassung.

Diese Presse ist die stärkste Waffe des Judentums:
schlägt oder schweigt tot, was ihm gefährlich werden könn
je nach der Lage des Falles; sie gibt das Bild der besten nat
nalen Bestrebungen verzerrt als halbverrückten und bl
gierigen Chauvinismus wieder; sie ist der Erreger sich jage
der Sensationen, die den Geschmack und das Urteil der Le
in gleicher Weise verwirren; sie ist Prophetin des ödest
Materialismus, zu dem eine widerliche Verhimmelung d
Friedens und aller sog. Friedensbestrebungen gar nicht i
Widerspruch steht. Was männlich und aufrecht ist in unser
Volke, dem ist diese Presse feind — sie imponiert ihr
Lesern durch vorgetäuschte Unabhängigkeit und Freiheitslieb
Männerstolz vor Königsthronen wird gerne markiert, u
die guten Leser merken nicht, was dahinter steckt. Unser Vo
muß eigentlich im Kerne unverwüstlich sein, daß es dieser Pres
noch nicht gelungen ist, die letzten Bande der Ordnung zu löse
— aber nicht länger dürfen wir es solcher Einwirkung au
setzen, und deshalb muß eine Reform des Preßrecht
gefordert werden, in der alle Erfahrungen de
bisherigen Zustands unter dem Gesichtspunkt be
achtet werden, daß die weitere Vergiftung de
Volkes verhindert wird.

Hier liegt eine der allerschwierigsten Teilaufgaben de
Reichsreform, da die Freiheit der Presse — nicht die Zügel
losigkeit — unter keinen Umständen geopfert werden darf
wir brauchen die freie Presse für unser nationales Leben, ein
Presse von Deutschen für Deutsche in deutschen
Geiste geschrieben, und wir können uns eine gesunde
freie, hochgemute Entwicklung gar nicht denken ohne ein
solche Presse. Dabei muß des unverjährbaren Ver
dienstes gedacht werden, das in diesen schweren
Zeiten die sog. nationale Presse sich um unser
Volk erworben hat; sie hat die Fahne des deut
schen Gedankens hochgehalten, mit gesundem In

nkte die Ideale unseres Blutes vertreten, und
verstanden, männlich und tapfer nach oben
ie nach unten ihre Unabhängigkeit zu wahren.
afür ist sie von den Blättern der andern Seite als reaktionär,
deutsch, chauvinistisch verschrieen worden, was weder sie,
ch ihre Leser irre gemacht hat, und ich glaube, man könnte
e Behauptung aufstellen: wer den Kreis der bewußten
eutschen heute umschreiben wollte, der müßte die Leser der
tionalen Presse ermitteln. Es läge nahe, hier die Blätter
nennen, die sich diesen Ehrennamen verdient haben, aber
immerhin die Gefahr besteht, eine Zeitung zu übergehen,
e es verdient hat, genannt zu werden, unterlasse ich die Auf-
hlung, überzeugt, daß sowohl meine Leser, wie die Zuge-
rigen der nationalen Presse wissen, wem dieser Dank gilt.

Nicht nur schwierig ist die Aufgabe, das Preßrecht dem
edürfnis des gesunden nationalen Lebens entsprechend um-
gestalten, sie wird auch die feinste sein, die man sich denken
nn, da das gesunde geistige Leben nicht unterbunden werden
rf; alles, was aussieht wie eine Knebelung, muß vermieden
erden, auch alles, was einer Mißachtung des Geistigen
nlich sähe.

Mit so groben Mitteln, wie der Verstaatlichung des An-
igenteils oder dem Anspruch der Regierung auf weißes
apier in jedem Blatte zur Verteidigung ihrer Politik, ist
ichts geschafft — mit dem ersten will man den Einfluß der
nserenten auf die Haltung der Blätter beseitigen, mit dem
veiten die Leser nicht einfach der Wirkung des vielleicht staats-
nd gesellschaftsfeindlichen redaktionellen Teiles sozialdemokra-
scher und radikaler Blätter überlassen, sondern ihnen auch
ur Kenntnis bringen, was die Regierung zu sagen hat.

Möglich, daß die Unterdrückung der sozialistischen Presse
nd das, was ich nachher hinsichtlich der Fernhaltung des
udentums vom öffentlichen Leben vorschlagen werde, schon
enügt, um unser Preßwesen gesunden zu lassen — aber bei
ieser Hoffnung darf man sich nicht beruhigen, sondern man
uß eine gesetzgeberische Lösung versuchen, die den nachteiligen

Folgen des „freien Spiels der Kräfte" auf diesem für i
geistige, sittliche, politische Leben des Volkes entscheidend w
tigen Gebiete dauernd vorbeugt.

Man wird das Vertrauen haben dürfen, daß die Hera
geber und Redakteure der nationalen Presse gewissenh
und treue Berater sein werden, wenn es gilt, diese schwieri
und feinste Aufgabe der geistigen Reform in Angriff
nehmen; jeder, der unsere Presse einigermaßen kennt, ist
der Lage die Namen zu nennen, die in einem Ausschuß
Vorbereitung und Durchführung der Preßreform vertre
sein müßten.

Die Juden unter Fremdenrecht

Eine Gesundung unseres Volkslebens, und zwar al
seiner Gebiete, kulturell, moralisch, politisch, wirtsch
lich, und die Erhaltung der wieder gewonnenen Gesundheit
nur möglich, wenn der jüdische Einfluß entwed
ganz ausgeschaltet oder auf das Maß des Erträ
lichen, Ungefährlichen zurückgeschraubt wird.

Bei der Erörterung des nach dieser Richtung Notwendig
wird man sich darüber klar sein, daß der Unschuldige mit d
Schuldigen leiden muß — aber so sehr derartiges dem
rechten Deutschen schmerzlich sein mag: es ist besser, ei
gewisse Zahl hochstehender Juden leidet unter der Schu
ihrer minder wertvollen Stammesgenossen, als das ga
deutsche Volk wird durch das Gift dieser letzteren zugrun
gerichtet. Es rächt sich eben an den guten Juden vor alle
der Fehler, den sie aus dem Gefühl der Rassensolidarität
gangen haben, als sie nicht selbst dafür eintraten, daß die Ei
wanderung aus dem Osten im Augenblick der Emanzipati
verboten wurde.

Daß heute die Grenzen vollständig und rü
sichtslos gegen jede weitere jüdische Einwand
rung gesperrt werden, ist unbedingt geboten, g
nügt aber längst nicht mehr. Ebenso selbstverständlich ist e

ß die fremden Juden, die noch kein Bürger-
cht erworben haben, schnellstens und rücksichts-
s bis auf den letzten Mann ausgewiesen werden
aber auch das genügt nicht.

So hart es der deutschen Gerechtigkeit wird: wir müssen
e Rechte der ansässigen Judenschaft allge-
in beschränken, so leid es jedem einzelnen von uns tun
d, wenn der Gute neben dem Schlechten getroffen wird;
solchem Falle darf man nur auf die Notwendigkeit sehen
muß sein Herz dem Mitleid verschließen; jedes Zuge-
ndnis an unverdient Leidende würde die Ringe der Rüstung
n, die wir uns schaffen müssen.

Die Forderung muß sein: die landansässigen
den werden unter Fremdenrecht gestellt.

Die Vorfrage lautet: wer ist Jude, und schon sie muß
Härte beantwortet werden, indem man zwar den Glauben
ursprüngliches Erkennungszeichen ansieht, aber die Rassen-
gehörigkeit ins Auge faßt und auch den vom jüdischen
auben Abgewandten als Juden behandelt, gleichzeitig auch
die Nachkommen von Mischehen an dem alten germanischen
undsatze festhält, daß sie der „ärgeren Hand" folgen. Man
ßte, um durchzuschlagen, bestimmen: Jude im Sinne
s geforderten Fremdenrechts ist jeder, der am
Januar 1871 der jüdischen Religionsgemein-
aft angehört hat, sowie alle Nachkommen von
rsonen, die damals Juden waren, wenn auch
r ein Elternteil jüdisch war oder ist.

Man mag diese Zeitbestimmung willkürlich finden, wie
es tatsächlich ist, wird aber zugeben müssen, daß praktisch
e solche zur Feststellung des Begriffs „Jude" erforderlich
; es mag geprüft werden, ob der Stichtag früher oder später
egt werden soll.

Als Jude würde also nach dem obigen Vorschlage be-
ndelt z. B. der Enkel eines im Jahre 1875 zum Protestan-
mus übergetretenen Juden, dessen Tochter einen Nichtjuden,
B. Offizier geheiratet hatte. Dies klingt im Sinne unserer

bisherigen Nachgiebigkeit unerhört, ist es aber den Tatsa
gegenüber nicht: denn die Erfahrung lehrt, daß solch ein K
rassig wirklich der ärgeren Hand folgt.

Im vollen Bewußtsein dessen, was damit verlangt
wird diese Begriffsbestimmung vorgeschlagen, ja gerade
Hinblick auf die verhängnisvolle Rolle der Halbblütigen, d
deren Vermittlung der jüdische Geist, jüdische Gesinnung
Naturfolgen jüdischen Blutes in die obersten Schichten uns
Volkes eingedrungen sind und einzudringen drohen; auch
heißt es, nicht nur für die Zukunft verhindern, sondern
zu machen, was bereits verfehlt worden ist.

Sonach stünde fest, wer Jude ist und unter Fremdenr
gestellt werden soll; was aber soll das Fremdenrecht
stimmen? Es soll den Strich zwischen Deutschen und Ju
ziehen und die Möglichkeiten einschränken, eine volksschä
gende Wirkung auszuüben. Dahin gehören folgende M
nahmen:

Den Juden bleiben alle öffentlichen Ämter v
schlossen, einerlei ob gegen Entgelt oder im Ehrena
einerlei ob für Reich, Staat und Gemeinde.

Zum Dienst in Heer und Flotte werden sie n
zugelassen.

Sie erhalten weder aktives, noch passives Wa
recht. Der Beruf der Anwälte und Lehrer ist ihnen t
sagt; die Leitung von Theatern desgleichen.

Zeitungen, an denen Juden mitarbeiten, sind
solche kenntlich zu machen; die andern, die man allgem
„deutsche" Zeitungen nennen kann, dürfen weder in jüdisch
Besitz stehen, noch jüdische Leiter und Mitarbeiter haben.

Banken, die nicht rein persönliche Unternehmen e
zelner sind, dürfen keine jüdischen Leiter haben.

Ländlicher Besitz darf in Zukunft weder in jüdisch
Eigentum stehen, noch mit solchen Hypotheken belastet werd

Als Entgelt für den Schutz, den die Juden als Vol
fremde genießen, entrichten sie doppelte Steuern wie
Deutschen.

Ich höre und sehe, wie man im Geiste die Hände über
n Köpfe zusammenschlägt über die kalte Grausamkeit dieser
Brschläge — wenn man sie nicht gar als Ausgeburten einer
rnken Phantasie betrachtet, um so mehr als man sich in den
rmlosen Kreisen des liberalen Bürgertums längst daran
öhnt hat, mit den Juden über ihre mangelnde Gleich-
echtigung zu zetern, weil sie noch nicht oder nicht allge-
rin Offiziere, Richter, Verwaltungsbeamte werden. Deshalb
nen sie über Mißhandlung, fehlende Gerechtigkeit und
allen sich darin, die Geknechteten zu spielen. Und doch ist es
gekehrt. Niemals in der Geschichte ist ein großes,
gabtes, tüchtiges Volk so schnell und wider-
ndslos unter den Einfluß und die geistige Füh-
ng eines fremden Volkes von völlig anderer
ranlagung gekommen, wie jetzt das deutsche
ter die jüdische Leitung.

Wohlgemerkt: es handelt sich nicht um die Milliarden,
das an Zahl kleine Judentum unter den Deutschen an-
sammelt hat, zum Teil unter Anwendung von Mitteln, die
etzwidrig und gewissenlos waren und sind — es handelt
h nicht um das Wirtschaftliche, obwohl auf diesem Gebiet
iste Gefahren liegen. Uns kommt es darauf an, die
eele des deutschen Volkes zu retten, und da wir
kannt haben, daß der Mangel an Instinkt, die Harmlosigkeit,
fehlende Selbständigkeit unseres Volkes gerade dem jüdi-
en gegenüber so groß sind, daß der einzelne sich nicht selbst
ützen kann, so muß der Staat den Schutz übernehmen, in-
m er, dem Zwange der Notwendigkeit folgend, harte Ge-
ze erläßt.

Man wird sagen, glaubst du, daß ein ehrenhafter Jude
h solchen Gesetzen unterwirft? Er wird den Staub des
wirtlichen deutschen Bodens von den Füßen schütteln und
h anderwärts eine Heimat suchen. Hart, aber unvermeidlich.

Und der Rest charakterloser, allem sich unterwerfender
uden bleibt? Mit dem wird man fertig werden — denn
e Schwäche der deutschen Abwehr dem Judentum gegenüber

liegt recht eigentlich darin, daß so ziemlich jeder, der öffentlichen Leben steht, einen oder mehrere einwandfreie Jud kennt; nach ihnen richtet er seine Gedanken, wenn sie sich r der Judenfrage beschäftigen, das Mitleid mit ihnen macht i schwach. Das ist menschlich begreiflich — aber, wo es u die Zukunft unseres Volkes geht, müssen wir die Schwachh von uns tun.

Die Zionisten

Wer in den Juden Angehörige einer fremden Rasse sie die trotz der Teilnahme an allen Gütern unserer Ku tur nicht zu Deutschen geworden sind, weil sie es eben infol einer grundverschiedenen Veranlagung nicht werden könn der muß es begrüßen, daß unter den Juden selbst die nati nalistische Bewegung, der sog. Zionismus mehr und me Anhänger gewinnt. Man kann vor den Zionisten nur A tung haben; sie bekennen offen und ehrlich, daß ihr Volk e Volk für sich ist, dessen Grundeigenschaften unerschütterli sind und durch ein fast zweitausendjähriges Leben der Stac losigkeit und zwischen Fremden nicht zerstört wurden; s erklären auch ohne Rückhalt ein wirkliches Aufgehen d jüdischen Fremdlinge unter ihren Gastvölkern für unmögli kraft des Naturgesetzes der Rasse, das stärker ist als das äuße liche Sich-Anpassen an die Verhältnisse der fremden Um gebung.

Die Zionisten bestätigen durchaus, was die auf de Standpunkt der Rasse stehenden Gegner der Juden läng behaupten, und wenn sie auch im Verhältnis zur Gesamthe ihrer Rassegenossen eine kleine Schar sind — die Wahrhei die sie verkünden, kann nicht mehr mundtot gemacht werde Deutsche und jüdische Nationalisten sind in bezu auf die Unzerstörbarkeit der jüdischen Rasse eine Meinung — wer will also den Deutschen das Recht streiti machen, daraus die notwendigen politischen Folgerungen z ziehen?

ndere Volksfremde

Weil wir von den Juden als Volksfremden gesprochen haben, so seien auch in diesem Zusammenhange die rigen Volksfremden behandelt, deren Zugehörigkeit zum utschen Reiche den Deutschen Nöte bereitet; hierher gehören Polen im Osten, im Westen die Franzosen und die inen im Norden. An die Spitze der Erörterung hierüber der Satz gestellt, den seinerzeit der jetzige Reichskanzler preußischer Minister oder als Staatssekretär des Reichs- ts des Innern ausgesprochen hat: in der Einleitung der ichsverfassung ist festgelegt, daß der ewige Bund zwischen Fürsten der Einzelstaaten geschlossen werde zur Pflege r Wohlfahrt des deutschen Volkes; des deutschen lkes.

Nebenbei gesagt, gilt dies auch den Juden gegenüber, er es sei hier unterstrichen, daß ein deutscher Minister zu dieser Auffassung bekannt hat — für jeden Franzosen, gländer, Italiener ist es selbstverständlich, daß sein Staat Aufgabe hat, die Wohlfahrt des Staatsvolkes zu pflegen; Nationalen unter den Deutschen müssen dankbar sein, nn ein Minister den Mut hat, solches vor seinen den emden zugeneigten Landsleuten auszusprechen — aber sie eben dann, daß derselbe Staatsmann es bei den Worten zt oder, mit höherer Verantwortung belastet, als Reichs- nzler und preußischer Ministerpräsident dem früher ver- ndeten Grundsatze direkt und standhaft zuwiderhandelt.

ie Polen

Was zunächst die Polen betrifft, so braucht hier über die Bedeutung der Polenfrage für den Bestand eußens und die Sicherheit des Reichs kein Wort gesagt werden.

Aber wiederholt werde, wenn es auch schon tausendmal sagt ist, daß die ganze kraftvolle Polenpolitik,

wie sie in der Tätigkeit der Ansiedlungskommi sion zum Ausdruck gekommen ist, zusammenbrich wenn nicht noch im Jahre 1912 mit der Enteignun Ernst gemacht wird.

Der Reichskanzler und der Landwirtschaftsminister v Schorlemer-Lieser versichern immer wieder, daß die star Politik fortgesetzt werde, und dasselbe tun die Offiziösen; ab sie handeln entgegengesetzt, d. h. sie tun gar nichts; indess wird der polnische Grundbesitz von Tag zu Tag vermeh die Ansiedlungskommission baut ab, und die Polen werd die Herren Oberschlesiens.

Mit Bestimmtheit verlautet, daß an dem Plane fes gehalten wird, einen Prinzen des Königlichen Hause im Posener Schloß Residenz nehmen zu lassen un die dortige Akademie zur Universität zu mache

Um solche Pläne zu bekämpfen, die im Erfolg auf Landes verrat herauskommen müssen, kann man nicht radikal un rücksichtslos genug sein; erst recht nicht, wenn man bedenk daß also nicht nur nichts Positives geschieht, um dem siegreiche Vordringen der Polen in Posen, Westpreußen und Ober schlesien Einhalt zu gebieten, sondern daß umgekehrt Ding im Werke sind, die das Polentum entscheidend fördern werden Daß dies von der Universität Posen sicher gilt, bezeugt de Hinweis auf die Straßburger Universität, von der man b der Gründung eine germanisatorische Wirkung erwartet hat mag sein, daß die Hoffnung töricht war, mag sein, daß ma das Recht dazu hatte — kein Recht aber hat man nach solche Erfahrung, von einer Universität in Posen Gutes zu hoffen wer einen solchen Plan vor dem preußischen Landtag zu ver treten wagt, sollte mit Entrüstung, mit Spott und Hohn nac Hause geschickt werden.

Aber der königliche Prinz in Posen, wird der nicht di Stütze des Deutschtums werden? Ja, wenn er eben nich deutscher Abstammung wäre, gewiß — so aber nur sehr be dingt. Ja, selbst das ist nicht richtig, wenn man bestimm hört, daß dieser Prinz die Aufgabe lösen soll, der

polnischen Adel zu versöhnen. Wozu man zunächst bemerken darf, daß diese Versöhnung, wenn sie ohne Schaden für das Deutschtum gelänge, politisch ohne Bedeutung wäre, weil der polnische Adel längst nicht mehr der Führer des polnischen Volkes ist. Aber man weiß, welche Erfahrungen bei solchen Versöhnungsversuchen gemacht worden sind und ist gewiß, sie werden sich wiederholen. Deutsche Prinzen werden im politischen Dienste für das deutsche Volk erst dann mit Erfolg tätig sein können, wenn sie von der leidenschaftlichen Liebe zu ihrem Volke erfüllt sind, die ihnen — besonders rühmliche Ausnahmen abgerechnet — leider heute noch durchweg fehlt.

Die Losung lautet: entschlossene Kampfpolitik gegen die Polen durch die Anwendung der Enteignung und die Einführung des Parzellierungsverbots, wobei der vom Auswärtigen Amte geübte Einfluß mit Rücksicht auf die Machtstellung der galizischen Polen in Österreich ausgeschaltet werden muß; Verhinderung der Universität Posen und der Statthalterschaft eines Prinzen daselbst; Ausdehnung der Kampfgesetze auf alle vom polnischen Ansturm gefährdeten Landesteile, besonders also auf Oberschlesien.

Aber darauf darf man sich nicht beschränken. Der Staat muß klar zum Ausdruck bringen, daß Angehörige eines Volkes, das sich ihm feindlich gegenüberstellt, keinen Anspruch darauf haben, an der Regierung und Verwaltung teilzunehmen. Es ist ein Unsinn in sich, daß im preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstage Vertreter der Polen sitzen, die unter Umständen die Entscheidungen dieser Parlamente maßgebend beeinflussen können; man erinnere sich der ersten Flottenvorlagen und denke an die Möglichkeit, daß die jetzt notwendigen Heeres- und Flottenverstärkungen von einer Mehrheit abgelehnt würden, bei der die Polen den Ausschlag geben.

Das muß doch auch dem Liberalsten klar machen, daß ein solcher Unsinn, der heute sehr wohl möglich ist, unmöglich

gemacht werden muß; im Ergebnis käme seine weitere Duldung dem liberum veto des polnischen Reichstags gleich. Deshalb muß man verlangen, daß die Erwählten des polnischen Volkes nur als Sachwalter in den Parlamenten sitzen, also kein Stimmrecht haben, sondern nur Gehör verlangen können in den Fragen, an denen ihre Volksgenossen oder ihre Heimat beteiligt sind.

Sollte sich herausstellen, daß diese Bestimmung durch den Anschluß oder das Aufgehen in andere Parteien umgangen würde, so dürfte man vor dem weiteren Schritt nicht zurückschrecken, den Polen endgültig das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen.

Wer Pole ist, ließe sich in solchem Falle entsprechend dem Vorschlage der Zugehörigkeit zum Judentum festlegen, wobei natürlich die Sprache den Ausschlag gäbe.

Polnische Zeitschriften und Zeitungen müßten neben dem polnischen Text unter allen Umständen deutsche Übersetzung bringen; als Versammlungssprache müßte unbedingt nur Deutsch geduldet werden.

Ganz allgemein wären die Vorschriften des anzustrebenden Umsturzgesetzes auch auf die Machenschaften der polnischen und jeder sonstigen deutschfeindlichen Propaganda auszudehnen.

Aber es müßte auch eine Zentralstelle geschaffen werden, in der alles bearbeitet würde, was die Polenfrage betrifft; heute verteilen diese Angelegenheiten sich auf die Ministerien des Innern, der Finanzen, des Kultus und der Landwirtschaft, und wenn diese Ministerien die in der Polenfrage eingearbeiteten Chefs oder Räte verlieren, dann sitzt die praktische Politik auf. Das wäre unmöglich bei einem Ostmarkenministerium, in dem die im praktischen Kampfe bewährten Kenner der Polenfrage zusammenwirkten, so daß einheitliche Leitung, gleicher Wille und entschlossene Durchführung gesichert wären — dann erst kann auf einen dauernden Erfolg gerechnet werden.

Sollte er durch polnischen Widerstand in Frage gestellt werden, der zu Mitteln greift, die bis heute vermieden worden

nd, so dürfte der Staat auch vor dem Äußersten nicht zurückhrecken — aber davon braucht man heute noch nicht, und offentlich nie zu reden.

Das Reichsland

In Elsaß-Lothringen liegen die Verhältnisse ganz anders als im Osten, sowohl was die Abstammung der Rasse der Bevölkerung betrifft, wie hinsichtlich der geschichtlichen nd kulturellen Entwicklung, und es ist ein Jammer, die dortige Lage zusammen mit der Polenfrage erwähnen zu müssen; denn ei aller sonstigen Verschiedenheit gleichen sich die Zustände n der Ost- und Westgrenze darin, daß die eingeborene Bevölkerung zum überwiegenden Teile dem Reiche mit offener Feindschaft gegenübersteht. Das „alte Vaterland" Frankreich hat die Liebe dieser Querköpfigen, die ebensowenig daran denken, was sie dem Deutschen Reiche verdanken, wie die Polen wissen wollen, daß Preußen sie aus Schmutz, Verkommenheit und Knechtschaft befreit hat. Was aber im Reichsland den Patrioten am meisten schmerzt: Diese Deutschenfeinde sind nicht fremden Blutes — abgesehen von dem eigentlich recht schwachen französischen Bestandteil in Lothringen und Oberelsaß — es sind Deutsche alemannischen Stammes. Die ganze Querköpfigkeit dieses urdeutschen Stammes gehört dazu, um fertig zu bringen, was man eigentlich eine Perversion des Nationalbewußtseins nennen könnte: daß diese reinrassigen Deutschen, die, solange sie zu Frankreich gehört haben, die halb komische, halb traurige Rolle des „tête quarrée" gespielt haben, sich gegen die Zugehörigkeit zu ihrem wirklichen Vaterlande sperren. Soweit sie — aus guten Gründen der sehr nahrhaft gewordenen Futterkrippe — auf die Rückkehr unter die französische Herrschaft verzichten, wollen sie doch die Träger einer „vermittelnden Doppelkultur" sein und gleichzeitig ihren partikularen Neigungen als Elsaß-Lothringer leben. Die Doppelkultur fran-

zösisch-deutscher Art dieser nationalen Hermaphroditen h
man mit Recht lächerlich gemacht, da sie weder französisch
noch deutsch ist, sondern ein Zerrbild der Halbbildung; nich
besser ist der elsaß-lothringische Partikularismus, der jet
nach Verleihung der neuen Verfassung in der Maienblüte seine
Sünden steht, da ihm jede geschichtliche und kulturelle Unter
lage fehlt.

Was jetzt der neue Landtag sich dem Kaiser, dem Statt
halter und der Verwaltung gegenüber geleistet hat, ist natür
lich erst die Einleitung, rechtfertigt aber allein schon die Be
denken derjenigen, die vor der Verfassungsänderung warnten
der Reichskanzler, schlecht beraten von Straßburg aus
und durch den opportunistischen Staatssekretär Delbrück, ha
es fertig gebracht, an der bei der heutigen Weltlage gan
besonders wichtigen Westgrenze einen deutschfeindlichen Par
tikularstaat zu errichten, auf dessen Verwaltung das Reich
bald jeden Einfluß verlieren wird. Was dann?

Dabei reden wir nicht von der kulturellen Gefährdung
des Deutschtums, deren Umfang man im Bundesstaat
Elsaß-Lothringen ermessen kann, wenn man erwägt, daß
unter der alten Verwaltung die Zahl der fran-
zösisch Sprechenden seit 1871 stetig gewachsen ist.

Nun, nachdem das politische Verbrechen der Erhebung des
Reichslands zum Bundesstaate begangen ist, bleibt nichts übrig
als dem Spiele zuzuschauen, bis es zum Bruche kommt.

Für diesen Augenblick, der bei einigermaßen festem Willen
der Regierung kaum lange auf sich warten lassen wird, muß
man gerüstet sein; was dann geschehen muß, geschehe frei
von jeder Sentimentalität, für die der Elsässer gar kein Ver-
ständnis hat. Allein das Reichsinteresse hat zu entscheiden,
und danach wird man sagen: so sehr es für die Deutschen des
großen Jahres 1870/71 eine Ehrensache war, altes deutsches
Land zurückzugewinnen, das einst dem Reiche frevelhaft ge-
raubt worden war, trotzdem war die Rücksicht auf die Ehre
nicht entscheidend, sondern das Bedürfnis der Sicherheit. Also
realpolitische Erwägungen, nicht Gefühlspolitik. Das Gefühls-

äßige kam auf altdeutscher Seite mit vollem Rechte dazu, urde aber grausam enttäuscht. Gewiß mögen altdeutsche eamte daran nicht ohne Schuld gewesen sein; aber daß die ingesessenen die Rückkehr zum wirklichen Vaterlande mit lcher Abneigung, ja mit Haß beantworteten, das belastet sie llein, und sie allein werden auch die Verantwortung tragen, enn das Reich doch endlich die Geduld verliert. Dann wird an auf den entscheidenden Grund des Wiedererwerbs zurückehen, den man in der Erhebung der Seelen „Befreiung vom elschen Joche" nannte, und kaltblütig aussprechen: nicht m eurer schönen Augen willen haben wir das Reichsland enommen, sondern aus militärischer Notwendigkeit; die Beohner waren die Zugabe, das Land war die Hauptsache. inmal haben wir schon optieren lassen; jetzt opiert noch einmal — aber gründlich. Öffentlich hat der Großjährige zu erklären, ob er sich offen und rückhaltlos um Deutschen Reiche bekennt und für sich und die Seinen ur Bewährung dessen die Verpflichtung eingeht, die französische Sprache weder im Hause, noch außerhalb zu gebrauchen, noch ans Frankreich eingeführte Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher zu beziehen. Wer diese Verpflichtung erweigert, hat gegen das Deutsche Reich optiert und muß in urzer Frist das Land verlassen.

Wer beim Bruche der Verpflichtung betroffen wird, hat as gleiche Schicksal.

Es werden alle privaten Schulen abgeschafft; in den olksschulen wird — abgesehen von dem wirklich französischen prachgebiet, das auch bei der Verpflichtung anders zu bandeln ist, und für das Übergangsvorschriften eingeführt erden — nur Deutsch gelehrt; in den Mittelschulen wird ranzösisch nur nach Maßgabe des auf altdeutschem Gebiet blichen zugelassen.

Auf deutschem Sprachgebiet werden französische Zeitungen anz verboten, auf französischem nur mit deutschem Nebentext estattet.

Die Staats-, Gerichts- und Kirchensprache ist im deutschen

Sprachgebiete allein deutsch; für das französische werden Über
gangsbestimmungen getroffen.

Die Unterbringung von Kindern auf französischen An
stalten, denen solche in Belgien und der Schweiz mit fran
zösischer Verkehrssprache gleichzustellen sind, wird als Optio
des Vaters gegen das Deutsche Reich betrachtet.

Die Verfassung wird aufgehoben. Das Land wir
einem Minister für Elsaß-Lothringen unterstellt
der in Straßburg seinen Sitz hat, nur dem Kaiser unter
stellt ist, bzw. bei Einführung des Reichsministeriums i
diesem Sitz und Stimme hat, und diktatorisch regiert
Der Elsässer ist ein spaßiger Herr, der Ernst sehen will —
nachdem man ihn über 40 Jahre lang dumm-gutmütig-deutsc
behandelt hat, muß man ihn einmal auf französische Ar
regieren.

Alle Behörden, die nach staatlicher Selbständigkeit de
Landes aussehen, sind abzuschaffen, vor allem also der Statt
halter; die von vielen Seiten empfohlene Angliederung a
Preußen halte ich im Hinblick auf die Wirkung auf die süd
deutschen Bundesstaaten nicht für ratsam, wenn diese nich
selbst sie betreiben. Für den Zweck, der wesentlich damit er
reicht werden soll, genügt es, daß der Ministerdiktato
alle Lehrer- und Beamtengehälter denen der best
gestellten deutschen Bundesstaaten gleich macht
so daß dann ein Beamtenaustausch jeder Kate
gorie stattfindet, der aufs eifrigste zu fördern ist
Die Elsässer sagen mit dem liebenswürdigen Humor, de
ihnen eigen ist: „die Schwowe müsse us'm Ländle nus" —
richtiger wäre: die Elsässer müssen aus dem Land heraus
heraus aus ihrem engen, eigensinnigen Leben; hinaus in
Reich, damit sie ihr deutsches Stammvolk wieder kennen lernen
Deshalb soll auch kein geborener Reichsländer auf der Straß
burger Universität zugelassen werden, der nicht vorher min
destens vier Semester auf andern deutschen Hochschulen stu
diert hat.

Innerhalb der Provinz Reichsland gibt es gar kein

Volksvertretung, sondern eine Art Beirat; die Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Mittel wird von dem Rechnungshof des Reichs besorgt.

Für den Reichstag werden Vertreter gewählt mit der gleichen Stellung, wie die aus den polnischen Landesteilen — das „elsaß-lothringische Volk" wollte es ja nicht anders haben; in den Gemeinden werden Vertretungen geschaffen mit den üblichen Befugnissen, doch muß das Wahlrecht dem Zwecke der politischen Erziehung dienen; die Bürgermeister und ihre Stellvertreter werden ernannt.

Das Umsturzgesetz sichert das Reich ganz allgemein gegen reichsfeindliche Unternehmungen.

Das alles klingt wiederum barbarisch, aber die Ausführung wird zeigen, wie gut gemeint es ist und wie nützlich. Zudem wird die Diktatur kein Schreckensregiment führen, ganz im Gegenteil, sondern im Sinne des Oberpräsidenten von Moeller gerecht, fest und wohlwollend regieren. Sie wird vor allem unter den Eingesessenen die Kräfte ausfindig machen und sich auf sie stützen, die bewußt deutsch sind und den Anschluß ans wahre Vaterland längst vollzogen haben; solche Männer sind zahlreicher vorhanden, als man glaubt, aber sie sind mundtot gemacht durch die Hetzer und Schreier; sie werden die besten Berater für die Behandlung ihrer Landsleute abgeben.

Die Beamten des bisherigen Regiments der Schwäche müssen beseitigt und durch die Blüte der Beamtenschaft aller deutschen Bundesstaaten ersetzt werden.

Die Priesterschaft verdient besondere Aufmerksamkeit, da sie bisher das Rückgrat der deutschfeindlichen Bewegung abgegeben hat; es ist ganz klar, daß jeder Priester genau so behandelt werden muß, wie jeder andere Bürger, also zu optieren hat und an seine Optionsverpflichtung gebunden ist; der Staat muß fest entschlossen sein, jede Zuwiderhandlung mit den Folgen des Gesetzes zu beantworten, darf auch gegebenenfalls vor der Anwendung des Umsturzgesetzes nicht zurückschrecken.

Die wirkliche Wiedergewinnung des Reichslandes stellt der deutschen Verwaltung schwere Aufgaben; es wird schlimme Tage geben, bis durch die Austreibung der naturwidrigen französischen Sympathien und des traurigsten unter allen deutschen Partikularismen der Anschluß an das große deutsche Volk wieder gewonnen sein wird. Aber wir müssen durch, selbst auf die Gefahr hin, in dem Lande auf längere Zeit nichts anderes zu sehen als eine Art „Militärgrenze". Tua culpa, tua maxima culpa!

Eine Hoffnung aber darf man doch haben, daß, bevor die Maßregeln nötig werden, von denen hier gesprochen wurde, der Krieg zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche ausgekämpft werden muß, und daß dann — wie die Folgen für das innere Leben des gesamten deutschen Volkes segensreich sein werden — der gemeinsame Kampf die Instinkte wecken wird, die den Elsässern sagen, wohin sie gehören.

Denen aber, die sich auf die Zugehörigkeit der Masse der reichsländischen Bevölkerung zum Deutschtum berufen und sagen, daß man unter keinen Umständen deutsche Volksgenossen, auch wenn sie sich feindlich zum Reiche stellen, behandeln dürfe wie Polen und Juden, diene zur Antwort, daß der abgefallene Volksgenosse kein Recht darauf hat, weiterhin als Glied des von ihm verachteten Gemeinwesens betrachtet zu werden; so gut wir den volksverhetzenden Sozialdemokraten deutschen Blutes gegebenenfalls nicht mehr im Vaterlande dulden können, so gut wird auch der Elsässer seine Heimat verlassen müssen, wenn er ein offener Feind des Reiches geworden ist. Denn auch die freieste Freiheit, die wir ganz gewiß selbst genießen und allen Volksgenossen gewähren wollen, verleiht, recht verstanden, keinen Anspruch auf Bekämpfung des Staates — die Unantastbarkeit des Staates selbst ist die Schranke aller Freiheit.

Noch ist der Dänenfrage an der Nordgrenze Preußen-Deutschlands zu gedenken; sie kann an Bedeutung und Gefährlichkeit nicht eigentlich mit der polnischen und der reichsländischen gleichgestellt werden, ist immerhin aber so geartet, daß sie nicht länger ungelöst bleiben sollte; man kann sogar sagen, wenn man sie vom Standpunkte deutschen Selbstbewußtseins betrachtet, sie sei die brennendste, weil dem deutschen Stolze unerträglichste.

Die Handvoll Dänen kann es fertig bringen, fast ein halbes Jahrhundert dem preußischen Staate Trotz zu bieten, dabei sie es wagen, die Deutschen zu drangsalieren, die dänischem Einfluß ausgesetzt sind. Bedenkt man, wie die Dänen sich der Preisgabe Schlewig-Holsteins durch den Deutschen Bund und Preußen mit den Deutschen der unterlegenen Provinzen umgegangen sind, so muß man sagen, was Preußen sich von den Dänen Nordschleswigs bieten läßt, ist geradezu beschämend. Das wird nicht entschuldigt durch die Redensart „der Starke kann nachgiebig und duldsam sein" oder durch die politische Analogie des Rechtsspruchs „minima non curat praetor"; auch nicht mit der germanischen Rassenverwandtschaft zwischen Deutschen und Dänen, da wir ja deutschen Volksgenossen selbst nicht erlauben können, sich gegen den Staat aufzulehnen. Man muß es ruhig aussprechen, die Duldsamkeit gegen den dänischen Übermut an unserer Nordgrenze ist auf den Mangel an Staatsbewußtsein bei den Regierenden zurückzuführen; anders ist es nicht, daß das Auf und Ab in der Behandlung der Dänen beweist nur, daß man eines festen Willens dort oben nicht fähig ist.

Wenn jetzt Ordnung in unserm Vaterlande geschafft wird, soll man auch der Dänen gedenken und auch sie vor eine neue, entscheidende Option stellen: wer sich nicht rückhaltlos zum preußischen Staate bekennt, muß über die Grenze. Die dänische Sprache muß von einem bestimmten Zeitpunkt aus Schule, Kirche, Gericht und Verwaltung ver-

schwinden; nur bis dahin werden dänische Zeitungen
deutschem Nebentexte geduldet.

Zur Förderung der deutschen Besiedlung ist dem Sta
ein Recht auf Enteignung dänischen Grundbesitzes zu v
leihen, entsprechend dem gegenüber den Polen geschaffen
ganz allgemein werden übrigens die Schutzmaßregeln i
Umsturzgesetzes gegen dänische Umtriebe zur Anwendung
bringen sein.

Reichsfremde Volksfremde

Da soeben die volksfremden Bürger an den Reichsgren
behandelt wurden, die kraft der geschichtlichen Entwickl
Reichsangehörige sind, wenn auch gegen ihren Willen, u
nicht zum Nutzen der Deutschen, seien auch im Zusammenha
die volksfremden Nichtbürger im Reiche erwäh
ihre Zahl ist seit der Begründung des Reiches ständig
wachsen und zwar von rund 200000 im Jahre 1870 auf ü
anderthalb Millionen im letzten Jahre. Diese gewaltige E
wanderung ist auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschla
zurückzuführen, die früher geschildert wurde; die Indust
zieht zunächst alles von ländlichen Arbeitern aus dem Rei
an sich, was Neigung hat, die Scholle zu verlassen; was n
der Landwirtschaft fehlt, wird aus dem Auslande herbeigeho
aber noch ist das Bedürfnis der Industrie nicht befriedigt, u
auch sie braucht Massen ausländischer Arbeiter, um die A
triebe aufrecht zu erhalten; eine Folge dieser Vorgänge
daß auch das Wirtschaftsleben außerhalb der Landwirtsch
und Industrie nicht mit den inländischen Kräften auskom
sondern Fremde herbeischafft, die besonders für die gröbst
Formen ungelernter Arbeit verwendet werden (z. B. Italie
und Kroaten für Erdarbeiten, u. ä.).

Wie die Dinge heute liegen, sind diese Fremden in d
Tat unentbehrlich, wobei bemerkt sei, daß die Masse a
Österreich-Ungarn stammt (an 600000, in der Hauptsa

polen); dann folgen Rußland und Italien beide mit erheb-
lh über 100000 Köpfen, die Schweiz und die Niederlande
it annähernd so vielen und endlich die übrigen mittelbar
der unmittelbar benachbarten Staaten.

In der vorhin genannten Zahl von anderthalb Millionen
nd die landwirtschaftlichen Sommerarbeiter nicht einbegriffen,
e sog. „Sachsengänger" besonders aus Russisch- und Gali-
sch-Polen, die nur vorübergehend für den landwirtschaftlichen
edarf während und nach der Ernte zugelassen werden und
ätestens zum 1. Dezember des betr. Arbeitsjahres das
eichsgebiet wieder verlassen haben müssen; ihre Zahl kann
otz aller Kontrollmaßregeln nicht genau festgestellt werden,
ird aber kaum weniger als eine halbe Million betragen.

Es braucht nicht auseinandergesetzt zu werden, daß die
Beschäftigung solcher Massen Volksfremder im Reiche unter
edem Gesichtspunkte ein schwerer Mißstand ist, dem mit
llen Mitteln abgeholfen werden muß. Wirtschaftlich entsteht
ns der Schaden, daß die Ersparnisse dieser Arbeiter ins Aus-
and fließen; wirtschaftspolitisch geraten wir in Abhängig-
eit von den Staaten, aus denen wir die Arbeitskräfte be-
iehen; moralisch entsteht die Gefahr, daß die einheimischen
Arbeiter von den tieferstehenden Fremden herabgezogen oder
ngesteckt werden, wobei man nur an die gesetzlosen Italiener
nd Kroaten zu denken braucht; vom Standpunkt der Rasse
nd Hygiene liegen die Gefahren auf der Hand, und politisch
ird die Zahl des einheimischen Proletariats in verhängnis-
oller Weise durch diese Fremden verstärkt.

Alles Nachteile, die den Staat veranlassen müssen, den
isherigen Zustand nicht ohne weiteres fortbestehen zu lassen.
Bei den Gegenmaßregeln wird man unterscheiden
müssen nach der Rassenverwandtschaft, sowie
dem Werte oder Unwerte der Fremden und die
Behandlung verschieden einrichten. So werden Vla-
men, Holländer, Deutsch-Schweizer, Deutsch-Österreicher ohne
weiteres ertragen werden können, ja willkommen sein, wenn
ie sich nicht durch ihre persönliche Aufführung mißliebig

machen — sie sind Staatsfremde, nicht Volksfremde. Pol
Juden (von denen schon in anderem Zusammenhange
Rede war), Russen, Kroaten, Italiener sind unter allen U
ständen unerwünscht, und es muß dahin getrachtet werden,
so bald wie irgend möglich aus den Grenzen des Reiches
entfernen und diese alsdann dauernd zu schließen.

Als bedeutsame Maßregel zur Erreichung dieses Zie
sollte die hocherfreuliche Rückwanderung Deutscher a
den verlorenen Posten alter deutscher Kolonien vom Rei
in großem Sinne unter Aufwendung reichster Mittel geförd
werden; wir haben einen Fürsorgeverein für die
Rückwanderung, der sehr Verdienstliches leistet und v
allem sich einarbeitet und Erfahrungen sammelt; in ih
dürfte der Kern einer Reichszentralbehörde für diese Aufga
gefunden werden, die deutsche Kolonisten aus Südrußlan
Galizien, Russisch-Polen, Nordamerika zurückholt und sie i
Inland verteilt.

Soweit germanische Staaten eine irgendwie beträchtlic
Auswanderung haben, sollte versucht werden, diese na
Deutschland zu ziehen, wobei man besonders an die skandin
vischen Länder denken wird.

Der Auswanderung Reichsdeutscher wird man nach Mö
lichkeit entgegenwirken müssen — die wichtigste Maß
regel aber wird eine großzügige, planmäßig
innere Kolonisation durch Ansiedlung deutsche
Kleinbauern und Landarbeiter sein, verbunde
mit der Einleitung gründlicher Sozialrefor
zugunsten dieser wertvollen Bevölkerungs
bestandteile.

Selbstverständlich wird niemand verlangen, daß die frem
den Arbeitermassen von heute auf morgen abgeschoben werden
das würde für die Industrie und für die Landwirtschaft ver
heerend sein, für letztere voraussichtlich in noch höherem Grade
als für erstere. Man muß also Schritt für Schritt vorgehen
und sobald die positiven Maßregeln, von denen vorhin ge
sprochen wurde, in Wirkung treten: wie stärkere deutsche Rück

nderung, Einwanderung germanischer Staatsfremder, länd-
ije Sozialreform und Rentengutsbesiedelung — muß gleich-
tig zonenmäßig die Räumung des Reichsgebiets von den
sländern einsetzen, die wir nicht brauchen können, also
r allem Slawen jeder Art und Italiener.

Man wird nach bestimmtem Plane Zonen ein-
ilen, die wahrscheinlich für Industrie und Landwirtschaft
ondert sein müssen; dann können beide, wenn diese Räu-
ungsarbeit auf Jahre hinaus verteilt wird, sich einrichten,
nd sie müssen sich einrichten.

Das fest ins Auge zu fassende Ziel heißt also: unter
len Umständen die nicht germanischen Volks-
emden so schnell wie möglich aus dem Reichs-
biet entfernen und sie dann dauernd fern-
lten.

Daraus ergibt sich dann die Handhabung des jetzt im
erden begriffenen Reichs-Angehörigkeitsgesetzes hinsichtlich
r Aufnahme Fremder in den Reichsverband, und nur um
n Tiefstand der Erkenntnisse auf diesem Gebiete zu kenn-
chnen, sei im Vorbeigehen erwähnt, daß eben jetzt in der
eichstagskommission Sozialdemokraten und Freisinnige
ürgschaften dafür verlangten, daß zukünftig den östlichen
uden bei der Einwanderung keine Schwierigkeiten bereitet
rden, ja sie verlangen förmlich ein Recht auf Aufnahme in
n Reichsverband! Eine derartige Preisgabe des Wohles
d der Zukunft des deutschen Volkes wird dadurch nicht
träglicher, daß die Regisseure dieser Anträge Juden sind,
e denn sogar ein jüdischer Abgeordneter den Takt besessen
t, einen der Anträge zugunsten seiner russischen und gali-
chen Stammesgenossen in Person zu vertreten. Und das
ißt Deutscher Reichstag! Auch eine Erscheinung, die ihr
cht darauf wirft, was man dem Stammvolke des Deutschen
eiches glaubt bieten zu dürfen, des Deutschen Reiches, das
geblich zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes ge-
ündet worden ist!

Agrarreform

Jede ernsthafte Reichsreform wird als unentbehrlichen A
standteil die Einleitung einer weitblickenden, großzügig
Agrarreform behandeln und die Fragen löse
die, wenn man der Sache auf den Grund geh
schließlich über das Schicksal des deutschen Vo
kes entscheiden werden.

Es ist oben geschildert worden, wie unser Vaterland
überraschend schnell vom Agrarstaat in einen Industrieste
verwandelt hat, und welche Wirkungen dies nach den versch
densten Richtungen geäußert hat. Letztere seien hier der Üb
sicht halber noch einmal kurz zusammengefaßt: gewalt
Binnenwanderung in der Hauptrichtung von Osten n
Westen; rasches Anwachsen der Städte; Verödung
flachen Landes, besonders im Osten, verbunden mit stark
Arbeitermangel der Landwirtschaft; endlich Beseitigu
dieses Notstandes durch Herbeiholen fremder, besond
slawischer Arbeiter.

Es leuchtet sofort ein, daß die Landarbeiterfra
aufs engste mit der Polenfrage im Osten zusa
menhängt, so daß sie nicht nur aus den obigen wirtscha
lichen Gesichtspunkten, sondern auch politisch von allergröß
Bedeutung ist; ihre glückliche Lösung kommt dem Deutschtu
im Osten zugute, und das dortige Deutschtum kann umgekeh
auf die Dauer nicht gerettet werden, wenn nicht die Lan
arbeiterfrage befriedigend erledigt ist; aber dam
allein ist es nicht getan, sondern es muß gleic
zeitig über das ganze Land möglichst gleichmäß
verteilt ein gesunder, leistungsfähiger deutsch
Bauernstand angesiedelt werden.

Um beides zu erreichen, ist eine durchgreifende Agra
reform nötig, deren Dringlichkeit sich allein schon dara
ergibt, daß der Osten durchschnittlich im Jahre 100000 b
150000 Deutsche verliert, wodurch die ernste Gefahr entste
daß dieses Gebiet fortdauernd und steigend der polnisch
Überflutung ausgesetzt ist und schließlich der Bevölkeru

a) gar nicht mehr als deutsches Land betrachtet werden kann;
e muß mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden.

Bauernpolitik

In erster Reihe muß eine groß angelegte Bauernpolitik betrieben werden; zu diesem Zwecke muß der Staat e Teil der Latifundien, der nach dem früher gemachten schlag von den Eigentümern an ihn gegen Entschädigung getreten werden soll, in richtig bemessene Bauernstellen teilen und sie baldigst vergeben; diese Art der inneren onisation wird sich auf das ganze Reich ausdehnen müssen. Osten ist daneben von dem Rechte der Enteignung Geuch zu machen, und endlich sollte dort auch aller deutsche ßgrundbesitz, der sich aus irgendwelchen Gründen nicht ten kann, vom Staate aufgekauft werden, selbst wenn die teilung an Bauern nicht sofort geschehen kann.

Das Ziel heißt also: ohne Verzug zu erwerben, s immer von Grund und Boden erworben werden n, denn sein Besitz entscheidet über die natiole Zukunft des Landes; zu diesem Behufe darf dem ate kein Geldopfer zu groß sein.

Diese innere Kolonisation muß — wenigstens in der uptsache — vom Staate besorgt werden; der Vorag, sie privater Tätigkeit zu überlassen, krankt daran, daß gewaltigen Geldmittel, die dazu erforderlich sind, von ivaten nicht aufgebracht werden, so daß kleinere Unterrnungen nur langsam arbeiten können, also auch nur langn Erfolge erzielen werden. Das hilft aber nichts; dem Osten n überhaupt im Sinne der deutschen Rettung nur durch nelle, große Erfolge geholfen werden. Außerdem aber wird Private immer Geschäfte machen wollen, dem Ansiedlungshaber also nicht uninteressiert gegenüberstehen; der Staat n selbstlos sein, er wird sich nur als Vermittler betrachten d seine Beauftragten werden die Kolonisten so beraten und

versorgen, wie dies die Ansiedlungskommission zur al-
meinen Zufriedenheit in ihrem Arbeitsgebiete getan hat.

Es ist nun bekannt, daß der deutsche Großgrundbesitz
Ostens einer solchen Bauernpolitik ablehnend, ja feind
gegenübersteht; für ihn kommt die Rücksicht auf die h
besessene politische Macht ins Spiel, die man sich nicht schm
lern lassen will, und wohl auch das Standesinteresse ge
schaftlicher Art; deshalb strebt er lediglich die Besiedlung
deutschen Landarbeitern an, die ihm die nötigen Arbeitskr
liefern und gleichzeitig die polnischen Arbeiter entbehr
machen sollen.

So unbedingt geboten nun die Ansiedlung von La-
arbeitern ist — es soll sogleich davon gesprochen werden —
so wenig genügt sie allein, um die große schicksalvolle nat
nale Aufgabe der inneren Kolonisation zu erfüllen: d
Sicherung des Ostens für das deutsche Volk.

Der Landarbeiter allein kann sie nicht g
währleisten; er würde, da der gesellschaftliche Abstand z
schen ihm und dem Gutsbesitzer zu groß ist, auf fremdem La
ohne Führer dastehn und wäre der Gefahr ausgesetzt, e
nationalisiert zu werden. Das nationale Rückgrat muß d
Arbeiterstand gegeben werden durch die Bauern, unter den
und mit denen er lebt. Der Bauer wird das Zwischengl
in der gesellschaftlichen Stufenreihe sein, er wird zudem d
wirklich bodenständige Element liefern, das nicht nur sel
an der Scholle hängt, sondern auch den Arbeiter festhält.

Also, wir brauchen den Bauern, den freie,
selbständigen, wirtschaftlich und national krä-
tigen Bauern in der Ostmark, und man kann üb
zeugt sein, daß die unbestreitbare Gleichheit der Interess
zwischen ihm und dem großen Grundherrn bald ein bund
genossenschaftliches Verhältnis herstellen wird — eigentlich
Latifundienbesitz wird es ja in absehbarer Zeit nicht me
geben, wenn nach unserm Vorschlag verfahren wird.

Gewiß mag es dem Großgrundbesitzer bequemer sein, d
politische Macht in den überwiegend agrarischen Landesteil

eute allein in der Hand zu haben und sie nicht mit eigen-
illigen Bauern geteilt auszuüben — deshalb will es dem
atrioten doch nicht in den Kopf, daß die zu ihm gehörigen
eutschen Herren den Vorwurf auf sich nehmen wollen, aus
ücksicht auf ihre persönliche Stellung eine Maßregel zu be-
mpfen oder gar zu hintertreiben, die allein die Sicherheit
etet, daß der Boden, auf dem sie selbst sitzen, nicht von der
awischen Flut dem Deutschtum weggerissen wird.

Der preußische Staat wird mit weitem Blick und großen
itteln seine Bauernpolitik in Angriff nehmen, und der
sten wird wieder das Ziel einer glückverheißenden Bauern-
anderung sein, wie die stolze Zeit unserer mittelalterlichen
olonialbewegung sie erlebt hat. Aus allen Teilen des Reiches
erden sorgfältig ausgewählte Bauernfamilien mit zureichen-
m Vermögen nach dem Osten ziehen, und von den ver-
renen Posten der ausländischen deutschen Kolonisation
erden wohlhabende und kinderreiche Familien auf den Boden
s alten Vaterlandes zurückkehren, um ihn verteidigen zu helfen.

Altgedienten Unteroffizieren, die vom Lande stammen
nd die früher in der Landwirtschaft tätig waren, wird man
e Möglichkeit bieten, sich unter besonders günstigen Be-
ngungen, die eine Belohnung für die militärische Dienst-
istung darstellen, ansässig zu machen.

andarbeiter

Gleichzeitig und neben dieser Bauernansiedlung wird mit allem Eifer diejenige von Landarbeitern betrieben erden, und sie wohl allein vom Staate mit Rücksicht dar-
if, daß diese wirtschaftlich Schwachen unter keinen Umständen
ch der geringsten Übervorteilung durch Private ausgesetzt
erden dürfen; Haus und Land müssen so bemessen und die
edingungen der Überlassung müssen so günstig sein, daß ein
ites Fortkommen bei Fleiß und Tüchtigkeit bestimmt er-
artet werden kann.

Der Staat wird daran denken, mit welchem Wohlwollen

er nun dreißig Jahre lang der städtischen und industriell Arbeiterschaft seine soziale Fürsorge gewidmet hat, währe die ländlichen Arbeiter vergessen worden sind — freilich, hatten die sozialdemokratischen Helden der Feder und Wortes nicht zu Fürsprechern. Es ist an der Zeit, im gro Stile nachzuholen, was dem Landarbeiter gegenüber versäu worden ist, und man kann hoffen, daß, was bis heute bod ständig geblieben ist, dem Lande dauernd erhalten bleibt u dem Staate bessern Dank für seine Fürsorge beweisen wi als das städtische Proletariat, das recht eigentlich nur nim und verlangt, verlangt und nimmt, aber nichts wissen n von Pflichten gegen die Gesamtheit.

Die ländliche Arbeiterfürsorge schließt in sich: d Bau von Wohnungen, die Schaffung eines den besonde Bedürfnissen dieses Standes entsprechenden Landarbeit rechtes, das wohl für einzelne Landesteile nach ihren Verhä nissen einzurichten wäre und die teilweise Rückkehr zum Na rallohn vorsehen wird; endlich eine Wohlfahrtspflege, die Lockungen des städtischen Lebens zurücktreten läßt und d geistige und körperliche Wohl der Landbevölkerung förde wobei auf die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und d vernünftige Ernährung größtes Gewicht zu legen sein wi. Der ländliche Schulunterricht sollte bereits darauf hinarbeit die Bodenständigkeit bewußt zu fördern, die A hänglichkeit an die Scholle zu festigen und die Vorzüge d Landes der heranwachsenden Jugend nahezubringen; währe der Militärzeit müßten Vorträge gehalten werden, die m Nachdruck die Stimmung für die Rückkehr zur Heimat h halten und auch klar machen, wie viel der aufgibt, der von d Lande in die Stadt zieht.

Folgen der inneren Kolonisation

Wenn der Staat diese beiden Aufgaben der kleinbäuerlich und Landarbeiteransiedlung entschlossen in die We leitet und durchführt, dann ist die Ostmarkenfrage gelöst u

er Osten national gerettet. Aber gleichzeitig wird der Schritt ur Erhaltung der Landbevölkerung getan, der im Hinblick uf unsere Volksgesundheit, unseren Nachwuchs, den Heeres- rsatz von entscheidender Bedeutung ist: zusammen mit der icherung des Ostens erreichen wir die festeste Veranke- ung des Standes, ohne den der Staat nicht bestehen kann.

Erfreuliche Nebenfolgen dieses Vorgangs werden überall ort, wo die innere Kolonisation wirksam gewesen ist, sein: ie rasche Vermehrung der Bevölkerung und damit die Hebung hrer Kaufkraft, sowie die Steigerung des Ertrags der bäuer- ichen Güter gegenüber dem früheren Großbetriebe; der Be- arf an fremden Hilfskräften wird schnell sinken; die neuen Dörfer, die an Stelle der Gutsbezirke treten, werden Arbeiter n den übrig gebliebenen Großgrundbesitz abgeben können, nd bald werden ausländische Arbeiter gar nicht mehr ge- raucht werden: dann ist der ersehnte Augenblick gekommen, o die Grenzen geschlossen werden.

Wie man dem deutschen Landarbeiter das Leben auf dem ande tunlichst angenehm gestalten soll, um ihn zu halten, o muß auch der Bauer sich seines freien, unabhängigen Da- eins freuen und erfolgreich arbeiten können. Im Hinblick arauf, daß man brauchbare Männer aus dem ganzen Reiche eranziehen wird, die aus Landesteilen mit ganz anderer esellschaftlicher und wirtschaftlicher Gliederung kommen, wird sich eine Ausgestaltung der Selbstverwal- ung im Osten nicht umgehen lassen, die auch den nittleren Besitz zur Teilnahme heranzieht. Das hätte nicht ur den Vorteil der gesellschaftlichen Annäherung zwischen dem Großgrundbesitz und dem mittleren Besitzer, sondern würde etzteren auch politisch erziehen, was seine Wirkung weiter ach unten nicht verfehlen würde.

Ob es dazu dienen wird, die bäuerliche Bevölkerung dem ande dauernd zu erhalten, wenn man das Anerbenrecht m Osten einführen würde, will mir zweifelhaft erscheinen, da ie ausgefallenen Erben ganz besonders der Versuchung er- iegen werden, dem Lande den Rücken zu kehren.

Die Freizügigkeit

Aber ernsthaft wird man im Zusammenhang mit der Agra reform die Frage prüfen, ob das bisherige Recht d Freizügigkeit in seiner Schrankenlosigkeit bestehen bleib kann. Ich weiß wohl, daß wer nur in Gedanken an dieser Ei richtung zu zweifeln wagt, sich dem Verdachte aussetzt, e Reaktionär schlimmster Art zu sein — aber das hilft nicht man muß auch dieser Frage ins Antlitz sehen.

Als vor kurzem die Massenerkrankungen in einem Berlin Asyl für Obdachlose die öffentliche Aufmerksamkeit auf solch Nachtbilder des großstädtischen Lebens lenkten, da zog sic einem das Herz zusammen vor Mitleid mit solchem Elend bald hörte man, daß unter den vielen Vergifteten kein i Berlin Geborener sich befand, und wieder einige Zeit spät wurde bekannt, welch ungeheure Opfer allein Berlin im Jahr für diese Verlornen bringen muß; ich glaube, es war vo 40 Millionen Mark die Rede, oder von noch mehr.

Da hat man auf einen Schlag Tatsachen, die an de Freizügigkeit irre machen müssen. In Berlin ungezählt Tausende Obdachloser, in jeder großen Stadt Arbeitslose i Menge, deren Unterhaltung gewaltige Summen verschling — ganz abgesehen von den Kosten sog. Notstandsarbeiten die ja auch eine Form des Almosens sind. Man wird sic darüber klar sein: wenn auf dem flachen Lande drückende Arbeitermangel herrscht und in den Großstädten Massen vo Arbeitslosen sich finden, dann stimmt etwas nicht in der Be völkerungsverteilung, und die Quelle des Fehlers liegt i der unbedingten Freizügigkeit, die jedem die Erlaubnis gibt anderswo sein Glück zu suchen, die in allzu vielen Fällen abe nichts anderes ist als die Erlaubnis zum Elend der Enterbten Wird hier nicht eine gesetzliche Wohltat in grausamstes Ver derben verkehrt?

Man wird mit vollem Rechte den Satz aufstellen können, daß kein Krieg unserm Volke so schwere Verluste beigebracht hat, wie die Freizügigkeit. Wer zählt sie, die Opfer der Landstraße, die

nsassen der Asyle, die Toten der Spitäler, die zuletzt wenigens noch ein Bett gefunden haben? Gewiß ist unter ihnen in großer Teil, bei dem Willensmängel oder sonstige Defekte uch im gebundenen Leben ein nutzloses Dasein herbeigeführt ätten — aber wer kennt nicht Fälle, wo wirklich brauchbare Menschen verkommen sind, nachdem sie von der heimatlichen Scholle gelöst waren?

Dem Tüchtigen, Unternehmenden freie Bahn — das soll ein, und deshalb muß man Bedenken tragen, Fesseln zu haffen, die an die Scholle binden, auch schon unter dem sychologischen Gesichtspunkte, den Haß gegen die erzwungene eimat nicht zu erwecken.

Mir scheint, man kann zunächst nichts tun, als die Rückehr derjenigen, die von Staats wegen zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht in die Stadt müssen und dort das städtische eben kennen lernen, nach Möglichkeit fördern; Max Bewers Sparsold wird in diesem Sinne wirken und sollte eingeführt erden, ebenso wie die Vorträge, die dem jungen Soldaten ie Erinnerung an die Vorzüge der Heimat wach halten sollen.

Im übrigen wird man abwarten, ob die durchgeführte lgrarreform nicht dahin wirkt, die Bodenständigkeit zu kräfigen und dadurch eine freiwillige Einschränkung der Freiügigkeit herbeizuführen: wir müssen unsern Volksgenossen uf dem Lande die Heimat erst geistig erobern, ihnen die reude an der Scholle ins Herz legen, und wollen sehen, ob ie nicht seßhaft bleiben.

Aber der Volksfreund wird sich bewußt bleiben, welche efahren die Freizügigkeit in sich birgt, und er wird bereit ein, dabei mitzuwirken, eine Reform dieses Rechtes anzureben, wenn sie nötig werden sollte. Jetzt ist es für den Mann uf dem Lande ein tranriger Trost, daß die entwurzelten, gecheiterten Opfer der Freizügigkeit den Städten zur Last fallen.

Heer und Flotte

Zu einer der ernstesten Sorgen dieser Zeit hat die Wehrfrage sich für den deutschen Patrioten ausgewachsen, d. h. die Frage, ob unsere Wehrkraft zu Lande und zu Wasser so stark und so gerüstet ist, daß sie mit Aussicht auf Erfolg den Kampf aufnehmen kann, der uns bevorsteht. Es ist immer unpopulär gewesen, eine Verstärkung der nach dem Urteil der linksstehenden Parteien unproduktiven Landesverteidigung zu verlangen — aber gerade das beweist, wie rückständig die politische Einsicht eines großen Teiles unserer Landsleute noch ist, und verpflichtet alle, die sich des Ernstes der Lage bewußt sind, erst recht daran zu arbeiten, daß die deutsche Öffentlichkeit in Wehrfragen so gewissenhaft und opferbereit wird wie in Frankreich und England. Dort ist es wiederholt vorgekommen, daß die Parlamente die Regierung getadelt haben, weil sie in ihren Forderungen für die Wehrkraft zu bescheiden sei und nicht ausreichend für Heer und Flotte sorge.

Wer heute die Verhältnisse in unserem Vaterlande überschaut, von denen am Eingange dieses Buches gesprochen worden ist, der wird mir recht geben, wenn ich sage: so lange das deutsche Volk sich nicht auf sich selbst besonnen und diejenigen Maßregeln getroffen hat, die seine Zukunft rassenmäßig, kulturell und sittlich sicherstellen — *so lange müssen wir dem Schicksal danken, daß es uns in West und Ost und Nord Feinde gestellt hat, die uns zur Anspannung aller Kräfte zwingen.* Man denke sich aus dem deutschen Leben der letzten zwanzig Jahre die Notwendigkeit hinweg, Frankreich, England und Rußland gegenüber auf dem Posten zu sein, und man wird erkennen müssen, daß bei der Geistesrichtung unserer Zeit, der Hingabe an den Materialismus, der Betrachtung aller Tätigkeit unter dem Gesichtspunkte des Erwerbs und endlich bei der Neigung zu weichlichem Wohlleben die männlichen Instinkte unseres Volkes nur durch Zwang sichergestellt sind, abgesehen von dem doch engen Kreise, der aus eigenem Willen und Erkennen der heroischen Lebensauffassung huldigt. Ohne diesen Zwang durch

nsere Feinde, die im Hinblick auf die Wohltat, die sie uns
weisen, unsere Warner, Ansporner, vielleicht unsere Retter
nd, wären die Mißstände viel schlimmer, von denen berichtet
urde, und man kann im vollsten Rechte sagen: ohne Völker-
mpf kein nationales Leben, wenn auch der Kampf noch nicht
ie Formen des Krieges angenommen hat.

Aber er kann dies jeden Tag tun, und die geringste Ver-
unft gebietet es, die Vorbereitungen so zu treffen, daß wir
ie Wahrscheinlichkeit des Sieges für uns haben.

Die nationale Presse ist voll der Beweise dafür, daß wir
inter Frankreich in unserer Heeresrüstung zurückgeblieben
nd und den leitenden Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht
reisgegeben haben, wonach das Heer das Volk in Waffen
ein soll. Wenn es das wäre oder würde, wenn wirklich jeder
Dienstfähige auch zur Fahne gerufen würde, dann wären wir
egen jedes mögliche Zusammengehen von mehreren Feinden
esichert.

Hier braucht nicht alles von Gründen wiederholt zu wer-
en, was jetzt bei Erörterung der Wehrfrage für die aus-
eichende Verstärkung des Heeres angeführt wird; es sei nur
usgesprochen, daß diejenigen, die den unvergleichlichen Wert
es Heeresdienstes nach der sozialen, gesundheitlichen, sitt-
ichen und politischen Seite hin zu würdigen verstehen, nicht
her ruhen dürfen, als bis der Gedanke Scharnhorsts ver-
oirklicht ist: jeder Waffenfähige trage die Waffen
m Dienste des Vaterlandes.

Bei der Bewertung der beiden Arten der Wehrmacht —
es Heeres und der Flotte — für die Sicherung unseres natio-
alen und staatlichen Daseins wird man sagen müssen, sie
ind beide gleich hoch; um ein triviales Beispiel zu gebrauchen,
beide so unentbehrlich, wie dem sog. Kulturmenschen Hose und
Rock. Es kann nur im einzelnen Zeitpunkte fraglich sein, ob
m Hinblick auf besondere Umstände, wie die Rüstung des
Gegners, die Wahrscheinlichkeit des Angriffs von dieser oder
ener Seite, die Verstärkung des Heeres oder der Flotte be-
onders dringlich ist. So liegen zurzeit genügend Umstände

vor, die den Ausbau unsrer Landmacht unbedingt gebieten; da heißt aber nicht, daß die Flotte darüber vernachlässigt werden darf. Unser Volk ist reich genug, um seine Rüstung zu bezahlen.

Eines aber sollte zum Gemeingut der öffentlichen Meinung unseres Vaterlandes werden, wie kläglich die Auffassung ist, die unsere Wehrmacht zu Lande und zu Wasser nur als Verteidigungsmittel gegen feindliche Angriffe ansieht. Das heißt sie des besten Teiles ihres Wertes berauben, drückt sie herab zu Werkzeugen philiströser Politik. Oben habe ich die Ansicht bekämpft, daß wir „saturiert" seien — stellt die öffentliche Meinung sich dazu in gleicher Weise, so wird sie auch unzweideutig aussprechen: Heer und Flotte sind auch Waffen des Angriffs, wenn die Sicherung unseres Daseins es verlangt.

Ein Glück ist es, daß unsere Offiziere von diesem Geiste erfüllt sind; möge er lebendig bleiben, bis auch die Leitung der Reichspolitik ihn in sich aufnimmt.

Volksgesundheit

Alle Reformen am politischen Körper des Deutschen Reiches werden sich nur lohnen, wenn das deutsche Volk seines Daseins wert ist. Eine rassig entartete, sittlich verwüstete und kulturell herabgekommene Bevölkerung des reichsdeutschen Bodens wäre wohl staats- und völkerrechtlich das „deutsche" Volk, solange der von ihr bewohnte Staat nicht zusammengebrochen wäre — das deutsche Volk wäre sie nicht, für das die bewußten Deutschen dieser Tage kämpfen und sich sorgen, nicht das deutsche Volk, dem unsere Großen entstammen, die Helden des Geistes und der Tat. Ein Mischmaschvolk als Nutznießer der Schöpfung Bismarcks ist ein unerträglicher Gedanke — lieber ein Ende mit Schrecken, aber in Ehren, als ein Fortbestehen, das den deutschen Namen entweiht.

Aber wir wollen leben. Wollen, daß unser Volk lebe. n das Wort von dem notwendigen Vergehen eines jeden olkes glauben wir nicht, seitdem wir die Ursachen des Unter- nges der toten Völker kennen.

An sich ist das Volk ewig, ewig kraft der Fort- flanzung, die es über die Einzelpersönlichkeit inaushebt.

Und es wird ewig bleiben, wenn es die Keime des Ver- lls, nachdem sie einmal erkannt sind, rücksichtslos tötet — ag die dazu nötige Handlung im einzelnen Falle hart und eblos erscheinen, sie trägt ihr Recht in sich und dient dem öchsten Lebensgrundsatz: der Ewigkeit des Volkes.

Auch das klingt härter als es ist, wenn die gesamte Füh- ung unseres Volkes dahin geht, Keime der Entartung gar icht wieder aufkommen zu lassen; freilich, darum kommen ir nicht herum, die jetzt vorhandenen auszumerzen und den Verfallerscheinungen auf den Leib zu rücken.

Die sog. „Humanität" im landläufigen Sinne mag wieder elten, wenn wir politisch, sittlich, gesundheitlich und kul- urell reformiert sind — bis dahin heißt es, aus Liebe hart ein, und danach wird sie ihre Grenzen immer finden müssen n dem Gesetze, daß der Gesundheit des Volkes jedes Opfer gebracht werden muß.

Noch hat die Reform nicht begonnen, aber doch heißt es chon alles vorbereiten, was dereinst der Sicherung ihrer Er- ebnisse dient und sie gleichzeitig vorbereitet.

Die erste Grundlage ist die körperliche Gesundheit er deutschen Rasse. Staat und Gesellschaft müssen wett- ifern, sie zu fördern, wobei man an die Bekämpfung des lkoholmißbrauchs mit Ernst herantreten muß; das Ver- tändnis für eine vernünftige Ernährung muß verbreitet wer- en; die Lust an der Bewegung im Freien ist zu wecken und n Bahnen zu lenken, die dem Zwecke dienen. Es muß mit Dank anerkannt werden, wie verdienstlich Vereine und Ein- elne auf diesem Gebiete schon gearbeitet haben, aber nötig

ist es, um Großes zu erreichen, daß nach einheitlichem Plan unter der Leitung des Staates vorgegangen werde.

Im Hinblick hierauf verdient der Vorschlag deutsche Nationalfestspiele, an denen die Auslese der körperlichen Tüchtigkeit unseres Volkes sich bewähren soll, jede Unterstützung.

Erziehung

Auf der Grundlage der körperlichen Gesundheit wird man der geistig-sittlichen des Volkes alle Sorge und Liebe widmen; hier teilen Kirche und Schule sich in die Arbeit.

Die Kirche wird die sittlichen Kräfte in der Richtung des Glaubens entwickeln und die Anschauungen der ihr Anvertrauten vom Instinktiven zum Bewußten vertiefen; dient sie bei dieser Arbeit an den Seelen ihrer Gläubigen dem Zwecke der ihr durch das Gesetz ihres Daseins gegeben ist, so wird sie nie vergessen, daß es deutsche Menschen sind an denen sie arbeitet.

Die Schule wird die Erziehung ganz bewußt so leiten daß sie dereinst Deutsche ins Leben entläßt, einerlei um welche Stufe es sich handelt.

Ich maße mir nicht an, für die Reform unseres Schulwesens Vorschläge zu machen, sondern beschränke mich darauf eines zu verlangen; der Unterricht in Deutsch und deutscher Geschichte muß für Knaben und Mädchen das Rückgrat der Schulerziehung werden, und er wird sich ohne Schwierigkeit in Volksschulen, Realschulen höheren Töchterschulen, Gymnasien dem Auffassungsvermögen der Schüler anpassen lassen.

Es werden Wunder erzählt, die den Rekrutenoffizieren in bezug auf die völlige Unkenntnis ihrer Zöglinge in den elementarsten Dingen unserer vaterländischen Geschichte der letzten Zeit vorgekommen sind. Das hört und liest der Philister, lächelt überlegen, und die Sache ist für ihn erledigt. Er weiß zufällig, wer Bismarck war, was bei Königgrätz vor-

ng und hat selbst von Blücher etwas gehört. Aber fragt ihn, as etwas weiter vom Wege des Tagtäglichen liegt, und ihr erdet staunen, was er alles nicht weiß.

Das Leben, der Lebende hat recht — ganz gewiß; wir ollen keine Schnüffler der deutschen Vorzeit, keine die Gegenart vergessenden Dilettanten der Vergangenheit, aber unsere eutschen sollen so viel lernen von der Geschichte ihres Volkes, ıß sie ein Urteil haben — ein Urteil, das dem Gange ihrer rziehung entspricht. Wir geben jedem das Wahlrecht, und lernt nichts von Wilhelm I., dem Unvergeßlichen, nichts on Roon dem Getreuen, nichts von Bismarcks Schöpfertat – nichts von Wilhelms Sorge für die Armen und Schwachen, ichts von Bismarcks „Recht auf Arbeit". Und er fällt in die and des ersten besten Sozialdemokraten, der ebenso wenig elernt hat von seines Volkes Großen und deshalb der Verihrung verfallen ist; und jener läßt sich erzählen, welch ein cheusal Bismarck war und wie schändlich die Fürsten das rme Volk drücken — und er glaubt das und wartet mit ehnsucht auf die nächste Wahl, damit er sein neues Wissen erwerten kann.

Es ist beschämend, sich das auszudenken — niederdrückend ber ist es, in sog. gebildeter Gesellschaft, bei Leuten mit akaemischer Bildung eine Unwissenheit über die Grundtatsachen er deutschen Geschichte zu finden, die unsere politische Haltosigkeit begreiflich macht.

Wer es erlebt hat, wie Geschichte, richtig vorgetragen, rgreift und wirkt, der wird mir recht geben, wenn ich empehle, sie neben der Pflege unserer unvergleichlichen Sprache um Mittelpunkt des Unterrichts zu machen. Ich habe es elbst beim Erteilen militärischer Instruktion vor einem Viertelahrhundert erlebt, daß eine ganze Kompagnie mit gespannter Aufmerksamkeit einer schlichten Erzählung folgte, und die Leute sagten, wenn es nur immer so wäre.

Das Gefühl der Liebe zum Vaterland, von dem ihr redet, oo soll es herkommen, wenn ich nichts wüßte, aber auch gar ichts von seiner Vergangenheit? Wer die Geschichte seines

Volkes nicht kennt, wird gleichgültig gegen sein Vaterland; n
er in Versuchung gerät, geht er ihm verloren.

Die politischen Zustände der letzten Zeit haben dazu g
führt, daß man an der Erziehung unserer Jugend irre wurd
indem man so unerfreuliche Ergebnisse sah, und tiefblickeni
Männer verlangten die Einführung sog. „staatsbürge
licher" Erziehung. Über Erwarten schnell kam diese Fo
derung in Mode, und heute spricht man links und rechts un
in der Mitte davon, ja selbst die Sozialdemokraten sind dafü
zu haben — alle aber denken sich, der staatsbürgerliche Unte
richt wird so ausfallen, daß er den Bestrebungen ihre
Partei dient.

Staatsbürgerlicher Unterricht

Es muß ausgesprochen werden, daß der staatsbürger
lichen Erziehung, wenn man sie sich auch nur al
unpolitische Einführung — dies Wort im Sinne von Partei
politik verstanden — in die politischen Zustände des Deutsche
Reiches — diesmal Politik im weitesten Sinne gemeint –
behandeln will, nichts mehr und nichts weniger fehlt
als die Lehrer jeder Stufe, die das fertig brächten

Wer einigermaßen im politischen Leben gestanden hat
der weiß, welch' einen Schatz wir an dem national-bewußte
Teile unserer Oberlehrer, Volksschullehrer und ihren weib
lichen Berufsgenossinnen besitzen, und er erkennt dankbar da
Verdienst dieser treuesten Helfer an; aber er weiß auch, wi
viele weltbürgerlich-anationale und radikal-verbissene Lehre
jeder Art wir haben, und er denkt mit Schrecken daran, wi
der staatsbürgerliche Unterricht solcher Bildner der Jugend
ausfallen würde.

Hier ein Beispiel aus den letzten Wochen; ein Volks-
schullehrer veröffentlicht einen Aufsatz über die „Lehrerschaf
und Marokko" und wagt zu schreiben:

„Wir Lehrer des Volkes haben zu tun, was in unseren

räften steht, um die Unterschiede der Nationalitäten auszu-
erzen. Wir haben daher auch jeden Patriotismus
u bekämpfen, mag er eine Form annehmen, welche
e will. Bewußte Erziehung zum Patriotismus bedeutet
mmer eine Unterminierung von Gesittung und
ultur im Volke, (!!!) ist somit direkt unmoralisch.
ede patriotische Regung ist nämlich im tiefsten
erne unmoralisch. Laßt uns den Kindern den Patrio-
smus zeigen, als das, was er in Wirklichkeit ist: Eine
nmoralische, engherzige und antireligiöse Regung. Unsere
ufgabe muß es sein, unermüdlich in dem Volke die Illusion
er die Notwendigkeit und die Heiligkeit des Krieges zu zer-
ören, den Patriotismus zu bekämpfen und die Friedens-
wegung zu propagieren!"

Das ist ein einzelner, gewiß, und ein so prächtiger Ge-
lle, der nicht viele seinesgleichen haben wird. Gewiß,
weit werden nicht viele gehen, aber wer eine Ahnung hat
on der Radikalisierung des Volksschullehrerstandes, der gibt
u: trotz der Verdienste des national-festen Teiles darf man
icht wagen, auch nur eine Art politischen Unterrichts in
er Volksschule oder in der Fortbildungsschule erteilen zu
ssen. Nicht wesentlich besser liegt die Sache bei den Ober-
hrern. So lange wir nicht eine Lehrerschaft von einheitlicher,
lbstsicherer National- und Staatsgesinnung haben, die gar
ichts zu tun hat mit der Anerkennung der Weisheit der
weiligen Regierung des Tages, so lange darf man von
er staatsbürgerlichen Erziehung gar nichts er-
arten und wird sie besser unterlassen.

Dagegen rede die Geschichte mit ihren Tatsachen! Sie
nd nicht totzuschlagen durch hämische Erläuterungen eines
erbissenen Lehrers, und das geschriebene Wort des Lehr-
uchs wird in der Erinnerung länger haften, als das miß-
ünstige Urteil des einen oder anderen Lehrers.

Diese Bedenken gegen den staatsbürgerlichen Unterricht
achen klar, daß wir noch um die Grundlagen unserer
ildung zu kämpfen haben, und es wird meines Er-

achtens die allererste Aufgabe der zu schaffenden national Schule sein: *einen nationalen Lehrerstand zu bilde* Erzieher dieses Lehrerstandes müssen die bewährtesten, best Lehrer sein, über die das Land verfügt. Charaktere, d Wichtigeres zu geben haben, als Wissen, nämlich Anteil a der eigenen Festigkeit, an dem, was Achtung erzwingt u das fruchtbarste Element der Erziehung ist.

Sich der Erziehung der Erzieher widmen, d ist eine Aufgabe, des Schweißes der Edelsten wer

Universität und Bildung

Von der *Hochschule* ist zu sagen, daß der heutige Betri der Spezialisierung auf allen Wissensgebieten es dah gebracht hat, daß wirklich gebildete Menschen fast so selte sind, wie politisch Unterrichtete. Der Unterricht, wie er je gehandhabt wird im Hinblick auf die Examenszwecke der St dierenden, hat mit der „universitas literarum" gar nich mehr zu tun; jeder ist froh, wenn er von seinem Fach od Teilfach so viel in sich einpaukt, daß es zum Examen reic — rechts oder links vom Wege dieses Fachwissens zu suche dazu hat man keine Zeit, und das Ergebnis ist ein Rückgan der allgemeinen Bildung, der erschreckend ist.

Als Heinrich von Treitschke nach Berlin kam, klag er mit zürnenden Worten über die praktisch gewordene Jugend die sich im Hinblick auf das Brotstudium die Zeit nicht gönn *sich auszuleben*, womit er natürlich nicht das leiblich sinnliche Genießen meinte, sondern die geistige Entwicklun das Reifen, das bewußt gepflegte Wachsen der eigenen Per sönlichkeit; er schalt auf die kaltherzige Beschränktheit, wo mit die meisten gerade nur das lernen, was sie unbedingt nöti haben — von den Schätzen der „universitas" haben sie au der Universität keinen Gewinn, und es bleibt bei den Ansätze der Bildung, die sie auf dem Gymnasium in sich aufgenomme haben. Seit Treitschkes Mahnung sind vierzig Jahre in

and gegangen, und es ist schlimmer geworden, unvergleich-
ch viel schlimmer, da der materialistische Zug der Zeit seit-
em erst so recht seine Wirkung äußern konnte. Man muß
ur ein Examen mitmachen, und es erleben, wie die meisten
ragen aus dem Gebiete der sog. allgemeinen Bildung aus-
allen, oder man muß einen Professor der alten Schule, der
lbst auf der geistigen Höhe steht, die allgemeine Bildung
erleiht, über seine Erfahrungen erzählen hören, und es wird
inem klar, daß die Enge des geistigen Gesichtskreises diese
Menschen klein machen muß. Wer in seiner Jugend ein
necht der Zweckmäßigkeit ist, wann soll dem der Schwung
ommen, wann die innere Wärme?

Diesem Verlust an seelischer Kraft, wie er aus der Enge
es geistigen Gesichtskreises entsteht, muß entgegengearbeitet
erden, und zwar durch Zwang, weil nicht erwartet werden
ann, daß unsere Jugend sich wieder freiwillig zu den Quellen
er Begeisterung zurückfindet, ohne die alles Leben schal und
eer ist. *Deshalb sollte jedem Fachexamen eine Prü-
ung auf allgemeine Bildung vorhergehen*; deutsche
Geschichte müßte obligatorisch sein; Volkswirtschaft, Lite-
atur- oder Kunstgeschichte oder Geschichte der fremden Völker
ürfte der Prüfling wählen. Natürlich wird es sich nicht
arum handeln, Jahreszahlen oder ähnliches totes Wissen
herauszuquetschen — die Art der Prüfung muß der Absicht
ntsprechen: mit dem Blick aufs Ganze zu ermitteln, ob der
u Prüfende fähig ist, die großen Zusammenhänge des natio-
alen Werdens zu erfassen. Wer hier versagt, ist unbrauchbar
nd wird nicht eher zum Fachexamen zugelassen, als bis er
ie allgemeine Vorprüfung bestanden hat; denn es kann
einer ein guter Richter sein, der nur die paar Gesetze beherrscht,
einer z. B. ein guter Lehrer der Mathematik, der sonst nichts
weiß; der Arzt, der Geistliche sind im höheren Sinne wertlos,
wenn sie nicht über ihrem Berufe stehen.

*Unsere akademisch Gebildeten sollten die
geistigen Führer des Volkes sein, sollten das
Rückgrat des politischen Lebens abgeben* — jeder

weiß, wie weit wir davon entfernt sind. Aber, wird eing
wendet, die armen Studenten sind ja heute schon überlast
und werden kaum fertig mit dem, was sie für ihr Brotstudiu
unbedingt wissen müssen; nun soll ihnen noch weiterer Sto
aufgeladen werden? Das ist nicht zu machen. Gewiß,
nicht, wie heute; deshalb gibt man ihnen Gelegenheit, si
— mit Treitschke zu reden — auszuleben, indem man jede
Studium ein Jahr zuschlägt, das Vorexamen aber doch er
kurz vor der Fachprüfung ablegen läßt.

Die Verlängerung des Studiums wird, in dieser Wei
ausgenützt, nicht nur unsere Akademiker geistig heben, s
wird auch erschweren, daß ein geistiges Proletariat entste
— eine Nebenwirkung von allergrößter Bedeutung.

Bureaukratie

Die akademisch Gebildeten, denen die öffentlichen Angeleger
heiten in Rechtssprechung und Verwaltung übertrage
sind, pflegt man die Bureaukratie zu nennen, und es i
hier Gelegenheit, sich mit ihr zu beschäftigen. Man wird sic
freuen feststellen zu können, daß unsere Beamtenschaft nac
Ehrenhaftigkeit und Unantastbarkeit den alten guten Ruf be
wahrt hat; wir kennen die Korruption der Ämter nicht, wi
sie anderswo üblich ist, und wo sich schlechte Anfänge zeigen
sind es doch wirklich Ausnahmefälle.

Aber diese Bureaukratie, deren innere Anständigkeit un
bezweifelt ist, hat trotzdem Schaden gelitten; sie ist verknöcher
und unbeweglich geworden, sie ist geistig stehen geblieben un
kann den Aufgaben der Zeit nicht mehr gerecht werden —
kein Wunder, wenn man die Einseitigkeit des Bildungsganges
unserer Beamten betrachtet. Mangel an allgemeiner Bildung
und das Fehlen des nationalen Temperamentes sind di
Ursachen; erstere würde die Fähigkeit verleihen, die amtliche
Dinge von höherer Warte, als der des Tagesdienstes zu be
trachten, letzteres würde die Liebe verleihen, ohne die kein rechtes

Birken gedeihen wird — die Liebe nicht so sehr zum Berufe, ls zu dem Dienste, der dann nicht mehr verrichtet würde, eil man schließlich dazu angestellt ist, sondern weil er der Sache des Volkes, der Allgemeinheit gilt.

Jeder weiß, welch ausgezeichnete Männer wir in Ver- altung und Rechtspflege besitzen, geborene „Magistrate" — ber fragt diese Spitzen selbst, und sie werden euch Bescheid eben, was sie von dem Durchschnitt ihrer Kollegen halten; ancher Präsident stöhnt über die Leute, die man ihm als Mitarbeiter bei Gericht oder Regierung zugesellt. Kein Zwei- l, die allein fachliche Vorbildung reicht nicht aus, um so eniger als die Grundlage von der Schule her ungenügend ar; aber auch die Auslese geschieht nicht in richtiger Weise. unächst ist der Staat nicht vorsichtig genug in der Annahme erer, die seine Autorität vertreten sollen; grundsätzlich dürften ur Leute dazu genommen werden, in deren Familien eine ewisse Tradition herrscht. Die Ergänzung und Erneuerung on unten her soll nicht abgeschnitten werden, aber mit großer orsicht geschehen, indem man nicht nur auf die Begabung eht, sondern den Charakter entscheiden läßt; die heute allzu t geübte Rücksicht auf den Besitz muß ganz wegfallen. Der equeme, korrekte Beamte hat heute wesentlich bessere Aus- chten als der selbständige Mann, der nach oben seine Per- nlichkeit wahrt.

Nach unten, d. h. eigentlich nach neben, verfällt man llzu oft unerträglicher Überhebung, die dem Publikum den erkehr mit Beamten zu einer Last macht; man vergißt, ıß der Beamte nicht Herr, sondern Diener ist. Gewiß, er t Beauftragter seines Herrschers — aber auch der ist ja an- blich der erste Diener seines Staates. Diener ist der Beamte, icht in wegwerfendem Sinne, sondern so, daß er die An- legenheiten der Allgemeinheit übernommen hat und ihnen it seiner Person zur Verfügung steht.

In der Bureaukratie lebt der Geist, der oben herrscht. rbeitet daran, daß dort das nationale Temperament wieder wacht, so sollt ihr sehen, wie neues Leben sich in dem alten

Körper regt; sorgt dafür, daß der Beamte eine Vorbildung e
hält, die ihm den Blick aufs Ganze lenkt, urteilt bei Anstellu
und Beförderung nicht allein nach dem Fachwissen, gar nic
nach dem Gelde, sondern nach dem Charakter, und wir b
kommen wieder eine Bureaukratie, in der die besten Kräfte d
Volkes sich zusammenfinden.

Die Subalternen hängen in der Auffassung vo
Dienste und seinen Aufgaben, in ihrem Verhältnis zum Publ
kum von dem ab, was sie an ihren Vorgesetzten sehen, das
eine alte Tatsache; heben wir das geistige Niveau der Vo
gesetzten, so heben wir gleichzeitig die Subalternen.

Eines sei hier noch ausgesprochen: macht ein Ende m
der Schaffung immer neuer Stellen, wir ertrinken i
Meere der höheren und subalternen Bureau
kratie. Die Vielregiererei und die neuen Stellen sind e
circulus vitiosus.

Kunstpolitik

Ein gesundes Volk braucht die Kunst wie das täg
liche Brot — sie ist kein Luxus der Reichen, sonde
das stete Bedürfnis eines Jeden, dessen Befriedigung ei
Funktion des Geistes ist, wie mannigfache andere; was heu
dem Volke aller Stände als Kunst geboten wird, ist zu
großen Teile Entartung, von der dekadenten Tragödie bis z
Sensation des Kinematographen, und geeignet, die Entartu
zu fördern.

Wir brauchen eine Kunstpolitik, die bei aller Ac
tung vor der künstlerischen Schöpfung als dem Ausdruck g
steigerter Persönlichkeit die Allgemeinheit ins Auge faßt u
wohl unterscheidet, was dieser zuträglich ist, und was zwar a
Gegenstand des Kunstgenusses eines engeren Kreises in B
tracht kommen mag, der Allgemeinheit aber nicht überlasse
werden soll.

Von besonderer Bedeutung wird diese Unterscheidung b
dem, was unserm Volke auf der Bühne und durch den Dru

boten wird; man erinnert sich noch ganz dunkel der Zeiten, man das Theater einmal als moralische Anstalt betrachten nnte, und die Leistungen auf dem Gebiete der sog. Unter- ltungsliteratur lassen oft den Wunsch aufkommen, die Buch- uckerkunst wäre niemals erfunden worden; auch was gewisse itzblätter bieten, reizt zu ähnlichen Gedanken.

Ich meine, man wird den Mut haben müssen, dem Ge- rei über die Unterdrückung der Kunst standzuhalten und ltblütig von der öffentlichen Verbreitung in jeder orm alles auszuschließen, was sich der Maske er Kunst bedient, um auf alle dekadenten Nei- ungen spekulierend, Aufsehen zu erregen und eld zu „machen".

Die Kunst ist zu heilig, um dazu mißbraucht, unser Volk gut, um solcher Verführung ausgesetzt zu werden. Man rd der Zensur wieder die Aufgabe übertragen, das geistige ben unseres Volkes nach allen den Richtungen zu über- chen, wo das sittliche Gefühl verletzt werden kann; auch litisch zersetzende Erscheinungen dürfen nicht zugelassen rden. Das Amt der Zensoren wird, um die Kunst vor jeder inlichen Polizeischikane sicher zu stellen, den besten und erkanntesten Meistern auf allen Gebieten übertragen werden, das Doppelamt haben, die Kunst zu verteidigen gegen jeden rechten Eingriff des Staates und gleichzeitig die Allgemein- it zu schützen vor den Einwirkungen der Afterkunst.

Wie schwerfällig die Bureaukratie ist, kann man daraus nehmen, wie lange sie dem unverantwortlichen Treiben der brikanten von Schundliteratur und der Kinematographen enlos zugesehen hat; man deckt den Brunnen zu, wenn s Kind hineingefallen ist — aber diese Brunnen der Volks- rgiftung fordern täglich neue Opfer, statt daß man die ganze hundliteratur ohne Gnade und Barmherzigkeit unterdrückt d den Kinematographen für die Volkserziehung und die bung des Geschmackes nutzbar macht.

Das Theater

Was nun das Theater noch besonders betrifft, so m
man, daß es dem Einfluß des Judentums verfallen
und zum Geschäftsunternehmen herabgedrückt wurde: Vert
von Darbietungen, aufgeführt von Menschen, manchmal
künstlerischem Werte, durchweg aber der oberflächlichsten Z
streuung dienend.

Dieser Geschäftsbetrieb hat einen Tiefstand des Thea
und des Geschmackes des Publikums herbeigeführt, die in
trübender Wechselwirkung stehen, und es fragt sich, ob m
dem Triumphe der Plattheit weiter zuschauen soll. Es kön
sonst dahin kommen, daß man z. B. gegen die Volksvergift
durch den Alkohol erfolgreich ankämpft, die Vergiftung
Seelen aber zuläßt, die durch die Form und den Inhalt
Verabreichten besonders wirkungsvoll sein muß.

Man wird reiflich zu überlegen haben, ob das Thea
nicht dem „freien Spiel der Kräfte" entzogen werden s
als seine Träger kämen an erster Stelle die Stadtgemein
in Betracht, die auch dem ungesunden Wettbewerb und
Überproduktion auf diesem Gebiet ganz von selbst steu
würden.

Man soll nun nicht meinen, daß die Absicht dabei
wäre, das Publikum zum ausschließlichen Dienste der „ernst
Muse" zu zwingen, es soll auch Heiteres und Anspruchlo
geboten werden, aber ausgeschlossen bleibe alles Gemei
das besonders in der Form des Halbgemeinen schädlich

Die Wohnungsfrage

Die Grundlage des Zusammenlebens in der großen Gemei
schaft des Volkes und seines Staates bildet das Zusa
menleben im kleinen Kreise der Familie, des Hauses, d
noch kann man zum Glücke sagen, daß sie im wesentlich
unerschüttert ist; gefährdet erscheint sie dort, wo die Üb
kultur entartend gewirkt hat, und dort, wo die Massen

gem Raume zusammengedrängt wohnen müssen. Die erstere fahr lassen wir ganz außer Betracht, da sie nur wenige trifft und ihre natürliche Beseitigung dadurch findet, daß von ihr Betroffenen nach dem Gesetz der Degeneration sgemerzt werden. Um so ernster muß man die zweite hmen, die über dem Leben der zahllosen Familien liegt, die den großen Städten zusammengeströmt sind. Die Tatsache steht, ob man sie bedauert oder nicht, und ihre Ursachen d bekannt und wirken weiter. Es gilt sich damit abzufinden d dem Schaden zu wehren, der daraus entstehen muß; bei wird man sich auf den Boden der Erkenntnis stellen, ß häusliches Behagen der sicherste Schutzwall der Familie , das wiederum abhängt von den Räumen, in denen sie ihr ben führt.

So kommt man ohne weiteres der großen Bedeung der Wohnungsfrage für die Massen und ihr rperliches und sittliches Wohl auf den Grund und rd bereit sein, alles zu tun, was diese Frage glücklich löst.

Den Bodenreformern gebührt das Verdienst, den eg hierzu gewiesen zu haben, und schon ist in einzelnen illen der Beweis geliefert worden, daß durch zielbewußtes orgehen von Gemeinde und Gesellschaft wirklich Nützliches leistet werden kann. Aber es handelt sich doch erst um ersuche, und was sie Gutes bewirkt haben, verschwindet gegener dem ungeheuren Bedürfnis der Massen.

Es ist an der Zeit, von dem tastenden Versuchen zur nfassenden Behandlung der Bodenreform überzugehen; ist für die großen Städte am dringlichsten im Hinblick auf e dort herrschende Wohnungsnot, so ist sie nicht minder deutungsvoll für das flache Land, um dem ländlichen Ariter Annehmlichkeiten zu verschaffen, die ihn festhalten und e Neigung gar nicht aufkommen lassen, in die Stadt zu ehen. Es ist erfreulich, daß gerade in der letzten Zeit die ädtische Wohnungsfrage mit großem Eifer behandelt wird; e ländliche wird überall da, wo die innere Kolonisation irksam wird, glücklich gelöst werden können.

Der Volksfreund wird alle Bestrebungen unterstütz
die in Stadt und Land den Abhängigen gesunde Wohnun
schaffen wollen, und er wird darauf hinwirken, daß unter
Führung und Mitwirkung von Staat und Gemeinde d
Werk im größten Maßstabe unternommen werde, wie es d
Bedürfnis entspricht.

Die Frauenfrage

Auf dem Boden der Familie ist die Frauenfrage entst
den, deren Bedeutung heute von niemand verkannt w
den wird. Bei der Erörterung des Wahlrechts ist bereits au
geführt worden, daß die politischen Bestrebungen d
Frauen nicht als berechtigt und nützlich ang
sehen werden können. Die Teilnahme der Frauen a
Kampfe der Parteien, ist von vornherein etwas, gegen d
jedes gesunde Gefühl sich sträubt; diejenigen Frauen, die ih
Gleichberechtigung mit den Männern durch politische Täti
keit glauben beweisen zu müssen, mögen sich einmal bei män
lichen Bekannten erkundigen, warum und in welchem U
fange unser öffentliches Leben so verwildert ist. Es hält schw
Männer von Ehre zu finden, die sich z. B. den Unflätigkeit
eines Wahlkampfes aussetzen, und es ist eine bekannte Ta
sache, daß in immer wachsendem Maße Besitz und Bildu
sich von dem Kampfplatz zurückziehen, auf dem sie entrecht
sind. Und nun sollten wirklich unsere Frauen von allen gut
Geistern so verlassen sein, daß sie sich in diesen Wirrw
hineinstürzen wollen!

Sie sollen überzeugt sein, daß gerade die Männer, d
am deutschesten denken und fühlen, denen die Frau am he
ligsten ist, gegen dieses Verlangen aufs äußerste ankämpf
werden. Das ist keine Frage des Rechtes zwische
Mann und Frau, wie überhaupt die Bezeichnun
„Frauenrecht" durchaus schief ist; es ist eine Frag
der Arbeitsteilung.

Wer vom „Frauenrechte" spricht und es den Frauen
robern will, der steht, ob er es weiß oder nicht, unter der
Einwirkung der unheilvollen Rousseauschen Lehre von der
Gleichheit aller Menschen, ohne daran zu denken, daß dieser
urchtbar falsche Satz in diesem besonderen Falle schon durch
ie Verschiedenheit der Geschlechter, ihrer Anlagen, ihrer
eistungsfähigkeit und Urbestimmung widerlegt ist.

Die Natur selbst hat jedem Geschlechte seine Aufgabe
estimmt und eine Arbeitsteilung vorgesehen, an der in den
auptsächlichsten Funktionen auch die weitestgehende Eman-
ipation nichts würde ändern können.

Was zur Versagung des Wahlrechts an die Frauen zu
emerken ist, habe ich oben kurz dargelegt, und es erscheint
ir so durchschlagend, daß keine deutschbewußte Frau dem
Trugbilde solches politischen Rechtes weiter nachjagen wird.
Versteht man die Teilnahme an der Politik so, daß die Frauen
issen wollen, was vorgeht in unserm Volke, daß sie teil-
ehmen wollen an den Sorgen ihrer Männer und Söhne
nd sich mit ihnen freuen; daß sie in die Lage versetzt werden,
ich ein Urteil zu bilden — kurz, denkt man an ein Unter-
ichtetsein über den Zustand des Vaterlandes, so wird man
ntworten, das haben längst alle Frauen, die es haben wollten,
nd dafür brauchen sie nicht zu kämpfen.

Wenn schließlich patriotische Frauen meinen, man solle
erade aus Gründen der Staatserhaltung ihr Geschlecht so
nit politischem Wissen ausstatten, daß sie die Kinder zu guten
Deutschen erziehen könnten, so sei gewarnt vor dem Versuch,
n der Kinderstube bereits mit der staatsbürgerlichen Erziehung
nzufangen. Die Stärke der Frau ist der Instinkt — die
eutsche Frau wird, wenn sie ihres Volkstums bewußt ist
nd stolz auf seine Geschichte, seine Größe, seine Taten, aus
hrem Instinkt den Kindern nach Stimmung und Gefühl ihr
Vaterland so wert machen, daß sie zum Denken erwacht, nicht
nders können, als es lieben.

Diese Gefühlsgrundlage zu schaffen, ist eine
delste Aufgabe — wollt ihr dies politische Arbeit nennen,

weil sie später politische Folgen hat, so sei euch die Freude a
Worte gelassen.

Gegen die politischen Ansprüche der Frauen also müss
wir uns wehren, wobei es sie trösten mag, daß wir der Meh
heit der Männer die gleichen Ansprüche bestreiten; politis
darf es eine Frauenfrage nicht geben.

Daß es eine soziale Frauenfrage gibt, steht fes
und daß sie als ein wichtiger Teil der großen sozialen Fra
besondere Sorge erheischt, desgleichen; ihre Ursachen, ihr
Geschichte zu schildern, ist nicht die Aufgabe dieser Schrif
wohl aber sei ausgesprochen, daß es eine ernste Pflich
der deutschbewußten Männer ist, die Lösung der sozialer
Frauenfrage zusammen mit den Frauen zu suchen un
zu erstreben.

Es sei nicht verschwiegen, daß alles, was bisher nicht seh
weit links stand, die ganze Frauenbewegung mit Argwohn
verfolgte, weil unbestreitbar in ihr selbst die Jüdinnen ein
führende Rolle spielten, weil die ganze sozialdemokratische un
radikale Presse sie publizistisch vertrat, und weil infolge dieses
Einflusses vieles geschah, was auch der Freund der sozialer
Frauenbestrebungen nicht billigen konnte. Das Erfreuliche un
— gestehen wir offen — Unerwartete scheint geschehen zu sein
daß die Frauenbewegung einen Ruck nach Rechts gemacht hat
wenn diese Wendung anhält, werden die auf dem Boden von
Volk und Staat stehenden Männer bereitwillig den Führe-
rinnen der Frauen mit Rat und Tat helfen, die sozialen Nöte
und Sorgen ihres Geschlechtes zu bekämpfen.

Das sei gerne ausgesprochen: was auf diesem Gebiete
von den Frauen geleistet worden ist, sowohl zur Feststellung
der Tatbestände, zur Aufklärung und auch schon zur Beseiti-
gung von Übeln, verdient alle Anerkennung.

Ganz gewiß ist es ein Stück nationale Arbeit, dem
Teile der deutschen Frauen, die nicht zur Ehe schreiten, ein
ihrer würdiges Dasein zu bereiten — eins aber werde ver-
mieden, daß das weibliche Geschlecht den Männern in Berufen
Wettbewerb bereitet, die ihm fern liegen; solche Konkurrenz

uß die wirtschaftliche Lage der Männer verschlechtern und ürde die Zahl der unversorgten Frauen weiter vergrößern.

rauenpflichten

Auf diesen Blättern war mehr als einmal die Rede von der Notwendigkeit, die Volkswohlfahrt zu fördern, und war gesagt, daß Staat und Gesellschaft sich darein teilen üßten. Hier wird die aufklärende, heilende, verhindernde rbeit der deutschen Frau ein dankbares Feld finden; Ehre nen, die sich als Helferinnen in dieser Liebesarbeit schon währt haben — willkommen, die dazu bereit sind; handelt sich dabei auch nicht um die Frauenfrage im engeren Sinne, doch gewiß in dem, daß jede Besserung eines Hausstandes e Lage der Frauen bessert, die in ihm leben.

Eines aber sei den Frauen noch ans Herz gelegt, was ar mit den Frauenrechten nichts zu tun hat, um so ehr aber mit den Frauenpflichten, das ist, ihr Haus ilig und rein zu halten von allen Einflüssen der Zersetzung, d zwischen sich und allem Unreinen eine schärfste Grenze ziehen; kein Buch, keine Zeitung komme ins Haus, die nsteckung bringen können, kein Gast werde geduldet, der cht unantastbar ist, keine Gesellschaft werde anerkannt, wo cht der Geist der sittlichen Reinlichkeit herrscht.

Das stolze englische Wort „my house is my castle" lt vom Rechte; wenn wir heute sagen, „mein Haus ist eine Burg", so gelte es von der Reinheit und Gesundheit s Lebens, und ihre Herrin sei die Hausfrau.

Sie wird es verstehen, dem Hause, wenn es reich ist, die chäden des Reichtums fernzuhalten, wie sie sich in Luxus nd Überkultur zeigen; sie wird auch die Schranke zwischen ch und den Unwürdigen ihres Geschlechtes ziehen, und die errschaft von Moden brechen, die diese Grenze verwischen; e wahre Vornehmheit zeigt sich wieder in der Schlichtheit.

Die Frau wird es auch sein, die das entartete Leben der

Gesellschaft wieder gesund macht, indem sie es aus dem heutig falschen Scheine wieder der Wahrheit gewinnt.

Das Beispiel der Reichen und Wohlhabenden wird a die Minderbegüterten und Armen wirken, und man wi lernen, die Aufmachung zu verachten, die mehr aus si machen will, als man ist — nicht an menschlichem Werte, so dern an äußerlicher Geltung. Das Leben aller Stände gewän so wieder an innerer Wahrheit, deren Weg unsere Frau bahnen müssen.

Umdenken

Was auf den vorstehenden Blättern von Maßnahmen em fohlen worden ist, die in ihrer Gesamtheit ein durchgreifende Reichsreform darstellen würden weicht in vielem so sehr von dem ab, was der deutsche Bürg an Meinungen in sich aufgenommen hat, daß an ihre Durch führung im normalen Wege erst gedacht werden könnte, wen ein Umlernen, Umdenken vom Grunde auf stattgefunden ha Nun habe ich bei Erörterung der von mir für geboten g haltenen Verfassungsänderungen keinen Zweifel darüber g lassen, daß ich es für ausgeschlossen halte, sie im normale Wege durchzusetzen; ich habe davon gesprochen, wie vielleich im Zusammenhang mit gewaltigen Ereignissen der äußere Politik die Gelegenheit zur Reform sich ergebe, bin aber auch weil ich keine andere Rettung sehe, als die Einführung diese Reformen, nicht davor zurückgeschreckt, den Staatsstreich z empfehlen.

Mag es jetzt kommen, wie es will: das Umdenken i unter allen Umständen notwendig, auch wenn di Reform nicht in Übereinstimmung von Volk, Volksvertretung Bundesrat und Krone zustande kommt; denn allein solches Umdenken wird die Gewähr dafür bieten, daß unse gesamtes nationales, staatliches und gesellschaft liches Leben sich im Sinne der Reform entwickelt

Also Umlernen müssen wir, und es wird sich zeigen, daß ir damit in vielem zurückkehren zu den Auffassungen, die eutschem Wesen entsprechen und die wir preisgegeben haben, eil wir uns auf fremde Wege verirrten.

ktive innere Politik

Umdenken heißt es in bezug auf die Grundlagen unserer gesamten inneren Politik.

Wir haben uns daran gewöhnt, die wirtschaftliche, soziale, ulturelle Entwicklung sich selbst zu überlassen und dem Staate ls Vertreter der Gesamtheit nur ein Recht des Einschreitens n den Fällen zu gewähren, wo bereits zutage getretene Schäen und Notstände es geheischt haben; damit war unserer gemten inneren Politik der Charakter der Abwehr, des Wiedertutmachens aufgedrückt, und sie verzichtete auf die Führung er Nation. Die Nachteile der defensiven Kriegführung kennt eute jeder und freut sich, daß der Geist des Angriffs in nserm Heere lebt, der dem Gegner das Gesetz vorschreibt und ich selbst die Freiheit des Entschlusses für alle Fälle wahrt.

So grundverschieden die Verhältnisse des Krieges und er inneren Politik sind, das haben sie gemein, daß, wer sich uf die Defensive beschränkt, in die Abhängigkeit des Gegners erät und die Freiheit seiner eigenen Handlungen aufgibt; azu kommt noch, daß es eine Torheit ist, Schäden erst einreten zu lassen und sie dann gut zu machen.

Agressive innere Politik heißt vorbeugen, verhindern, Kräfte sparen. Deshalb verlangen wir en Bruch mit dem Grundsatz des Gewährenlassens: der Staat ls Vertreter der Interessen der Gesamtheit muß dem Gegner uf den Leib rücken, bestehe er nun aus Menschen oder Zuständen; Feinde des Staates darf er nicht erst zur Macht ommen, Schäden nicht erst entstehen und wirken lassen.

Umdenken müssen wir in bezug auf den Grundsatz: Gleich Recht für alle, und ihn ersetzen durch die Losung die politischen Rechte sind nach der Leistung des einzelnen für die Allgemeinheit und nach seinem Verhalten zu ihr zu bemessen. Diese beiden erste Forderungen des Umdenkens verstoßen gegen geheiligte Grundsätze des Liberalismus — trotzdem wagt ein Altliberaler sie aufzustellen, der freilich die ketzerische Ansicht vertritt, daß sie eigentlich mit den Grundgedanken der liberalen Weltanschauung ebensowenig zu tun haben, wie etwa die Frage Schutzzoll oder Freihandel, Miliz oder stehendes Heer Kolonien oder nicht. Die liberale Weltanschauung bejaht den Staat und geht von ihm aus; sie will dem einzelnen gegenüber dem Staate und den Mächtigen im Staate zur Geltung verhelfen, in dem sie die Rechte der Persönlichkeit vertritt; da sie den Staat anerkennt, ist es klar, daß diese Rechte des einzelnen ihre Schranken haben, und ihre Grenzen ergeben sich aus der Rücksicht auf den allgemeinen Nutzen, im einzelnen Falle die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. So wird ein Liberaler, der sich nicht einfach der Herrschaft der Phrase unterwirft, mit vollster Überzeugung sagen dürfen, daß es Unsinn und Unrecht ist, allen gleiche politische Rechte zu gewähren, und daß es wiederum rein verstandesmäßiger Unsinn und der Allgemeinheit gegenüber Unrecht ist, die inneren Feinde gewähren zu lassen, weil sie Bürger desselben Staates sind.

Um sich das Unheil zu vergegenwärtigen, das diese pseudoliberale Auffassung angerichtet hat, betrachte man die Zustände in Posen, Westpreußen und Oberschlesien, was die Polen betrifft; Elsaß-Lothringen hinsichtlich der Reichsfeindschaft der Welschgesinnten; die überwältigende Machtstellung des Judentums und das Anwachsen der Sozialdemokratie, und man vergleiche damit, was sein könnte, wenn wir nicht die Narren und Sklaven der unheilvollen Gleichheitsidee gewesen wären: wir hätten beizeiten den Polen den Erwerb von Grund und

Boden untersagt und sie zur Auswanderung gezwungen; wir hätten das Reichsland diktatorisch als Militärgrenze regiert, jede Agitation gegen das Deutschtum verboten, jeden Zuwiderhandelnden rücksichtslos ausgewiesen — und das Land wäre längst befriedet und als wieder deutsch geworden im Besitze derselben Rechte, die es heute deutschfeindlich mißbraucht; wir hätten die Ostgrenze rechtzeitig geschlossen und dann vielleicht die inländischen Juden verdaut, aber wenn sie nicht mehr zu verdauen waren, hätten wir sie so gestellt, daß es ihnen anderswo besser gefallen hätte; endlich, wir hätten jeden, der sich selbst pathetisch als Feind des Staates, der Gesellschaft usw. aufspielt, als Feind behandelt und ausgewiesen.

Das sind nur vier Beispiele, denkt man sie durch, so wird man sich klar werden, wie anders es heute im Reiche aussähe, wenn man sich nicht selbst politisch Hände und Füße gebunden hätte; dehnt man aber diese Prüfung auf alle Nöte unseres heutigen Lebens aus, so ergibt sich, daß wir durchweg in fräflich-fahrlässiger Weise Gefahren und Feinde haben anwachsen und stark werden lassen, bis ihre Bekämpfung nur mit verzweifelter Anstrengung möglich ist.

Das ist die Todsünde des Liberalismus an unserem Volke, die gerade die Anhänger dieser Weltanschauung verpflichtet sind, so weit wieder gut zu machen, wie es noch möglich ist.

Ich sage des Liberalismus, nicht der liberalen Parteien; denn der Liberalismus greift mit seinen Einwirkungen viel weiter. So ist es bekannt, daß die von den bürgerlichen Radikalen und Sozialisten stets als reaktionär verschrieene preußische Bureaukratie in der Hauptsache liberal ist, und bei Lichte betrachtet hat die konservative Partei schon mehr liberale Einflüsse auf sich wirken lassen, als es der Allgemeinheit nützlich war. Die liberalgesinnte Bureaukratie teilt mit den liberalen Parteien die Schuld an den Folgen dieses „laisser faire, laisser aller", und die Konservativen müssen sich den Vorwurf machen, daß sie in einzelnen Fragen die Folgen nicht voraussahen, in andern aus taktischen oder Standesrücksichten

mittaten oder schwiegen, so daß sie für den bestehenden Zustan mitverantwortlich sind.

Die Umkehr, die wir jetzt vollziehen müssen, hat zu Voraussetzung das Umlernen, Umdenken, das wiederum an der Erkenntnis des Grundfehlers ruht, und der war: di allgemeine Anwendung falsch verstandener sog. liberale Grundsätze, die in Wahrheit gar nichts mit der liberale Weltanschauung zu tun haben, auf wichtigste Gebiete des Volkslebens, dessen Gestaltung man völlig der Willkür ein zelner Personen oder Personenkreise überließ.

Angesichts des Erfolges der Herrschaft dieser pseudo liberalen Staats- und Gesellschaftsauffassung ist eine radikale Umkehr nötig; wer Herr seines Denkvermögens ist und un abhängig in seinen Entschließungen dasteht, wird diese Um kehr vollziehen und seine öffentliche Tätigkeit danach einrichten Eine Reform der Gedanken und Erkenntnisse genügt nicht die Zeit fordert Taten.

Industrie und Landwirtschaft

Wer seinen Standpunkt in wichtigsten Fragen der Reichsreform richtig wählen will, muß sich über das Verhältnis der Industrie zur Landwirtschaft und sein eigenes zu beiden klar werden. Nachdem die Industrie zu einer der Trägerinnen unseres Wirtschaftslebens, und zwar zur derzeit stärkeren geworden ist, muß man daran festhalten, daß ein Ausgleich der Interessen beider in jedem Falle gesucht werde; daß es gar keinen Gegensatz der Interessen gäbe, ist natürlich nicht wahr, aber die gegenseitige Abhängigkeit von einander wird den Kampf verhüten.

Faßt man, dies hoffend, die Möglichkeit ins Auge, daß doch einmal ein Widerstreit entsteht — um ein Beispiel anzuführen, daß etwa mit Rücksicht auf eine Notlage der Landwirtschaft eine starke Erhöhung der Agrarzölle vorgeschlagen würde, die eine Steigerung der industriellen Arbeitslöhne herbeiführen müßte — so wird, wer den Blick auf die Zukunft

chtet, keinen Augenblick zweifeln, daß die Entscheidung ugunsten der Landwirtschaft fallen muß. Nicht dem Sinne natürlich, wie dies unsere Freihändler be- upten, daß die Industrie und mit ihr alle Konsumenten der grarischen „Raubgier" ausgeliefert werden sollen, sondern ur dann, wenn wirklich nach gründlichster unparteiischer rüfung feststeht, daß der Widerstreit der Interessen sich nicht sen läßt.

Kein Vernünftiger wird die Verdienste der Industrie nd ihre Notwendigkeit bestreiten, aber ebensowenig wird er n verbissenen Haß begreifen können, mit dem manche Sozial- olitiker, die das Ohr der Masse haben, die Landwirtschaft rfolgen.

Geht man der Bedeutung der Stände auf den Grund, so gibt sich die unbedingte Unentbehrlichkeit der Landwirtschaft us allen Gesichtspunkten des nationalen und staatlichen ebens, von denen nur erwähnt seien: Volksgesundheit, Wehr- aft, Nachwuchs und Unabhängigkeit vom Ausland in der Er- ährung. Dabei sind die politischen und sittlichen Werte och gar nicht in Rechnung gezogen.

Uns kann es gleichgültig sein, ob in andern Ländern ie Bewertung der Landwirtschaft eine andere ist, als bei ns; wir haben für uns zu sorgen und uns nach unsern Ver- ältnissen zu richten. Jedenfalls komme man uns nicht mit ngland, denn gerade das Beispiel dieses Landes beweist uns, ie gefährlich es auch für das gesundeste Volk ist, seine Land- irtschaft zu vernachlässigen; die Krankheiten, an denen Eng- nd leidet, gehen in der Hauptsache darauf zurück, daß es ltblütig die Landwirtschaft eingehen ließ und sich ganz der ndustrie auslieferte.

Uns ist die Industrie die Ernährerin der Massen, die uelle des Wohlstandes für eine zahlreiche Mittelschicht, die uelle des Reichtums für die Unternehmer.

Das alles ist von größter Bedeutung, aber es greift nicht n den Urgrund unseres Daseins — die Gewähr unseres ebens liegt auf dem Lande; deshalb hat dieses nicht

nur das ältere, sondern auch das bessere Recht, wenn der hö
unerwünschte Fall eines schweren Interessenstreites entstel
sollte.

Ich freue mich, die Erfahrung gemacht zu haben, d
größte und verdienteste Industriekapitäne, denen gewiß
Stand am nächsten steht, gleicher Auffassung sind und
für diesen schlimmsten Fall zugunsten der Landwirtschaft e
scheiden.

Geradezu unverantwortlich ist die Hetzarbeit derjenig
die unsere städtische Bevölkerung gegen die Landwirtsch
aufreizen — ist es Zufall, daß es fast durchweg Juden sin
Sind es aber Deutschgeborene, so seid gewiß, daß es von all
guten Instinkten verlassene Schwarmgeister sind.

Man wird annehmen können, daß die Ausfuhr deutsch
Industrieerzeugnisse durch die verschiedenen Entwicklungsmö
lichkeiten der heutigen Einfuhrländer nach und nach zurü
gehen wird, so daß unsere Industrie gezwungen ist, s
auf den inneren Markt zu beschränken; das wä
aus allen Gesichtspunkten ein Glück, würde u
vom Auslande unabhängig machen und die Solidarit
zwischen Industrie und Landwirtschaft fest verankern.

Möchten den Meistern der Reichsreform wirtschaftlic
Berater zur Seite stehen, die diese Entwicklung mit weite
Blick vorbereiten! Möchten die Führer der deutschen Industr
sie zum Segen ihres Standes und zum Wohle des ganze
Volkes fördern!

Amerikanisierung

Umdenken müssen wir auch in bezug auf die *Unantast*
barkeit des „freien Spiels der Kräfte“, das i
allzu vielen Fällen einfach die Maske für die rücksichtslosest
Ausbeutung augenblicklicher Vorteile des besser Gestellte
gegenüber dem minder Glücklichen liefern muß.

Die Einsicht muß Platz greifen, daß wir jetzt *Raubba*
an der körperlichen und geistigen Kraft unsere

olkes treiben, der, länger fortgesetzt, zu vorzeitiger Er-
öpfung führen muß.

Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, daß unserem Volke der
it gegeben wurde, bei den Amerikanern in die Schule zu
hen, damit es von ihnen wirtschaftlich lerne. Als ob wir
cht in Gestalt der Juden schon allzu erfolgreiche Lehrer im
nde hätten?

Wie ist es möglich, daß einer auf den Markt treten kann,
i uns die „Amerikanisierung" zu empfehlen! Die gefühl-
este Form der Geschäftsgebahrung, ohne Treu und Glauben,
ier sozialen Rücksicht bar — wirklich ein raubtierartiger
trieb, wie ihn nur ein kultur- und rassenloser Völkermisch-
isch erzeugen kann.

Man besaß so wenig Instinkt, uns dieses Muster zu
pfehlen, und die Juden hatten den Instinkt, sofort zu
rstehen, daß dadurch noch mehr Wasser auf ihre Mühlen
eitet würde.

Unsere stolze Industrie und der ehrbare Handel werden
ssen, daß sie diesem Rate nicht folgen dürfen, wenn er sich
cht schließlich gegen sie selbst wenden soll — wiederum
n der moralischen Rücksicht abgesehen, die sich nach einem
kannten Worte „von selbst versteht". Es ist schade, daß schon
ne den gottvergessenen Rat der Amerikanisierung der Wett-
werb Formen angenommen hat, die häufig die Gesetze des
istandes, oft das Recht verletzen. Es mehren sich im Aus-
nde die Stimmen, die deutsche Kaufleute und Fabrikanten
ößter Skrupellosigkeit beschuldigen und sie den Amerikanern
ichstellen; ist es ein Trost, daß die Sünder in den meisten
llen sog. „deutsche" Juden sind? Der geschädigte Fremde
terscheidet nicht und wirft seinen Haß auf den Deutschen,
d den Schaden zahlt schließlich der ehrenhafte deutsche
ettbewerb. Deshalb sei es ein Gebot der Standesehre,
chem jüdisch-amerikanischen Gebaren dadurch zu begegnen,
ß es rücksichtslos aufgedeckt wird, wo es zur Kenntnis
mmt; „Furcht muß den Wald hüten".

Rückkehr zum politischen Leben

Eine Umkehr müssen unsere Gebildeten und Besitzend vollziehen, die sich allmählich ganz vom politischen Le zurückgezogen haben, angeekelt von den rohen Formen, es angenommen hat, und damit komme ich zurück auf persönlichen Gegenleistungen, die von ihnen bei der Reic reform verlangt werden. Man kann verstehen, daß fe fühlige Menschen nichts zu tun haben wollen mit sog. Po tikern, die vor der Ehre des Gegners nicht Halt machen, w sie entweder selbst keine Ehre besitzen oder dies Gut nicht schätzen wissen; mit Agitatoren ohne Gewissen und Bildu deren Handwerkszeug die eiserne Stirn und der freche Mu ist. Aber trotzdem darf der Gebildete sich nicht zurückzieh aus dem Kampfe; er schädigt sich selbst und das Ganze, we er die Führung der Massen an die Kanaille fallen läßt.

Die Rückkehr ins öffentliche Leben ist Ma nespflicht. Wo man sich der Pflege des Geistigen zu wandt hat, bedenke man, daß dies, einseitig betrieben, nic anderes ist, als eine Form des Egoismus, die unbefried lassen muß. Man ehre die Kunst und pflege sie — aber m verfalle nicht in unmännliches Ästhetentum, das, dem Leben a gewandt, dem Schicksal des Vaterlandes gleichgültig zusch

Sport und Spiel

Auf einem Gebiete ist die Umkehr über alles Erwart schnell gefördert worden, auf dem der Körperpfle durch Sport und Spiel; man könnte fast über den Erfo erschrecken, der durch die Wirkung der Mode ein Maß erre hat, das im Sinne des Ganzen schädlich zu werden droht. M der oft leidenschaftlichen Einseitigkeit, die im Charakter d Deutschen liegt, machen viele Freunde des Sportes dess Ausübung zum Selbstzweck, und vergessen, daß er nur b rechtigt ist als Mittel, die Gesundheit zu erhalten. So ei seitig betrieben, entfremdet der Sport seine Anhänger all ernsten Dingen außerhalb seiner und des Brotberufs;

rlieren das Verständnis für das Geistige — mancher Uni-
rsitätsprofessor könnte erzählen, was ihn seine sportfreu-
gen Hörer erleben lassen — und geraten aus aller Be-
hung zu den Fragen der Zeit; als Staatsbürger vernach-
ssigen sie ihre Pflichten gegen das Ganze und werden
joisten ihres Steckenpferdes. Damit wird das Gegenteil von
m erreicht, was man wollte: die körperlich Gesunden dachte
an sich als die Helfer und Träger gesunder öffentlicher Zu-
nde, sie aber lassen die öffentlichen Pflichten im Stiche und
en allein ihrem Vergnügen. Wer den Sport fördern will,
rgesse deshalb nie die Warnung vor der Einseitigkeit, sonst
mmen wir aus dem Regen in die Traufe.

egen den Materialismus

Wer unserem Volke helfen will, muß trachten, es zu be-
freien aus dem Banne der materialistischen Welt-
schauung, die dem deutschen Volke nach seiner ganzen
lage durchaus fremd ist. Wohin ist der hochfliegende Idea-
mus gekommen, den wir an unsern Ahnen lieben und
hmen? Wohin der des Geschlechtes von 1848, das zwar
cht Glück noch Stern hatte, aber Gedanken und Schwung?
ohin der von 1870/71, der uns auf die Höhe des Erfolges
hrte? Wohin aber endlich der wunderbar-ernste-feurige Geist
r Arndt, Scharnhorst, Stein, Fichte, Gneisenau und Blücher,
r die edelste Erscheinung unserer ganzen Geschichte ist?

Wahrlich, die großen Tage des deutschen Volkes sind nicht
e Zeiten des Überflusses; stets hat uns Not und Sorge
chtig gesehen, nicht immer aber der Reichtum.

Der wagende Kaufmann königlichen Sinnes, wie ihn die
üte der Hansa am Werke sah, ist unser Stolz — der Krä-
er, der engen Sinnes nur an sich denkt und zusammenkratzt
d sammelt, ist uns verhaßt; der königliche Kaufmann baut
d schafft, der Krämer zerstört.

Es warne die sterbende Hansa, es warne uns das kläg-
he Beispiel der Niederlande!

Die Krankheit unserer Zeit ist die Her
schaft des Geldes, die ödeste, brutalste und entwürdigend
unter allen irgend möglichen. Laßt einen Gewaltmensch
sein Joch aufrichten, unter das die Schwächeren sich beug
sollen — es steckt Wert in ihm, denn er ist stark; es lie
Leistung hinter ihm, denn er wurde stark.

Sich dem Gelde beugen, den Wert bestimmen nach ih
ist knechtisch. Nicht als ob der Besitz mißachtet werden sollt
man ehre den redlich erworbenen, verachte den unehrlich
wonnenen, aber man denke daran, daß es viele dem nati
nalen Leben unentbehrliche Arbeit gibt, die nichts einträ

Der Wert des Menschen werde bestimmt nach Gesinnu
und Leistung, und ihr trefft das Rechte, einerlei ob der Man
den ihr beurteilen wollt, arm ist oder reich.

Deutscher Idealismus

Mitleidig zuckt der Sohn unserer Zeit die Achsel, wenn
von „idealen" Menschen spricht, jenen Unpraktische
die nicht an sich denken und nichts vor sich bringen. Wenn w
verlangen, daß heute das Panier des deutschen Idealismu
wieder aufgepflanzt werden soll in Deutschlands Gauen,
predigen wir nicht ein Schwelgen in Gefühlen, ein tatenlos
Dämmern, ein geistiges Genießen — unsere Größte
waren Idealisten, aber Männer des Gedanken
des heißen Herzens und der Tat! Armin, der gro
Karl, Martin Luther, der alte Fritz, Friedrich Schiller, al
die Helden der preußischen Wiedergeburt und Otto von Bi
marck, — alles, ihr Herren ohne Schwung und Liebe, all
Idealisten! Denn das Wollen von Großem, das außer ihne
lag, trieb sie, mag es beim einen der Trieb zur Freiheit, bei
andern der Wille zum Herrschen, beim Dritten das Gewisse
beim Vierten die Pflicht, bei andern ein anderes starkes G
fühl gewesen sein; und dem Gedanken folgte die Tat, nicht g
wollt sich selbst zum Nutzen, sondern den andern, dem Volk

Das Wesen des Idealismus, wie wir ihn verstehen, i

ß er sich von der Selbstsucht abkehrt, an andere denkt, für
dere wirken will — also dient, indem er schafft und handelt.

Die Abkehr von der Selbstsucht tut uns not, der Gedanke
i die Allgemeinheit, an das Volk, aus dem wir hervor-
gangen sind, in dem wir stehen, das uns überdauert.

Man klagt, daß unserer Zeit die Freude fehle — mit
echt — und daß die Begierde nach Abwechslung, nach Sen-
tion an ihre Stelle getreten sei, der Taumel, die Unruhe.
rüft euer eigenes Seelenleben, und ihr wißt, daß der auf die
gene Person beschränkte Genuß euch nicht erfreut; so ist
r Mangel an Freude eine Folge der Selbstsucht, und die
reude kehrt wieder ein, sobald ihr die Selbstsucht verbannt.

nnere Umkehr

Reichsreform ohne innere Umkehr nach Erken-
nen, Wollen und Empfinden wird unmöglich
in — mit ihr wird die gewaltige Arbeitsleistung
:r Erneuerung unseres gesamten nationalen
ebens sich durchsetzen lassen; das Ganze wird ge-
innen und jeder einzelne wird besser und innerlich reicher
erden.

Der tatenfrohe, nach außen wirken wollende Idealismus,
n wir den deutschen nennen, wird uns die Liebe zum Vater-
nde wieder schenken, die wir kaum mehr kennen; denn was
is jetzt davon zum Festgebrauch und höfischen Zwecken an
n paar Tagen des Jahres vorgezeigt wird, hat mit dem
elsten, weil selbstlosesten aller Gefühle wenig zu tun; die
hte Vaterlandsliebe erfüllt und erhebt ein Leben in jeder
tunde, sie gibt ihm Wärme und begründet das wunderbare
efühl des Zusammenhanges mit den Millionen gleichen
lutes, mit der Ewigkeit.

Oft war in diesen Blättern die Rede vom Staate — dies
Wort klingt fremd und sagt dem Herzen nichts; wie anders
irkt auf uns das Wort vom Volke. Aber man störe sich
ran nicht: wie der Deutsche den Staat versteht, ist er kein

blutleerer Begriff, sondern ein lebendiges Wesen, das orga
sierte Volk, also mit ihm identisch, wenn seine Form
dem Wesen des Volkes entsprechen.

Es ist der leitende Gedanke dieser Schrift, daran m
zuarbeiten, und deshalb soll, wer gleiches Ziel erstrebt, auf
rufen werden, dem deutschen Staate, unserem Deutschen Reic
die gleiche Liebe zu gönnen, wie unserem Volke selbst.

Der Idealismus, den wir predigen, wird in unserm Vo
wieder Männer wirken lassen, und der Charakter wird
seinem Rechte kommen. Heute arbeiten von oben und unt
die hemmenden Kräfte der Auslese so entgegen, daß, w
von Männern vorhanden ist, nicht zugelassen wird zur Fü
rung der politischen Geschäfte; man kann heute mit gute
Gewissen nicht entscheiden, ob das allgemeine Wahlrecht ob
die Bestimmung eines Einzelnen schädlicher wirken, inde
sie Berufene fernhalten und die Geschicke solchen anvertraue
deren Legitimation allein darin besteht, daß sie der Ma
gefallen oder dem Einen bequem sind.

Volk und Herrscher

Wenn wieder Männer unser Volk führen, dann wird v
selbst sein Verhältnis zum Träger der Krone wieder
wie es dem deutschen Wesen entspricht; der Kaiser nicht d
Herrscher, der unnahbar thront und sich als der Herr fühlt u
seine Gnaden verschenkt, an wen er mag, sondern der Erste i
Volke, der unter ihm lebt und mit ihm und als der Erste be
pflichtet ist, ihm am treuesten und selbstlosesten zu diene
Wie wir uns die Zukunft denken, ist die politische Arbeit
teilung so: ein unsern Verhältnissen entsprechende
Wahlrecht ermöglicht die Auslese erfahrener, tüch
tiger und charaktervoller Männer für den Reichs
tag; aus ihm heben sich durch besondere Bedeutun
die Männer heraus, die zu den obersten Ämter
taugen, und die zugleich die Vertrauensmänne
des Kaisers und des Volkes sind. So wird die Ver

indung zwischen dem Volke und dem Herrscher hergestellt, und ie von selbst wird geschehen, was der alte Bardeleben einst udwig dem Römer gegenüber aussprach:

„Bei allen Völkern tun vor allem not Männer, so treu id unerschrocken vor ihrem Fürsten sprechen, was das Volk ibet, denkt und wünscht. Denn ohne die, wo soll er's hören; doch sein Ohr nur eines Menschen Ohr."

Es wird neben den Adel der Geburt ein Adel es echten Verdienstes treten, und sein Wert wird an- kannt sein, auch ohne daß er sich durch Prädikate ausweist; r alte Adel aber wird mit ihm in ehrenvollen Wettbewerb eten, und die Tüchtigsten werden am Werke sein, dem Ganzen i dienen.

Während heute alles darauf angelegt zu sein scheint, die länner zu töten, d. h. sie für die Öffentlichkeit tot zu machen, idem man sie nicht zur Geltung kommen läßt, wird die eue Zeit, die wir herbeisehnen und erstreben, ihnen freie ahn geben, und da auf Männer alles ankommt, wird man nn, das bekannte Wort Richard Wagners umbildend, sagen nnen: ihr wollt eine deutsche Staatskunst — ihr habt sie.

„Die Sehnsucht nach großen Zielen ist da", meinte Herr n Bethmann-Hollweg etwas verschwommen; man soll ihm is dem Volke heraus antworten: nicht nur die Sehnsucht t da, sondern die Ziele, und es gilt, um sie zu arbeiten.

Unser Ziel ist: Eine Reform des Reiches, die die Zukunft nseres Volkes sicherstellt, es reinigt vom Kranken, und das esunde stärkt — die zurückgreift auf den leitenden Gedanken er Reichsgründung und die Losung ausgibt: Deutschland en Deutschen!

Von den Grundzügen deutscher Machtpolitik.

Unsere Lage

Die Reichsreform soll in der Hauptsache die Aufgabe erfüllen, die Zukunft unseres Volkes zu sichern, indem sie seine sittliche, körperliche, politische und wirtschaftliche Gesundheit wieder herstellt und weiterhin erhält. Ein gesundes Volk aber will leben, und dazu gehört die Sicherung und Betätigung nach außen, alles das, was man mit dem Wort Machtpolitik zusammenfassend bezeichnen kann.

Nach dem, was oben über die Unrichtigkeit des Schlagworts von der „Saturiertheit" des Deutschen Reiches gesagt worden ist, wird es nicht überraschen, wenn hier unzweideutig ausgesprochen wird, daß der Teil der Erdoberfläche, der heute unter deutscher Herrschaft steht, dem Bedürfnis des deutschen Volkes nicht genügt. Ob dies den andern Staaten leid oder lieb ist, muß uns kalt lassen; sie mögen es wissen und beizeiten ihre Entscheidung treffen, ob sie vorziehen, uns im guten oder im bösen das zu verschaffen, was wir brauchen: Land.

Wer das Glück hat, einmal einem der Geister zu nahen, die seit zwanzig Jahren unsere äußere Politik machen, der hört von ihnen die Offenbarung, daß es viel leichter sei, als russischer, französischer, englischer Minister eine brauchbare und dabei gut aussehende Politik zu betreiben, denn wir hätten eben das Unglück, von Ost und West von unbedingten Feinden umklammert zu sein, im Südosten außerdem das deutsche Sprachgebiet von Südslawen bedroht zu sehen, während im Nordwesten England auf der Lauer liegt, das uns jederzeit den Weg zum Weltmeer versperren kann.

Alles richtig, was so Erleuchtete sagen, aber man braucht nicht die Schule des Auswärtigen Amtes durchgemacht zu haben, um das zu wissen. Unsere Lage ist schwierig; deshalb

ordert sie besondere Tüchtigkeit der leitenden Männer und auernde Anspannung der Kräfte des Volkes, wobei wieder= olt sei, was oben im Vorbeigehen ausgesprochen wurde, daß ies ein Glück für uns ist.

Unsere Lage ist schwierig und wird es mit jedem Tage ehr. Grundfalsch ist die Ansicht mancher sog. Staatsmänner, aß jeder gewonnene Tag unser Freund sei, weil wir von lbst stärker würden durch das Wachsen unserer Volkszahl nd ihres Reichtums, während Frankreich am Ende seiner eistungsfähigkeit zu Lande angekommen sei, England bald weit komme, und Rußland immer mehr von den Auf= aben im fernsten Osten und im asiatischen Südosten in An= ruch genommen werde. Darin liegt natürlich etwas Rich= ges, aber es ist eine Politik auf so weite Sicht, daß sie das bende Geschlecht zur Untätigkeit verurteilt, wenn man sich arauf allein einrichtet; aber grundfalsch ist sie, wenn in nserem Volke Bedürfnisse entstehen, deren Befriedigung nicht lange vertagt werden kann, bis die berühmte „Arbeit der eit" für uns entschieden hat.

Wie die Gebildeten in unserem Volke, die Leute mit was politischem Blicke, allmählich erkannt haben, daß die olitik der Saturiertheit unserer wirklichen Lage nicht mehr ntspricht, so ist es geboten, daß alle am öffentlichen Leben nteressierten umdenken lernen und verlangen, daß wir ätige äußere Politik treiben, sagen wir ruhig ggressive.

Gerade wenn wir von Feinden umklammert sind, müssen ir uns regen, um nicht erdrückt zu werden, und so gut andere lationen ihre Aussichten und Begehrungen öffentlich erörtern, önnen wir dies auch; es wird sogar nützlich sein, dies zu tun, enn gerade das Schweigen der deutschen Öffentlichkeit und legierung, das der Unklarheit und Zielloſigkeit entspringt, ird vom Auslande für besonders verschlagen und listig ge= alten, und man vermutet Absichten nach allen Seiten, die ewiß beunruhigend wären — wenn sie bestünden. Engländer, lussen und Franzosen raffen von Land zusammen, was irgend

zu haben ist, ohne daß sie eigentlich Verwendung dafür habe — wir mit unsern 65 Millionen Menschen wollen nichts und tun nichts; das will den andern aber nicht in den Kopf, daß wir wirklich nichts wollen. Sie beurteilen uns nach sich selbst und sind überzeugt, daß tiefe Pläne dahinter stecken und daß wir zu einem Gewaltstreiche ausholen werden, der mit einem Schlage das lang Vorbereitete verwirklicht. Wär' es nur so — aber Bülow, Schön, Kiderlen als Träger einer kühnen weitausschauenden Politik des Wollens und der Macht! Marokko hat die Antwort gegeben, und man kann annehmen, daß sie im Ausland verstanden worden ist: von diesen Staatsmännern fürchtet man nichts. Was man jetzt fürchtet, ist das deutsche Volk in dem Sinne, daß es Macht ist, ein gewaltiges Heer hat und eine starke Flotte, und daß die tatsächliche Macht vorhanden ist, die deutsche Ansprüche durchsetzen kann, wenn erst einmal wieder ein Staatsmann kommt, der solche ernstlich zu erheben wagt.

Daher die Erwägung in London und Paris, ob es nicht zweckmäßiger sei, uns anzufallen, solange man selbst noch stark ist, und es ist lediglich die Rücksicht auf das immerhin vorhandene Risiko, wenn man nicht den Kampf eröffnet. England und Frankreich betreiben aggressive Politik, wir aber halten uns nicht nur in der Defensive, wir tun noch mehr, das heißt noch weniger: wir entsagen.

Entweder — oder

Wenn man verlangt, daß unser Volk in bezug auf die Grundanschauung von der äußeren Reichspolitik umdenken und sich zum Bekenntnis der aggressiven Politik durchringen soll, so muß man ihm die elementaren Möglichkeiten der überhaupt für das Deutsche Reich in Betracht kommenden Politik zeigen; das sind diese:

Entweder wir finden, daß es uns gut geht, daß wir täglich wohlhabender werden und Platz genug auf lange, lange

;eit haben; dann lassen wir den Dingen ihren Lauf und eschränken uns weiter auf die Defensive; d. h. wir verteidigen ns, wenn andere einen Angriff wagen. Allerdings dürfen ir uns dann auch den Kopf nicht zerbrechen über die Erhaltung der Absatzgebiete für unsere Industrie, auch nicht arüber, woher wir die uns fehlenden Rohprodukte bekommen, enn das mißgünstige Ausland uns den Bezug erschwert oder ar unterbindet; wir müssen also darauf vertrauen, daß die isherigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande sich icht verändern und mindestens so günstig bleiben, wie sie tzt sind. Wir müssen auch hinnehmen, daß wir vielleicht n eigenen Fett ersticken, sicher philiströs und krämerhaft ntarten, die Rolle eines größeren Belgiens übernehmen — ber wir erfüllen das Ideal einer solchen Auffassung, indem ir möglichst billig einzukaufen und möglichst teuer zu verufen suchen, und vor allem, wir haben Frieden, es sei denn, aß es einem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Alles in allem: das Ideal der Idealloſen.

Oder wir bemerken, daß nicht nur im Inland der wirthaftliche Kampf ums Dasein sich täglich verschärft, sondern aß auch der Absatz nach außen immer schwieriger wird; wir bersehen nicht, daß wir in bezug auf wichtige Rohprodukte om Auslande abhängig sind und Gefahr laufen, eines Tages hm gelegt zu werden, wenn es dem Ausfuhrstaate so beliebt; ir beobachten das Wachstum unserer Volkszahl und sehen en Tag kommen, wo die Übervölkerung da ist und der Überhuß sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, sich anderswo ine Existenz zu gründen.

Dann werden wir finden, daß den aus diesen Umständen ich ergebenden Bedürfnissen einer nahen Zukunft das heutige Deutschland mitsamt seinen Kolonien nicht Genüge tut, so daß ir Land erwerben müssen. Diese Notwendigkeit grundsätzlich nerkannt, wirft sich die Frage auf, wo wir diesen Erwerb uchen, in Europa oder über See.

Die Möglichkeiten — allgemein

Jede Ausdehnung in Europa ist von vornherein nur durc
siegreiche Kriege herbeizuführen, da weder Frankrei
noch Rußland so menschenfreundlich sein werden, uns Teil
ihres Gebietes abzutreten; haben wir nun gesiegt und e
zwingen wir Landabtretungen, so erhalten wir Gebiete, i
denen Menschen wohnen, Franzosen oder Russen, also Men
schen, die uns feind sind, und man wird sich fragen, ob solc
ein Landzuwachs unsere Lage verbessert. So weit sind wi
noch lange nicht in der Herzenshärtigkeit nationaler Selbst
sucht gekommen, daß wir vom besiegten Gegner die Abtretun
menschenleeren Landes verlangen; freilich ist ein Idealist
wie Lagarde, vor fast fünfzig Jahren nicht davor zurück
geschreckt, für die Lösung der Polenfrage derartiges zu ver
langen; etwas reichlich phantastisch hat vor kurzem eine pseud
onym erschienene politische Broschüre (Großdeutschland vo
Tannenberg) eine großzügige Politik der Evakuierung in
Osten und Westen zu Deutschlands Gunsten nach siegreiche
Beendigung der europäischen Krisis behandelt, und hie un
da findet man in Zeitschriften nationaler Richtung ähnlich
Gedanken erörtert, so daß man wohl annehmen kann, sie lieger
in der Luft und sind wohl erzeugt durch die Erkenntnis, daß
verzweifelte Anstrengungen nötig sein werden, um die Deut
schen in Europa vor dem Ersticken zu retten. Freilich sind
die Publizisten, die derartiges zu Papier zu bringen wagen,
gemeingefährliche „Chauvinisten", denen man auch nicht
zugute halten wird, daß englische, russische und französische
Schriftsteller in aller Gemütsruhe Pläne zur Aufteilung des
Deutschen Reiches für den Fall entwerfen, daß es dem ge
meinsamen Angriff erliegen würde; das nimmt ihnen der
deutsche Philister nicht weiter übel, denn der Fremde darf
sich grundsätzlich immer mehr erlauben, als der Landsmann.

Da wir die „Evakuierungsfrage" im Vorbeigehen an
geschnitten haben, sei gesagt, daß es vielleicht gar nicht so
unzweckmäßig ist, gelegentlich davon öffentlich zu reden, damit
die Gegner erkennen lernen, daß so verzweifelte Maßnahmen

n Deutschland schon ihre Vertreter finden; sie werden dann inden, daß eine gewisse Vorsicht doch geboten ist, da man en furor teutonicus nicht allzu sehr reizen soll.

Wer historisch denken gelernt hat, dem werden sich ie Haare sträuben, wenn man verlangt, daß ein von Europäern besiedeltes Land „evakuiert" werden soll, was die ewaltsame Unterbrechung einer viele Jahrhunderte alten Entwicklung bedeutet; daneben verletzt der Gedanke das Gefühl es Kulturmenschen, und er steht im Widerspruch mit dem nodernen Völkerrecht, das die Privaten der kriegführenden Nächte in ihrem Eigentum schützt. Aber wenn man gerade er besonderen Lage des deutschen Volkes ganz auf den Grund eht, das in Europa eingeschnürt ist und unter Umständen bei eiterem starkem Wachstum ersticken würde, wenn es sich icht Luft macht, so wird man anerkennen müssen, daß der all eintreten kann, wo es vom besiegten Gegner im Westen der Osten menschenleeres Land verlangen muß — es sei enn, wir hätten besiedelungsfähige Kolonien über See oder ir wären entschlossen, wieder eine Auswanderung Deutscher n fremde Staaten zuzulassen.

Jedenfalls sollte man die Evakuierung nur als ein Hilfsittel in äußerster Not betrachten und eine solche kulturell, echtlich und moralisch dem Zeitempfinden noch so fremde Naßregel auch nur für den Fall ins Auge fassen, daß übermütige Feinde uns angegriffen haben und dann von uns iedergeworfen sind; mit andern Worten, an einen Angriffskrieg zur Wegnahme fremden Landes zum Zwecke der Evakuerung sollten wir nicht denken, uns aber daran gewöhnen, ine solche Maßregel für zulässig zu halten als Antwort auf inen gegnerischen Angriff; ein Raubkrieg widerspricht unseren Begriffen, eine Strafe für ruchlosen Überfall erscheint ns gerechtfertigt, auch wenn sie diese härteste Form animmt, denn „Not bricht Eisen". Einem Verteidigungskrieg n diesem Sinne darf auch ein von deutscher Seite angriffsweise geführter gleichgeachtet werden, den wir unternehmen üßten, um den Gegnern zuvorzukommen.

Ausdehnung nach Südosteuropa

Also, es bleibt dabei, daß die Ausdehnung in Europa na
Osten und Westen nur im alleräußersten Notfalle
Betracht kommt; aber es bleibt zu erwägen, ob nicht der Sü
osten Raum für uns bietet, die von den sog. „subgermanischer
Slawenstämmen aller Art bewohnten Teile Österreich-Ungarn
und des Balkans. Unser Verhältnis zu diesem Lande wir
nachher erörtert werden, aber hier sei ausgesprochen, da
eine großartige Besiedlung des Südostens ein
durchaus gesunde Lösung darstellen wird — unte
zwei Voraussetzungen, daß ein Verhältnis zwischen der
Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gefunden wird, das i
der Form eines ewigen Bundes eine vollständige und dauernd
Solidarität der Interessen beider Staaten schafft, und außer
dem, daß das Habsburger-Reich sich eine innere Staatsform
gegeben hat, die die kulturelle und politische Führung de
Deutschen in ihm für alle Zeiten sicherstellt, und zwar dies
seits und jenseits der Leitha. Die Logik dieser Voraus
setzungen ist klar: wir werden einen Staat, der einmal unse
Feind werden kann, nicht stärken durch Abgabe unseres Über
schusses, und erst recht dann nicht, wenn er slawisch-madjarische
Gepräge annimmt und die Einwanderer der Slawisierung oder
Madjarisierung aussetzt. Sind aber diese Voraussetzungen er
füllt, so könnte im Sinne einer glückhaften deutschen Kolonial
bewegung gar nichts Besseres geschehen, als die Ansiedlung
unseres Überschusses in den dünnbevölkerten Teilen der Donau
monarchie, wobei der Vorstoß nach dem Balkan von vorn
herein ins Auge zu fassen wäre für den Zeitpunkt, wo jene
Gebiete hinreichend Menschen aufgenommen haben.

Damit jeder Irrtum ausgeschlossen ist, sei ausdrück
lich erwähnt, daß jede Kolonisation außerhalb
des Reiches selbstverständlich erst dann in Angriff
genommen werden darf, wenn die innere Kolo-
nisation bei uns selbst durchgeführt ist; denn es
ist ein Gebot der nationalen Selbstsucht und Selbsterhaltung
daß wir Menschen an einen anderen, selbst befreundeten

Staat erst dann abgeben dürfen, wenn unser eigenes Haus gestellt ist.

Kommt es aber dereinst, wenn alle diese Voraussetzungen gegeben sind, zur Kolonisation des europäischen Südostens, so hätte das für die gesamte deutsche Rasse den gewaltigen Erfolg, daß das heute gefährdete Deutschtum Österreichs und Ungarns für alle Zeiten gerettet würde.

Überseeische Siedlung

Wenn wir weder eine Kolonisation unseres Überschusses in heute russischen oder französischen Landstrichen in Angriff nehmen wollen, nachdem sie von den besiegten bisherigen Bewohnern geräumt sind, noch eine solche nach dem europäischen Südosten betreiben können, weil die Garantien auf österreichisch-ungarischer Seite nicht vorliegen, so bleibt nichts anderes übrig, als die Ansiedlung über See, wobei man sich nicht verschweigen darf, daß sie die am wenigsten erwünschte Form der deutschen Kolonisation ist, da sie eine Verzettelung der deutschen Volkskraft immerhin in gewissem Umfange nach sich ziehen kann.

Diese Erkenntnis, daß die überseeische Siedelung aus Gründen, die sich aus der geographischen Lage des Deutschen Reiches ergeben, erst an letzter Stelle ins Auge gefaßt werden soll, steht nun durchaus nicht im Widerspruch mit dem, was früher gelegentlich der Besprechung der deutschen Marokkopolitik gesagt worden ist; dort wurde es ganz allgemein als dringende Aufgabe der Reichspolitik erklärt, überseeisches Siedelungsland zu erwerben, und es wurde verurteilt, daß sie Marokko den Franzosen preisgegeben hat, obwohl es unter allen denkbaren Gesichtspunkten für uns unentbehrlich ist.

Diese Behauptungen halte ich im vollen Umfange aufrecht; abgesehen davon, daß Marokko allein schon als Erzgebiet und wegen des Baumwollbaus für uns unter allen Umständen notwendig ist, spricht seine Bedeutung als sehr

brauchbares Siedelungsland ernsthaft mit; denn wir wis
ja nicht, wie die Möglichkeiten der europäischen Kolonisati
sich in Zukunft gestalten; wir können nicht voraussehen, b
die Bedingungen einer südöstlichen Siedelung sich erfül
lassen, auch nicht, ob wir je in der Lage wären, von Frankre
oder Rußland Gebietsabtretungen zu erzwingen. Desh
müssen wir Siedelungsland in Bereitschaft haben, das u
zu Eigentum gehört, gewissermaßen eine Reserve; nur da
sind wir hinsichtlich der Unterbringung und Versorgu
unseres dereinstigen Überschusses so unabhängig, wie es d
Begriffe des Staates als einer souveränen Macht entspric

Daran aber muß unbedingt festgehalten we-
den, und unser Umdenken in dieser Beziehu
kann gar nicht radikal genug sein, daß wir ein
irgend in Betracht kommenden Volksverlust du
Auswanderung in fremde Staaten nie wied
erleiden dürfen.

Wir bejahen also die Notwendigkeit, unter allen U
ständen überseeisches Land für das Deutsche Reich zu erwerb
wobei betont sei, daß außer dem Zwecke der Ansiedlung i
für uns brennend gewordenen des industriellen Absatzgebie
und des Kulturlandes für uns fehlende Rohprodukte in B
tracht gezogen werden müssen.

England

Diese von den nationalgesinnten Deutschen aller Partei
erkannte Notwendigkeit *bringt uns in Gegensatz z*
England, richtiger, sie verschärft die Gegensätze, die zwisch
England und dem Deutschen Reiche bestehen, bis zur U
erträglichkeit. Dieser Vetter jenseits des Kanals neidet u
die gewaltigen wirtschaftlichen Erfolge auf allen Gebieten, d
wir in Angriff nehmen und fürchtet dadurch geschädigt
werden; er blickt mit Mißtrauen auf unsere Flotte und ban
um die Grundlage seiner eigenen Weltmachtstellung; beid
erweckte in ihm seit dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jah

underts jene Stimmung, die sich von nervöser Gereiztheit zu
ffener Feindschaft steigerte, und deren Nährboden ganz un-
estreitbar das Mißbehagen war, das die Gründung des
Deutschen Reiches hervorgerufen hatte.

Zu diesen Gegensätzen ist nun ein dritter
ekommen: das deutsche Streben nach Land
ber See und der englische Entschluß, solchen Er-
erb nicht zuzulassen. Das Hervortreten dieses neuen
Gegensatzes ist das wichtigste Ergebnis des Marokkokonflikts
ir die äußere Politik; von den Folgen für die innere ist
ben ausführlich gesprochen worden.

Es sind Verhandlungen im Gange, um diesen Gegensatz
u mildern, und England gibt sich den Anschein, als ob es
ns überseeischen Landerwerb gönne; was jetzt in bezug
ierauf zwischen London und Berlin vor sich geht, entzieht
ch der Öffentlichkeit; was man darüber hört, spricht dafür,
aß wir wieder einmal gründlich hineingelegt werden sollen.

Wenn England sich jetzt bemüht, den Gegensatz abzu-
hwächen, so wird es seine guten Gründe dazu haben; wir
Deutschen aber müssen uns klar sein, daß es sich nur um
ine scheinbare Milderung handelt, daß sachlich der Konflikt
n voller Schärfe fortbesteht. Denn was England uns bietet,
ird nur sein, was es glaubt entbehren zu können, und wo
s glaubt, uns nicht fürchten zu müssen.

Die Wahrheit ist, daß England uns kein Gebiet über-
ssen wird, von dessen Besitz irgendeine nachteilige Wirkung
uf seine eigene Machtstellung ausgehen könnte; nach dieser
ichtung sollte die vor dem Parlament gemachte Äußerung
es Premierministers Asquith unvergessen bleiben, daß Eng-
nd eine Festsetzung des Deutschen Reiches an der Westküste
Marokkos als mit seinen Interessen unvereinbar nicht dulden
nne.

Wo denn? Im Innern von Afrika?

Eine solche Haltung Englands geht in gleicher Weise gegen
e deutsche Ehre, wie gegen das deutsche Interesse; wir haben
lein zu bestimmen, was wir brauchen, und werden uns

fremdem Machtspruch nicht unterwerfen. Was im Herbste 191
den deutschen Stolz am tiefsten gekränkt hat, ist das woh
begründete Gefühl, daß die Unzulänglichkeit Bethmann Hol
wegs und die Leichtfertigkeit Kiderlen-Waechters eine solch
Unterwerfung vollzogen habe. Nicht nur muß die Wiede
holung dieses schmählichen Vorgangs ausgeschlossen sein, sor
dern die deutsche Politik muß bei erster Gelegenheit aus freie
Entschluß die Gelegenheit herbeiführen, wo England erne
Farbe bekennen muß. Entscheidet es sich wieder in unfreund
lichem Sinne, dann müssen wir den Fehdehandschuh au
nehmen — dann ist es klar, daß die deutsch-englische Frag
nicht durch Komiteekundgebungen und Freundschaftsbesuch
gelöst werden kann, sondern auch nur durch Blut und Eise

Man kann nicht anders, als diesen Konflikt einen tragi
schen nennen, dessen Wurzel allein in dem englischen Miß
trauen liegt; wie Shakespeare die Eifersucht im Leben zweie
edlen, liebenswerten Menschen zur Ursache tragischer Verwick
lung gestaltete, so scheint das Völkerschicksal die gleiche Leiden
schaft zwei tüchtigen Nationen germanischen Blutes zum Ver
hängnis machen zu wollen; kein Zweifel, daß England dabei
die Rolle des Othello spielt — Germania aber ist nicht Desde-
mona und wird nicht das Opfer künstlich aufgestachelten Hasses
werden; wir wissen uns zu wehren.

Die tiefste Tragik liegt darin, daß bei ruhiger Betrachtung
kein Anlaß zu ernstem Streite gegeben ist. Alles, was in
Deutschland Bildung besitzt, liebt und verehrt England —
abgesehen von seiner Politik; viel mehr als es gut ist, ahmen
die national Haltlosen und Halbgebildeten englisches Wesen
nach; wir hegen keine politischen Pläne, die England gefähr
lich werden können; seine Industrie und die unserige haben
sich noch nicht wirklich geschädigt, und es ist kaum abzusehen
wann sie sich schädigen werden. Also bei kaltem Blute gar
kein Grund zur Rivalität, noch weniger zur Feindschaft, wenn
England nur erkennen wollte, daß 65 Millionen Menschen
in Stamm-Deutschland leben können, vielleicht zur Not auch
75, nicht aber 80 oder 90 Millionen.

Seinen 46 Millionen soll die Welt gehören, unsere viel größere Zahl soll von ihr ausgeschlossen sein. In dem Augenblick, wo England die Unhaltbarkeit dieses seines politischen Grundsatzes anerkennt, verschwindet der englisch-deutsche Konflikt, und die beiden Vettern germanischen Blutes gestalten vereint das Schicksal der Welt.

So und nicht anders ist die Sache von deutscher Seite betrachtet, und unsere Hand kann zu ehrlicher Freundschaft England jeden Tag in die seine legen — zu ehrlicher Freundschaft.

Käme es dazu, so könnte viel edles Blut und viel tüchtige Kraft gespart werden; bei England liegt die Entscheidung.

Wer das heroische Moment im Einzelleben, soweit der wirtschaftliche Daseinskampf das zuläßt, im Völkerleben aber unbedingt wieder als herrschend und treibend sehen möchte, der wird die Fügung des Völkerschicksals dankbar für das deutsche Volk hinnehmen und denken: in unserer ganzen Geschichte ist es uns hart geworden, vorwärts zu kommen und uns durchzusetzen — warum soll es jetzt anders sein? Nach unendlichen inneren Kämpfen sind die beiden deutschen Vormächte zu kraftvollen Staaten geworden; der Bruderkrieg des Jahres 1866 zwischen beiden war nötig, um das Deutsche Reich zu begründen. Warum soll die Anerkennung unserer Weltstellung erreicht werden ohne den Kampf zwischen den beiden Vettern?

Im Sinne heroischer Weltanschauung nehmen wir den englisch-deutschen Gegensatz trotz seiner Tragik als Segen für uns Deutsche hin, weil wir wissen, daß Kampf und Prüfung uns not tun.

So betrachtet, hat die kriegerische Auseinandersetzung zwischen England und dem Deutschen Reiche keinen Schrecken. Es wird uns hart werden, aber wir werden uns durchbeißen. Die Interessen von Handel und Industrie werden Not leiden, ganz gewiß und im höchsten Grade, aber das läßt sich nicht vermeiden, und noch sind wir nicht so weit, daß wir sie allen anderen Interessen der Gesamtheit voranstellen. Auch muß

man sich darüber klar sein, daß der Seeweg uns während de
Dauer des Krieges für Aus- und Einfuhr vollständig ver
sperrt sein wird; wenn man im Kampfe um die Verstärkun
der deutschen Flotte unserer Seemacht die Aufgabe zuweist
sie müsse den Seeverkehr ermöglichen, so ist das ein fromme
Betrug, an den aber kein Unterrichteter glaubt.

Keinen Krieg, jammern unsere Geldsackidealisten — e
ruiniert uns; das hat noch kein Krieg fertig gebracht, nich
einmal die furchtbare Niederlage Preußens gegen Napoleo
mit ihrer unerhörten Aussaugung des besiegten Landes. De
Handel wird sicher schwere Einbuße erleiden, aber er wird
sich seine Wege suchen; viel schlimmer werden die Verhältniss
der Industrie sich gestalten, und man muß sich vor Auge
halten, was es heißt, wenn eine monatelange Krisis über si
hereinbricht. Aber auch diese hat vielleicht ihr Gutes; in
furchtbar ernster Weise macht sie klar, wohin
unsere Exportwirtschaft uns führt, indem sie uns
vom Ausland abhängig macht, und die führenden Männer
der Industrie werden dann vielleicht schneller zu dem Ent-
schlusse gelangen, ihren Betrieben freiwillig Schranken zu
setzen und die Produktion nach dem Bedürfnis des inneren
Marktes einzurichten.

Alles in allem: wir kennen unser Verhältnis zu Eng-
land und sind zu ehrlicher Freundschaft, zu ehrenvollem Frie-
den bereit, wenn unser Anspruch auf Machtausdehnung an-
erkannt wird; im anderen Falle nehmen wir den Kampf auf,
im vollen Bewußtsein seiner Schwere und der Opfer, die er
uns auferlegt.

Bereit zum Kriege verlangen wir, daß unsere Regieren-
den die kleinlich-ängstliche Rücksicht aufgeben und die not-
wendige Auseinandersetzung nicht um den Preis einer morali-
schen Niederlage hinausschieben, weil wir in so viel Monaten
oder Jahren in dem oder jenem Punkte der Seekriegführung
etwas besser gerüstet sein würden; das ist die Auffassung
des Ressorts, nicht die einer Staatskunst, die das große
Ganze mit all seinen Imponderabilien im Auge hat.

Frankreich

Im Anschluß hieran sei unser Verhältnis zu Frankreich betrachtet. Auch in ihm ist Tragik, auch hier ohne Schuld der Deutschen; wer gerecht ist, wird aber anerkennen, daß die Franzosen besseren Grund haben zu ihrer Feindschaft gegen das Deutsche Reich als die Engländer — besseren Grund im Sinne der Völkerpsychologie, nicht realpolitischer Erwägung der geschichtlichen Tatsachen. Frankreich ist besiegt worden — das ist anderen auch schon zugestoßen; Frankreich ist beraubt worden — das ist eine Lüge; Frankreichs Waffenehre ist verletzt — das ist nicht wahr, denn eine ehrenhafte Niederlage ist keine Schande. Aber Frankreich hat seine besondere Ehre und gefällt sich in der Rolle des Entehrten, der Sühne heischt. Nur wird man uns Deutschen erlauben, ein Ehrgefühl höchst seltsam zu finden, das seine Wiederherstellung von der Hilfe anderer erwartet; Engländer oder Russen oder beide zusammen sollen den Franzosen Genugtuung verschaffen helfen. Dies spricht dafür, daß ein falscher Ehrbegriff die Franzosen narrt — wir können nichts dafür und müssen uns damit abfinden. Aber traurig ist es, daß ein Volk, wie das französische sich so sehr betrügt, daß es recht eigentlich die politische Selbständigkeit aufgibt und im Schlepptau anderer daherzieht, sei dies nun Rußland oder England. So ist es für das Deutsche Reich ein Annex jener anderen geworden und hat aufgehört für uns ein selbständiger Gegner zu sein — trotz seiner Machtmittel.

Diese sind sehr ansehnlich, ja ernste und erfahrene Militärs behaupten, sie seien uns überlegen; dies halte ich nun nicht für richtig, weil man Grund hat anzunehmen, daß im französischen Heere manches auf dem Papier steht, was bei uns wirklich vorhanden ist; dazu kommt die innere Desorganisation des ganzen Volkes, die auch durch kriegerische Begeisterung nicht zu beseitigen ist, und der Mangel eines anerkannten Oberhauptes der Armee im Kriege. Ich bin sonach der Ansicht, daß wir mit Frankreich fertig werden, wenn auch der Kampf sehr schwer sein wird, ja ich glaube, wir würden, wenn

es hart auf hart geht, noch mehr leisten. Jedenfalls ist das Beispiel patriotischer Opferwilligkeit, das Frankreich jetzt seit über 40 Jahren der Welt bietet, in der Geschichte ohnegleichen und im höchsten Grade achtenswert; glücklich die Regierung, die ein solches Volk hinter sich hat — welcher Stoßseufzer aber ausdrücklich auf die militärische Opferbereitschaft und das lebendige Nationalgefühl zu beziehen ist.

Die Politik, die Frankreich seit dem Frankfurter Frieden mit dem Deutschen Reiche treibt, ist ein Spiel mit dem Feuer, und der Brand ist nur deshalb nicht längst ausgebrochen, weil die deutsche Geduld und Gutmütigkeit bis zur Schwäche groß sind, geben wir es zu, auch weil wir unter der Suggestion einer unmännlichen Friedenssehnsucht stehen und satt sind.

Aber diese Geduld war in den letzten Jahren so oft und so sehr auf die Probe gestellt, daß sie zu reißen droht; es hat den Anschein, daß unsere Öffentlichkeit in bezug auf Frankreich nach dem Marokkostreitfall umgelernt hat und bereit ist, aus der philosophischen Defensive zur aggressiven Politik überzugehen.

Was wäre das Ziel einer solchen?

Im sog. Marokko-Abkommen hat Frankreich uns in bezug auf die wirtschaftliche Betätigung Deutscher in Marokko Zugeständnisse gemacht, die unser Auswärtiges Amt sehr gepriesen hat; es sind nun schon zahlreiche Fälle bekannt geworden, wo deutsche Unternehmer schikanös behandelt worden sind — das war nach Frankreichs bisherigem Vorgehen in der ganzen marokkanischen Politik und nach seinen Absichten ausschließlicher Beherrschung des Landes gar nicht anders zu erwarten und wird sich jeden Tag wiederholen. Das Marokko-Abkommen hat uns so viel gekostet, daß wir verlangen können, daß jede Silbe von dem anderen Teile heilig gehalten werde; geschieht dies nicht und gelangt eine Beschwerde ans Auswärtige Amt, so müssen wir verlangen, daß dieses sich rückhaltlos hinter seine Landsleute stellt und auf Biegen oder Brechen Genugtuung verlangt. Wird diese verweigert, so ist der ganze Vertrag

gebrochen, unser Verzicht auf politische Betätigung in Marokko ist hinfällig, und wir rollen die ganze Frage von neuem auf.

Dann verlangen wir unseren Anteil am Lande und lassen es auf die Entscheidung der Waffen ankommen. Und zwar im Angriff, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des deutsch-österreichischen und russisch-französischen Bündnisvertrages, ohne Rücksicht auch auf die Haltung Englands. Was sein muß, muß geschehen — es läßt sich durch Diplomatisieren und Finassieren nicht überflüssig machen, es sei denn, daß man dauernd entsagen will. Wenn es zum Bruche kommen muß, so wollen wir dem Schicksal Trotz bieten und alle Vorteile des Angriffs für uns sichern. Das sittliche Recht ist auf unserer Seite.

Hält Frankreich seinen Vertrag in Treuen, so daß wir keinen Grund zur Beschwerde haben, so liegt dauernder Konfliktsstoff doch in unserem Verhältnis zu England, dessen Vasall Frankreich geworden ist. Wir müssen damit rechnen, daß eine Verschärfung eintritt, die offenen Kampf in Aussicht stellt; dann wird es die Aufgabe aktiver Politik sein, Frankreich vor die Wahl zwischen uns und England zu stellen. In diesem Schicksalskampfe wird es heißen: „wer nicht ist für mich, der ist wider mich!" Der Krieg wäre da, wenn Frankreich gegen uns entscheidet — und auch er muß ein deutscher Angriffskrieg sein.

Wie immer aber es dazu kommt, wir wissen, was dieser Kampf für uns bedeutet, aber Frankreich muß es auch wissen. Unsere Diplomaten haben verlernt, mit dem Ausland deutsch zu reden, und insbesondere die Franzosen haben seit Bismarcks Abgang kein deutliches Wort mehr zu hören bekommen; da kann es nicht schaden, wenn ihnen aus dem Volke heraus gesagt wird, daß es ums Dasein geht. Wir haben eine große Rechnung aufzumachen seit dem 10. Mai 1871.

Französische Publizisten reden so offenherzig über das Schicksal des Deutschen Reiches, wenn es dem gemeinsamen englisch-russisch-französischen Angriffe erliegen sollte, daß wir

für den umgekehrten Fall auch kein Blatt vor den Mund zu nehmen brauchen. Das siegreiche deutsche Volk wird fordern dürfen, daß die Bedrohung durch Frankreich endlich und für alle Zeiten aufhört; also muß Frankreich zerschmettert werden. Wir müssen weiter verlangen, daß uns so viel des französischen Bodens abgetreten wird, wie wir zum Zwecke endgültiger Sicherung brauchen, wobei in Betracht kommt, was oben über die Evakuierung gesagt worden ist. Wir würden endlich vom französischen Kolonialbesitz das für uns nehmen, was dem deutschen mehrfach erörterten Bedürfnis entspricht, wobei man von der nicht unberechtigten Ansicht ausgehen kann, daß auf kolonialem Gebiete am letzten Ende bei den Zuständen der beiden Völker immer die Franzosen die Platzhalter des deutschen Volkes sein werden. Bitter, sehr bitter, aber wahr, und näherer Begründung nicht bedürftig.

Es wird wenige auf deutschem Boden geben, die ein Niederwerfen des französischen Volkes nicht bedauern werden — aber sie werden nichts anderes tun können, als mitleidig sagen: „Tu l'as voulu, Georges Dandin."

Belgien und die Niederlande

Da soeben unsere Gegner im Westen Europas behandelt wurden, ist es zweckmäßig, im Zusammenhange damit zu erörtern, welche Haltung wir Belgien und den Niederlanden gegenüber einnehmen sollen; wenn von diesen beiden Nachbarn bisher in der deutschen Öffentlichkeit gesprochen wurde, geschah es in der Weise, daß man sich mit dem Verhalten beider gegen uns befaßte, als wäre es selbstverständlich, daß wir immer und immer passiv bleiben müssen, während jeder andere, auch der kleinste Staat uns gegenüber das Recht habe, die Beziehungen nach seinem Willen zu regeln. Also keine Gegenseitigkeit, noch weniger Rücksicht des Kleinen auf den Großen, sondern der Kleine tut, was er will und der Große läßt ihn gewähren, einerlei ob jener freundlich verfährt oder unfreundlich. Es ist unbegreiflich, wie passiv unsere öffent-

lhe Meinung sich bisher gegenüber den beiden niederdeut-
en Nachbarstaaten verhalten hat, selbst die Alldeutschen
ben, soweit ich sehe, weitestgehende Zurückhaltung geübt.

Meines Erachtens ist es an der Zeit, die Politik des
uldens ihnen gegenüber aufzugeben und eine solche des
rderns eintreten zu lassen, also auch in diesem Falle aktive
litik zu betreiben.

Das Wort Heinrich von Treitschkes, daß „die Staaten-
sellschaft immer aristokratischer werde", scheint trotz seiner
bedingten Richtigkeit in der praktischen Politik nicht be-
tigt zu werden, denn was läßt man den Kleinen und
einsten durchgehen, wobei man nur daran zu denken braucht,
s sich z. B. Serbien oder manche süd- oder mittelamerika-
schen Raubstaaten herausnehmen können; aber dies Wort
rd durch den nächsten Krieg gründlich wahr gemacht werden.

Was Belgien und Holland betrifft, so muß beiden klar
n, daß dieser Krieg über ihre Zukunft entscheidet; wie die
rhältnisse in Europa sich zugespitzt haben, darf man offen
sprechen, daß solche Kleinstaaten das Daseinsrecht an sich
on verloren haben: denn nur der Staat kann das Recht
f Selbständigkeit geltend machen, der es mit dem Schwerte
der Hand durchsetzen kann.

Es spricht manches dafür, daß in beiden Ländern die
kenntnis vorhanden ist, was der nächste Krieg für sie
deutet, aber es scheint — da die Welt noch immer mit allzu
nig Weisheit regiert wird — daß sie ihr Interesse auf der
ite der Gegner des Deutschen Reiches suchen, statt umge-
hrt. Wir wollen gar nicht sentimental werden und von den
Stammesgenossen niederdeutschen Blutes" reden — sie sind
s, wenn sie sich in törichten Haß gegen das Deutsche Reich
trennen, gerade so lieb, wie die oberdeutschen Alemannen im
saß mit ihrer querköpfigen Feindseligkeit; nicht die Bluts-
rwandtschaft, sondern das egoistisch betrachtete Interesse
üßte Holland und Belgien an unsere Seite führen. Denn
ider staatliches Dasein garantieren wir, wenn
ch beschränkt und im Anschluß an das Deutsche Reich;

den staatlichen Untergang aber haben sie ganz sicher zu e
warten, wenn wir besiegt werden sollten.

Wie heute die Regierungen beider Kleinstaaten, ih
Volksvertretungen und ihre Presse sich zu allem Deutsch
stellen, kann man mit großer Wahrscheinlichkeit darauf re
nen, daß beide, vor die Wahl zwischen dem Deutschen Rei
und England-Frankreich gestellt, für letztere optieren werde
also den Fehler wiederholen, den Hannover, Kurhessen u
Nassau im preußisch-österreichischen Konflikte des Somme
1866 machten; sie werden sich nicht darüber wundern dürfe
wenn die Folgen die gleichen sind.

Nun soll man auf deutscher Seite ganz kl
aussprechen, daß uns der Zuwachs Belgiens u
Hollands in keinem Falle Freude machen wir
die Bevölkerung der Niederlande ist durch jahrhundertlan
Kleinstaaterei geistig so verödet und engherzig geworden u
zum großen Teile unter dem gedankenlosen Krämerregiment
zuchtlos, daß ihre Aufnahme in ein näheres Verhältnis zu
Reiche nicht erwünscht ist, dies um so weniger, als man bill
bezweifeln muß, ob diese Menschen durch das Zusammenleb
mit einem mächtigen Staate wieder zu Ordnung, Zucht u
Opferwilligkeit erzogen werden könnten. Nicht anders lie
die Sache in Belgien, wenn auch aus anderen Ursachen; sei
Bevölkerung ist durch das Pfaffenregiment der Habsburg
verdorben, dazu noch sozialistisch unterwühlt, soweit d
jetzigen Bewohner nicht unter dem Einfluß des Klerus steh
— kurz, kein Menschenmaterial, das als Zuwachs in irgen
einer Form sehr willkommen wäre; daran ändert auch d
sog. vlämische Bewegung nichts Wesentliches, denn ihre E
folge stehen in der Hauptsache auf dem Papier, und die fra
zösisch Sprechenden haben nach wie vor das Heft in d
Hand; sie regieren den Staat, ihre Sympathien entscheide
und die Vlamen lassen sich alles bieten.

Also wirklich, wer Holland und Belgien kennt, wird si
nicht um sie reißen — wenn wir beide Länder trotzdem in d
oder jener Form unserem Staatswesen angliedern müssen,

schieht es nicht wegen ihrer Bewohner, sondern trotz ihnen unter dem Zwange der Notwendigkeit.

Es ist unmöglich, die Rheinmündungen englisch-französischer Herrschaft oder auch nur solchem Einflusse zu überlassen, wie es heute schon unnatürlich ist, daß Deutschland den Ausgang von seiner wichtigsten Verkehrsstraße zur See nicht selbst besitzt; es ist unmöglich, die Nordseeküste in die Hände dieser Staaten geraten zu lassen; es ist unmöglich, an unseren nordwestlichen Grenzen Kleinstaaten zu belassen, die keine Gewähr gegen englisch-französische Neutralitätsbrüche bieten, ja wahrscheinlich diesen unseren Feinden, einer vis haud ingrata nachgebend, gerne Stützpunkte gewähren.

Deshalb müssen wir verlangen, daß, sobald der deutsche Gegensatz zu England und Frankreich oder auch nur einem von beiden kriegerischer Auseinandersetzung zutreibt, Belgien und Holland vor die Wahl zwischen jenen und dem Deutschen Reiche gestellt werden. Entscheiden sie sich, im letzten Augenblick noch Vernunft annehmend, für uns, so retten sie ihre staatliche Selbständigkeit in dem Sinne, wie sie die Einzelstaaten des Deutschen Reiches besitzen; schlagen sie sich auf die andere Seite, so werden sie annektiert — beides unter der Voraussetzung des deutschen Sieges.

Im Falle der Annexion müßte von vornherein die Einverleibung in Preußen erfolgen, das den neuen Provinzen gegenüber so verfahren würde, daß die Lehren der dänischen, polnischen und elsaß-lothringischen Widersetzlichkeiten ausgenützt würden. Im ersteren Falle würde die Form des Anschlusses nach den Grundgedanken der Reichsverfassung leicht gefunden werden können, wobei z. B. hinsichtlich der Landesverteidigung zu Lande und zur See die Stellung beider zukünftigen Bundesstaaten weniger günstig wäre, als diejenige Bayerns, während nach innen die gleiche Selbständigkeit zugestanden werden kann; die Kolonien müßten der Verwaltung des Reiches unterstellt werden, dem dafür auch die Lasten seines Schutzes auferlegt werden; auf diese Weise würde es

ermöglicht, daß die Kolonien sowohl der Niederlande n
Belgiens, die für beide viel zu groß sind, in einer We
nutzbar gemacht würden, die ihrem Werte entspricht.

Käme es zu solcher Gestaltung der Dinge, so wären i
Sünden der Habsburger und die des Wiener Kongress
wieder gutgemacht, und das deutsche Volk hätte seinen uralt
Besitz an der Nordsee wiedergewonnen — ohne Enthusiasmu
ohne Sentimentalität und Selbsttäuschung; dabei muß m
daran denken, daß nach unseren Annahmen und nach de
was vorher über Frankreich gesagt ist, gleichzeitig die en
gültige Regelung unseres Verhältnisses zu Frankreich e
folgen würde.

Was hier ausgeführt wurde, mag den schwachen un
kleinen Nachbarstaaten gegenüber hart und überhebend kli
gen, aber ich stelle mich auf den Boden mangelnder Sympathi
den jene bereitet haben, und was die Sache betrifft, halte i
mich an das, was ein vorläufig noch enger Kreis von G
bildetsten in Holland und Belgien selbst für geboten erklär
Hier sei eines Zusammentreffens mit einem höheren holländ
dischen Offizier gedacht, einem sehr intelligenten und schne
digen Manne; er trug mir seine Gedanken über die zukünftig
Gestaltung der deutsch-niederländischen Beziehungen vor un
begründete sie nach allen Richtungen. Als er fertig wa
konnte ich nur antworten, daß er mit jedem Worte meine eigen
Auffassung vorgetragen habe, und heute habe ich die Genug
tuung, einem hoffentlich recht weiten Leserkreise die Gedanke
jenes niederländischen Offiziers mitzuteilen, der sich über di
Lage seines Vaterlandes gar keinen Illusionen hingab.

Daß bei solcher Gestaltung die niederdeutsche Sprach
unangetastet bliebe, ist selbstverständlich; in Belgien würd
dem Vlämischen zur Herrschaft verholfen und nur die Kom
mandosprache des Heeres müßte Hochdeutsch sein.

Die Gebenden werden wir sein, die Deutschen des Reiches
die diese Abgesprengten wieder einem großen politischen Lebe
zuführen.

ie Schweiz

Nur um vollständig zu sein, sei auch unser Verhältnis zum südwestlichen Grenzstaat, zu der Schweiz erwähnt. So eifelhaft man sein muß, ob Belgien und Holland ihre eutralitätsverpflichtungen erfüllen können und wollen — n der Schweiz kann man überzeugt sein, daß sie beides n wird. So eng und klein dies Gemeinwesen ist, der Geist r Unabhängigkeit und der Stolz auf sie, sind dort wirklich finden; mögen wir Deutschen uns mit Recht über manche weise fehlender Sympathie beschweren und das vorlaute lsche Treiben auch im deutschen Sprachgebiet der Schweiz inlich empfinden, das darf uns nicht irre machen in der litischen Bewertung der Republik. Sie wird alles daran zen, jede Verletzung der Neutralität zu verhindern, und ihre affentüchtigkeit wird ihrem entschlossenen Willen Nachdruck rleihen.

sterreich-Ungarn

Zurzeit zieht der englisch-deutsche Gegensatz den Hauptteil der Aufmerksamkeit auf sich; aber für unsere Zukunft und unsere Aussichten im jetzt bevorstehenden Völkerringen ch der Seite der Machtverteilung von gleicher Wichtigkeit wie se Frage, ist unser Verhältnis zur österreichisch-ungarischen Monarchie. So skeptisch man lange Zeit rade in nationalen Kreisen das deutsch-österreichische Bünd- beurteilte, heute wird man sagen müssen, daß es dem Be- rfnisse beider verbündeten Staaten entspricht und die Gewähr Dauer in sich trägt. Man hatte sich daran gewöhnt, den iser Franz Josef als besonders überzeugten Anhänger des indnisses anzusehen, dagegen von dem Thronfolger be- eifelt, ob er bei der Stange bleiben werde; es war eine be- nte Redewendung, das Bündnis „ruhe auf den zwei Augen s alten Kaisers". Inzwischen haben die letzten Jahre bedeut- ne Anzeichen dafür geliefert, daß der Erzherzog-Thronfolger n Wert der deutschen Bundesgenossenschaft kennt und in bezug

auf die Beziehungen zum Deutschen Reiche die Politik sein
Oheims fortsetzen wird. Es braucht hier nicht erörtert
werden, daß dies allein der politischen Vernunft entspricht u
in gleicher Weise im Interesse des Donaustaates, wie
Dynastie liegt. Auf deutscher Seite ist man nicht im Zwei
daß die Gebenden in der Hauptsache wir sind; was wir en
fangen, sei hier kurz geprüft; es wird zu diesem Zwecke nö
sein, die inneren Verhältnisse des Habsburger Reiches u
ihre voraussichtliche Entwicklung ins Auge zu fassen, um
urteilen zu können, ob wir darauf rechnen dürfen, im N
falle etwas zu empfangen, mit anderen Worten, ob Österrei
Ungarn für uns bündnisfähig ist.

Der Betrachter aus dem Reiche sieht häufig nur
Schattenseiten dieser Ungeheuerlichkeit eines politischen G
bildes, das als Ganzes anormal ist und dessen Glieder wieder
jeder Regel Hohn sprechen. Die beiden sog. Reichshälft
hassen sich wie das höllische Feuer, und der Kaiser-König
die angenehme Aufgabe, es beiden recht zu machen. Der N
tionalitätenstreit untergräbt die cisleithanische Hälfte; er l
die Verwaltung lahm und schlägt dem wirtschaftlichen Leb
schwere Wunden. Die Macht des Judentums, das in Öst
reich nur scheinbar politisch ausgeschaltet ist, übersteigt all
Maß und hat eine täglich schlimmer werdende Korrupti
herbeigeführt. Die obersten Staatsbehörden opfern Tag f
Tag staatliche Interessen und Autorität, um sich über Was
zu halten — kurz, ein Bild unglaublichster Zerrüttung. D
alte Kaiser hat das Bedürfnis nach Ruhe und weicht jed
scharfen Entscheidung aus; Fragen, die so wichtig sind, w
die Wehrvorlagen, werden in Madjarien einfach durch O
struktion verschleppt, und im Wiener Reichsrat mit so vi
Sonderinteressen der beutegierigen Nationalitäten verquic
daß eine Lösung kaum möglich erscheint.

Wenn man die Habsburger Monarchie nach diesen E
scheinungen beurteilt, wird man glauben, es mit dem Wrc
eines Staates zu tun zu haben, das hilflos da liegt und v
den Stürmen der Sonderinteressen seiner Nationalitäten h

nd her geworfen wird — dies als einziges Zeichen, daß es ch da ist und nicht völlig untergegangen.

Und doch, diese staatliche Unmöglichkeit bringt s fertig, machtpolitisch etwas ganz anderes zu in, als verfassungspolitisch. Dieses Gebilde, das m Auge des inneren Politikers ein Wrack scheint, stellt sich m Blicke des äußeren Politikers als ein stattliches Kriegsiff dar, nicht ganz so modern und wohlgerüstet, wie es sein nnte, aber immerhin ein zum Kampfe brauchbares Fahrzeug.

Wer dem Satze huldigt, daß der Staat Macht ist, wird so Österreich-Ungarn trotz aller innerpolitischen Unmöglichliten für einen Staat erklären müssen; wer aber die Dinge ne Rücksicht auf die parlamentarischen Velleitäten betrachtet, mmt zu der Ansicht: das Reich ist machtpolitisch in Herrscher plus sein Heer.

Damit haben wir das Entscheidende gefunden, Herrscher nd Heer, und erkennen sofort die weitere Anomalie, daß derbe Staat, der innerpolitisch mit dem minderwertigsten und inisten Stamm seiner Untertanen nicht fertig wird, nach ßen eine geachtete und wichtige Rolle spielt.

Sünden des Kaisers und seiner Regierungen, dieser innere rfall, sagt die öffentliche Meinung; Sünden des Liberalisus, der Unentschlossenheit des Herrschers und der Unzulänghkeit seiner Minister, antwortet der Gerechtere. Daß die iden zuletztgenannten eine schwere Verantwortung trifft, rd als feststehend anerkannt werden; die liberalen Sünden er haben es erst möglich gemacht, daß das Übel einen solchen nfang annehmen konnte.

Das Heer ist Österreich, es ist das Organ des Herrschers, ein dessen Willen unterstellt, der Träger des staatlichen bens, seiner Macht und Zukunft.

Nun wird aber der gewissenhafte Beobachter bemerken, ß auf die Dauer das Heer kein Machtfaktor bleiben kann, nn die innere Zerrüttung weiter fortschreitet; der Haß der tionalitäten wird eines Tages vor den Bezirken der Kanen nicht mehr Halt machen, sondern die Disziplin unter-

graben, ja man behauptet, daß dies schon angefangen hc
Die Anomalie der äußeren Stärke und inneren Schwi
kann nicht bestehen bleiben, ohne den Staat auch nach au
zu schwächen. Dies kann nicht verkannt werden, und m
hört, daß der Thronfolger wisse, was auf dem Spiele st
und entschlossen sei, dem inneren Verfall zu steuern und
Autorität des Staates, mit Friedrich Wilhelm I. zu red
wieder wie einen „rocher de bronce zu etablieren."

Er scheint der Mann dazu; ein handfester Herr, n
Gemüt nicht allzu sehr belastet, aber begabt mit Sinn
Ordnung; kaum ein hervorragend fähiger Mann, aber
kühler Beobachter, der die Menschen einzuschätzen gelernt
als sein Gesundheitszustand es wahrscheinlich machte, d
nicht er, sondern sein jüngerer Bruder dereinst die Kr
tragen werde. Man sagt, daß Franz Ferdinand empört
über die Anmaßungen der Madjaren, die jede pflichtmäß
Leistung zu Erpressungen gegen die Krone benutzen; m
berichtet, daß die innerpolitische Zerrüttung der Staa
maschinerie dem Ordnungssinn des Thronfolgers widerspri
und daß er vor der jüdischen Korruption und allen ihr V
fallenen Abscheu empfindet. Dazu kommt, daß er notwen
aus dem Selbstbewußtsein des noch nicht ruheselig geworden
Habsburgers heraus jeden Angriff gegen die Autorität
Krone als persönliche Reizung empfindet — kurz, alles spri
dafür, daß er nicht nur weiß, wie faul die Dinge im Rei
Habsburg sind, sondern daß er auch entschlossen ist, sie
reformieren; es werden ihm Äußerungen zugeschrieben, d
wenn sie wirklich gefallen sind, darauf schließen lassen, d
er das Verhältnis der Krone zu Ungarn selbst auf die Gefa
eines kriegerischen Zusammenstoßes in Ordnung bringen wi

Aufgaben des nächsten Kaisers

Wie denkt man sich überhaupt die Möglichkeit, in der E
samtmonarchie Ordnung zu stiften? Fragt man so vi
Österreicher als man kennt, keiner antwortet etwas Greifbare

nd einer widerspricht dem andern. Der Beobachter aus dem
leiche, der sich zu der Ansicht durchgerungen hat, daß die
Zustände in seinem eigenen Vaterlande nur mit Gewalt-
nitteln geheilt werden können, erkennt alsbald die Schwächen
n den Ansichten und Absichten der österreichischen Politiker,
ie um so schwerer ins Gewicht fallen, weil die dortigen Ver-
ältnisse viel schlimmer und verwickelter sind als bei uns.

Auf die Gefahr hin, frivol gescholten zu werden, spreche
h aus: wer glaubt, die Zustände in Österreich-
lngarn — also sowohl das Verhältnis beider
älften zueinander, wie die inneren Wirren in
eiden — könnten im Wege parlamentarischer und
erfassungsmäßiger Behandlung in Ordnung ge-
racht werden, dem fehlt entweder der spezifisch
olitische Blick, oder er belügt sich selbst. Wer diesen
Staat retten will, muß offen bekennen: nur im Wege der
Diktatur kann geholfen werden.

Reichsparlamente, die nicht einmal in Lebensfragen der
Monarchie die nötige Disziplin bewähren; Landtage, die sich
urch Obstruktion selbst ausschalten, haben kein Daseinsrecht,
nd das Bedürfnis der Parlamentarier, an der Krippe zu
tzen, wird die außerhalb Stehenden nicht hindern, jede Hoff-
ung auf die Volksvertretungen aller Kategorien fallen zu
assen.

Ein tüchtiger Herrscher, der den Staat retten will, muß
ber jene zur Tagesordnung übergehen und die Rettung aus
igenem Rechte und der Machtfülle heraus erzwingen, die er
ch durch die Entsetzung der Parlamente wiedergibt. Ich
ehe noch weiter und bin überzeugt, daß die oktroyierte Ord-
ung sich nicht ohne weiteres durchsetzt; dann ist es die Auf-
abe des Herrscherdiktators, sie mit Waffengewalt zu er-
wingen und jeden Widerstand niederzuwerfen. Wie der
reußisch-österreichische Dualismus durch Blut und Eisen ge-
rdnet werden mußte, so wird das gleiche für das Verhältnis
Österreichs und Ungarns gelten, aber auch für die Lösung der
Nationalitätenfrage in beiden Reichshälften. Also wird der

Freund des Landes raten, alle Sentimentalitäten beiseite
setzen, entwürdigte Volksvertretungen nach Hause zu schick
und die Diktatur aufzurichten mit der Aufgabe, Ordnung
stiften in jedem Punkte wo sie fehlt, und mit der Absicht, wer
es not tut, Gewalt anzuwenden.

Jeder Herrscher und jeder ihm helfende Staatsmar
werden gerechtfertigt sein, und jedes Mittel wird gebilli
werden, wenn sie es wirklich fertig bringen, Ordnung zu stifte
freilich darüber werden Herrscher und Minister sich klar se
müssen, mit Halbheiten läßt sich nichts ausrichten, auch nich
mit dem heute so und morgen so. Ein fester Plan mit eiserne
Willen und starker Hand durchgeführt, muß aber gelingen -
denn der Diktator hat das Heer.

Die Deutschen und die Krone

Aber die Deutschen des Landes, was wird au
ihnen?

Die Deutschen haben die Sünden des Liberalismus b
gangen, zum Schaden ihres eigenen Volkes und des Staate
zum Vorteil der andern Nationalitäten; jetzt müssen sie zeige
ob sie etwas gelernt haben und ebenso kühne, wie große Polit
treiben können. Sie sollten vor den Thronfolge
treten und ihm ein Bündnis anbieten des In
halts: sie willigen in die Beseitigung der Verfassungen, vo
allem der Parlamente, und unterstützen die Diktatur des z
künftigen Kaisers mit allen Mitteln, indem sie sich ihm al
Staatsvolk zur Verfügung stellen. Die Diktatur soll de
zentralistischen Staat wieder herstellen, mit einem Reichs
parlament, in welchem die Zahl der Abgeordnete
der einzelnen Nationalitäten im Verhältnis zu
heutigen Gesamtsteuerleistung festgelegt wird
das Wahlrecht innerhalb der Nationalitäten wird zweckmäßi
ein nach Bildung und Besitz gestuftes Klassensystem sein. De
Kaiser sichert den Deutschen zu, daß deutsch die Reichsspra
wird und daß überall den Deutschen, auch wo sie in der Minde
heit sind, ihr Recht werde unter der Formel, daß das Staat

volk nirgends majorisiert werden dürfe. Es ist anzunehmen, daß der Steuerleistung entsprechend die Deutschen im Reichsparlament die absolute Mehrheit erhalten; würde das nicht eintreten, so müßte in der zu oktroyierenden Reichsverfassung bestimmt werden, daß ein Mehrheitsbeschluß, dem alle deutschen Stimmen entgegenstehen, ohne Wirkung bleibt. Das Klassenwahlrecht innerhalb der Nationalitäten wird dafür sorgen, daß die deutschen Abgeordneten nicht Volksverrat üben können. Unter solchen Bedingungen werden die Deutschen den Kaiser unterstützen, etwaigen bewaffneten Widerstand zu brechen, und sie werden sich auch insofern wieder als Staatsvolk bewähren, daß sie die Masse der Beamten und Offiziere stellen.

Dem Plane, sich dem kommenden Kaiser in solcher Weise zur Verfügung zu stellen, hält man die Warnung entgegen, die aus dem Sprichwort „Dank vom Hause Habsburg" klingt. Mit vollstem Rechte ist das nationale Deutschtum Österreichs der Dynastie gegenüber mißtrauisch geworden, und man wird, auch wenn man alle Verfassungsbedenken über Bord wirft und dem volksschädlichen Pseudoliberalismus absagt, doch den Zweifel hegen, ob der Kaiser die ihm zugestandene Diktatur nicht zum Nachteil der Deutschen mißbrauchen werde, ob nicht am letzten Ende die dummen Deutschen hören würden: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen". In der Richtung dieser Zweifel wird man daran erinnern, daß Erzherzog Franz Ferdinand ganz allgemein wegen seiner Gemahlin als tschechisch gesinnt geschildert wird, und außerdem als streng klerikal. Daß er ein frommer Katholik ist, dafür liegen Beweise vor; daß er klerikal sein sollte im Sinne der Auslieferung staatlicher und dynastischer Ansprüche an die Kirche, ist bei einem Manne von so ausgesprochenem dynastischem Selbstgefühl nicht anzunehmen; daß er ein Tschechenfreund im Sinne der Deutschfeindschaft wäre, muß bei der Annahme geringsten politischen Instinkts und Voraussicht geradezu als ausgeschlossen gelten, denn was können die Tschechen dem Habsburger bieten, der das Gesamtreich wieder herstellen will? Ich gebe zu, die

Deutschen haben allen Anlaß, mißtrauisch gegen den kommenden Kaiser zu sein, aber sie können das Spiel für ihr Volk nur gewinnen, wenn sie kühn sind und Großes wagen; unter keinen Umständen dürfen ihre Führer sich in der Haltung gegen den Herrscher durch Gerüchte bestimmen lassen, auch wenn diese die ganze Presse durchlaufen; sie werden so vorsichtig sein und die Quellen dieser Gerüchte erforschen, und dann finden sie Madjaren und Juden am Werke, letztere in Pest gleich eifrig wie in Wien, und alle beide gleich raffiniert in der öffentlichen Diskreditierung des Mannes, den sie allen Anlaß haben, zu fürchten, und dessen Absichten sie schon entgegenarbeiten, ehe er zum Throne gelangt. Wer die Madjaren und die Juden mit ihrer Presse kennt, der wird ihrer Suggestion nicht erliegen — im Gegenteil, er wird bei einigem Instinkt seine Sympathie dem Manne zuwenden, den jene so hassen; denn schließlich kann man auch denken: sage mir, wer dich hasset, und ich sage dir, wer du bist.

Aber auch in dieser Schicksalsfrage für das Deutschtum Österreichs heißt es, alle Sentimentalität vermeiden und kühl-realpolitisch verfahren. Die Überlegung spricht dafür, daß der künftige Kaiser, wenn er sein Reich retten will, mit den Deutschen zusammengehen muß, einerlei ob er sie liebt oder nicht; die Überlegung spricht dafür, daß die Stellung der Deutschen nur im Zusammenwirken mit der Krone haltbar ist —: also sind beide geborene Bundesgenossen. Stellt es sich heraus, daß dieser Herrscher auf die rettende Reform verzichtet, so geht das Schicksal seinen Gang, und die Deutschen brauchen sich die Köpfe nicht zu zerbrechen — sie werden nicht habsburgischer sein als der Habsburger; zeigt er sich als Feind der Deutschen, so werden sie dem Kampfe nicht ausweichen. Aber bietet er sich als Bundesgenosse an, oder ist er bereit, die deutsche Hilfe anzunehmen, so soll sie ihm um deswillen nicht versagt werden, weil er von Juden und Madjaren als stockklerikal und tschechenfreundlich hingestellt wird.

Möglich, daß später, nachdem die Reform in gemeinsamer Arbeit bewältigt ist, der Herrscher, schlecht beraten, sich von den Deutschen abwenden würde; solchen Betrug brauchen die Deutschen nicht zu fürchten, denn er würde sich in seinen Folgen schließlich, d. h. sehr bald gegen den wenden, der ihn begeht.

Deutschland und Österreich

Die Sicherheit gegen eine dauernde Schädigung durch solche Täuschung erhält das Deutschtum Österreichs durch das Deutsche Reich, und hier ist der Anlaß, zum Ausgangspunkte dieser ganzen Erörterung zurückzukehren, zur Frage der Bündnisfähigkeit des Habsburgerstaates; dabei wird die Notwendigkeit sich ergeben, daß wir im Reiche in bezug auf manchen heute befolgten Grundsatz unserer Politik umlernen müssen.

Das Bündnis mit Österreich-Ungarn hat für uns nur Wert, wenn dessen Heer stark und leistungsfähig ist; zerfällt das Heer infolge des weiteren inneren Zerfalles des Staates, so schwindet jedes Interesse an dieser Bundesgenossenschaft, ja es könnte nötig werden, aus Gründen der eigenen Sicherheit Maßregeln zu ergreifen, die die äußere Unverletztheit des kranken Staates beeinträchtigen würden.

Bismarck hat bekanntlich das Verhältnis zwischen dem Hause Habsburg und den Deutschen Österreichs sehr vorsichtig behandelt, viel vorsichtiger als sein alter Kaiser; aber darüber hat er keinen Zweifel gelassen, daß ein slawisches Österreich, d. h. ein Österreich, in dem die deutschfeindlichen Slawen aller Art im Bunde mit der Krone regieren, für das Deutsche Reich unerträglich ist; die Gründe hierfür sind so klar, daß man sie nicht zum hundertsten Male darlegen muß. Daraus ergibt sich, daß wir den geheiligten Grundsatz von der Nichtintervention verwerfen und im Reiche offen bekennen: wir können der Entwicklung in Österreich nicht ruhig zusehen, wenn der neue Herrscher den selbstmörderischen Versuch machen sollte,

sich den Slawen in die Arme zu werfen und deutschfeindlich zu regieren; dasselbe müßten wir tun, wenn er kraftlos den Staat dem Untergang entgegentreiben läßt, und endlich müßten wir wiederum einschreiten, wenn er nach anfänglicher Zusammenarbeit mit den Deutschen und nach Erreichung seines nächsten Ziele diese seine Bundesgenossen verraten würde.

In der Entschlossenheit der reichsdeutschen öffentlichen Meinung und der von ihr beeinflußten amtlichen Politik, die Deutschen Österreichs unter keinen Umständen das Opfer einer feindlichen Haltung der Krone und der Slawen werden zu lassen, liegt am letzten Ende die Daseinsbürgschaft des österreichischen Deutschtums, und weil dies so ist, kann jenes trotz alles Mißtrauens den Bund mit dem Thronfolger wagen.

Ja, man kann einen Schritt weiter gehen, wiederum mit der Interventionsscheu brechend, und sagen, die Erhaltung des österreichischen Deutschtums und die Stärkung des Staates durch Wiederaufrichtung des Zentralismus liegen so sehr im reichsdeutschen Interesse, daß eine kluge Staatskunst des Reiches dem künftigen Habsburger Herrscher ihre Hilfe zur Verfügung stellt, wenn er sie gegen aufrührerische Slawen oder Madjaren braucht; so gut Rußland im Jahre 1849 die Madjaren niederwerfen half, so gut kann Deutschland etwa die Tschechen zähmen helfen.

Wenn man schon den Slawen Zisleithaniens gönnen würde, wieder unter die Fuchtel eines starken Mannes zu kommen — die Madjaren unter den Zentralismus zu bringen, das geht der öffentlichen Meinung Deutschlands gegen den Strich, denn sie sind doch unsere bekannten Bundesgenossen.

Umlernen, umdenken! Man betet nach, was die madjarische und jüdische Presse einem vorsingt, ohne zu prüfen, ob es wahr ist. In Wirklichkeit sind die Madjaren fanatische Feinde alles Deutschen, nicht nur in Ungarn, nicht nur in Zisleithanien, sondern auch des Deutschen Reiches, und ihren Wert als Bundesgenossen gegen die Slawen aus eigenem Ent-

chlusse, haben sie längst verloren; das tatsächliche Vorhandensein der Madjaren wirkt ja als Keil zwischen den Slawen und wird so weiterwirken, auch wenn die Krone im Bunde mit allen Deutschen des ganzen Reiches das zentralistische Regiment wieder herstellt.

Also um der „ritterlichen" Madjaren willen wird kein Deutscher im Reiche sich gegen ein Bündnis seiner ostmärkischen Volksgenossen mit dem Hause Habsburg unter reichsdeutschem Hilfsversprechen zu wenden brauchen.

Ziehen wir aus allem jetzt Gesagten die Folgerung, so kommen wir zu sehr klaren Schlüssen: das Deutsche Reich hat ein höchstes Interesse daran, daß ein starkes, in sich gefestigtes Österreich als einheitlicher Staat besteht und erhalten bleibt; dies Interesse ist so groß, daß zur Erreichung des Zweckes dem Hause Habsburg sogar Waffenhilfe geleistet werden sollte.

Die Voraussetzung für ein solches unbedingt freundschaftliches Verhältnis ist das freundliche Verhalten der Krone und der Staatsgewalt zum ostmärkischen Deutschtum, das in dem Gesamtstaat dem Deutschtum die Stellung gewährt, die ihm als dem eigentlichen Staatsvolke zukommt.

Ist diese Voraussetzung erfüllt und hat die Krone mit oder ohne reichsdeutsche Hilfe Ordnung gestiftet, so wäre das ewige Bündnis anzustreben, von dem oben geredet worden ist und unser Bevölkerungsüberschuß aus dem Reiche könnte nach Südosten geleitet werden, um dem dortigen Deutschtum neues Blut zuzuführen.

Alles in allem: eine Freundschaft auf Leben und Tod, Gedeih und Verderb, die Habsburg vor allen Stürmen retten würde, ebenso wie unsere Volksgenossen im Donaustaate.

So bereit wir nun sind, dieses engste Verhältnis einzugehen, so soll man doch wissen lassen, daß wir zum Äußersten entschlossen sind, wenn Habsburg deutschfeindlich würde. Man kann ruhig das Schlagwort aussprechen: Der Habsburger Staat wird deutschfreundlich sein, oder er wird nicht sein. Will es ein Herrscher auf sich nehmen, deutsch-

feindlich zu regieren, so wird dieser Staat zusammenbreche
und das Reich ist verpflichtet, in diesem Zusammenbruche d
Deutschen zu retten und zu sammeln.

Der Weg scheint so klar vor beiden Teilen zu liege
daß man meinen sollte, er könnte gar nicht verfehlt werde

Daß zu den Interessen, die das Deutsche Reich unt
allen Umständen schützen muß — also selbst auf die Gefa
einer Intervention — der Weg zur Adria gehört,
klar; wenn man in Berlin weiß, was hier auf dem Spie
steht, ergibt sich die Unmöglichkeit der trialistischen Pläne, d
dem Thronfolger untergeschoben wurden — wohlgemer
wiederum von Juden und Madjaren.

Aus diesen Blättern ergibt sich, wie unendlich viele u
schwere Arbeit unser Volk und seine Führer zu verrichte
haben, um deutsche Art und Macht sicherzustellen — nirgen
wird sie schwerer sein, als im Reiche der Habsburger, nirgen
aber ist sie auch nötiger und dringender; im rechten Geis
angefaßt und vollführt, wird sie eine gestaltende Wirkung a
die Ostmarkdeutschen ausüben und ihnen wiederschenken, w
sie verloren glaubten, ihr Vaterland; Habsburg aber wird g
borgen sein, und Österreich ist endlich, was es bis jetzt no
nie gewesen ist, ein Staat.

Rußland

Was unseren andern Nachbarn im Osten betrifft, da
russische Reich, so wird man daran festhalten, da
von deutscher Seite betrachtet, kein vernünftiger Grund zu finde
ist, der beide entzweien sollte. Die inneren Zustände Ruß
lands kümmern uns nicht, denn sie gehen uns gar nichts a
das wird sich erreichen lassen, daß den deutschen Rück
wanderern der Weg nach dem Reiche nicht verspert
wird. Eine Rettung des Deutschtums in baltischen Lande
durch Eingreifen des Reiches liegt nicht in den Grenzen d
Möglichkeit; sollte der russische Staat so selbstmörderisch töric
sein, wirklich diese seine treuesten und wertvollsten Unte
tanen erdrosseln zu wollen, so bleibt nichts andres übrig, a

er Rat an die dortigen Deutschen, das furchtbar Harte zu
n, den Bruch mit fast tausendjähriger Entwicklung zu voll-
ehen und das Land ihrer Väter zu verlassen. Das Reich und
r nach unsern Wünschen mit ihm verbündete Habsburger-
at wird diese unvergleichlich bewährten Deutschen mit offenen
rmen aufnehmen und ihnen die Stelle vor dem Feinde an-
eisen, wo sie die überlieferte Tüchtigkeit und Schulung mit
ussicht auf Erfolg bewähren können.

Etwas anderes können die Balten nicht erwarten, anderes
nn Reichs-Deutschland nicht versprechen; denn das ist doch
cht zu verkennen: so wenig die Deutschen dulden könnten,
ß Rußland sich der Weichselmündung bemächtigt und sie
uernd hält, so wenig können die Russen zulassen, daß sie
n Baltikum von der Ostsee abgeschnitten werden. Daran ist,
lange das russische Reich als Einheitsstaat besteht, nichts
ändern; anders kann es werden, wenn das mit einer Ver-
ssung beglückte Land die gewaltigen Gegensätze der ver-
iedenen Nationalitäten zum Ausbruch kommen läßt und
n Auseinanderfallen in verschiedene Staaten erfolgte.

Es sei wiederholt: von deutscher Seite ist kein vernünf-
ger Anlaß zu einem feindlichen Zusammenstoß zu erblicken;
ders sieht die Sache auf russischer Seite aus. Denn der
usse haßt den Deutschen mit dem instinktiven Hasse des in
der Begabung Unterlegenen gegen den Überlegenen; alles
n Deutschen ist ihm zuwider, sein Fleiß, seine Redlichkeit,
ine Ordnungsliebe, seine Reinlichkeit, und er erblickt in der
etätigung dieser Eigenschaften eine ihm unerträgliche Über-
bung. Dieser Deutschenhaß ist die treibende Kraft des Pan-
wismus und auch insofern politisch für uns von Wichtig-
it, als jede Regierung jederzeit, wenn sie sich durch einen
pulären Krieg von inneren Schwierigkeiten entlasten will,
gen uns losschlagen kann. Dem Hasse des Volkes entspricht
n tiefeingewurzeltes ganz unbegründetes Mißtrauen der Re-
erenden, und so kommt es, daß wir einen Feind im Osten
ben, der genau so unsere Wachsamkeit und Schlagfertigkeit
twendig macht, wie der im Westen.

Ein Krieg mit Rußland hat für das Deutsche Reich nich
Verlockendes, aber auch nichts Fürchterliches; dieser Gegn
mag zwar infolge seiner der unsrigen fast um das Doppel
überlegenen Volkszahl ein ungeheures Heer unterhalten, ab
es steht viel davon auf dem Papier, und von der wirklich vo
handenen Streitmacht wird kaum mehr als ein Drittel geg
uns verwendet werden können, da man das Innere des grenze
losen Reiches nicht der Anarchie ausliefern und den Osten nic
entblößen kann. Hierzu kommen die Schäden des slawische
Charakters, Disziplinlosigkeit, unordentliche Heeresverwaltun
mangelhafte Ausrüstung und Desorganisation des Staat
ganzen — alles Umstände, die uns bei einigermaßen zu
reichender Führung die Gewißheit der Überlegenheit gewähre
dazu kommt noch, daß voraussichtlich ein Krieg mit Rußlan
Österreich an unsere Seite führen würde. Das Wahrschein
lichste ist, daß Frankreich und Rußland gleichzeitig vorgehe
und daß wir beiden, mit Österreich als Bundesgenossen, gege
übertreten würden; dann ist die Arbeitsteilung jedenfalls s
daß in der Hauptsache wir uns gegen Frankreich wenden un
im Norden und Osten nur so viel Truppen lassen, um eine
russischen Einfall abzuwehren, daß im übrigen aber der Krie
gegen Rußland von Österreich geführt würde, dem von Reichs
truppen noch so viel zugesellt werden, als nötig sind, um de
Russen etwas überlegen gegenüberzutreten.

Es sei wiederholt, der russische Krieg hat keine Schrecke
für uns, auch nicht der gleichzeitige Kampf mit Frankreich
was letzterem gegenüber in bezug auf die Notwendigkeiten in
Falle des deutschen Sieges gesagt ist, gilt auch den Verhält
nissen des Ostens entsprechend für den des deutschen ode
deutsch-österreichischen Sieges gegen Rußland; wir werde
die Gebietabtretungen verlangen, die uns eine bessere Grenz
und gleichzeitig Siedelungsland gewähren, wobei die Evaku
ierung sich nicht umgehen lassen wird; für unseren Bundes
genossen wird der Preis darin bestehen, daß ihm für sein
Balkanpolitik Bewegungsfreiheit zugestanden wird.

ie Türkei

Nur um vollständig zu sein, sei auch unseres Verhältnisses zur Türkei gedacht, das eine Zeitlang in manchen Köpfen chst phantastische Vorstellungen erzeugt hat. Kein Zweifel, ß die Türkei einmal ein willkommener Gelegenheitsbundesnosse sein kann, wenn sie zufällig aktionsfähig ist — noch niger zweifelhaft aber, daß es eine unverzeihliche Torheit ire, an die Möglichkeit eines festen Bündnisses zu glauben, s uns zu jeder Zeit wirksamen Beistand leisten könnte. War Türkei vor dem Sturze Abdul Hamids schon an allen Ecken d Enden ihres Staatsgebiets so sehr in Anspruch genommen, die Abfallbestrebungen militärisch niederzuhalten oder überchen zu lassen, daß sie an keine wirksame Machtentfaltung gen eine europäische Macht oder zugunsten eines europäischen undesgenossen denken konnte, so ist sie jetzt, nachdem die ngtürken an der Herrschaft sind und den wahnwitzigen rsuch machen, dieses Konglomerat von ganz und halbbarischen Stämmen verschiedenster Rassen und Sprachen rlamentarisch-konstitutionell zu regieren, zu jeder größeren, ısthaften Aktion unfähig. Die weitere Zerrüttung dieses aatswesens kann gar nicht ausbleiben; die sog. jungrkische Bewegung verschleiert durch ihren önen Namen, daß sie in der Hauptsache eine dische Unternehmung ist, der das Wohl und die Freit aller andern Untertanen der Türkei, die nicht ihre Glaubensgossen sind, im höchsten Grade gleichgültig ist. Wenn je ein aat nur straff absolutistisch regiert werden konnte, so ist es Türkei — nun läßt man die Juden ihre Künste an ihm suchen, und das Ergebnis muß eine neue Bewährung des n Satzes werden: „Qui mange du juif, en meurt."

Mit diesem Urteil soll nicht bestritten werden, daß auch htjuden mit hochfliegendem Idealismus und reinem Willen dem Jungtürkentum angeschlossen haben — aber diese teren Elemente können ebensowenig als Führer angesehen den und eine stärkere Wirkung ausüben, wie etwa die verjenen Idealisten unter der sog. deutschen Sozialdemokratie

jüdischer Observanz, und es wird trotz der Anerkennung die
Tatsache dabei bleiben, daß sehr bald das jetzige Regim
den türkischen Staat zur völligen Auflösung bringt.

Einen solchen Staat als Bundesgenossen zu werben o
gar ein Bündnis mit ihm schließen zu wollen, wäre eine p
tische Torheit, und man kann gar nicht eindringlich genug
der phantastischen Einbildung warnen, daß jetzt, wo die So
der Freiheit über Mohammeds Reich aufgegangen ist,
Kulturstaat sich schnell entwickeln werde, der sich zum Dank
die deutsche Hülfeleistung auf den verschiedensten Gebie
zu einem treuen und kräftigen Bundesgenossen des Deutsch
Reiches auswachsen werde.

Rumänien

Also laßt alle Hoffnung fahren, was die Türkei betri
aber haltet gute Fühlung mit Rumänien, dem Lan
in dem ein deutscher Fürst im Bunde mit dem patriotischen
anständigen Teile der gesellschaftlichen Oberschicht wirklich H
vorragendes geleistet hat — bekanntlich in scharfer Abw
gegen die Juden, die dafür bei den Höfen und Regierun
der Welt mit ihren Beschwerden hausieren gehen. So
beträchtlich die rumänische Kriegsmacht im Verhältnis zu
übrigen in Kampf tretenden Heeren auch sein wird, an
Stelle, wo man sie verwenden kann, wird sie sehr wertv
Dienste tun. Es sei nicht übergangen, daß die Beziehun
zwischen dem Deutschen Reiche und Rumänien die denk
besten sind, und der gerechte Beobachter wird sagen, daß
diesem Punkte Herr von Kiderlen-Waechter als früherer
sandter sich bewährt hat.

Vorderasiatische Siedelungspläne

Während im allgemeinen die bürgerlichen Radikalen
kolonialer Siedelungspolitik als Anhänger des „lais
faire laisser aller" nichts wissen wollen, bejahen die aus
Nationalsozialen hervorgegangenen die Notwendigk

lche Politik zu betreiben — aber sie begehen den Denkfehler, ese nur, wenn ich so sagen soll, als Kulturpolitik zu behandeln, cht aber als Machtpolitik. An die Gewinnung des be-delten Bodens für das Deutsche Reich denken sie nicht. Das ürde also darauf hinauslaufen, daß wir statt selbstherrlicher olonialpolitik nach den Bedürfnissen des Deutschen Reiches ne neue Auswanderung in fremdes Staatsgebiet nicht nur ılden, sondern von Reichs wegen fördern und organisieren llen. Dahin gehören alle Pläne, Syrien und esopotamien deutsch zu besiedeln. Eine Besitz-greifung dieser Länder für das Deutsche Reich ist ganz aus-schlossen, weil wir nicht die Stellung im Mittelmeer haben, e die notwendige Voraussetzung einer solchen Eroberung äre; daraus ergibt sich von selbst, daß wir deutsche Siedler rthin nicht abgeben dürfen. Sie würden uns mit derselben dlichen Sicherheit verloren gehen, wie die nach Amerika Aus-andernden; sie würden Untertanen des fremden Staates erden und voraussichtlich sehr bald dem englischen und fran-zösischen Einfluß erliegen.

Derartige brotlose Künste dürfen wir nicht mehr aus-ben, und man kann nicht dringend genug davor warnen, m Trugbild der kleinasiatischen, syrischen oder mesopotami-hen Siedlungspolitik nachzujagen. Natürlich soll damit nicht sagt sein, daß auch der einzelne wagemutige Kaufmann, nternehmer oder Landwirt diese Länder meiden soll — durch-us nicht; es kann nur erwünscht sein, wenn das Ausland-eutschtum den Kreis seiner Wirksamkeit und seines Einflusses eiter ausdehnt; was hier bekämpft wurde, ist der Plan, eine rartige asiatische Kolonisation im großen Stile auf deutsche osten ins Leben zu rufen.

Nordamerika

Nun wäre noch zu erörtern, wie wir uns zu den Weltmäch-ten über den Meeren, zu den Vereinigten Staaten on Nordamerika und Japan stellen sollen; beiden haben

wir Dienste von eigentlich unbezahlbarem Werte geleistet, be
denken nicht im entferntesten daran, sich uns dafür verbund
zu fühlen, noch viel weniger sich durch die Tat dankbar
erweisen. Wer politisch denken gelernt hat, wird ihnen d
gar nicht übel nehmen, denn der Staat darf eben nicht sen
mental sein, sondern er muß immer das eigene Intere
wahren; das aber können wir verlangen, daß die fehler
Sympathie nicht gar zu unverbindlich zur Schau getragen wi

Was Amerika betrifft, so hat es eine Zeit gegeb
wo man sich bemühte, diesen Vetter mit allen Mitteln höfisch
Schmeichelkünste für uns zu gewinnen — für den stolze
selbstbewußten Deutschen peinliche Erinnerungen. Die Bieb
männer der Union haben alle diese Liebeswerbungen mit k
protzigen Nonchalance genossen, die ihrer Unkultur so wo
ansteht, und sind kalt bis in die Herzgrube geblieben; wo ei
Gelegenheit war, dem Deutschen Reiche auch nur den gut
Willen zu zeigen, haben sie mit unfehlbarer Sicherheit d
Gegenteil getan.

Was können wir politisch von Amerika erwarte
Dachte man wirklich daran, daß die Union sich in eine
deutsch-englischen Kriege auf die deutsche Seite schlagen werd
Fürchtete man, daß sie England gegen uns unterstützen werd
Eines ist so ungereimt wie das andere. Die Amerikaner wisse
daß sie der tertius gaudens sein werden und hüten sich, di
sympathische Rolle mit der eines Teilnehmers am Kamp
zu vertauschen. Welches Interesse sollte sie dazu veranlasse

Die amerikanische Politik wird naturgemäß allein
Interessen ihres Landes verfolgen, und die gehen dahin, de
kommenden großen Kampfe der europäischen Mächte ruh
zuzuschauen, allen wirtschaftlichen Nutzen einzuheimsen, d
diese Gelegenheit bringen wird, und nachher die politisch
Vorteile auszubeuten, die sich aus der notwendigen Schwächu
Europas ergeben. Ganz gewiß aber wird die Union sich ni
auf die deutsche Seite stellen, und wenn sie es täte, was hätt
wir für einen praktischen Nutzen davon?

Man wird sich also für die Zukunft auf den Standpun

ellen, daß unsere Politik den Vereinigten Staaten gegenüber
ich auf das Gebiet des Wirtschaftlichen beschränkt.
ier liegen schwere Aufgaben und ernste Pflichten; daß die
nion im Kampfe um die wirtschaftlichen Interessen jetzt
ie stärkere Stellung hat, läßt sich nicht leugnen, denn wir
nd im Bezuge wichtigster Produkte auf sie angewiesen. Ge-
ade diese Abhängigkeit sollte aber zum Antrieb einer groß-
ügigen deutschen Kolonialpolitik werden, die uns eben Ge-
iete gewinnt, in denen wir jene Produkte selbst erzeugen, um
ns von dem amerikanischen Lieferanten freizumachen. Ande-
erseits aber schließt diese Anerkennung der starken amerika-
ischen Stellung noch nicht die Notwendigkeit ein, nun wehrlos
em amerikanischen Übermut, der sogar die Form der unver-
üllten Gewalt annimmt, die deutsche Volkswirtschaft auszu-
efern; im Gegenteil, der Güteraustausch ist so ungeheuer, daß
merika ein Interesse daran hat, sowohl unser Verkäufer wie
nser Abnehmer zu bleiben und den Verkehr nicht unterbrechen
u lassen. Also brauchen wir die amerikanischen Herausforde-
ungen nicht ruhig hinzunehmen, sondern wir sollten sie mit
n Gegenmaßregeln erwidern, die den Vereinigten Staaten
igen, daß wir uns nicht jeder Willensregung eines brutalen
egenspielers unterwerfen.

Um zu einem richtigen Verhältnis mit diesem nach allen
ichtungen unsympathischen Gemeinwesen zu kommen, sollte
an ein Ende machen mit der Umschmeichlung des Volkes
nd mit der gesellschaftlichen Bevorzugung amerikanischer
äste auf deutschem Boden; man hat schon so oft so schlimme
rfahrungen mit ihnen gemacht, daß man geheilt sein könnte.
as, was den deutschen Beobachter am meisten verstimmt und
rwirrt, ist der immer stärker werdende Verdacht, daß der
esitz von Geld alle Türen öffnet, auch die des Kaiserschlosses;
wirkt diese Vorzugsbehandlung amerikanischer Gäste genau
derselben Weise, wie die Heranziehung reicher Juden in
e Umgebung des Kaisers.

Südamerika

Nur ein Wort über Südamerika und die angeblichen Al sichten des Deutschen Reiches auf Landerwerb in einer der dortigen Staaten zum Zwecke der Gründung einer Kolon des Reiches: Solche Pläne bestehen nicht, und wenn sie b stünden, wären sie unvernünftig und undurchführbar; sie hätte verfolgt werden können, solange Südamerika noch nicht staa lich organisiert war, jetzt aber, wo das ganze Land aufgetei ist, scheidet jede Möglichkeit einer Besitzergreifung aus. Das i keine Verbeugung vor den südamerikanischen Staaten, dere Kulturgehalt und -Wert eigentlich gar nicht niedrig genug an genommen werden kann, sondern nur die Anerkennung vo geschichtlichen Tatsachen; es ist auch keine Nachgiebigkeit gege die Monroedoktrin, sondern der Verzicht auf Unmögliches – gerade das aber muß dem Deutschen, der in den Beziehunge zu anderen Völkern auch den Schein gewahrt sehen will, eigen lich leid tun, daß man in den Verdacht kommt, de Monroelehre auszuweichen, wenn man alle Absichte auf Südamerika leugnet und als töricht verwirft. Denn wen irgend etwas politische und moralische Genugtuung hervor rufen könnte, so wäre es eine Handlung, die — natürlich dur deutsche Interessen begründet — der unerträglichen An maßung, die in der Monroedoktrin ihren hochmütigen Aus druck findet, die Zähne zeigte.

Japan

Ganz ähnlich, wie zu den Vereinigten Staaten, ist unser Ve hältnis zu Japan, nur mit dem Unterschiede, daß ma dem heroischen Patriotismus der Japaner trotz ihrer Rass fremdheit die Achtung nicht versagen wird, auf die das Krä mervolk der Union mit seiner vom Idealen unberührten See keinen Anspruch hat. Politisch haben wir direkt mit Japa nichts zu tun; ein politischer Gegensatz zwischen beiden Län dern wird sich bei einigermaßen gutem Willen ganz vermeide lassen. Die Ausnützung des russisch-japanischen Gegensatze

m Falle eines Krieges zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland in der Weise, daß wir mit oder ohne Bündnis einen apanischen Angriff im fernsten Osten zu veranlassen suchen, widerspricht dem deutschen Rassegewissen. Wenn wir unsere ganze innere Politik auf der Rasse aufbauen und durch die Aufrichtung der Herrschaft des Rassegedankens wieder gesund machen wollen, so muß auch die äußere Politik dem Gesetze der Rasse untergeordnet werden; dies wird uns verbieten, gegen die weiße Rasse zusammenzugehen mit irgendeiner anderen Rasse, mag es sich in unseren Feinden auch um die niederste Stufe der Weißen, und in den zum Zusammengehen Geneigten um die höchste Stufe der Farbigen handeln. Hier heißt es, den Anfängen widerstehen und die Rassenehre wahren. Der sog. Realpolitiker, der England Arm in Arm mit Japan sieht, wird über solche Prinzipienreiterei lächeln; freilich kapituliert er auch vor den Juden und hält Portugal und die Halbblut-Staaten Amerikas für Kulturländer, weil es da und dort einen anständigen Gasthof gibt; zu der Realpolitik Bismarckschen Stiles gehört aber auch die Wahrung der großen Grundsätze und der Imponderabilien.

Also Achtung der Leistung Japans, Förderung der wirtschaftlichen Interessen unter Beschränkung auf „korrekte Beziehungen" und keinenfalls Zusammengehen mit ihm gegen einen weißen Feind.

Italien

Man wird sich darüber wundern, daß unser dritter Genosse im Dreibund noch gar nicht erwähnt wurde, das Königreich Italien. Die Antwort könnte lauten, wie der Satz des römischen Billigkeitsrechtes „minima non curat praetor", nur ins Politische übersetzt. Von diesem Staate, der Preußen-Deutschland in bezug auf die Durchführung seiner Einigung so viel verdankt, dürfen wir nichts hoffen und brauchen wir nichts zu fürchten. Italiens Bedeutung liegt, wenn man sich gar nichts vormachen will, darin, daß es womöglich den

Anlaß zu einem europäischen Kriege gäbe, indem es Öste
reich selbst angreift oder zu einem Angriffe reizt, und da
dann weitere Verwicklungen folgen. Aber als Macht fällt
auch dann nicht ins Gewicht, sondern nur als Anlaß, und d
großen Entscheidungen zwischen den in den Kampf gezogene
anderen Staaten werden an Italien vorübergehen, als sei
gar nicht da.

Ist es gerechtfertigt, von einem Bundesgenossen so u
freundlich zu reden? Nun, Italien ist nicht unser Bundes
genosse, sondern es spielt ihn; aber es gibt sich so wenig Müh
ihn gut zu spielen, daß man genau sieht, wie verhaßt ihm selb
dies Spiel ist. Italien ist von Englands und Frankreich
Partie — und wir wollen diesen beiden einen solchen Freun
lassen. Seine Geschichte ist nicht ehrenvoll; das stolze „Itali
farà da se" des wirklich großen Grafen Cavour ist nich
Wahrheit geworden; Italien ist durch Frankreich und durc
Preußen-Deutschland „gemacht" worden. Wo es seine eigene
Machtmittel versucht hat, war der Erfolg ein Beweis kriege
rischer Untüchtigkeit; so war es von den Tagen Radetzky
und Tegetthofs bis zur abessynischen Niederlage, und di
jetzige Kriegsführung der Türkei gegenüber ist nichts wenige
als imponierend. Dazu ein Verhalten gegenüber dem deut
schen Bundesgenossen, das mit dem Bülowschen Scherze vo
der „Extratour" sehr nachsichtig gekennzeichnet ist, und end
lich die offenen Unfreundlichkeiten gegen Österreich. Was ha
solch ein Bündnis mit einem so treulosen und untüchtige
Genossen für einen Wert? Unsere Regierenden durchschaue
Italien und halten den Dreibund nur aufrecht, weil sie glauben
daß Frankreich und England mit der Aufstellung ihrer Land
und Seestreitkräfte während der ersten Kriegswochen einig
Rücksicht auf die Möglichkeit nehmen müssen, daß Italie
sich doch auf unsere Seite schlage, daß man also in Südfrank
reich einige Armeekorps belassen müsse und das Mittelmee
nicht ganz entblößen werde, bevor es offen Stellung genomme
habe. Aber sind unsere Regierenden davon überzeugt, daß
diese Unsicherheit vielleicht gar nicht besteht, und daß unser

)eiden heutigen intimsten Gegner nicht ihrer Sache ganz
icher sind, daß Italien *gegen sie nichts* unternimmt?

Das heutige System staatlicher Beziehungen ist so künst-
ich und verschnörkelt mit seinen Allianzen und Ententen,
aß man eigentlich nicht mehr ein noch aus wüßte, wenn man
ie Dinge ernst nähme und nicht sähe, wie oft sie sich gegen-
eitig aufheben und widersprechen. Wenn der erste Kanonen-
litz durch die Dunstwolken dieser Politik der allgemeinen
riegsfurcht gefahren ist, dann werden alle diese verzwickten
lnnatürlichkeiten schnell durchsichtig und einfach werden. Aber
bwohl man das voraussieht, darf man die Frage aufwerfen,
b es nicht geradezu unwürdig ist, ein so verlogenes Ver-
ältnis wie den Dreibund aufrecht zu erhalten. Man gönnt
talien die Vorteile und weiß bestimmt, daß es seine Ver-
flichtungen nicht erfüllen wird. Also: macht ein Ende mit
ieser politischen Lüge. Die Erwägung, daß ein offener ita-
enisch-österreichischer Konflikt durch die Bindung beider im
)reibund hintangehalten werde, hat etwas für sich, sollte uns
n Reiche aber nicht dazu bestimmen, eine Rolle weiter zu
ielen, die von England und Frankreich als die des betrogenen
iebhabers angesehen wird und uns lächerlich macht.

luswärtiges Amt

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Erfolglosigkeit un-
serer auswärtigen Politik hatte auch die Folge, daß man
ne sog. *Reform des Auswärtigen Amtes* verlangte;
e berühmte Bevorzugung des Adels sollte ein Ende haben,
e Vorbildung der Beamten sollte moderniſiert werden —
rz, im Wege papierner Vorschriften sollte uns eine Leitung
id Vertretung des Deutschen Reiches verschafft werden, die
ine äußeren Geschäfte erfolgreich zu besorgen verstehe. Dies
ertrauen auf Prüfungsordnungen und ähnliches Papier ist
enso kindlich naiv, wie die Verwerfung des Adels, der für
nen echten Liberalen des neuen Schlages der Prügeljunge
r alles sein muß, wohl weil man gar nicht mehr daran

denkt, wie viel die liberale Sache alten Schlages dem Ad
verdankt. So skeptisch man dem Adel gegenübersteht, ma
schreibt ihm doch offenbar etwas wie eine „heiligende Macht
zu, die schon den drei Buchstaben „von" innewohnen muß
wie wäre es sonst denkbar, daß, wer heute noch Schön ode
Kiderlen heißt, morgen in den Adel erhoben und mit de
„von" begabt, nun plötzlich ein anderer Mensch sein sollt
Wobei auch nicht zu übersehen ist, daß recht liberale Leut
wie Herr Schwabach, Herr Friedländer und andere, Herr
Siemens nicht zu vergessen, nicht verschmäht haben, sich in de
Adelstand erheben zu lassen.

Um aus dem Spaße dieser Naivitäten herauszukomme
muß man nur die Aufmerksamkeit auf die doch nicht zu b
streitende Tatsache lenken, daß der Junker Bismarck eine au
von den überzeugungstreuesten Radikalen anerkannte aus
wärtige Politik betrieben hat, während die beiden Bourgeoi
aus Worms und Stuttgart, die Herren Schön und Kiderle
die auch geadelt Bourgeois blieben, eine Politik gemacht habe
die auch der Liberalste nicht erfolgreich finden kann. Wa
zwischen beiden Zeiten liegt, läßt sich in Schuld und Mis
glücken redlich zwischen bürgerliche und adelige Beamte de
auswärtigen Dienstes verteilen, woraus der Unvoreingenom
mene sieht, daß es darauf gar nicht ankommt, sondern wie i
allem auf die Persönlichkeiten, auf die Männer. Nehmt all
reichen Bankiers-, Großkaufmanns- und Industriellen-Söhn
die über das väterliche Kontor hinausstreben, im Auswärtige
Amte auf, und ihr habt so wenig Gewähr wie heute, daß etwa
geleistet wird.

Aber sucht euch die Leute aus, die etwas ge
leistet haben, nehmt Gutsbesitzer oder Industrielle, di
dazu bereit sind, große deutsche Bankherren, Offiziere, Journa
listen, Parlamentarier, die sich bei den Verhandlungen übe
auswärtige Fragen als eingearbeitet gezeigt haben — nehm
Leute von Einsicht, Tatkraft und Willen, wo ih
sie findet, und wir kommen wieder vom Fleck
Stellt das Ressort sie zur Verfügung, um so besser — hat e

ine oder nicht in genügender Zahl, so sei sein Chef unbe-
ngen genug, außerhalb des Amtes zu suchen. Der Mangel
er „diplomatischen Berufsvorbildung" kann kein Hindernis
in, nachdem diese Vorbildung ihren geringen politisch-päda-
ogischen Wert bewiesen hat; ja man möchte geradezu den
at geben, einen Staatssekretär zu ernennen, der bisher der
iplomatie nicht angehört hat, damit dieser Zunft frisches
lut zugeführt werde. Ist er ein Mann, wird er's „der-
achen".

Die Engländer sagen „Männer nicht Maßregeln" — mit vollem Rechte dann, wenn man den Geist, in dem die Politik geführt wird, als nicht zu trennenden Bestandteil der Persönlichkeit ansieht. Aber sie wissen auch, daß der echte Staatsmann sich gerade in der auswärtigen Politik auf die öffentliche Meinung seines Volkes zu stützen suchen wird, die erst seinen Bestrebungen Wucht und Geschlossenheit verleiht, die andererseits der einzelne mit seinem Wollen herauswächst aus der Gesamtheit.

Äußere Politik und nationales Leben

Das wechselseitige Sich-Beeinflussen von Volk und Staatsmann, das Sich-Stützen und Treiben und -Wecken ist für eine große nationale Politik unentbehrlich, und deshalb ist es nötig, daß alle, die eine solche Politik herbeisehnen, in unserem politischen Leben so wirken, daß gleichzeitig die Regierenden und die Allgemeinheit, die Staatsmänner und die öffentliche Meinung von dem Hauche eines großen nationalen Wollens erfüllt werden.

Man predige es auf Märkten und Gassen, in der Presse und im Parlamente: Unser Volk will gesund werden und gesund bleiben; es will nach außen eine Politik betrieben haben, die unabhängig, stolz und selbstbewußt ist, freundschaftlich und zu Opfern bereit gegenüber dem treuen Bundesgenossen, ge-

lassen und ruhig den „Korrekten" gegenüber, scharf und zu Bruche bereit gegen die halboffnen und offnen Feinde, sow gegen die falschen Freunde.

Wir empfinden es als unwürdig und schädlich zugleich daß gerade die Deutschen den anderen nachlaufen, deren Gun erbetteln und glücklich scheinen, wenn sie ein freundliches Wo erhaschen.

Ein Volk, wie das unsere, darf im Verkehr mit de anderen selbstbewußt sein, denn es kann auf gewaltige pol tische und kulturelle Leistungen verweisen — so streng es i inneren Leben mit sich selbst verfahren muß, um „besser z werden vor anderen"; nicht hochfahrend und überhebend, w der „Parvenü" in der Staatengesellschaft, sondern sicher un fest und dessen bewußt, daß jede europäisch Staatengründung, alle europäische Kultur vo Germanen ausgeht, mag unser Reich auch die jüngst unter den großen Mächten Europas sein.

Die Engherzigkeit der kleinen Vorteile für den Augenbli sei verbannt, auch der traurige Sinn des Krämers und Nur Händlers; tapfer sei unser Herz und zum Schlagen berei unser Arm.

Krieg und Frieden

Den Frieden lieben sollen alle — alle den Krieg auc ehren. Den Frieden lieben aber heißt nicht, mutlos un ruheselig den Entscheidungen ausweichen, die getroffen sein wollen, wenn nicht unser Volk an Ehre und Bestand Schade leiden soll; den Krieg ehren heißt nicht, zum frechen Frie densbrecher werden, nur um die größere Macht zu zeigen.

Der Krieg sei uns heilig, wie das läuternde Schicksal; wie dieses das Leben des einzelnen oder eines Geschlechtes bessern kann oder vernichten, so denke man sich den Krieg und glaube daran, daß nur der im Sinne der Ewigkeit Schlechte und Unbrauchbare unterliegen wird.

Heilig sei uns der Krieg, wie das läuternde Schicksal,

enn er wird alles Große und Opferbereite, also Selbstlose ecken in unserem Volke und seine Seele reinigen von den chlacken der selbstischen Kleinheit.

Wert sei er uns als der Prüfstein der Kraft und Tüchtigkeit und aller männlichen Tugenden.

Willkommen sei er uns als der Arzt unserer Seelen, er mit stärksten Mitteln uns heilen wird.

Unsere Staatsmänner aber sollen wissen, aß ihr Volk den Krieg nicht fürchtet, sollen wissen, aß das Geschrei um den ewigen Frieden die Gesunden nicht ergiftet hat, sollen wissen, daß wir gerne bereit sind zu ämpfen, wo die Ehre und das Wohl unseres Volkes auf em Spiele stehen. Aber auch das muß ihnen bekannt sein, aß wir Lebenden dies Wohl nicht messen und wägen nach em Vorteil dieses Geschlechtes, sondern daß darin alles liegt, as das Leben unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft hält und sichert. Deshalb sei das Leben des einzelnen und r staatlichen Gesamtheit unter das Wort Friedrich Nietzsches stellt:

Das Land eurer Kinder sollt ihr lieben!

Es ist uns Vaterland und Mutterland für uns selbst, ns Lebende; die Verbindung mit der Ewigkeit schafft ein lick auf unsere Kinder, und damit stellt die Verantwortlichkeit ch ein, die jede Zeit vor der Zukunft trägt.

Das ist deshalb der letzte Wunsch, aber auch die höchste otwendigkeit: Politik nicht zu treiben für den Tag nd seine Bedürfnisse, nicht so, daß der Widerstand jener arteigröße, der Tadel jenes Teils der Presse oder die Feindjast mit dieser parlamentarischen Gruppe vermieden werden - auch nicht so, daß die Unbequemlichkeit eines scharfen Wortes nach diesem oder jenem Staate, oder die einer Abehrmaßregel uns hemme oder gar schwache Nerven oder angelnder Mut — sondern so, daß wir bestehen innen vor der Nachwelt, die besser und stolzer t, als wir selbst, weil wir sie dazu gemacht, indem wir uns selbst gebessert haben.

Deutsche Machtpolitik und innere Wirkung

Deutsche Machtpolitik treiben, heißt die Zukunft unseres Volkes sichern, indem das Notwendige entschlossen getan wird; nicht Vorteile erschleichen, nicht den Schwachen berauben, nicht vor Stärkeren sich beugen, sondern aufrecht durch die Völkerwelt schreiten; im Bewußtsein der Leistungen unseres Volkes und seines Wertes das offen verlangen, was unser Recht ist, und dem gebotenen Kampfe nicht ausweichen — immer auch dessen bewußt bleiben, daß allein das im Völkerleben Segen bringt, was in ernster Arbeit und schwerem Kampfe errungen ist.

Phantasien, politische Sentimentalitäten und Gefühlsschwelgerei — so werden die Herren von der Realpolitik abwehrend sagen, und ihr Urteil wird um so ablehnender lauten, je unergiebiger ihre eigene, Realpolitik getaufte Tätigkeit des schwachen Herzens und des fehlenden Blickes war. Nein, ihr Verehrten, euer Urteil wird nicht mehr gehört, nachdem eure Realpolitik uns über zwanzig magere Jahre gebracht hat, obwohl ihr noch vom Fette des Bismarckschen Ansehens gezehrt habt.

Der Sentimentalität kann niemand ferner stehen, als der, der diese Politik der nationalen Zukunft vertritt, die auch allen Imponderabilien der nationalen Ehre ganz von selbst und aus ihrer Wesenseinheit heraus gerecht wird.

Jetzt ist ein tapferes und schönes Buch erschienen, in dem General von Bernhardi über „Deutschland und den nächsten Krieg" geschrieben hat; darin sagt er von der auswärtigen Politik, daß sie die Phantasie des Volkes befriedigen müsse; das ist psychologisch durchaus richtig, und die Unzufriedenheit mit dem heutigen Regiment ist nicht am wenigsten darauf zurückzuführen, daß es dieses seelische Moment ganz und gar außer Betracht läßt und den gesunden Instinkten des Volkes widerspricht.

Ein anderer, der seine Deutschen sehr gut gekannt hat, Gustav Freytag, sagt in seinen Bildern aus der deutschen Vergangenheit vom Kaiser Rotbart: „Der beste Segen eines großen Herrscherlebens ist, daß es Glanz und Wärme in Mil-

ionen Herzen sendet." Wie wahr das ist, haben alle erlebt, die Kaiser Wilhelm I. am Werke sahen — aber dies gilt nicht nur vom Leben eines erfolggekrönten und geliebten Fürsten, es gilt von jedem Heldendasein und von jeder Tat, und die Tat eines ganzen Volkes ist seine äußere Politik.

Eine stolze, unabhängige, die Zukunft unseres Volkes sichernde Politik wird Glanz und Wärme in die Herzen der Deutschen senden und wieder wecken, was nur eingeschlafen, nicht verloren ist, die echte Vaterlandsliebe.

So wird eine tüchtige auswärtige Politik auch die belebende und segenspendende Kraft unseres inneren Volkslebens werden, und durch die Einwirkung auf die Seelen die Stimmung schaffen, welche die gewaltigen Aufgaben der Reichsreform zu unternehmen und zu lösen wagt.

Was auf dem Wege liegt, wissen wir — wissen auch, daß heftigster Widerstand aller zu erwarten ist, deren vermeintliche Rechte durch die Reichsreform geschmälert werden müßten; so groß werden die Schwierigkeiten sein, daß man zweifeln muß, ob sie verfassungsmäßig sich beheben lassen — und es war oben die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die verfassungsmäßige Durchführung im Anschluß und unter der seelischen Erhebung eines gewaltigen Ereignisses möglich sein werde. Hat man diese Hoffnung, so wird der Krieg gerechtfertigt, den ein Staatsmann mit diesem Ziele der inneren Wirkung unternehmen würde; General von Bernhardi hat den Mut, die Pflicht zum Kriege gegebenenfalls aus den Notwendigkeiten der inneren Politik zu verkündigen. Dieser Gedanke liegt ganz im Geiste Heinrich von Treitschkes, der da sagt: „In den großen Krisen des Völkerlebens ist der Krieg immer ein milderes Heilmittel als die Revolution, weil er die Treue wahrt und sein Ausgang wie ein Gottesurteil erscheint." Freilich bezieht dieser Ausspruch sich auf die große deutsche Krisis im preußisch-österreichischen Konflikte, aber er hat seine Geltung auch für eine solche Krisis, wie sie der Kampf um die Reichsreform bringen könnte.

Vielfach, sehen wir, sind die Aufgaben deutscher Machtpolitik, und sie werden an die Kraft der Leitenden und der Gesamtheit die größten Anforderungen stellen, aber so soll es sein, denn wer es gut meint mit unserem Volke, muß wünschen, daß es ihm schwer gemacht werde.

Aber auch an dem schwersten Werke werden wir nicht scheitern, wenn wir alle erfüllt sind von dem Gedanken an die Zukunft, an die Ewigkeit unseres Volkes.

Deutschtum und Menschheit

Eine beschränkte Auffassung für einen modernen Menschen, mit solcher Leidenschaftlichkeit das eigene Volk in den Vordergrund zu schieben; die Zukunft gehört der Menschheit und der freie Geist strebt hinaus aus den Schranken des Volkes, er will, mit dem Marquis von Posa „ein Bürger dieser Welt" werden. Dem sei entgegnet, daß gerade wir Deutschen gar nicht einseitig und leidenschaftlich genug in der Betonung des Nationalen sein können, denn unsere Schwäche ist die Neigung zum Kosmopolitischen. Was unser Volk ist mit seinen guten und schlechten Seiten, wissen wir — die Menschheit kennen wir nicht und lehnen es ab, für sie zu sorgen oder gar uns für sie zu begeistern. Wo fängt das an und hört es auf, was uns zugemutet werden soll, als zur Menschheit gehörig zu lieben und in unser Streben einzuschließen? Ist der verkommene oder halb tierische russische Bauer des Mir, der Schwarze in Ostafrika, das Halbblut Deutsch-Südwests, oder der unerträgliche Jude Galiziens oder Rumäniens ein Glied dieser Menschheit?

Wer überhaupt an die Menschheit denkt, dem beschränkt sich der Kreis auf die des Menschentums Würdigen, und er findet auch diesen Kosmopolitismus nur berechtigt unter dem Gesichtspunkt der Schonung und Erhaltung edelster Rassekräfte. So wird man an eine Solidarität der germanischen Völker glauben können — was außerhalb dieses Kreises liegt, kümmert uns gar nicht, und mit der germanischen Solidarität

hat es noch gute Wege, wenn man sieht, daß England und das Deutsche Reich kaum ohne Krieg zu einem rechten Verhältnis gelangen werden.

Aber, das dürfen wir sagen, dem edelsten Teile der Menschheit und seiner Erhaltung dienen wir, wenn wir mit allen Mitteln unser eigenes Volk zu bessern und zu stärken streben. Wie oft hören wir von Festrednern bei Bier und Tabak Emanuel Geibels zuversichtliches Wort:

Und es wird am deutschen Wesen
Einmal noch die Welt genesen.

Wie so harmlose Verkündiger der deutschen Größe es meinen, stimmt der Spruch ganz gewiß nicht und muß uns auf die Nerven fallen; aber er trägt Wahrheit in sich, wenn wir, selbst zur Umkehr entschlossen, die Entartung und den Verfall überall sehen. Was ist dies England geworden, das heute noch der deutsche Philister begeistert lobpreist: der Herrschaft der Masse politisch ausgeliefert, seit die aristokratische Schein-Demokratie oder schein-demokratische Aristokratie der Gentry einer sog. echten Demokratie Platz machen mußte; die Landwirtschaft zerstört; die Rasse untergraben von dem industriellen Leben; das Geldwesen im Begriff unter jüdische Führung zu fallen und die geschäftlichen Verhältnisse weitgehend amerikanisiert. Wahrlich, heute hat man das Recht nicht, uns England als Muster vorzuhalten — dagegen in vielem als warnendes Beispiel.

Und doch beruht das Heil der Erde darauf, daß England so wenig wie unser Vaterland zugrunde gehe; kein Zweifel, daß in den gesund gebliebenen, rassig noch unverdorbenen Schichten der englischen Gesellschaft noch die starken Eigenschaften vorhanden sind, die wir nur schwächer besitzen — aber sie gelangen nicht mehr zur Wirkung, denn die Masse hat das Wort. Es könnte sein, daß wir noch einmal Englands Lehrer werden; es ist unser Glück, wesentlich später in den Bannkreis der Industrie gezogen und auch mit der Demokratie später

beglückt worden zu sein; wenn wir uns rechtzeitig besinnen und Halt machen, kommen wir minder geschädigt in die Zukunft und können dem Vetter den Weg zur Rettung zeigen, wenn anders er noch die innere Kraft dazu hat.

Das wäre zwar keine Politik der Menschheitbeglückung, aber eine solche germanischer Rassengemeinschaft, und sie könnte, wenn sie dereinst gelänge, wahr machen, daß am deutschen Wesen die unter germanischer Führung stehende Welt genese.

Doch das ist eine Sorge fernerer Zukunft. Jetzt handelt es sich um uns selbst, und unsere Losung laute: die äußere Machtstellung des deutschen Volkes zu sichern und auszubauen, um seinem inneren Leben die unzerstörbaren Grundlagen zu geben.

Helfer und Gegner.

Die Aufgabe

Daß es im Deutschen Reiche nicht mehr so „weitergehen" kann, wie bisher, darüber sind Millionen einig; was aber geschehen soll, damit es besser werde, darüber kommen sie nicht zur Klarheit; auch ernste und sorgenvolle Männer kommen nicht über Einzelvorschläge hinaus, denn sie erkennen nicht, daß die Umkehr im ganzen notwendig ist oder sie wagen nicht, daran zu denken.

Die Reichsreform, die oben vorgeschlagen worden ist, umfaßt alle Gebiete des nationalen Lebens, auf denen Krankheits-Erscheinungen sich gezeigt haben, und sie will auf allen die Gesundheit wiederherstellen; möglich, daß ich nicht einmal alle Schäden erkannt oder erörtert habe; die Reichsreform ist also eine Vielheit von Einzelmaßregeln, zusammengehalten von dem Zweckgedanken des nationalen Wohles.

Mancher meiner Vorschläge wird den Beifall dieses oder jenes Personenkreises finden — aber das Ganze? Man wird geneigt sein, die Überlegenheit der eigenen politischen Erfahrung zu zeigen und mitleidig sagen:

Leicht bei einander wohnen die Gedanken
doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Als ob ich das nicht selber wüßte. Jede Zeile dieses Buches spricht von Mühen und Kampf, von schwersten Mühen und Kämpfen, die Ordnung bringen sollen; es ist kein Bild des Friedens und Genießens, das ich vor Augen sehe, sondern das einer Arbeit, die um so härter sein wird, als sie vielen Einzelnen aus Liebe zum Ganzen weh tun muß.

Wer von den Millionen in unserem Volke, die eine Besserung heraufführen möchten, es wirklich ernst nimmt, der muß sich überzeugen, daß mit Flicken und Kleistern nicht mehr geholfen werden kann; nur ganze Arbeit bringt das Heil.

Wer wird dazu sich bereit finden?

So weit verbreitet die „unorganisierten" Reformgedanken

sind, so wenig finden sie im öffentlichen Leben ihre Vertreter — nach allem, was oben festgestellt worden ist, kein Wunder. Alle Sozialisten, Bürgerlich-Radikalen, Jüdisch-Mißleiteten schreien nach Erweiterung der Rechte der Masse, und mit ihnen schreit ihre Presse; sie schwärmen vom Frieden und hassen den kulturfeindlichen Militarismus — kurz, sie sind in allem der Gegenpol dessen, was die Reichsreform erreichen soll.

Darüber wird man sich klar sein, daß diesen Kreisen gegenüber jede Mühe verloren ist, sie von der Notwendigkeit der Reform mit ihren Opfern aller Art überzeugen zu wollen; die Reform wird gegen sie gemacht werden müssen, also gegen den Widerstand der Masse und ihrer Leiter in der Presse und in den Parteien. Dieser Erkenntnis gemäß sind oben schon die Maßregeln besprochen worden, die diesen Widerstand besiegen werden, und wir brauchen uns mit diesen Gegnern hier nicht mehr zu beschäftigen.

Nationale Radikale

Nur weniges sei über die ausgesprochen nationalgesinnten bürgerlichen Radikalen gesagt, die aus der gescheiterten nationalsozialen Partei ihre Unterkunft bei den Deutschfreisinnigen gefunden haben. Bei ihnen ist idealer Schwung und lautere Begeisterung zu finden; ihrem vornehmsten Vertreter Friedrich Naumann wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Aber sie haben sich verirrt im politischen Leben unserer Zeit und predigen eine Abart von Liebe zum Volke, die Verderben bringen muß. Sie sind recht eigentlich die Fanatiker des Rechtes der Masse, ganz unberührt von den Lehren der Geschichte, die auf jede Massenherrschaft den schmählichsten Untergang hat folgen lassen. Aus dem sozialen Empfinden eines in weitgehendem Maße gerechtfertigten Mitleides mit dem städtischen Industrieproletariat heraus, haben sie sich in einen Taumel hineingefühlt, -gedacht und -geredet, der in den Entwurzelten die Blüte unseres Volkes erblickt; die seßhaft

Gebliebenen auf dem Lande, aller städtische und ländliche Mittelstand sind ihnen Rückständige, die sich von kaltherzigen Interessenpolitikern zu Zwecken politischer Reaktion mißbrauchen lassen. Daher ihr förmlicher Haß gegen alles, was ans Land und an die Landwirtschaft erinnert, und gegen den kleinen städtischen Mittelstand — alles geistig, wirtschaftlich und politisch Zurückgebliebene, denen gegenüber der Proletarier der wertvollere Mensch und Bürger ist. Deshalb kann man ihm ruhig das Regiment anvertrauen, er wird es, dazu berufen, mit Mäßigung und allgemeinnützlich ausüben. Bequem ist dieser Götzendienst vor der Masse, aber ein Verbrechen an unserm Volke, und man möchte die harten Worte, die Luther gegen alle Schwarmgeisterei geschleudert hat, auf sie anwenden. Denn das sind Schwarmgeister, die aus christlichem Mitleid mit dem Lose des Proletariats in Gedankensprüngen unter Verachtung aller geschichtlichen Lehren dazu kommen, das Volksganze unter die Führung der Massen stellen zu wollen. Ihr Verbrechen wird durch das nationale Gewand, das sie ihrem Streben umhängen, nicht gemindert, denn auch die nationalbewußte Masse bleibt Masse und wird Politik nur nach den Interessen und dem Urteil der Masse betreiben.

Es ist nicht Überhebung des Besitzenden oder vielleicht besser Gebildeten, ein solches Regiment abzulehnen; wir sehen in allen Deutschgeborenen auf dem Boden des Reiches unsere Volksgenossen, und unsere Liebe und Sorge gehört ihnen; aber wir dürfen ihnen um deswillen nicht anvertrauen, was sie nicht leisten können.

Die Schwarmgeisterei nationalsozialer Herkunft wird unsere Pläne als Angriff gegen die Rechte der Masse verwerfen, und wir müssen auf schärfsten Kampf von dieser Seite gefaßt sein — nicht weil sie irgendeinen beträchtlichen Teil des Proletariats hinter sich hätte, das ja gar nichts von ihr wissen will, sondern weil sie durch die Vermittlung der Juden über einen sehr großen Anhang in der Presse verfügt und auf diesem Wege die öffentliche Meinung verwirren kann.

Schrittmacher der Sozialdemokratie

Die Auseinandersetzung der entschlossenen Bürgerlichen m
diesen Halbsozialisten ist an sich eine Notwendigkeit, di
wohl nach dem Verhalten der Freisinnigen bei der letzte
Reichstagswahl unausbleiblich geworden ist; man wird sic
dabei vor Augen halten müssen, daß eine wirksam
Bekämpfung der Sozialdemokratie erst dann be
ginnen kann, wenn ihre bürgerlichen Schritt
macher und Helfer niedergekämpft sind. Deshal
sollte man ohne Gnade und Barmherzigkeit den Freisinn i
Kampfe mit der Sozialdemokratie im Stiche lassen und i
dem mit einer andern bürgerlichen Partei unbedingt die ande
unterstützen.

Diese Radikalen, die fortgesetzt Verrat an der bürge
lichen Sache verüben, sind nicht besser als die Sozialiste
selbst, und man soll sie dazu zwingen, aus den bürgerliche
Reihen auszuscheiden und ganz zur Sozialdemokratie übe
zutreten. Man braucht sich auch kein Gewissen aus so harte
Verfahren zu machen, denn wie die Dinge sich entwicke
haben, ist der Freisinn die Judenpartei sans phras
geworden; wer die jüdische Herrschaft brechen will
muß ihre parlamentarische Schutzgarde sprengen
und er wird keine Rücksicht darauf nehmen, daß auch ehrlich
deutschgesinnte Demokraten der alten Schule sich zum Jude
freisinn verirrt haben, die in ihrer Harmlosigkeit nicht wisse
von wem und zu welchen Zwecken sie mißbraucht werden.

Das Zentrum

Schwieriger liegen die Dinge dem Zentrum gegenübe
das in wichtigen Fragen, wie bei Bekämpfung der Sozia
demokratie heute mit den Bürgerlichen Hand in Hand geh
in andern nationalen Fragen aber ganz unzuverlässig is
wie z. B. in der Polenfrage. Es ist eine alte Redensart, da
unser Volk das Unglück habe, unter der schwarz-rot-goldene
Internationale zu leiden, wobei mit schwarz der Ultramonte

nismus, mit rot die Sozialdemokratie und mit gold das Judentum gemeint sind, und mancher zerbricht sich den Kopf, welche der drei Gefahren wohl am größten sei. Für den, der den Gedankengängen dieses Buches folgt, wird es nicht zweifelhaft sein, daß der ärgste Feind das Judentum ist; dann folgt die Sozialdemokratie, die ohne jüdische Leitung und Geldunterstützung nicht entfernt so mächtig geworden wäre, und die, der jüdischen Hilfe beraubt, leichter zu bekämpfen sein wird.

Wie aber steht es mit dem Zentrum? In weiten Kreisen des evangelischen Bürgertums hat die Meinung sich festgesetzt, daß es im Hinblick auf die Internationalität der katholischen Kirche und des Papsttums mit ihren Herrschaftsansprüchen gefährlicher sei, als der Sozialismus, wobei man auf die Völker verweist, die unter klerikalem Regiment zugrunde gerichtet worden sind. Dieser Auffassung kann ich mich nicht anschließen.

Zunächst muß man erkennen, daß das Zentrum bei Licht betrachtet, keine Partei ist, deren Anhänger in allen wesentlichen Fragen einer Meinung wären; der radikal-soziale Arbeitersekretär und der eigentlich konservative schlesische oder westfälische Magnat bilden die Pole, zwischen denen viele Zwischenstufen aller Grade sich finden, wie reine Agrarier, städtische Demokraten und absolutistische Kleriker. Diese alle verbindet ein Band, das der unbegrenzten Anhänglichkeit an ihre Kirche, und es wirkt einigend über alle Gegensätze hinaus die Sorge um den katholischen Glauben und die Einrichtungen der Kirche, als ob sie vom Staate oder von den Evangelischen bedroht wären, wenn nicht die gläubigen Katholiken eine entschlossene Schutzwehr bildeten.

Das ist in Wahrheit der Kern der Zentrumspolitik, und seine Führer mögen sagen was sie wollen, das Zentrum ist eine konfessionelle Partei. Das ist die schlimme Seite seines Wesens, denn infolge der Beurteilung politischer Angelegenheiten vom Standpunkt der Konfession, entsteht die Gefahr, daß politische Fragen nicht mit dem Auge des nationalen Bürgers angesehen werden,

sondern mit dem des Katholiken, was dann nach sich zieht, daß in allen Fällen, wo die Interessen der Allgemeinheit und der Kirche zusammenstoßen, ohne weiteres die Partei der Kirche ergriffen wird.

Damit ist gekennzeichnet, daß diese Partei nicht getragen wird durch eine politische Weltanschauung — politisch sind alle Schattierungen in ihr vertreten, und daß für sie nicht das nationale Interesse allein maßgebend ist, sondern daß gegebenenfalls die Rücksichten auf die Kirche, also etwas außerhalb der Nation und des Staates Stehendes, entscheidenden Einfluß haben. Insoweit kommt das Zentrum für nationale Politik als unbedingter Bundesgenosse nicht in Betracht.

Aber es ist nicht nur konfessionelle, es ist auch politische Partei, und als solche kraft der Gegensätze von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, die es verbauen muß, politisch Mittelpartei, weil es in sich fortgesetzt vermitteln und ausgleichen muß. Das ist gut für den Staat, da manche politisch-radikalen Kräfte durch die konfessionelle Rücksicht innerhalb des Zentrums im Bann gehalten werden und dem Staate nicht schaden können; es ist nicht gut für die Allgemeinheit, daß durch dieses fortgesetzte Lawieren hinter den Türen des Fraktionszimmers jeder große Zug aus dem Leben dieser starken Partei verschwindet und sie auf die Politik der Kompromisse angewiesen wird, die man brutal als die des Kuhhandels bezeichnet hat.

Die starke Seite des Zentrums, seine Eigenschaft als Mittelpartei, kam sofort zur Geltung, als es die unbedingte Kampfstellung gegen das Reich und die Einzelstaaten aufgegeben hatte, nachdem die Stürme des Kulturkampfes sich ausgetobt hatten. Es machte mit Bismarck bereits die Schutzzoll- und Sozialpolitik, es war nach und nach für die Verstärkung des Heeres und die Schaffung der Flotte zu haben, auch für die kolonialen Forderungen; in wichtigen inneren Angelegenheiten, wie bei der Ausarbeitung des Zolltarifs und des bürgerlichen Gesetzbuchs hat es nützliche Arbeit geleistet — kurz, es war zur positiven Mitwirkung bereit und

hat hierdurch und durch seine parlamentarische Macht der Regierung gegenüber eine ganz besondere Stellung gewonnen.

Nun jammern die Liberalen, vor allem die Radikalen, daß der Einfluß des Zentrums gebrochen werden müsse — aber sie sind so verblendet gar nicht zu sehen, daß sie ihm diese Stellung selbst geschaffen haben. Solange Bismarck regierte, unterstützten die Linksliberalen wahllos Zentrum und Sozialdemokratie, um die Konservativen und die verhaßten, bismarcktreuen und rechtsstehenden Nationalliberalen zu schwächen; als das Zentrum in gewissen Grenzen gouvernemental wurde, bekämpften sie es gleichfalls und wurden zu einseitigsten Schleppträgern des Proletariats. Mit jedem verdrängten Konservativen und Nationalliberalen wuchs der Wert des Zentrums für die Regierung, mit jedem neugewählten Sozialisten steigerte er sich, und heute ist es so weit, daß eine staatserhaltende Politik gar nicht mehr ohne das Zentrum betrieben werden kann.

Ob dies einem angenehm ist oder nicht, bleibt außer Betracht, es ist eine Tatsache, über die zu jammern keiner das Recht hat, der dabei mitgeholfen hat. Im Sinne der liberalen Parteipolitik haben also die Radikalen Selbstmord getrieben, als sie die Sozialdemokratie stärkten, und sie machen die Stellung des Zentrums unangreifbar, solange sie so verfahren.

Der Bülow-Block, der heute von vielen als Ideal gepriesen wird, war von vornherein Episode, und keine schöne; jedenfalls haben die Radikalen in der Gesellschaft, in der sie sich zeitweilig befunden haben, nichts gelernt, und letztere konnte froh sein, als sie diesen Genossen los wurde, der mehr als einmal die sympathischen Gewohnheiten des Erpressers gezeigt hat.

Jedenfalls wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß die letzten Wahlen die parlamentarische Bedeutung des Zentrums weiter gehoben haben, trotz seiner Mandatverluste.

Will man sich über seine Politik ein Urteil bilden, so muß man unterscheiden zwischen der Rolle, die es in Bayern und Baden, und der, die es im Reichstag spielt. In beiden süddeutschen Bundesstaaten ist es reaktionär und übt seine

Herrschaft in ebenso kulturfeindlicher, wie brutaler Weise aus, so daß die Meinung wohl begründet erscheint, daß in diesen Fällen der Geist der Zentrumspolitik in Reinkultur gezogen sei. Im Reichstag freilich ist eine Zentrumsmehrheit unter keinen Umständen möglich, so daß man dort immer zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung veranlaßt ist; das gleiche gilt vom preußischen Abgeordnetenhause.

Zentrum und Nationalpolitik

Betrachtet man die Haltung des Zentrums dort und im Reichstage in den ausgesprochen nationalen Fragen, so zeigt sich in bedauerlicher Klarheit, daß es für nationale Politik entweder kein Gefühl hat oder daß es sie aus Rücksicht auf kirchliche Interessen nicht treiben will. In der Ostmarkenfrage geht es mit den deutschfeindlichen Polen durch dick und dünn, desgleichen in Elsaß-Lothringen mit den Nationalisten und sonstigen Welschgesinnten; es wahrt die Interessen der Dänen und Welfen, und nimmt sich in kolonialen Angelegenheiten bis zum Rassenverrat der Farbigen an; bei Heeres- und Flottenforderungen gibt es den engherzigen Standpunkt nicht auf, zu feilschen und herabzuhandeln. Alles in allem: eine Haltung, die beweist, daß der nationale Instinkt in der Partei noch längst nicht so entwickelt ist, daß sie wenigstens in den Fragen, wo kirchliche Interessen gar nicht direkt berührt sind, nationale Politik mitmachte; es genügt schon der Argwohn, man wolle unter anderem Titel die katholische Kirche treffen, um das Zentrum im Osten und Westen zu einer das Deutschtum schädigenden Haltung zu veranlassen.

So kommt man zu einem sehr unbefriedigenden Ergebnis, das sich auch dadurch nicht angenehmer gestaltet, daß das Zentrum in letzter Zeit in scharfem Kampfe gegen die Sozialdemokratie steht; denn man wird sich daran erinnern, wie lange beide Schulter an Schulter gegen den Staat gekämpft haben, auch daran, daß beide jetzt im Reichsland Hand in Hand gehen, und daß noch vor kurzem Prälaten und sozial-

demokratische Führer sich in vertrauter Beratung zusammengefunden haben. Man kann also nicht darauf vertrauen, daß die jetzige Abkehr des Zentrums von der Sozialdemokratie unter allen Umständen und für immer dauern wird, so heftig man diese heute auch befehdet; denn das Zentrum ist die Partei der Opportunität, und letztere wird gefunden nicht nach den staatlichen und nationalen Interessen, sondern nach denen der Partei.

Also vieles Bedenkliche, für den schlechthin Nationalgesinnten um so ernster, als er damit rechnen muß, daß jeder Tag die alten Bundesgenossen wieder zusammenführen wird, wenn das Zentrum sich von irgendeiner staatlichen Maßregel bedroht oder beschwert glaubt.

Und trotzdem bleibe ich dabei, daß es minder gefährlich ist, als die Sozialdemokratie. Man sagt, international sind beide, aber die Sozialdemokratie hat es im großen ganzen mit dem Proletariat zu tun, das nicht genügend Gegenmotive gegen die Internationalität hat, während die Anhänger des Zentrums in der großen Mehrheit seßhaft und bodenständig sind und infolge davon zu wirklichen Internationalen gar nicht gemacht werden können. Das Zentrum ist die parteipolitische Vertretung kirchlicher Interessen, die katholische Kirche ist aufgebaut auf der Autorität, und das Zentrum ist die Partei der Autorität. Ja, nach innen und nach unten, gegen die Kirche und gegen seine Anhänger — aber gegen den Staat nur so lange, als man Frieden mit ihm hält; bricht neuer Kampf aus, so wird die Zentrumspresse in ihrem wüsten Ton ich nicht von der sozialistischen unterscheiden, wenn anders das einst berüchtigte „Korps der Hetzkapläne" nicht ausgestorben ist. Aber immerhin, das Zentrum ist eine Partei der Autorität insofern, als es für die Autorität der Kirche unbedingt und für die des Staates insolange eintritt, als zwischen Staat und Kirche Friede herrscht. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die grundsätzlich alle Autorität bekämpft und untergräbt, die Haß und Verachtung gegen die Träger der Verwaltung in jedem Sinne schürt, die zur offenen Auflehnung

auffordert; was die sozialistische Presse auf diesem Gebiete gesündigt hat und jeden Tag weiter sündigt, ist unerhört, und niemand bezweifelt den Erfolg dieser verwüstenden Tätigkeit. Grundsätzliche Bekämpfung jeder Autorität ist gefährlicher als eine Autorität, die nach einer Richtung unbedingt, nach anderer bedingt anerkannt wird.

Dazu kommt, daß das Zentrum als konfessionelle Partei vor dem Eindringen der Juden gesichert ist und sich ihrem Einfluß entzieht; alle andern Parteien, ausgenommen die kleinen antisemitischen Gruppen, haben Juden zu Mitgliedern, und die Wirkung ist mindestens, daß sie bisher der ernsthaften Bekämpfung der Judengefahr ausgewichen sind. Das hat freilich auch das Zentrum getan, aber trotzdem ist es latent antisemitisch und wird, wenn erst der Kampf gegen das Judentum von einer kommenden Regierung aufgenommen wird, die Gefolgschaft nicht versagen.

Endlich wird man anerkennen müssen, daß bei aller Verschiedenartigkeit der politischen Elemente, die in ihm zusammengefaßt sind, im Zentrum doch der Geist der Beharrung herrscht; kein Wunder, wenn man sieht, daß das Land und die Landstädte sein sicherster Besitz sind. Man wird annehmen können, daß diese konservative Stimmung die Partei vor extrem-staatsfeindlichen Handlungen auch bei etwaigem schärfsten Kampfe mit dem Staate abhalten wird.

Man sieht, wie „problematischer Natur" diese Partei ist, die am letzten Ende doch ein echtes Erzeugnis des deutschen Volksgeistes darstellt: die Glaubenstreue sucht in der Gestalt einer politischen Partei eine Verteidigung der Kirche gegen staatliche Eingriffe zu schaffen; diese Glaubenstreue macht die Partei notwendig konfessionell einseitig und stumpft das nationale Gefühl und das nationale Gewissen ihrer Getreuen ab. Aber echte Deutsche sind diese Getreuen in Art und Unart, rassenreiner Adel, Bauern, Kleinbürger, städtischer Mittelstand, und man darf vertrauen, daß ihr nationales Gefühl nicht getötet werden kann. Es ist auch kein Zweifel, daß die lokalen Organisationen außerhalb Bayerns und Badens den

nationalen Pulsschlag viel lebhafter empfinden, als die Parteileitung, weil sie durch ihre Überlieferung ganz an die Politik des „do ut des" gewöhnt worden ist. Aber alles in allem: problematisch, und wie das Mißtrauen des Zentrums gegen den Staat und alles Nicht-Katholische nicht zu überwinden ist, so muß auf deren Seite das gleiche Gefühl stets wach bleiben.

Ist nun das Zentrum für die Reichsreform zu haben und zu gebrauchen? Ich glaube: nein, wenn es nicht gelingt, die nationalen Instinkte so zu wecken, daß das lebhaftere nationale Temperament der örtlichen Organisationen die Parteileitung beeinflußt. An sich sollte man annehmen, daß jede volks- und staatserhaltende Politik den Beifall des Zentrums finden müßte — aber das herrschende Moment des Mißtrauens macht dies mehr als fraglich, und man muß daran denken, daß Mißtrauen kleinlich macht. So ist in der Tat die Politik des Zentrums auch in den Fällen der positiven Mitarbeit den Zug der Kleinlichkeit und Engherzigkeit nicht losgeworden, der im Widerspruch zu der Weite und Größe des nationalen Gedankens und jeder wahrhaft nationalen Politik steht.

Möglich, daß eine gewaltige Erregung des Volkes, wie sie durch große Ereignisse der internationalen Politik hervorgerufen wird, die Geister unserer dem Zentrum zugewandten Volksgenossen ergreift und rührt, daß das Mißtrauen schwindet und daß sie dann unbefangen als Deutsche die Aufgaben des deutschen Bürgers und Staates erfassen und bereit sind, bei ihrer Lösung mitzuhelfen. Wie das Zentrum jetzt beschaffen ist und seine Politik betreibt, muß man bezweifeln, daß es eine große nationale Reform unvoreingenommen prüfen und mitmachen wird; man muß nach seinem Wesen und seiner Vergangenheit wünschen, daß es kein dauerndes politisch-konfessionelles Gebilde in unserem Volksleben bleibe, sondern überwunden werde — überwunden nicht durch den Staat, nicht durch den etwa gleichfalls politisch organisierten Protestantismus, und nicht im politischen Machtkampf, sondern durch das erstarkte Nationalgefühl seiner heutigen Anhänger, die er-

kannt haben, daß niemand daran denkt, an den katholischen Glauben zu rühren und daß niemand der katholischen Kirche zu nahe tritt, es sei denn, daß sie die Rechte der Nichtkatholischen oder des Staates verletzt.

Ein Niederkämpfen des Zentrums ist ausgeschlossen, darüber muß man sich klar sein — die Überwindung ist nur möglich aus dem deutschen Geiste seiner Getreuen heraus, und dieser wird in dem Maße erstarken, wie die deutsche Gesamtpolitik es zuwege bringt, das Nationalgefühl so zu entwickeln, daß die Vaterlandsliebe und nur sie der unbeirrbare Kompaß unseres öffentlichen Lebens wird.

Die Nationalliberalen

Die eigentliche Reichspartei ist die nationalliberale, sowohl nach den Absichten ihrer Gründer, wie nach ihren geschichtlichen Leistungen; aber gerade an ihr zeigt sich der Fluch, daß sie den Liberalismus in der entscheidenden Zeit im Sinne der allgemeinen politischen Gleichberechtigung aller verstand und daß sie sich im wesentlichen bis heute von dieser falschen, ja eigentlich für den Denkenden unmöglichen Auffassung noch nicht freigemacht hat. Wenn trotzdem so Hervorragendes von ihr und von dem Nationalverein, aus dem sie hervorgegangen ist, in der Vorbereitung der Stimmung für die Reichsgründung und nachher beim Ausbau des Reiches geleistet wurde, daß dies Verdienst niemals vergessen werden darf, so war das nur möglich, weil ein Mann von Bismarcks Größe der Werkmeister war, und weil ihr selbst die besten Kräfte des Bürgertums sich zur Verfügung stellten. Bildung und Besitz aus allen Berufen wetteiferten darin, der Partei zu dienen, in die man alle Ideale des nationalen Bürgertums legte, und begeisterter Schwung, Gedankenreichtum, Tüchtigkeit und Besonnenheit waren in ihr zu Hause. Man sagt vom Frankfurter Parlamente, daß es nach Geist, Bildung und Beredsamkeit die hervorragendste politische Versammlung der

eschichte gewesen sei — ich glaube, man kann behaupten, ß die nationalliberale Partei der ersten Zeit nach 1871 den ergleich mit den Frankfurter Vorgängern aufnehmen kann, ie sie in allem Wesentlichen die Nachfolgerin der Erbkaiser- hen wurde. Also Ehre, wem Ehre gebührt, und die Partei r Bennigsen, Miquel, Treitschke, Sybel und Gneist hat sie rdient.

Aber sie trug den Keim des Verderbens in sich, nicht allein rch ihre unpolitische Auffassung der Freiheit als der un- dingten Gleichberechtigung aller, sondern dadurch, daß sie – eben dieser Auffassung des Liberalismus zu Liebe — von rnherein den Juden Zutritt gewährte, ja ihnen führende tellungen überließ. Es ist bekannt, welche Rolle die Ab- ordneten Lasker und Bamberger in der nationalliberalen artei gespielt haben, und wie sie durch ihren Einfluß in der artei im politischen Leben des jungen Reiches eine uns ute unbegreifliche Bedeutung gewannen; man weiß auch, ß die Gesetzgebung von ihnen im Sinne des „laisser faire isser aller" verhängnisvoll beeinflußt worden ist. Nun darf an dem guten Willen, der Einsicht der Partei daraus nicht gentlich einen Vorwurf machen, denn man stand erst am nfang eines großen politischen Lebens und hatte das Herz ll von den erfüllten Idealen des Kaisertraumes; auch hatte s Judentum noch nicht Gelegenheit gehabt, seine zersetzende irksamkeit offensichtlich zu entwickeln — und man bedenke, n gerecht zu sein, daß die konservative Partei der Jahrzehnte rher ganz unter dem Banne des Juden Stahl gestanden tte. Es war der Mangel an Instinkt, verbunden mit dem Erfahrung, der es zuließ, daß man den Juden solchen Ein- ß in der Partei einräumte.

Solange nun das politische Leben im Reiche einen großen g trug, weil eine machtvolle Persönlichkeit dahinter stand, ß sich das ertragen, und ein Bismarck sorgte dafür, daß s nationale Temperament nicht erlahmte; die Partei hatte e große Zeit, und man wird sich heute noch mit Stolz der z. Septennatswahl des Frühjahrs 1887 erinnern, wo sie

als stärkste Fraktion aus diesem Wahlkampfe nationaler Er
hebung hervorging.

Gleichsam als ob Bismarck ihr das politische Rückgra
gegeben hätte — trotz scharfer Gegnerschaft in manchen be
deutsamen Fragen — klappte sie moralisch zusammen, als e
aus dem Amte schied. Sie hat alle Sünden des neuen Kurse
mitgemacht, hat allen Kanzlern Gefolgschaft geleistet, hat la
wiert und vermittelt, hat die Fehler des Kaisers zugedeckt un
die klägliche auswärtige Politik gewähren lassen, auch nicht
unternommen, um dem verderblichen Treiben der Sozial
demokratie Einhalt zu gebieten, noch weniger dem zersetzende
Einfluß der Juden zu steuern.

Für alle die Nöte dieser Zeit trägt sie die Verantwortun
in dem Sinne mit, daß sie der Entwicklung ihren Lauf lie
und nicht auf den Gedanken kam, der Schwäche der oberste
Staatsleitung dadurch aufzuhelfen, daß aus dem Parlamen
heraus verantwortungsvolle Politik durchgesetzt werden müs
— nötigenfalls im Wege rücksichtsloser Opposition, die ur
so weniger wirkungslos hätte bleiben können, als sie vo
nationaler Seite gekommen wäre.

Wenn man im vollen Umfang die Einwirkung eine
großen Persönlichkeit auf das politische Leben in ihren posi
tiven und negativen Erscheinungen kennen lernen will, s
muß man die Geschichte der nationalliberalen Partei mit un
ohne Bismarck studieren; sobald er schied, begann die Part
zu entarten, als ob sie den eigentlichen Führer verloren hätt
und mit ihm den festen Halt.

Bassermann als Führer

Diese Entartung der Partei war besiegelt, als sie nach Ber
nigsens endgültigem Rücktritt den Mannheimer Rechts
anwalt Bassermann zum Führer erhob, weil von de
zunächst als geeignet angesehenen Parlamentariern der ein
Freiherr von Heyl etwas zu weit rechts, der andere, Ban
direktor Büsing, etwas zu weit links stand. Bassermann

un fehlen alle Eigenschaften, über die der Leiter einer wich-
gen, ja unentbehrlichen Partei verfügen muß; zunächst fehlt
ihm der Charakter, und damit der feste Halt in sich selbst, die
ttliche Widerstandsfähigkeit; dann mangelt der Blick für die
eibenden Kräfte der Zeit, das Verständnis für die Entwicklung
er Nation außerhalb des Parteilebens und außerhalb des
Parlaments, und endlich die wirkliche Liebe und Sorge; da-
egen verfügt er über ein Maß von Eitelkeit, das für mehrere
edeutende Menschen ausreichen würde, soweit solche über-
aupt eitel sein dürfen. So ist Herr Bassermann das
Verhängnis seiner Partei geworden, und die Ge-
chichte wird dereinst von ihm sagen, daß er nächst
em Fürsten Bülow der Schuldigste ist an der Un-
ruchtbarkeit der wichtigen Zeitspanne der letzten
rei Jahrfünfte. Diesem Kanzler wesensverwandt und
n persönlichen Beziehungen zu ihm stehend, die Bülow wieder-
olt öffentlich als Freundschaft kennzeichnete, hat Bassermann
essen innere und die äußere Politik mitgemacht; wo er ihn
inmal bekämpfte, geschah es mit halbem Herzen und aus
ktischen Erwägungen, und der Rückfall in das alte Gefolg-
haftsverhältnis trat immer bald wieder ein. Der ganze
Mangel an staatsmännischem Verantwortlichkeitsgefühl zeigte
ich in und nach den Kämpfen um die Reichsfinanzreform,
o er den verderblichen populären Neigungen nachgab und
ie Hetze gegen den schwarz-blauen Block mitmachte, statt
en Anschluß nach rechts in Ehren zu suchen; er zeigte sich
n der Duldung der jungliberalen Machenschaften in der Partei
nd in dem Seelenbündnis mit dem Hansabund, und zuletzt
n der Linksorientierung der Partei bei den Wahlen und im
Parlament. Die Partei, die trotz mannigfacher Fehler auf
ine ruhmreiche Vergangenheit blickt, ist von diesem ver-
ängnisvollen Manne in einen Zustand versetzt worden,
er im kleinen ein Bild des gesamten politischen
ebens im Deutschen Reiche ist. Wie seit Bismarcks
lbgang im Reiche nur mehr verwaltet und nicht mehr regiert
ird, so hat die nationalliberale Partei nur noch dem Tage

gelebt und ist ihren großen Aufgaben alles schuldig geblieben. Gerade das gebildete und besitzende Bürgertum mußte dem Regiment des neuen Kurses den äußersten Widerstand entgegensetzen, es mußte dem Herrscher die Wahrheit sagen beim ersten Fehler, den er beging, es mußte verlangen, daß die sozialistische Verhetzung eingedämmt werde, es mußte die Führung des notleidenden Mittelstandes übernehmen und alles daransetzen, die Mitarbeit und Bundesgenossenschaft der Konservativen für diese Aufgaben zu erlangen.

Heute bietet die Partei ein Chaos, und sie wird sich daraus nur retten, wenn sie diesen Führer zum Abgrund beseitigt. Lange genug hat es gedauert, bis der Widerstand gegen diese verderbliche Tätigkeit Bassermanns in der Partei sich organisiert hat; jetzt scheinen die rechtsstehenden Altliberalen den Kampf aufgenommen zu haben, und man möchte hoffen, daß sie ihn siegreich durchführen, zum Wohle der Partei vom Standpunkt des Parteimannes, zum Heile des Ganzen von dem des Patrioten. Darüber sollten aber alle sich klar sein, die jetzt innerhalb der Partei auf reinliche Scheidung drängen und eine Regeneration im Sinne der Miquel-Bennigsenschen Überlieferungen anstreben, daß mit Vertuschen und Verkleistern nichts erreicht wird — auch hier muß ganze Arbeit geleistet werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Linksstehenden ausscheiden und zu den Freisinnigen übergehen, wohin sie zum großen Teile gehören; die Partei würde einen Verlust von Anhängern nur ganz vorübergehend erleiden, denn alle, die ihr ferngeblieben sind wegen der vollendeten Unmännlichkeit ihrer Politik, alle die heute eigentlich politisch heimatlos sind, weil sie Bedenken tragen, den Konservativen beizutreten, würden sich der wiedergeborenen nationalliberalen Partei anschließen.

Zukunft der Partei

Aber wird es zu solcher reinlichen Scheidung, zu solcher Wiedergeburt kommen? Ich fürchte nein, und verweise zur Begründung darauf, daß die Partei sich auf Tod

und Leben jüdischem Einfluß verschrieben zu haben
scheint. Der Jude Rießer, die jüdischen Affiliierten Basser-
mann, Stresemann und Paasche sind die Leute des „Rucks nach
links" — die Führer der altliberalen, mittelparteilichen Rich-
tung, auf denen die Hoffnung der Umkehr hauptsächlich ruht,
Friedberg und Schiffer sind ebenfalls Juden, und in den lokalen
Organisationen spielen die Juden fast überall eine ausschlag-
gebende Rolle, auch wenn sie nicht an erster Stelle stehen. Unter
solcher Leitung wird voraussichtlich alles auf ein Kompromiß
abgestellt, wird man auch vermeiden wollen, zu wenig liberal
zu erscheinen; das Günstigste, was zu erreichen ist, wird sein,
daß die Partei für die politischen Tageszwecke wieder brauch-
barer und vielleicht auch zuverlässiger wird — zur nationalen
Mittelpartei wird sie damit noch längst nicht wieder, noch
weniger zur Trägerin unserer politischen Zukunft.

Man wird verstehen, daß es gerade dem Altliberalen be-
sonders schwer fällt, über die Partei, der er bis zur Meintat
der Stimmenabgabe für Bebel angehört hat, in solcher Weise
sprechen zu müssen, aber es muß geschehen auf die Gefahr
hin, des Abfalls von der Sache des Liberalismus geziehen
zu werden — wobei es darauf ankommt, was man unter
liberal versteht.

Wenn man den jetzigen Zustand der nationalliberalen
Partei so beurteilt und von ihrer nächsten Zukunft so wenig
erwartet, was kann man dann von ihrer Mitwirkung bei der
Reichsreform erhoffen? Nichts, solange die Partei sich nicht
selbst reformiert hat — alles, wenn sie es im Sinne der echten,
demokratisch nicht zügellos gewordenen, liberalen Welt-
anschauung und großer nationaler Auffassung getan haben
wird. Ich behaupte, daß die große Mehrzahl der National-
liberalen innerlich auf dem Standpunkt des wirklich gemäßigten
Liberalismus steht, daß sie um die nationale Entwicklung
unseres Volkes bangt — aber das sind nicht die Lauten, nicht
die lokalen Leiter, es sind die Verärgerten, Halbverzweifelten,
deren nationales Temperament nicht so stark ist, daß sie
den Kampf anfnehmen. Reinigen sie die Partei nicht, so wird

man sie außerhalb der Partei zur Mitarbeit gewinnen, wen
erst die gewaltige Reformarbeit begonnen hat. Insbesonder
scheint es zweifelhaft, ob die Partei sich dazu entschließen wird
eine feste Stellung zum Judentum einzunehme
und den jüdischen Einfluß in ihrem Innern z
brechen. Da dies von allen jüdischen und im jüdische
Auftrag schreibenden Federn als höchst intolerant verschriee
würde, und da bis heute der Durchschnittsliberale nichts s
sehr fürchtet, wie diesen Vorwurf, so wird man es nicht wage
und damit das Urteil über die Partei sprechen; sie wird ve
derben, wie jeder, der vom Juden ißt.

Die Reichspartei

Den Übergang von den Nationalliberalen zu den Konserv
tiven bildet die Reichspartei, auch freikonservati
genannt; ihr Name kennzeichnet die Absicht ihrer Begründe
und in der Tat war sie gedacht als die Bismarck-Partei dur
dick und dünn. Es ist ihr gegangen wie den Nationa
liberalen: sie hat sich nicht dazu aufgerafft, ihre politische
Schlußfolgerungen aus Bismarcks Entlassung zu ziehen u
hat als Partei fast alle die zahllosen Fehler seiner Nachfolg
mitgemacht; dabei sei gerne anerkannt, daß hervorragen
Freikonservative für ihre Person Bismarck die Treue gehalt
haben, vor allem ihr Führer von Kardorff; das gleic
gilt übrigens auch von den Nationalliberalen — als Part
aber verfuhr man „taktisch" und suchte den Anschluß an d
jeweils Regierenden. Herr von Kardorff verstand es, dur
das Gewicht seiner Persönlichkeit, die rein gouvernemental
Neigungen in der Partei doch so weit zu kompensieren, d
eine gewisse Selbständigkeit gewahrt wurde. Als nach seine
Tode im Reichstag Fürst Hatzfeld die Führung übernah
ging das Ansehen mit einem Schlage verloren; denn ei
Partei, die sich ein national gleichgültiges und an Charakt
unbeschriebenes Oberhaupt gibt, dankt ab. Im Sinne nati
naler Politik ist die Leitung im preußischen Abgeordnetenha

benso unzulänglich, die dem Freiherrn von Zedlitz und Neu-
rch anvertraut ist, dem Diplomaten der inneren Politik,
nem Manne von großen Fähigkeiten und reicher Erfahrung,
veifellos auch von Einsicht — aber auch er nur allzu stief-
ütterlich bedacht mit den männlichen Eigenschaften des Cha-
akters und deshalb ohne Größe der Auffassung und Haltung;
: ist eine Figur des politischen Helldunkels, hat seine Hände
i allem und findet Vertrauen bei keinem.

Die Partei tut sich — sagen wir gesellschaftlich — etwas
arauf zugute, daß zahlreiche Minister aus ihr hervorgegangen
nd; Minister des neuen Kurses, meine Herren, sind nur in
usnahmefällen zur Reklame zu gebrauchen, und ihre Zu-
ehörigkeit zur Partei gewährt keinen Glanz; ich wüßte
icht, welches Ansehen z. B. die Herren von Bethmann Holl-
eg und Delbrück verleihen könnten, es sei denn das der ge-
llschaftlichen Stellung — die politische Wahlverwandtschaft
t doch eigentlich nur kompromittierend.

Aber wer die Zusammensetzung dieser Partei im Lande
nnt, weiß, daß viele tüchtige, ja ausgezeichnete Kräfte in
r zu finden sind; politische Einsicht und Schulung sind in
ichem Maße vorhanden — und hier beginnen die Hoffnungen
s Altliberalen: wenn die freikonservative Partei sich frei-
acht von den Rücksichten nach oben und sich Männer von
harakter zu Führern setzt, so wird sie ein wichtiges Glied
r Kampfgenossenschaft werden, die dem deutschen Volke die
eichsreform erstreitet.

ie Konservativen

Die Hoffnung wächst, indem wir uns den Konservativen
nähern. Auch sie sind belastet mit dem Fluche ihres
erhaltens gegen Bismarck, als er entlassen war — wiederum
e Partei gemeint, und die persönlich Treuen ausdrücklich
usgenommen; auch sie haben viel zu lange gezögert, dem
egiment der letzten zwei Jahrzehnte ihren Widerstand ent-
genzusetzen, und wo sie es in innerpolitischen Fragen getan

haben, geschah es unter dem Verdachte der Interessenpoliti
auch bei ihnen sind die rein opportunistischen und gouvern
mentalen Strömungen zu lange herrschend geblieben u
noch heute nicht überwunden. Also das Schuldbuch ist rei
lich beschrieben — und doch eine Hoffnung!

Sie besteht darin, daß die Partei es dahin gebracht h
einen Charakter zum Führer zu machen und
ertragen. Denn Herr von Heydebrand ist e
Charakter, der einzige, den wir bis jetzt erwähnen konnt
Das ist in solcher Zeit, wenn nicht alles, so doch die Grundla
alles gemeinnützigen Wirkens.

Noch ist Herr von Heydebrand nicht der ideale Füh
einer großen deutschen Partei; dazu ist er zuviel Advo
seiner Fraktion im Sinne der Einseitigkeit und der mangel
den Fähigkeit, sich in andere zu versetzen; noch ist er zu se
Nur-Preuße, um die Dinge außerhalb Preußens unbefang
zu beurteilen; noch ist er zu junkerlich-unideologisch, um
geistigen Strömungen richtig zu würdigen, was eine Unt
schätzung der sittlichen Kräfte nach sich ziehen könnte. Aber
hat die eine große Erkenntnis in sich gewonnen und vertr
sie mit der verhaltenen Leidenschaft des außerordentlich
Menschen: mein Preußen ist als Staatswesen noch verhältn
mäßig unberührt und unerschüttert von den Folgen des liber
demokratischen Regimentes; deshalb ist es noch stark u
gesund; um es stark und gesund zu erhalten, muß alles r
sichtslos bekämpft werden, was eine Umgestaltung in demok
tischer Richtung anstrebt und bezweckt.

Das ist die Losung eines Mannes, eines Politikers, d
wohl der Sache, wenn der Mann ein Charakter ist! Und
freulich, daß der Preuße Heydebrand damit die beste Pol
im deutschen Sinne betreibt, die heute denkbar ist, viell
ohne es zu wollen.

Denn das Deutsche Reich ruht auf dem preußischen Sta
es steht und fällt mit ihm; es geht zur Not für einige Z
daß der Reichstag ein Tummelplatz der Demokratie ist, a
daß die süddeutschen Staaten sich demokratische Verfassun

geben — solange der preußische Staat nicht unterwühlt ist, geht darüber das Reich nicht zugrunde. So wird der zum Retter des Reiches, der für Preußen eine Politik betreibt und nötigenfalls erzwingt, die der Demokratisierung des Staates unbeugsamen Widerstand entgegensetzt.

Dies sagt, von Dank erfüllt, ein Altliberaler, der unbefangen genug ist, die Dinge zu sehen wie sie sind; er darf daran noch einige Wünsche knüpfen.

Volkstümlich-konservative Politik

Die heutige Politik der Konservativen ist — um ein Schlagwort zu gebrauchen — zu verstandesmäßig und zu sachlich-bescheiden; das macht ihren Trägern Ehre, aber es hat den Nachteil, daß das Gefühl, die Phantasie der Anhänger und derer, die es werden könnten, zu wenig bewegt wird; deshalb sollte, in Ergänzung der Sachlichkeit das nationale Pathos mehr zur Wirkung gebracht werden: die scheinbare Enge der preußischen Politik, die scheinbar nur auf Wahrung von Standesinteressen ausgeht, muß den Zug ins Große und Weite nehmen, indem sie stolzeste, selbstbewußteste nationale Reichspolitik gleichzeitig betreibt. Das Deutschnationale muß strahlen und leuchten und anziehen! Deshalb gegen Polen, Franzosen und Dänen schärfste Wahrung der deutschen Interessen verlangen! Deshalb innere Kolonisation, auch wo sie dem Standesvorteil des Großgrundbesitzes widerspricht! Deshalb vor allem eine stolze äußere Politik! Im Sinne dieser Wünsche ist die entschiedene Haltung der Konservativen im Reichstag gegenüber der Marokkopolitik des letzten Jahres als ein Anfang zu begrüßen, und man möchte nur hoffen, daß mit gleicher Entschiedenheit fortgesetzt zur äußeren Politik Stellung genommen würde, solange nicht ein anderer Geist in sie gekommen ist.

Gegenüber den kirchlich Freieren ist die konservative Partei belastet mit dem Vorwurf, sich mit der lutherischen Orthodoxie in der Absicht verbunden zu haben, das religiöse Leben in kirchlich-engsten Banden zu halten und das geistige Leben zu bevormunden. So sehr man nun geneigt sein wird, den Einfluß der fest auf dem Boden des Dogmas stehenden evangelischen Kirche und ihrer Gläubigen im Sinne der Staatstreue anzuerkennen, so wenig darf man übersehen, daß die Ausbreitung des konservativen Gedankens durch die Identifizierung mit kirchlicher Strenggläubigkeit beeinträchtigt wird. Im Westen und Süden des Reiches gibt es zahllose politisch-konservativ gesinnte Menschen, die Bedenken tragen, sich der Partei anzuschließen, weil sie es nicht verantworten können, auch in religiösen Dingen die Stellung einzunehmen, die dem Parteiprogramm entspricht. Deshalb wäre es angezeigt, die Parteilosung so zu gestalten, daß sie auch dem kirchlich Freieren die Mitarbeit ermöglicht, ohne die kirchlich Strengen davon auszuschließen; man möge überlegen, ob man die kirchlichen Fragen nicht ganz aus dem Parteiprogramm ausschalten soll.

Größte Vorsicht ist in bezug auf das Zusammengehen mit dem Zentrum geboten, damit der Verdacht nicht gerechtfertigt wird, als wollten die evangelischen und katholischen Orthodoxen, durch das Band der Strenggläubigkeit geeint, unser öffentliches Leben in Fesseln schlagen. So weit in politischen Angelegenheiten praktisch zusammengearbeitet werden kann, muß dies natürlich geschehen — aber die Betonung des Nationalen muß stets beweisen, daß man mit der Engherzigkeit des Zentrums nichts zu tun hat, und in allen Fällen, wo dieses oder die katholische Kirche den Staate oder dem Protestantismus oder der geistigen Freiheit zu nahe tritt, müssen die Konservativen zu scharfer Abwehr bereit sein.

In dieser Richtung bewegt sich der Rat, der Bildung mit mehr Vertrauen entgegenzukommen, sie nicht mißtrauisch als Trägerin alles Radikalismus zu betrachten und dadurch den weiten Kreis der gebildeten Nationalen ohn

kirchliche Bedürfnisse abzustoßen. Bis jetzt ist die konservative Partei im großen ganzen eine agrarische, kleinstädtische; sie muß ihre Anhänger auch in den anderen Schichten unserer Gesellschaft suchen, und die Zeit sie zu finden war niemals günstiger als eben jetzt. Der Idealismus, der bei den gebildeten Nationalen oder den National-Gebildeten vorhanden ist, wird ihr selbst neue Schwungkraft geben und ihren Blick erweitern; fast aber scheint es, als ob man sich vor dem Überschwang jener Ideologen fürchte und lieber realpolitisch auf dem Boden kleben bleiben wolle, als sich mit solchen zusammenzutun, die in den Verdacht des Chauvinismus oder des übernationalen Demagogentums gebracht worden sind. Es wird zu unterscheiden sein und leicht sich entscheiden lassen, mit wem man zusammengehen kann, mit wem nicht.

Auffallend ist auch die Zurückhaltung, die man in konservativen Kreisen der Rassenlehre gegenüber bewahrt, und allem, was mit ihr zusammenhängt, obwohl gerade sie die unvergleichlich beste Begründung konservativer Politik liefert.

Krone, Regierung und konservative Partei

In einem wird die Partei noch umdenken müssen, obwohl sie sich gerade in diesem Punkte in besonders schwieriger Lage befindet: in der Frage des politischen Widerstandes gegen die Maßnahmen der Regierung, also in der der parlamentarischen Opposition. Entsprechend der geschichtlich begründeten Auffassung, daß in Preußen das Königtum aus der Fülle der ihm rechtmäßig zustehenden Gewalten durch die Gewährung der Verfassung einen Teil seiner Rechte abgetreten und den Gesamtumfang seiner Befugnisse freiwillig beschränkt habe, verficht man das Recht der Krone auf die verbliebenen Rechte und interpretiert sozusagen durchweg restriktiv, nicht extensiv. Durchaus mit Grund. Deshalb vermeidet man alles, was an die sog. parlamentarische Regie-

rungsform erinnern könnte und widerstrebt allen Maßnahmen, die einen Schritt auf dem Wege zum Parlamentarismus bedeuten könnten. So versicht man das unbedingte Recht der Krone auf die Ernennung und Entlassung ihrer Ratgeber und versteift sich darauf, daß allein das Vertrauen des Königs zu seinen Ministern entscheide; alle Handlungen, die wie ein Beeinflussenwollen des Königs in bezug hierauf aussehen könnten, werden peinlich vermieden, vor allem jeder Anschein grundsätzlicher Opposition.

Hier gerät nun die Partei in eine politische Zwickmühle, und es entsteht die Gefahr, daß sie aus Königstreue den König schädigt, indem sie ihn nicht von schädlichen Ratgebern befreit; die staatsschädlichen Handlungen solcher Ratgeber werden dem König zu Lasten geschrieben und untergraben seine Stellung. Man übt an Handlungen des Königs selbst keine parlamentarische Kritik und will sie nicht zulassen, auch wenn die Handlungen noch so nachteilig für ihn und den Staat sind, weil man das Königtum nicht schwächen möchte; man läßt also den König ruhig seinen gefährlichen Weg weiter schreiten und schwächt das Königtum dadurch erst recht in Gegenwart und Zukunft. Es ist der preußische Adel, der diese achtungswerte, aber unpolitische Auffassung vertritt — er sei widerlegt mit dem Worte des märkischen Edelmannes, das schon einmal wiedergegeben wurde: „Bei allen Völkern tun vor allem not Männer, so treu und unerschrocken vor ihrem Fürsten sprechen.“ An der Unerschrockenheit fehlt es gewiß nicht, denn was heute wirklich konservativ ist, hat von dem Herrscher nichts zu hoffen oder zu fürchten, es steht außerhalb des höfischen Kreises und ist frei und unabhängig, wie nur ein echter Demokrat; ein durch die Entwicklung widerlegter Grundsatz hemmt solche Betätigung, und mit ihm muß gebrochen werden.

Konservative Pflichten

Wenn die konservative Partei einen Reichskanzler oder ein preußisches Ministerium als gefährlich erkennt und sieht, daß die Hand an die Wurzeln des preußischen Staates gelegt wird, dann ist es nicht mit der Abwehr im einzelnen Falle getan, dann heißt es rücksichtslose Opposition betreiben und den Schädling als Schädling kennzeichnen. Wenn der König, gar nicht oder schlecht beraten, Fehler begeht, deren Häufung ihn persönlich und die Krone schädigt, so will das von treuen Männern ausgesprochen sein; denn „ohne die, wo soll er's hören", sagt der alte Bardeleben.

Man denke sich die Wirkung, wenn Herr von Heydebrand, der Königstreue und Staatsfeste, die tiefsten Beschwerden seiner Gesinnungsgenossen würdig, offen, ungeschminkt und bis aufs letzte vor dem Parlament zur Sprache brächte und großzügig die Zukunftsfragen Preußens und des Reiches erörterte — könnte das überhört werden? Ein reinigendes Gewitter — oder? Wenn nicht, so fällt die Verantwortung auf die, welche die Reinigung der politischen Atmosphäre verhindern.

Die Konservativen, die sich Herrn von Heydebrand zum Führer gesetzt haben, bewiesen, daß sie freie Männer sind; dann müssen sie sich aber auch frei machen von Parteigrundsätzen, die sich mit den Pflichten gegen Königtum, Volk und Staat nicht mehr vereinigen lassen; sie sollen überzeugt sein, daß nichts ihnen so sehr geschadet hat, als daß sie den Fürsten Bülow nicht offen bekämpft haben, nachdem er die preußische Wahlreform angekündigt hatte. Ein solcher Frevel machte diesen Mann des Tages unmöglich und er mußte beseitigt werden; aber der Kampf mußte offen geführt werden, ohne Scheu vor dem Urteil verführter und mißleiteter Massen, auch ohne Rücksicht auf etwaige Folgen des Reichstagswahlkampfes; das hätte die Partei politisch und sittlich gekräftigt und sie vor dem Vorwurf machiavellistischen Verfahrens sichergestellt.

Volkstümliche Politik treiben steht nicht im Widerspruch mit Königstreue und Staatstreue;

sie sind identisch, und wer solche Politik betreibt, kann über den Schmähruf junkerlicher Reaktion mit der Ruhe des guten Gewissens lachen.

Der Parlamentarismus, wie er bei der Reichsreform eingeführt werden soll, sichert den staatserhaltenden Kräften den notwendigen Einfluß und entlastet die Krone von einer Verantwortung, die sie in den riesengroß angewachsenen Verhältnissen des modernen Preußens und des Deutschen Reiches nicht allein mehr tragen kann; sie bringt auch eine vernünftige Arbeitsteilung und man sollte denken, daß auch der überzeugteste Konservative sie mitmachen kann.

Die Antisemiten

Was zuletzt von den Konservativen gesagt worden ist, gilt im großen ganzen von den antisemitischen Gruppen und vom Bunde der Landwirte, wenngleich in ersteren auch starke demokratische Strömungen vorhanden sind, und obwohl der letztere nicht Partei ist, sondern ein Verein zur Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Landwirtschaft.

Die Partei-Antisemiten haben viel gesündigt, und vielleicht haben die nicht unrecht, die da meinen, das Auftreten antisemitischer Parteigruppen, die unter sich in Streit gerieten und vielfach persönlich anrüchigen Elementen den Tummelplatz für ihre schädliche Tätigkeit boten, habe dem Judentum mehr genützt als geschadet, indem dadurch die Gebildeten gegen allen Antisemitismus aufgebracht wurden.

Alle Schuld zugegeben, muß aber der Gerechte doch erklären, daß der Partei-Antisemitismus das große Verdienst hat, allem zum Trotz die Hand auf die Wunde gelegt zu haben, die das Judentum unserem Volke schlug und täglich von neuem schlägt. Sie haben die judengegnerische Bewegung im Zuge gehalten und doch weiteste Kreise über die Gefahren der Zeit aufgeklärt.

Jetzt wird es ihre Aufgabe sein, auszuharren, bis die

Losung der Judenabwehr allen Nationalgesinnten aller Stände und Berufe selbstverständlich geworden sein wird. Es ist ein gutes Zeichen, daß die wirtschaftlichen Erfolge der Juden nicht mehr im Vordergrunde der antisemitischen Tätigkeit stehen, sondern daß die moralische und nationale Seite der Judenfrage mit größtem Nachdruck betont wird. Das freche Wort, der Antisemitismus sei der Sozialismus der dummen Kerle, ist nie wahr gewesen — jetzt aber, wo der Kampf auf das völkisch-sittliche Gebiet getragen worden ist, darf auch niemand sagen, er ziehe seine Kraft aus dem Neide der im Wirtschaftsleben Unterlegenen oder Zurückgebliebenen.

Die Partei-Antisemiten werden den Anschluß an die Reichsreform finden; die demokratischen Neigungen werden sie, wo solche in ihren Kreisen vorhanden sind, unterdrücken mit dem Hinweis, daß die stärkste Waffe des Judentums die Demokratie der Nichtjuden bildet. Auch müssen sie streben, das Kleinbürgerlich-Enge ihres Auftretens zu überwinden und ebenso groß denkend und weitblickend mit Hand anzulegen, wie sie es tapfer getan haben.

Bund der Landwirte

Der Bund der Landwirte deckt sich personell in sehr großem Umfang mit den Konservativen, wenngleich auch Angehörige anderer Parteien und Parteilose in ihm in erheblicher Zahl vorhanden sind. Er hat unverjährbare Verdienste um die deutsche Landwirtschaft und ist unserem öffentlichen Leben unentbehrlich geworden. Aber er ist der Gefahr nicht entgangen, im Hinblick auf seine Aufgabe der wirtschaftlichen Förderung seiner Standesinteressen opportunistische Politik zu treiben, die ihn in ein so nahes Verhältnis zum Zentrum gebracht hat, daß man fast ein Umgarntwerden fürchten muß. Der Bund der Landwirte will nationale Politik treiben; so sehr er das Recht hat, zur Erreichung des für die Landwirtschaft Notwendigen sich der Bundesgenossenschaft des

Zentrums im einzelnen Falle zu bedienen, so wenig sollte er sich in ein dauerndes Verhältnis mit dieser nicht unbedingt-nationalen Partei einlassen; tut er es doch, so setzt er sich dem Verdachte aus, mehr an die Standesinteressen, als an das große Ganze zu denken.

Die Neigung zu derartig opportunistischer Politik findet sich offenbar nur in wenigen, aber nicht einflußlosen Personen, und man kann hoffen, das immer stärker werdende nationale Temperament der Bundesmitglieder werde verhindern, daß die Zentrumsfreundschaft in nationalen Fragen die Haltung des Bundes ungünstig beeinflusse.

Die großen Versammlungen nach den letzten Wahlen haben durchweg scharf nationale Töne angeschlagen, und besonders wichtig erscheint es, daß die Judengefahr im vollen Umfange erkannt ist.

Alles in allem: auf den Bund der Landwirte darf man sicherlich bei der Reichsreform zählen.

Der Bauernbund

Die deutschen Landwirte müßten keine Deutschen sein, wenn sie nicht einander in die Haare gerieten; so haben wir den Zwist zwischen dem Deutschen Bauernbund und dem Bund der Landwirte, von dem man nur hoffen kann, daß er bald friedlich-schiedlich und in Ehren ausgeglichen wird. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Streitpunkte zu untersuchen und ein Urteil abzugeben, aber das darf ausgesprochen werden, daß auf dem außerordentlich wichtigen Gebiete der inneren Kolonisation der Bauernbund den weiteren Blick und die größere Auffassung hat. Wenn gemeinsame Arbeit beide zusammenführt, so werden die Meinungsunterschiede gegenüber der höheren Pflicht zurücktreten und beide werden helfen eine Politik zu treiben, die im besten Sinne Bauernpolitik ist, aber auch den anderen Ständen zum Rechte verhilft.

Die nationale Presse

Auf das tägliche Leben unseres Volkes ist die Presse politisch von viel größerem Einfluß als die Parteien, und es ist oben dargelegt worden, wie gefährlich, ja verderblich es ist, daß der größte Teil unserer Zeitungen sich in Händen befindet, die nicht im nationalen Sinne arbeiten können oder wollen. Man wird sich darauf einrichten müssen, daß alle jüdisch geleiteten und beeinflußten Blätter der Reichsreform mit allen Mitteln entgegenwirken werden; den Kampf mit ihnen müssen die Freunde der Reform auf sich nehmen, wie den mit den übrigen feindlichen Mächten. Aber sie werden darauf rechnen dürfen, daß die nationale Presse, deren Verdienste um die deutsche Sache oben hervorgehoben wurden, die Bundeshilfe nicht versagt. Die zum Kreise der nationalen Presse gehörigen Zeitungen werden natürlich nach ihrem Standpunkt die eine oder die andere Reformmaßregel mehr oder weniger freudig aufnehmen oder bedenklich finden, aber der nationale Instinkt wird ihnen sagen, daß man sich nicht zersplittern darf, indem man sich an den mißliebigen Vorschlägen festbeißt, sondern daß bei Übereinstimmung über das Ziel der Reform eine Verständigung über die Wege dahin herbeigeführt werden kann. Alle gesunden Kräfte unserer Publizistik werden mitarbeiten müssen, und sie werden es tun können in der Überzeugung, daß noch nie ein notwendigerer, noch nie ein heiligerer Kampf für unser Volk geführt worden ist, als der, der es vor dem Chaos retten soll.

Die Parteilosen

Fassen wir das Ergebnis dieser Erörterungen zusammen, so kann man die Gruppierung der Helfer und Gegner ziemlich klar übersehen, soweit die heutigen Parteiverhältnisse in Betracht kommen; aber das würde noch kein richtiges Bild ergeben, denn zwei Umstände müssen noch berücksichtigt werden: die unbestrittene Tatsache, daß wir Millionen von Bürgern haben, die sich zu keiner Partei bekennen,

und sodann die Sehnsucht auch der Angehörigen bestimmter Parteien, aus der Parteipolitik herauszukommen.

Ohne sich ins Ungewisse zu verlieren, wird man annehmen können, daß die überwältigende Mehrzahl der Unabhängigen im Lande, die zu keiner Partei gehören, die Politik der Reichsreform begeistert mitmachen würde; die Zahllosen, die sich durch ein Programm nicht binden lassen, werden erkennen, daß es hier aufs Ganze geht; sie sind ganz gewiß keine Feinde des Staates und auch nicht international Verführte, denn die Parteien solcher Richtung reißen die Gesinnungsgenossen an sich. Sie sind entweder bisher gleichgültig gewesen, oder zu selbständig für die Unterwerfung unter bestimmte Programme, oder verstimmt über den Zank der Parteien und die Mißerfolge des jetzigen Regimentes. Die Reichsreform ist die Politik der Selbständigen; der Kampf um sie wird unser Volk schütteln und rütteln, so daß es Gleichgültige nicht mehr gibt, und alle Verstimmung wird weichen, wenn dieser Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes aufgenommen wird. Hier also sind Bundesgenossen in Masse zu finden und eine andere Reserve stellen die Parteimitglieder dar, die sich so viel eigenes Urteil und geistige Selbständigkeit bewahrt haben, daß sie, wenn es sich um Großes handelt, ihren eigenen Weg gehen; man wird dabei insbesondere an die Angehörigen des rechten Flügels der Nationalliberalen und an die konservativ gerichteten Anhänger des Zentrums denken dürfen.

Will man den Kreis der Helfer genauer umschreiben, so wird man sagen dürfen: der ganze standesbewußte Mittelstand, soweit er national ist und sich der jüdischen Vormundschaft entzogen hat, und die echte Aristokratie werden im Bunde mit der nationalen Presse die rettende Tat unter der Führung der Krone vollbringen und unserem Volke die Reichsreform erstreiten.

Unter der Führung der Krone!

Darin liegt das Schicksal, ob die Krone die Zeit erkennt mit ihren harten Notwendigkeiten und den Entschluß faßt, alle Pflichten treu und unerschrocken auf sich zu nehmen, die die Notwendigkeit ihr auferlegt. Denn den Gedanken muß man aufgeben, daß ohne sie oder gegen sie die Reform begonnen und durchgesetzt werden könnte — den Traum einer rettenden Tat von unten wird keiner träumen, der unser Volk kennt und den Einfluß der Monarchie, wie der staatlichen Organisation richtig einschätzt. Also: weder ohne noch gegen die Krone werden wir die Besserung erreichen — aber, wenn wir dies mit solcher Bestimmtheit erklären, müssen wir mit derselben Entschiedenheit aussprechen: versagt die Krone dieser Pflicht gegenüber, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes. Das Chaos kennt keine Kronen; bricht es über das Volk der Deutschen herein, so verschlingt es alles Ragende — mit den Ragenden des Verdienstes auch die der Geburt.

Die Krone ist die geborene Führerin in diesem Daseinskampfe, und sie müßte diese Aufgabe übernehmen, auch wenn sie nicht ihr eigenstes Interesse dabei zu wahren hätte. Denn Fürst sein, heißt der Erste sein, nicht im Genießen, nicht im Erheben von Ansprüchen, sondern im Opfern und Leisten; die geschichtliche Entwicklung des deutschen Herrschertums weist uns darauf hin, daß einst — vor der Erblichkeit des Königs- oder Herzogsamtes — der von den gleichberechtigten Volksgenossen auf den Heerschild erhoben wurde, der der Tapferste war, der als Erster im Streite sich bewährt hatte. Dieser sittliche Grundgedanke des deutschen Fürstentums ist lange Jahrhunderte zurückgetreten, ja in der Zeit des Absolutismus ganz vergessen worden. Aber es klingt wie die Erinnerung an die Tage der deutschen Heldenzeit, wenn der Große Friedrich, der absolute König von Gottesgnaden, sich selbst den ersten Diener des Staates nennt; er ist es gewesen und mit ihm die wahrhaft Schöpferischen seines Hauses,

der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Kaiser Wilhelm I. Auf ihren Leistungen beruht die unvergleichliche Stellung des preußischen Königtums, auf der freiwilligen Anerkennung des Volkes, daß diese Obersten im Staate auch die Besten waren.

Die Zeiten des Gottesgnadentums im landläufigen Sinne sind vorüber; die Kritik leuchtet in alle Winkel der Entwicklung und der tatsächlichen Zustände, sie prüft die Berechtigungen und fragt, wenn sie ungeschichtlich und lieblos ist, nur danach, ob das Bestehende zweckmäßig und vernünftig ist, hat sie Achtung vor dem Gewordenen, so fragt sie doch, ob es dem Wohle des Ganzen am besten dient oder ob nicht Besseres gefunden werden könnte.

Weil sie nun dem Wohle des Ganzen am besten gedient hat, deshalb ist die Monarchie die Staatsform, die von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen dieser Zeit als die dem deutschen Wesen entsprechendste aus freier Überzeugung anerkannt wird; man möchte hoffen, daß niemals der Zweifel entsteht, ob nicht eine andere Staatsform dem Wohle des Volkes zuträglicher wäre. So fest gegründet die Treue der Deutschen zu ihren Oberhäuptern durch das Verdienst große Ahnen dasteht, so unerschütterlich ihre Anhänglichkeit an die lebenden Erben solcher Verdienste erscheint — man wird wenn man die Entwicklung unseres Geschlechtes ins Auge faßt, nicht zu bestreiten wagen, daß gehäufte Fehler der Krone und dauernde Untüchtigkeit ihrer Träger dahin führen könnten daß unser Volk sich fragt, weshalb es eine Staatsform weiter hinnehmen soll, die es zwingen will, ein unbrauchbares Oberhaupt zu ertragen. Wem das einzigartige Verhältnis des preußischen Volkes zu seinem Königshause ans Herz gewachsen ist, der wird keinen besseren Wunsch haben, als den daß das Schicksal uns in alle Zukunft solche Zweifel, solche Fragestellung erspare.

Mit seinen Königen ist Preußen groß geworden, ja geradezu durch die großen unter ihnen; durch Wilhelms des Siegreichen Verdienst ist das Kaiseramt das edelste geworden

weit wir Umschau halten unter den Völkern der Erde; mögen ine Erben wahren, was er seinem Volke und ihnen hinter- assen hat!

Damit dies werde, und damit für alle Zeit das Kaiser- um unangetastet bleibe von den Zweifeln eines unbefriedigten Volkes, muß es erfüllt sein, von dem sittlichen Grund- edanken deutschen Fürstentums: am treuesten, m tapfersten, am opferwilligsten zu dienen. Wer öchste Rechte hat, hat höchste Pflichten; wer höchste Freiheit at, ist der Gebundenste der Pflicht; wer den höchsten Befehl ihrt, muß sich selbst am meisten gehorchen, d. h. dem katego- schen Imperativ in sich.

Der Kaiser

Dies Buch ist veranlaßt durch die politische Zerrüttung unseres Volkes, die zum guten Teile das Ergebnis un- zügelter Entwicklungsvorgänge ist, zum anderen Teile aber rauf zurückgeht, daß unser Geschlecht unbefriedigt ist von er Art, wie seit mehr denn zwei Jahrzehnten die Geschicke es Deutschen Reiches geleitet werden. Wir haben die Un- länglichkeit der obersten Beamten kennen gelernt und wissen, aß auch die politischen Parteien des Reichstags schwere Schuld uf sich geladen haben — so groß das Sündenregister beider uch ist, vor der Gegenwart und vor der Zukunft eht der Träger der Krone als der erste Ver- ntwortliche da. Das entspricht der Stellung des deut- en Kaisers, und er hat es auch selbst gewollt; die Kanzler rschwinden, wie sie gekommen sind, und die verderblichen arteiführer tauchen unter in der Vergessenheit. An weithin chtbarer Stelle aber steht der Kaiser; er ist der Bleibende - wäre er auch „der ruhende Pol in der Erscheinungen lucht"! Hat er Unglück in der Wahl seiner Berater — r Ungeschick belastet ihn; läßt er sie eine Politik treiben, e den elementaren Wünschen der Besten im Volke entgegen- ndelt — der Mißerfolg belastet ihn; treibt er selbst eine olitik, die zum Unheil ausschlägt — trifft ihn die Schuld;

beläßt er Mutlose im Amte, die den Entscheidungen aus
weichen — ihn trifft der Vorwurf mangelnder Entschlußkraf
Kurz, wie der glückliche Herrscher den Ruhm genießt, so sam
melt aller Tadel sich auf das Haupt des Erfolglosen. Un
das von Rechts wegen, solange nicht eine Tei
lung der Verantwortlichkeit zwischen Kaiser un
Volk vorgenommen worden ist; denn, wie jetzt di
Dinge verfassungsmäßig und tatsächlich im Deutschen Reich
liegen, ist der Kaiser der wirkliche alleinige Träger unsere
Schicksals — die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit de
Reichskanzlers steht auf dem Papier. Mit was aber haft
der Kanzler im schlimmsten Falle? Mit seinem Namen vo
der Geschichte. Der Kaiser aber haftet mit de
Kaisertum selbst.

Man weiß, daß mehrmals schon der Unwille des Volk
sich über allzu schwere Fehler der kaiserlichen Politik la
entladen hat; das ist nicht leicht zu nehmen, denn jeder de
artige Ausbruch rüttelt an den Grundfesten, die unerschütte
bleiben sollen.

Kein Zweifel: Kaiser Wilhelm II. hat ausg
sprochenes Unglück in der Wahl seiner oberste
Berater; kein Zweifel auch, daß er als Herrsch
selbst kein Glück hat. Worin sein Verdienst dankbar a
erkannt wird, in der Schaffung der deutschen Flotte, hat
doch die Zweifel gerade derer gegen sich, die am eifrigst
für die Seerüstung eingetreten sind, ob er von diesem Mach
mittel Gebrauch machen werde; die Demütigungen des letzt
Herbstes haben diese Zweifel verstärkt, und gerade die treuest
Freunde des Kaisertums fragen, wie diese Sorgen zum Schwe
gen gebracht werden können.

Sie fragen sich weiter, ob der Kaiser Einblick hat in d
großen Fragen der Zeit, die der Entscheidung entgegenreifen?
Ob all die Gefahren, die der sorgende Patriot längst erkant
hat, von seinem Kaiser auch gesehen werden — und der Frag
kann sich selbst keine beruhigende Antwort geben, wenn er sie
daß nichts geschieht, um den Gefahren zu begegnen.

Was wollt ihr ewig Unzufriedenen? Der Kaiser ist ein moderner Mensch, der seinen Verkehr ohne Voreingenommenheit wählt, und mit dem Leben des Volkes durch seine außeramtlichen Vertrauten in steter Berührung gehalten wird. Mag sein, daß heute am Kaiserhofe weniger nach Rang und Geburt gefragt wird, als je zuvor — kein Gewissenhafter kann deshalb den Eindruck gewinnen, daß durch die minder aristokratisch gewordene Umgebung des Herrschers die Verbindung mit dem Volke verbessert worden sei; man kann nicht anders, als das Gegenteil annehmen. All sein Verkehr mit den seiner Gunst gewürdigten Emporgekommenen bringt dem Kaiser die Sorgen des Volkes nicht vor das Ohr und sagt ihm nichts von den Nöten der Zeit.

Das aber ist das Schlimme: den Ernsten ist der Kaiser unnahbar, seinen treuesten Getreuen, den deutschen Männern von Adel des Blutes, der Gesinnung und der Leistung, die ihm sagen möchten, was jetzt zur Entscheidung drängt, die ihm raten möchten, wie sie herbeiführen, die ihm helfen möchten, sie glücklich zu lösen. Versuchte es einer — er müßte erfahren, daß der Kaiser nur für die zu sprechen ist, die er ruft. Und doch hatte er in seinen jungen Jahren verkündet, daß seine Türe jedem seiner Untertanen offen stehe. Das klang schon patriarchalisch-überlebt, mochte aber hingenommen werden, wenn es in Erfüllung ging, obzwar die Männer, die von ihrer Pflicht getrieben das Ohr des Kaisers suchten, sich nicht als Untertanen gefühlt haben werden, sondern als freie Bürger. Aber es ging nicht in Erfüllung — oder soll man diese darin finden, daß die zum kaiserlichen Verkehre Zugelassenen im Wortsinne „Untertanen" sind?

Das Eigentümliche steht fest: kein absoluter Fürst war seinen Getreuen so unnahbar, wie dieser konstitutionelle Herrscher, und es ist, als ob der Hof sich für die Preisgabe gewisser Herrscherrechte durch die Verfassung habe entschädigen wollen durch ein Zeremoniell, das die Stellung des Herrschers durch Äußerlichkeiten zu steigern suchte. Das ist ein Widerspruch in sich, der sich

rächen wird, und man soll nicht vergessen, daß durch äußerliche Mittel die Stellung der Krone sich weder heben, noch halten läßt. Sie ruht in der Tüchtigkeit des Herrschers und in der Überzeugung des Volkes, daß er es am ernstesten nimmt mit seinem Wohle, daß er der Erste in Sorgen und Mühen sei, der unermüdlich dienende, der opferwilligste im Entsagen. Wenn diese Überzeugung ins Schwanken geraten ist, wird sie durch keinen höfischen Prunk, durch keine üppige Prachtentfaltung gestützt, sondern nur durch neue Leistungen, durch neue Taten.

Der Zustand

Sind wir so weit schon? Ja und nein. Ja insoweit, als das Ansehen, das Kaiser Wilhelms I. Verdienst der Krone verliehen, schon schwere Einbuße erlitten hat — nein um deswillen, weil Geduld die Frucht der Liebe und Treue des Volkes ist; und die Geduld ist angebrochen zwar, aber nicht erschöpft.

Noch ist es Zeit, durch neue Taten schnell vergessen zu machen, was in zwei Jahrzehnten gefehlt wurde. Es heißt eindringen in den Kern der Zeitfragen auf sittlichem, wirtschaftlichem, sozialem Gebiete und dem der Machtpolitik; es heißt entschlossen Stellung zu ihnen zu nehmen und sie in Gutem oder Bösem zur Lösung zu bringen. Es gilt, die Männer ans Werk zu rufen, die mehr sind als Beamte, mehr als Virtuosen des bureaukratischen Apparates, mehr als Diplomaten. Staatsmänner braucht unser Volk, sie braucht der Kaiser als Helfer, und er wird sie finden, wenn er sein Urteil auf den Charakter baut.

Es hieße verzweifeln an der Zukunft unseres Volkes, wenn man nicht sicher wäre, daß es genügend Männer zählt, die zur kraftvollen Leitung seiner Geschicke befähigt sind, die bis jetzt geübten Methoden der Auslese von oben und von unten sind falsch und man muß ein anderes Verfahren einschlagen. Das ist gewiß: wenn der Herrscher Männer um sich haben will, so hat er sie.

Der Kronprinz

In so besonderer Zeit richten die Augen sich auf den, der der Krone am nächsten steht; denn man muß, um auf alles vorbereitet zu sein, damit rechnen, daß eine Umkehr des Herrschers nicht eintritt. Dann wächst der Schaden und die Aufgabe des Nachfolgers wird schwerer — also muß seine Kraft größer sein, um sie zu lösen, und er wird erst recht sich vertiefen und einarbeiten müssen in all die Aufgaben, die seiner harren. Für ihn als den zukünftigen Kaiser gilt alles, was von dem Herrscher selbst gesagt worden ist; auch von ihm wird verlangt, der Erste zu sein in Wollen und Vollbringen, und der Ernst seines Berufes kann ihm gar nicht früh genug zum Bewußtsein kommen. Denn es bleibt wahr: wirklich herrschen heißt entsagen, arbeiten und dienen. Glänzende Vorbilder bieten die Großen des Geschlechts der Hohenzollern dem Nachfahren. Um vom alten Fritz und dem Großen Kurfürsten zu schweigen, wie hat Wilhelm I. an seiner militärischen Ausbildung von Jugend an gearbeitet, wie ist er eingedrungen in die Lebensfragen seines Heeres, wie hat er bis ins höchste Alter jede neue Angelegenheit des politischen Lebens verfolgt und erfaßt. Man denke auch an einen viel zu wenig Gewürdigten des Hauses, den Prinzen Friedrich Karl, der den Kenner seines Lebensganges mit Bewunderung erfüllt; es ist ergreifend zu sehen, wie er an sich arbeitet, selber sein strengster Richter, aber in früher Jugend ein fertiger Mann, als er von seinem König gerufen wird, das preußische Heer zu führen.

„Genie ist Fleiß," sagt Goethe, von sich selbst auf die Allgemeinheit schließend, wohl nur mit sehr bedingtem Rechte — aber ohne Fleiß keine bleibende Tat. Die Kunst des Herrschers läßt sich ebensowenig improvisieren, wie die des Staatsmannes und des Feldherrn; sie will erarbeitet sein.

Ein jeder gönnt dem Kaisersohn den Genuß der Jugend — aber er wird dabei sagen: der Erbe des Thrones ist so wenig Privatperson, wie es der Herrscher selbst in einer Stunde seines Lebens ist. Herrschen heißt entsagen und dienen.

Nun steigt gerade in den Kaisertreuen der Zweifel auf, ob das, was durch die Zeitungen über die Beschäftigung des Kronprinzen bekannt wird, entfernt geeignet sei, ihn für seinen künftigen Beruf vorzubereiten, der Schwerstes von ihm verlangen wird. Sport ist gut und gesund als Erholung und um den Körper frisch zu erhalten, damit der Geist arbeiten kann — aber gleichsam als Haupttätigkeit wird er einem Thronerben selbst dann nicht zugestanden werden können, wenn dieser durch die Ausübung des Sportes die Gelegenheit sucht, sich gewissen Reibungen zu entziehen, die in der Nähe des Thrones nicht zu vermeiden sein sollen. So lieb und wert uns die Persönlichkeit des Kronprinzen ist, so haben wir doch das Recht, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Rede mit dem Bekenntnis völkischer Gesinnung und eine kecke politische Demonstration noch nicht genügen, um die Zweifel in bezug auf seine Neigung zu ernster Arbeit zu zerstreuen; was über die Nichtausübung seiner derzeitigen militärischen Stellung durch die Presse geht und was offenbar unbestreitbar ist, muß im Gegenteil diesen Sorgen neue Nahrung geben, und man möchte wünschen, daß beizeiten dem Kaisersohne ein Berater sich beigesellt, der ihn das Gebot der Pflicht kennen lehrt.

Es gibt ein schönes Wort von Montesquieu, das sich im Esprit des lois findet; er sagt: „Das Volk in Deutschland ist gut; es hofft immer, und es kam kein neuer Fürst, daß es nicht glaubte, der wird's besser machen als der alte." Wie gut das deutsche Volk ist, mag man daraus ermessen, daß es zahllose Enttäuschungen hingenommen hat und doch die Treue hält. Aber die Zeiten haben sich gewandelt, und kein fürstliches Haus sollte es darauf ankommen lassen, die getäuschten Hoffnungen zu vermehren. Es ist auch kein Mensch so hochgefürstet, daß er auf die Anerkennung seiner persönlichen Tüchtigkeit, persönlicher Leistungen verzichten kann. Ohne lehrhafte Überhebung darf der Freund des Hauses Hohenzollern dessen zukünftigem Haupte die Mahnung Schillers in Erinnerung bringen:

Wer etwas treffliches leisten will,
Hätt' gern was Großes geboren,
Der sammle still und unerschlafft
Im kleinsten Punkte die größte Kraft.

Aus dem Poetischen ins Praktische übersetzt heißt dies: Das Detail kennen, lieben, beherrschen lernen. Wozu der junge Fritz von seinem Vater gezwungen wurde, das tue sein Nachfahre heute aus freiem Entschluß, und er wird den Segen der Arbeit kennen lernen und erfahren, daß sie erst die Sicherheit verleiht, deren die Hochgeborenen mehr bedürfen als jeder sonst.

Der Kaiser als Führer

Es ist einer der schönsten Züge des deutschen Volkscharakters, daß die Mannentreue sich über alle Stürme einer schweren Entwicklung erhalten hat, obwohl sie durch das Unrecht und den Druck von oben oft auf harte Proben gestellt worden ist; bei genauem Hinsehen wird man finden, daß sie in unseren Zeiten wieder neugeboren oder jedenfalls aufgefrischt worden ist durch die herrliche Persönlichkeit des ersten Wilhelm und seine wundervolle Vornehmheit, durch seine Treue zu seinen Getreuen. Das Bedürfnis lebt heute noch in den Besten unseres Volkes, einem starken, tüchtigen Führer zu folgen; alle, die unverführt geblieben sind von den Lehren undeutscher Demokratie, sehnen sich danach, nicht weil sie knechtisch gesinnt wären oder charakterschwach, sondern weil sie wissen, daß Großes nur bewirkt werden kann durch die Zusammenfassung der Einzelkräfte, was sich wiederum nur durch die Unterordnung unter einen Führer erreichen läßt.

Ein Glück für unser Volk, wenn in dem Träger der Krone dieser Führer ihm erstünde.

Die Helfer

Doppeltes Glück, wenn ihr jetziger Träger die Fühlung mit seinen wahren Getreuen sucht; er wird sie leicht finden und dann erleben, was die Zusammenarbeit von Fürst und

Volk zuwege bringt. Die Zeit drängt. Alles, was Pflichtbewußtsein hat, soll sich verbinden: Der deutsche Kaiser, ihm zur Seite Staatsmänner in des Wortes edlem Sinne, und mit ihnen alle Gesundgebliebenen im Volke, sie schreiten ans Werk und führen es aus!

Den schwachen Herzen, die zwar wissen, was unserem Vaterlande heute not tut, die den Kampf aber scheuen und auf ein Wunder sündhaft warten, sei zugerufen, was ein feuriger Patriot einst dem zaghaften Bruder antwortete. Als die besten Männer Italiens die Einigung und Rettung ihrer zerrissenen Heimat vorbereiteten und alles gar zu langsam ging, schrieb Florestan Pepe seinem ungeduldigen Bruder Wilhelm, um ihn zu trösten und zur Geduld zu mahnen: „Wir harren auf die Erfüllung der Zeiten." Der aber entgegnete ihm in stürmischem Ausbruch: „Die Menschen sind die Zeiten."

Die Menschen sind die Zeiten; sie sind die Träger ihres Geschickes, die Gestalter ihrer Zukunft. Was man so oberflächlich-tief „Entwicklung" nennt, ist nichts Mystisches, keine geheimnisvolle Kraft im Sinne des Schicksals der griechischen Tragödie — es ist Menschenwerk. Wir lassen uns nicht äffen von dem Schlagwort Zeitgeist oder Entwicklung und zerstören seinen Nimbus, indem wir sagen: sind die Menschen tapfer und gut, so sind Geist und Entwicklung ihrer Zeit gut — sind sie feige und schlecht, so sind es auch jene.

Die Menschen sind die Zeiten!

Wenn wir erst erkannt haben, an welchen Mängeln unser sittliches, staatliches, wirtschaftliches und persönliches Leben leidet, dann ist das Spiel gewonnen, denn die Mehrzahl der Deutschen ist noch tapfer und gut. So rufe man sie auf zum Kampfe um die Zukunft und freue sich, wenn ihr Blut durcheinander getrieben wird durch den Kampf; sie sollen gerüttelt und geschüttelt werden, damit sie aufwachen aus dem nationalen Halbschlaf, der den schädlichen Mächten das Feld überläßt.

Nichtstun, gewähren lassen ist sicheres Verderben — der Kampf ist der Vater aller guten Dinge; nach ihm brennen die Treuesten und Besten im Lande, und wer unser Volk in allen Schichten und Ständen, in Stadt und Land, in allen Teilen des Vaterlandes kennt, darf mit gutem Gewissen sagen: es ist nicht wahr, daß wir ein ruheselig Geschlecht seien, nur dem Wohlleben, dem Gewinn und den kleinen Zwecken des Tages lebend — trotz aller derer, die so tun. Wenn heut ein Geist herniederstiege, einer der Schöpfer unseres Deutschen Reiches, er würde allzu vieles finden, was ihn erschreckte; vieles, was er sich anders gedacht; viele, die er verwerfen müßte — und ihm würde angst werden um sein deutsches Volk. Aber er würde auch finden, daß der deutsche Idealismus noch nicht erstorben ist, und daß, die von ihm erfüllt sind, Männer und Frauen, im stillen vorbereiten in Gedanken und Wünschen, was Rettung bringt; wenn er dann wiederkehrt in die Ewigkeit, könnte er sprechen:

Nicht rühmen kann ich, nicht verdammen,
Untröstlich ist's noch allerwärts;
Doch sah ich manches Auge flammen
Und klopfen hört' ich manches Herz.

Er hätte recht, dieser Bote der Ewigkeit, und könnte den Schöpfern des Reiches melden: die flammenden Augen, die pochenden Herzen dort unten verlangen nach der Tat, ersehnen den Führer und verheißen die Rettung der Deutschen.

Wenn ich der Kaiser wär'.

Herrscher und Volk

So ist dies Buch genannt — aber mit welchem Rechte? Vom ersten bis zum letzten Worte spricht es davon, wie ein Einzelner die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes und Reiches sieht, und was er für nötig und geeignet hält, den von ihm festgestellten Mängeln abzuhelfen. Will dies alles sagen: Ich, wenn ich der Höchstgestellte im Vaterlande wäre und die Macht der Initiative besäße — ich würde so handeln, wie dies Buch es empfiehlt?

Nicht mehr und nicht weniger sagen Titel und Inhalt zusammen. Ein Herrscher soll im Frieden leben mit seinem Volke — du aber predigst den Kampf. Ein Herrscher soll sich in Übereinstimmung befinden mit den Besten seines Volkes, mein' ich dagegen, und Frieden nicht halten, wo er Verderben bedeutet.

Wie man Krankheiten und Verbrechen bekämpft und den verheerenden Naturgewalten zu wehren sucht, so müssen auch die moralischen und politischen Gebrechen der Allgemeinheit bekämpft werden, damit sie nicht überhand nehmen. Wer gibt das Recht dazu, dem Widerstand entgegenzusetzen, was die Mehrheit will, oder das zu ändern, was der Mehrheit gefällt und ihr nicht anstößig ist?

Das Volk im politischen Sinne sind wir alle, vom Kaiser herunter bis zum geringsten Manne, und die Volksgemeinschaft findet ihre Grenzen erst gegenüber Fremdvölkischen — im Sinne der höchsten sittlichen und politischen Werte und der letzten Verantwortlichkeit sind Volk nur die Besten, die Erkennenden, Opferwilligen, von Selbstsucht Freien, die Diener der Gesamtheit, deren Tun und Lassen den Eindruck bestimmt, den die Gesamtheit einer Zeit auf die Mitlebenden macht und der Nachwelt hinterläßt. Das ist wieder nicht Dünkel und Überhebung, sondern eine Feststellung, die dem Kenner der Geschichte nichts Neues ist

für die Vergangenheiten; man soll nur den Mut haben, sie auch vor der Gegenwart auszusprechen. Wenn man sich zu dieser Auffassung bekennt, wo es um die letzten politischen und sittlichen Werte geht, dann ist man gefeit gegen das Urteil der Anbeter der Masse und denkt mit Friedrich Schiller:

„— wer den Besten seiner Zeit genug
Getan, der hat gelebt für alle Zeiten."

Herrscher und Helfer

Wenn ich der Kaiser wär', würd ich so denken, und ich würde mir die Besten suchen und sie mir zu Helfern gewinnen, um mit ihnen zu raten und zu taten fürs gemeine Wohl.

Das ist die Aufgabe des Kanzlers und der Minister, und unverantwortliche Ratgeber sind immer vom Übel.

Schon recht — aber alle Kanzler in zweiundzwanzig Jahren haben nichts getaugt, und die Minister, trotzdem manch' tüchtiger und für Größeres brauchbarer Mann unter ihnen war und noch ist, haben Fruchtbares, Heilsames nicht leisten können, weil der leitende Wille gefehlt hat; an die ernstesten Fragen haben sie gar nicht herangekonnt, so daß man nicht einmal weiß, ob ihnen bekannt ist, was heute auf dem Spiele steht.

In dieser Form hat die oberste Bureaukratie versagt. Wenn ich der Kaiser wär', würd' ich zu ihr sprechen: ihr habt euch daran gewöhnt, zu verwalten, statt zu regieren; verwaltet ruhig weiter, indes ich sehe, wo ich mir Rates erhole.

Dann würd' ich erkunden, wer in den zwei Jahrzehnten, seit der Eine, der Große ging, öffentlich, sei's in den Parlamenten, sei's in freien Versammlungen, sei's in der Presse oder sonst durch die Schrift, an meinen Handlungen Kritik geübt hat, aber nur solche würde ich beachten, die das öffentlich taten.

Dann würd' ich prüfen, wo kranke Liebe, Sorge oder Schmerz das Urteil bestimmt haben; dann wüßte ich, wo ich

sie zu suchen hätte, die Positiven und Reformbereiten. Zu ihnen nähm' ich die Besten aus allen Ständen und Berufen, die durch das Urteil ihrer Genossen zu führender Stellung bestimmt sind, Industrielle, Kaufleute, Gelehrte, Männer der Selbstverwaltung und die hellsten Köpfe des Heeres und der Presse. Die alle ließ' ich mir kommen zu freier Aussprache mit der Pflicht, mich nicht zu schonen und nach reinstem Gewissen die Wahrheit zu sagen; mit denen pflöge ich Rates und ließe mich unterrichten über alles, was vorgeht im gesamten Volke.

Also nicht nur die verantwortlichen obersten Beamten beiseite geschoben, sondern auch den Reichstag? Auch ihn, und ich würde jedem Vorwurf mit der Frage begegnen, wo er mir, seit ich Kaiser, recht geraten, wo er mich gerecht beurteilt habe?

Mit meinen Helfern nun, dem Parlament der Besten, würde ich die ganze deutsche Welt durchprüfen, nach ihrem Rate weiteren Rat erholen, und endlich den Plan entwerfen lassen, nach dem ich die Reform betriebe.

Nennt's Reichsrat, Volksrat, oder wie ihr wollt; dieser enge Kreis von Wissenden würde mich wiederum die Allerbesten, Entschlossensten und Brauchbarsten kennen lehren, und ich wüßte nun, wer meine Minister würden.

Kaiserpflicht

Hätte ich sie gefunden, so verbänd' ich mich ihnen, wie Wilhelm I. sich Roon, Moltke und Bismarck verbunden hat, und ich ginge mit ihnen an die Arbeit.

Eines wäre das oberste Gesetz: kein Stückwerk! Alles was nach Reform verlangt, müßte gebessert werden, alles Gesunde gekräftigt, alles Faule beseitigt, alle heilbaren Schäden behandelt werden.

Das zweite Gebot wäre: Durchhalten!

Kein Geschrei der andersgesinnten Presse, kein Murren der Masse darf Den beirren, der für die Zukunft seines Volkes kämpft, und mit unbeugsamem Willen, mit eisernen Nerven müßte im Streite aushalten, wer ihn begonnen.

Die Losung aber, die ich allen gäbe, die ich zu Bundesgenossen werben wollte, sollte lauten: Deutschland den Deutschen — gesunde Deutsche der Ewigkeit.

Wer aber kommen sollte, um mich zu warnen, wer mich hinwiese auf die Gefahr so gewaltigen Unternehmens, dem zeigt' ich das Bild Kaiser Wilhelms I. und spräche: wie dieser, mein Ahne, Mut und Entschluß fand, sich mit fast allen in seinem Volke in Widerspruch zu setzen, um den preußischen Staat zu retten, so erkenne ich die Kaiserpflicht, viel Schwereres auf mich zu nehmen, und ich bin gewiß, die Geschichte wird mich rechtfertigen wie ihn.

Wer mich aber trotzdem warnte vor dem Hasse der Widerstrebenden, vor dem Abfall für treu Gehaltener, vor den Zweifeln in der eigenen Brust, dem würd' ich entgegnen, daß ich auch alles das tragen wolle und werde, mit meinem Gewissen im reinen —

„Denn wer den Sinn aufs Ganze hat gerichtet,
Dem ist der Streit in seiner Brust geschlichtet."

Das Ganze aber wäre mir: Des deutschen Volkes Ewigkeit, für die zu leben und zu sterben des rechten Kaisers Pflicht ist.

Absicht und Anlaß

Wir sind am Ende; der Weg ist durchmessen von der freudlosen Gegenwart bis in die erhoffte bessere Zukunft. Manches harte Wort ist gesprochen und noch härtere Taten sind verlangt worden. Viele werden höhnen und spotten über die Gewaltsamkeit der Kur, die unserm Volke helfen soll — viele sagen, daß das Bild verzerrt sei, das ich entwarf — noch mehr aber werden meinen Rat verwerfen, weil er Unmögliches verlange.

Ich lasse sie höhnen und spotten, zürnen und verwerfen, denn ich weiß, daß die Dinge so sind, wie ich geschrieben — wie sie anders gebessert werden könnten, als ich empfehle, weiß ich aber nicht. Möglich, daß in dieser oder jener Einzelheit

mein Blick nicht ganz klar war, daß hier oder dort ein milderes Urteil, für dieses oder jenes Gebrechen ein milderes Mittel angezeigt erscheint — im ganzen habe ich richtig gesehen, im ganzen glaube ich richtig geraten zu haben.

Die Erfahrungen des Tages hab' ich hier niedergelegt, gewonnen in einem an Kämpfen und Enttäuschungen reichen Leben, das sich doch aber nicht hat brechen lassen; meine Heilmittel sind so gewählt, wie sie den festgestellten Leiden entsprechen.

Kein wissenschaftliches Werk wollte dies Buch werden, auch kein in allen Einzelheiten ausgearbeitetes politisches Programm liefern; es will der Zeit den Spiegel vorhalten, damit man sehe, wie die Dinge heute sind, und es will die Richtung des Weges zeigen, der nach meiner Überzeugung zur Besserung führt.

Mehr will ich *fürs Erste* nicht, als daß alle, die wie ich sorgenvoll sind, prüfen und bedenken, was hier geschrieben ist, und bessere Vorschläge machen, wenn sie sich finden lassen; je milder die Mittel, um so lieber soll es mir sein — aber wirken müssen sie, sonst seien die schärferen gewählt.

Wer ist nun der, der hier zu Gericht zu sitzen wagt über ein ganzes Volk? *Einer, der sein Volk liebt.*

Wer gibt ihm das Recht, zu urteilen und zu verlangen? *Die Liebe.*

Was treibt ihn, ungefragt seine Meinung zu offenbaren? *Der Schrecken der Einsamkeit.*

Dies Buch schrieb einer von denen, die mundtot gemacht sind vor den Souveränen des allgemeinen gleichen Wahlrechts, weil sie die Wahrheit nicht hören wollen; und vor den Hochgestellten zugleich, weil denen der Mut fehlt, der Wahrheit ins Angesicht zu schauen.

Wißt ihr, wie diesen Einsamen zu Mute ist, die helfen möchten und Gehör nicht finden?

Kein Schrecken gleicht heute der Einsamkeit jener Unerhörten, der moralischen, geistigen, politischen

Einsamkeit aller derer, die sich klar geworden sind über den wirklichen Zustand unseres Vaterlandes und seiner Menschen, und die mutig genug sind, sich nicht mehr selbst zu belügen.

Die Schicksalsfrage

Wer diese Einsamkeit kennt, weiß, daß der alte Cato kein Narr war, auch nicht an einer fixen Idee litt, als er seine Römer mahnte und immer wieder mahnte mit zürnenden Worten. Sie haben ihn nicht gehört, und das Schicksal ging seinen Gang bis zu dem furchtbaren Chaos, dem gesunde Germanen ein Ende bereiteten.

Sollen auf deutschem Boden die Menschen germanischen Blutes ähnlichem Schicksal verfallen, weil sie nicht hören wollen?

Wenn wieder das Chaos kommt, wo sind die Gesunden, die es zur Ordnung zwingen und bändigen?

Was wird aus der Welt, wenn die Deutschen verderben? Denkt diese Gedanken durch, und ihr begreift, daß, wer sich jahrelang mit ihnen getragen hat, Genossen sucht, um der Einsamkeit zu entgehen. Genossen nicht der Verzweiflung, nicht des Entsagens — Genossen des Erkennens und der Arbeit.

Jedes Wort dieses Buches spricht von dem Glauben an die Ewigkeit unseres Volkes; mag er erschüttert sein, er wird sich wieder festigen, wenn erst von Gleichgesinnten der Kampf um die Reichsreform aufgenommen wird. Noch ist es nicht zu spät, ein edles Volk zu retten — aber lange dürft ihr nicht mehr säumen.

Im Anfang war die Tat.

Duke University Libraries
D01358837Z